**Gesetz vom über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland
(Burgenländisches Jagdgesetz 2017 - Bgld. JagdG 2017)**

Der Landtag hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

**I. Hauptstück
Jagdrecht und Jagdausübungsrecht**

Präambel

- § 1 Ziele
- § 2 Jagdrecht
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Eigenjagdgebiet
- § 5 Zusammenhang von Grundflächen
- § 6 Teilung des Eigenjagdgebietes
- § 7 Entstehung oder Erweiterung eines Eigenjagdgebietes
- § 8 Jagdrecht der Gemeinden und agrarischen Gemeinschaften
- § 9 Genossenschaftsjagdgebiet
- § 10 Umfriedete Eigenjagdgebiete und Wildgehege
- § 11 Auflassung von Wildgehegen oder umfriedeten Eigenjagdgebieten
- § 12 Jagdperiode und Jagdjahr

**II. Hauptstück
Bildung von Jagdgebieten**

- § 13 Feststellung der Eigenjagd- und Genossenschaftsjagdgebiete
- § 14 Schongebiete
- § 15 Vereinigung und Zerlegung von Genossenschaftsjagdgebieten
- § 16 Vorpachtrecht
- § 17 Änderungen im Vorpachtrecht
- § 18 Abrundung von Jagdgebieten
- § 19 Dauer der Wirksamkeit der Vereinigung, Zerlegung und Abrundung von Jagdgebieten
- § 20 Ruhen der Jagd

**III. Hauptstück
Verwaltung der Genossenschaftsjagd**

- § 21 Jagdgenossenschaft
- § 22 Jagdausschuss
- § 23 Wahl des Jagdausschusses
- § 24 Wahlkommissionen
- § 25 Wahlliste
- § 26 Kundmachung; Wahlvorschläge
- § 27 Abstimmungsverfahren
- § 28 Wahlanfechtung
- § 29 Wahlordnung
- § 30 Geschäftsführung des Jagdausschusses
- § 31 Endigen der Funktion; Ersatzmitglieder

**IV. Hauptstück
Verwertung der Genossenschaftsjagd**

**1. Abschnitt
Allgemeine Bestimmungen**

- § 32 Art der Verwertung

- § 33 Eignung zur Pacht
- § 34 Einzelpersonen
- § 35 Jagdgesellschaft, juristische Person; Jagdleitung

2. Abschnitt

Verpachtung im Wege des freien Übereinkommens

- § 36 Beschlussfassung durch den Jagdausschuss
- § 37 Anzeige der Verpachtung

3. Abschnitt

Öffentliche Versteigerung

- § 38 Versteigerungsbedingungen
- § 39 Verbotene Vereinbarungen
- § 40 Kundmachung der Versteigerung
- § 41 Vorgang bei der Versteigerung
- § 42 Anzeige der erfolgten Versteigerung

4. Abschnitt

Verwertung der unverpachteten Genossenschaftsjagd

- § 43 Genossenschaftsjagdverwaltung
- § 44 Bestellung der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters
- § 45 Kosten der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters

5. Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen für alle Arten der Verpachtungen

- § 46 Kostenersatz
- § 47 Kautions
- § 48 Erlag des Pachtbetrages
- § 49 Erlag des Pachtbetrages für ein gemeinschaftliches Genossenschaftsjagdgebiet
- § 50 Verwendung des Pachtbetrages
- § 51 Besondere Kostendeckung bei verpachteten Genossenschaftsjagden
- § 52 Unterverpachtung; Weiterverpachtung
- § 53 Ausfertigung des Pachtvertrages
- § 54 Änderung des Pachtvertrages
- § 55 Auswirkung des Todes der Pächterin oder des Pächters oder Untergang der juristischen Person auf den Pachtvertrag
- § 56 Auflösung des Pachtvertrages
- § 57 Verfügung hinsichtlich der frei werdenden Genossenschaftsjagd

V. Hauptstück

Ausübung und Verwertung der Eigenjagd

- § 58 Verpachtung der Eigenjagd
- § 59 Ausübung der unverpachteten Eigenjagd

VI. Hauptstück

Erlangung der Berechtigung zum Jagen

1. Abschnitt

Jagdkarten, Jagdgastkarten und Jagderlaubnis

Allgemeine Bestimmungen

- § 60 Voraussetzungen für das Jagen
- § 61 Jagdkarte
- § 62 Jagdgastkarten
- § 63 Jagdprüfung
- § 64 Verweigerung der Jagdkarte
- § 65 Entziehung der Jagdkarte
- § 66 Jagderlaubnis

2. Abschnitt

Beizjagd

- § 67 Voraussetzungen für die Beizjagd

3. Abschnitt

Abgaben und Vordrucke

- § 68 Jagdkartenabgabe
- § 69 Jagdkartenvordrucke

VII. Hauptstück Jagdschutz und Jagdschutzorgane

- § 70 Jagdschutz
- § 71 Jagdschutzorgane
- § 72 Voraussetzungen für die Bestätigung als Jagdschutzorgan
- § 73 Bestätigung und Angelobung der Jagdschutzorgane
- § 74 Widerruf der Bestätigung als Jagdschutzorgan
- § 75 Prüfung zum Jagdschutzorgan
- § 76 Stellung und Befugnisse der Jagdschutzorgane
- § 77 Waffengebrauch der Jagdschutzorgane

VIII. Hauptstück Schonvorschriften

1. Abschnitt

- § 78 Schuss- und Schonzeiten
- § 79 Verlängerung der Schonzeit; Einstellung des Abschusses
- § 80 Verkürzung der Schonzeit

2. Abschnitt Verkehrsbeschränkungen

- § 81 Beschränkung des Verkehrs mit geschontem Wild und mit Eiern; Verkaufserlaubnisse

IX. Hauptstück Vorschriften für die Jagdbetriebsführung

1. Abschnitt

Jagdwirtschaftliche Planung

- § 82 Wildstandregulierung
- § 83 Sonderbestimmungen zum Schutz von Weinbaukulturen
- § 84 Durchführung des Abschussplanes
- § 85 Abschussliste
- § 86 Hegeschau

2. Abschnitt Jagdbewirtschaftung

- § 87 Pflegliche und nachhaltige Jagdbewirtschaftung
- § 88 Wildfütterung
- § 89 Jagdeinrichtungen
- § 90 Jagdnotweg
- § 91 Wildfolge
- § 92 Jagdhunde
- § 93 Fangen von Wild
- § 94 Vorkehrungen gegen Wildkrankheiten
- § 95 Verbote sachlicher Art
- § 96 Wildschutzgebiete
- § 97 Örtliche Beschränkungen bei der Ausübung der Jagd

3. Abschnitt Hegeringe

- § 98 Bildung
- § 99 Hegeringleitung

4. Abschnitt Vorschriften für jagdfremde Personen

- § 100 Unbefugtes Durchstreifen von Jagdgebieten
- § 101 Töten, Fangen und Beunruhigen des Wildes durch jagdfremde Personen

X. Hauptstück Jagd- und Wildschäden

1. Abschnitt Schadensverhütung

- § 102 Maßnahmen zum Schutz der Kulturen
- § 103 Jagdliche Beschränkung
- § 104 Abhalten und Vertreiben des Wildes von Kulturflächen

2. Abschnitt Schadenersatzpflicht

- § 105 Haftung für Jagd- und Wildschäden
- § 106 Schäden durch Wechselwild
- § 107 Schäden durch aus Gehegen ausgebrochenes Wild
- § 108 Rückgriffsrecht der oder des Verpflichteten
- § 109 Wildschäden an gartenmäßig bewirtschafteten Grundstücken und sonstigen wertvollen Anpflanzungen oder an der Feld- oder Waldgrenze
- § 110 Ermittlung des Jagd- und Wildschadens

3. Abschnitt Verfahren

- § 111 Schlichtungsorgane
- § 112 Geltendmachung des Schadens
- § 113 Verfahren vor der Bezirksverwaltungsbehörde
- § 114 Aufteilung der Kosten des Verfahrens
- § 115 Verfahrensvorschriften, Gebühren und Tarife

XI. Hauptstück Interessenvertretung der Burgenländischen Jägerinnen und Jäger - Burgenländischer Landesjagdverband

1. Abschnitt Burgenländischer Landesjagdverband und Organe

- § 116 Burgenländischer Landesjagdverband
- § 117 Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder
- § 118 Aufgaben des Burgenländischen Landesjagdverbandes
- § 119 Stellung des Burgenländischen Landesjagdverbandes zu den Behörden
- § 120 Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes
- § 121 Vollversammlung (Landesjagdtag)
- § 122 Ausschuss
- § 123 Vorstand
- § 124 Verbandsvorsitz (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister)
- § 125 Finanzkontrollausschuss
- § 126 Bezirksjagdtag
- § 127 Delegierte
- § 128 Bezirksjägermeisterin oder Bezirksjägermeister
- § 129 Hegeringleitung
- § 130 Landesgeschäftsstelle; Bezirksgeschäftsstellen

2. Abschnitt Wahl der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes im Jagdbezirk

- § 131 Wahlrecht und Wählbarkeit
- § 132 Wahl der Delegierten
- § 133 Wahlkommission
- § 134 Wahlzeuginnen und Wahlzeugen
- § 135 Wahlliste
- § 136 Wahlausschreibung
- § 137 Wahlvorschläge
- § 138 Abstimmungsverfahren
- § 139 Wahlkuverts und Stimmzettel
- § 140 Verkündung des Wahlergebnisses
- § 141 Anfechtung der Wahl der Delegierten
- § 142 Delegiertenausweis
- § 143 Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Stellvertretung

- § 144 Anfechtung der Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Stellvertretung
- § 145 Nähere Bestimmungen über die Wahlen

3. Abschnitt

Wahl der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes auf Landesebene

- § 146 Wahlrecht und Wählbarkeit
- § 147 Wahlkommission
- § 148 Wahlausschreibung
- § 149 Wahlvorschläge
- § 150 Abstimmungsverfahren
- § 151 Verkündung des Wahlergebnisses
- § 152 Anfechtung der Wahlen
- § 153 Verlautbarung des Wahlergebnisses
- § 154 Angelobung der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters und der Stellvertretung
- § 155 Nähere Bestimmungen über die Wahlen

XII. Hauptstück

Behörden, Jagdkataster und Jagdstatistik

- § 156 Jagdbeiräte
- § 157 Behörde
- § 158 Jagdkataster und Jagdstatistik

XIII. Hauptstück

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinden

- § 159 Anwendungsbereich

XIV. Hauptstück

Übertretungen und Strafen

- § 160 Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften
- § 161 Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes
- § 162 Strafbestimmungen
- § 163 Verfall von Gegenständen
- § 164 Verwertung der als verfallen erklärten Gegenstände
- § 165 Sondervorschriften über den Schadenersatz bei Verletzungen des Jagdrechtes

XV. Hauptstück

Jagdabgabe

- § 166 Abgabenschuldnerin, Abgabenschuldner
- § 167 Jagdwert
- § 168 Auskunftspflicht
- § 169 Verwendung der Jagdabgabe

XVI. Hauptstück

Schlussbestimmungen

- § 170 Inkrafttreten, Außerkrafttreten
- § 171 Funktionsperioden, Bescheide, Verfahren

I. Hauptstück

Jagdrecht und Jagdausübungsrecht

Präambel

Freilebendes Wild ist ein wesentlicher Bestandteil der Natur und ein Naturerbe unserer Heimat. Es ist als Teil unserer Kulturlandschaft in seiner Vielfalt und seinem natürlichen und historisch gewachsenen Beziehungsgefüge für nachfolgende Generationen möglichst zu bewahren.

Die Jagd hat den Grundsätzen der Weidgerechtigkeit zu entsprechen und umfasst auch die Verpflichtung zur Hege des Wildes. Sie unterstützt die Nachhaltigkeit des Vorkommens einer artenreichen Tierwelt und leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz und zur Biodiversität.

Sie stellt durch die nachhaltige Entnahme jagdbaren Wildes qualitativ hochwertige Lebensmittel zur Verfügung.

Die langfristige Sicherung der Wildpopulationen und eine an die Lebensräume angepasste jagdliche Bewirtschaftung ist ein dem Gemeinwohl dienender Beitrag. Die Jagd trägt in ihrer Vielfalt einen Teil zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung über ein integratives und nachhaltiges Wildtiermanagement bei.

§ 1

Ziele

Dieses Gesetz hat zum Ziel,

1. die naturnahe und nachhaltige Jagd auf freilebendes Wild in ihrer Vielfalt als generelle Nutzung von Wild durch weidgerechte Jagdausübung als Kulturgut zu erhalten und weiter zu entwickeln,
2. gesunde und stabile Wildpopulationen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Belange in ihrer Artenvielfalt zu erhalten,
3. im Bestand bedrohtes Wild zu schützen, seine Populationen zu stärken und seine Lebensräume zu erhalten und zu verbessern,
4. den Anspruch des Wildes auf Ruhezeiten und Rückzugsräume zu sichern,
5. die Jagd als komplexe und anspruchsvolle Tätigkeit, die praktisches und fachliches Wissen und Können voraussetzt, durch Aus- und Weiterbildung im Sinne des gesetzlichen Auftrages qualitativ sicher zu stellen.

§ 2

Jagdrecht

(1) Das Jagdrecht ist untrennbar mit dem Eigentum an Grund und Boden verbunden. Es steht daher der jeweiligen Grundeigentümerin oder dem jeweiligen Grundeigentümer zu und kann als selbständiges Recht nicht begründet werden. Im Widerstreit mit den jagdlichen Interessen kommt im Zweifelsfall den berechtigten Interessen der Land- und Forstwirtschaft der Vorrang zu.

(2) Das Jagdrecht besteht in der ausschließlichen Befugnis, innerhalb eines bestimmten Jagdgebietes unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen das Wild zu hegen, ihm nachzustellen, es zu fangen, zu erlegen und sich anzueignen; es umfasst ferner die ausschließliche Befugnis, sich verendetes Wild, Fallwild, Abwurfstangen und die Eier des Federwildes anzueignen.

(3) Das Jagdrecht wird entweder als Eigenjagd oder Genossenschaftsjagd ausgeübt.

(4) Jagdausübungsberechtigt im Sinne dieses Gesetzes sind

1. in Eigenjagdgebieten (§ 4) und umfriedeten Eigenjagdgebieten (§ 10 Abs. 3) die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer,
2. in Genossenschaftsjagdgebieten (§ 9) die Jagdgenossenschaften (§ 21).

(5) Die Ausübung des Jagdrechtes in seiner Gesamtheit kann nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes im Wege der Verpachtung (§§ 16, 36 ff, 38 ff, 52 und 58) und im Wege der Bestellung einer Jagdverwalterin oder eines Jagdverwalters (§§ 44 und 59) an dritte Personen übertragen werden.

(6) Personen, die nur auf Grund und im Rahmen einer Jagderlaubnis oder auf Grund eines Abschussauftrages (Abschussbeauftragte) jagen, sind nicht jagdausübungsberechtigt im Sinne dieses Gesetzes.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Wild im Sinne dieses Gesetzes ist:

1. Haarwild:

Rot-, Reh-, Dam-, Muffel-, Schwarz-, Sika-, Gams- und Elchwild (Schalenwild);

Feldhase, Wildkaninchen;

Braunbär, Waschbär, Luchs, Marderhund, Dachs, Wolf, Fuchs, Goldschakal, Baum- oder Edelmarder, Stein- oder Hausmarder, Iltisse, großes Wiesel oder Hermelin, kleines Wiesel, Fischotter, Wildkatze (Raubwild);

2. Federwild:

Trappen, Auerwild, Birkwild, Haselwild, Rebhuhn, Fasane, Wachtel, Wildtruthuhn, Wildtauben, Schnepfen, Wildgänse, Wildenten, Reiher, Rallen, Kormoran, Tag- und Nachtgreifvögel, Kolkrabe, Eichelhäher, Aaskrähe und Elster.

(2) Die Landesregierung kann durch Verordnung einzelne Tierarten des Abs. 1 näher definieren.

(3) Als bewegtes Wild im Sinne dieses Gesetzes sind Wildtiere anzusehen, welche durch Jagdhunde und/oder Treiberinnen und Treiber zum Zweck der Erlegung mobilisiert werden.

(4) Wildbestandsveränderungen in umfriedeten Eigenjagdgebieten werden als Zu- und Abgänge bezeichnet. Abgänge sind Lebendabgabe, Abschüsse von Wildtieren und Fallwild. Zugänge sind alle Bestandserhöhungen außer der Geburt.

(5) Wildernde Hunde sind Hunde, die Wild gerade verfolgen oder reißen, oder auch solche, die sich der Einwirkung ihrer Besitzer zumindest vorübergehend entzogen haben und im Jagdgebiet allein umherstreifen, also außer Reich- und Rufweite ihrer Besitzerin oder ihres Besitzers sind.

(6) Eine Kirtung dient der punktuellen Anlockung von Schwarzwild außerhalb von Fütterungen durch Vorlage geringer Mengen artgerechter Futtermittel, um das Wild zu beobachten oder zu erlegen.

(7) Eine Notzeit liegt dann vor, wenn das Wild wegen Witterungs- und Bodenverhältnissen (zB hohe, gefrorene Schneedecke, Zeiten nach langen Schnee- oder Kälteperioden, Überschwemmungen, lang andauernde Trockenheit oder ähnliche Naturereignisse) eine ausreichende natürliche Äsung und Wasserversorgung nicht erlangen kann.

(8) Unter offener Gehegehaltung wird die Haltung von Federwild in Gehegen verstanden, die in erster Linie dem bestmöglichen Schutz dieser Wildarten vor Raubzeug gemäß § 70 Abs. 1 dient und gewährleistet, dass das Federwild jederzeit fliegend frei ein- oder auswechseln kann. Im Rahmen der offenen Gehegehaltung darf das Federwild nicht, wie durch Aufscheuchen, Schnabelbrennen, Schnabelsperrn oder Flügelstutzen, gequält werden.

§ 4

Eigenjagdgebiet

(1) Die Befugnis zur Eigenjagd, das ist die grundsätzliche freie Verfügung über die Form der Ausübung eines Jagdrechtes, steht der Eigentümerin oder dem Eigentümer einer zusammenhängenden Jagdfläche von mindestens 300 ha zu, welche eine für die zweckmäßige Ausübung der Jagd geeignete Gestaltung und insbesondere Breite besitzt (Eigenjagdgebiet). Hierbei macht es keinen Unterschied, ob diese Jagdfläche in einer Gemeinde liegt oder sich auf das Gebiet mehrerer Gemeinden erstreckt. Auch macht es keinen Unterschied, ob die Eigentümerin oder der Eigentümer eine physische oder juristische, eine einzelne Person oder eine Mehrheit von Personen ist. Im letzteren Falle muss jedoch der Besitz räumlich ungeteilt sein.

(2) Wenn der Eigentümerin oder dem Eigentümer einer zusammenhängenden Jagdfläche, die eine für die zweckmäßige Ausübung der Jagd geeignete Gestaltung und insbesondere Breite besitzt, aber weniger als 300 ha umfasst, in der abgelaufenen Jagdperiode das Eigenjagdrecht anerkannt worden war, bleibt es ihr oder ihm und der Rechtsnachfolgerin oder dem Rechtsnachfolger auch für die Zukunft gewahrt, vorausgesetzt, dass in der Zwischenzeit nicht wesentliche Teile der Jagdfläche veräußert worden sind und die Restfläche samt den etwa in der Zwischenzeit von der Eigentümerin oder dem Eigentümer erworbenen Grundstücken das Mindestausmaß von 115 ha Jagdfläche erreicht.

(3) Eine durch eine Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke oder durch eine Flurbereinigung verursachte Veränderung des Besitzstandes gilt nicht als Veräußerung im Sinne des Abs. 2.

(4) Die Befugnis zur Eigenjagd wird auch der Eigentümerin oder dem Eigentümer einer an der Landesgrenze gelegenen Jagdfläche, die das nach Abs. 1 und 2 erforderliche Mindestausmaß nicht erreicht, dann eingeräumt, wenn diese Jagdfläche mit einem in den Ländern Niederösterreich oder Steiermark gelegenen, derselben Eigentümerin oder demselben Eigentümer gehörigen Eigenjagdgebiete zusammenhängt und wenn außerdem durch die in den erwähnten Nachbarländern geltenden Landesjagdgesetze den Eigentümerinnen und Eigentümern von im Burgenland liegenden Eigenjagdgebieten die gleiche Begünstigung hinsichtlich ihrer in diesen Ländern gelegenen Jagdflächen, die mit ihren Eigenjagdgebieten im Burgenland zusammenhängen, zugestanden ist. Auf den im Burgenland gelegenen Gebietsteilen gelten in jagdrechtlicher Hinsicht die Vorschriften dieses Gesetzes.

(5) Unter Jagdflächen im Sinne dieses Gesetzes sind jeweils nur die Flächen zu verstehen, auf denen die Jagd nicht ruht.

§ 5

Zusammenhang von Grundflächen

(1) Der jagdrechtliche Zusammenhang von Grundstücken ist gegeben, wenn sie auch nur in einem Punkt zusammenstoßen.

(2) Werden jedoch Teile einer Grundfläche bloß durch den Längenzug von Grundstücken, die zwischen fremden Gründen liegen, verbunden, so wird dadurch der für die Bildung eines Eigenjagdgebietes erforderliche Zusammenhang nur dann hergestellt, wenn auf den die Verbindung bildenden Grundstücken die Jagd nicht ruht.

(3) Wege, Straßen, Triften, Bahnkörper, natürliche und künstliche Wasserläufe sowie ähnlich gestaltete stehende Gewässer, welche die Grundflächen durchschneiden, bilden keine Unterbrechung des Zusammenhanges und stellen mit ihrem durch fremde Grundstücke führenden Längenzügen den für Eigenjagdgebiete erforderlichen Zusammenhang nicht her. Inseln sind als mit Ufergrundstücken zusammenhängend zu betrachten. Besteht kein Einvernehmen über die Inanspruchnahme des Jagdrechtliches bei Fallwild auf diesen Grundstücken, so hat der oder die Eigenjagdberechtigte die Verpflichtung zur Aneignung des Fallwildes innerhalb des in dem Eigenjagdgebiet gelegenen Längenzuges. Das Fallwild ist in diesem Fall in deren oder dessen Abschusslisten einzutragen und auf deren oder dessen Abschussplan anzurechnen.

§ 6

Teilung des Eigenjagdgebietes

(1) Geht im Laufe der Jagdperiode ein Grundbesitz, welcher für diese Periode als Eigenjagdgebiet im Sinne des § 4 angemeldet und anerkannt war, in einzelnen Teilen auf mehrere Eigentümerinnen oder Eigentümer über, so bleibt hinsichtlich jener Teile dieses Besitzes die Befugnis zur Eigenjagd aufrecht, welche noch immer den Erfordernissen des § 4 Abs. 1 entsprechen.

(2) Jene Teile des geteilten Grundeigentums hingegen, welche diesen Erfordernissen nicht mehr entsprechen, sowie jene als Eigenjagdgebiete anerkannten Grundflächen überhaupt, welche im Laufe der Jagdperiode das für Eigenjagdgebiete vorgeschriebene Ausmaß oder den erforderlichen Zusammenhang verloren haben, hat die Bezirksverwaltungsbehörde über Antrag des Jagdausschusses für die restliche Dauer der Jagdperiode dem Genossenschaftsjagdgebiet zuzuweisen, vorbehaltlich eines etwa im Sinne des § 16 eintretenden Vorpachtrechtes. Für die dem Genossenschaftsjagdgebiet zugewiesenen Flächen ist der Pachtbetrag nach dem des betreffenden Genossenschaftsjagdgebietes zu bemessen. Der Antrag hat die Zustimmungserklärung der Pächterin oder des Pächters des Genossenschaftsjagdgebietes zu enthalten. Liegt kein Antrag vor, erfüllt der verbleibende Teil des Eigenjagdgebietes aber nicht mehr die Mindestjagdfläche von 115 ha, fallen diese Grundstücke dem Genossenschaftsjagdgebiet mit Beginn des nächsten Jagdjahres zu.

§ 7

Entstehung oder Erweiterung eines Eigenjagdgebietes

(1) Entsteht erst im Laufe der Jagdperiode ein neues Eigenjagdgebiet im Sinne des § 4, so tritt die Befugnis zur Eigenjagd auf diesem Gebiet erst mit der nächsten Jagdperiode ein, wenn es gemäß § 13 angemeldet und als Eigenjagdgebiet festgestellt wurde.

(2) Eine Erweiterung des Eigenjagdgebietes während der laufenden Jagdperiode ist auf Antrag der oder des Eigenjagdberechtigten durch die Behörde festzustellen, wenn

1. das Genossenschaftsjagdgebiet, zu welchem die Grundstücke bislang gehörten, weiterhin eine Jagdfläche von mindestens 115 ha aufweist und

2. der Antrag die Zustimmungserklärung des Jagdausschusses des betroffenen Genossenschaftsjagdgebietes sowie die Zustimmung der Pächterin oder des Pächters des Genossenschaftsjagdgebietes sowie allenfalls der Pächterin oder des Pächters des Eigenjagdgebietes enthält.

(3) Sollten die Voraussetzungen des Abs. 2 Z 2 nicht vorliegen, hat die Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag der oder des Eigenjagdberechtigten bei Vorliegen der Voraussetzungen des Abs. 2 Z 1 dennoch eine Erweiterung des Eigenjagdgebietes festzustellen und eine Anpassung des Jagdpachtbetrages durch den Jagdausschuss für das betroffene Genossenschaftsjagdgebiet vorzunehmen. Die Pächterin oder der Pächter des Genossenschaftsjagdgebietes kann in diesem Fall bei der Bezirksverwaltungsbehörde die Prüfung der Angemessenheit der Pachtzinsminderung verlangen.

§ 8

Jagdrecht der Gemeinden und agrarischen Gemeinschaften

- (1) Einer Gemeinde steht das Eigenjagdrecht (§ 4) nur hinsichtlich der zum Gemeindevermögen gehörigen Grundstücke zu, unbeschadet ob sie im eigenen oder fremden Gemeindegebiet liegen.
- (2) Auf agrargemeinschaftlichen Grundstücken steht das Eigenjagdrecht der Gemeinschaft zu.
- (3) Die in den Abs. 1 und 2 erwähnten Eigenjagdrechte sind nach den Bestimmungen des § 58 auszuüben.

§ 9

Genossenschaftsjagdgebiet

- (1) Die im Bereich einer Katastralgemeinde gelegenen Grundstücke, die nicht als Eigenjagdgebiet anerkannt sind, bilden das Genossenschaftsjagdgebiet.
- (2) Als Genossenschaftsjagdgebiet im Sinne dieses Gesetzes ist auch ein gemeinschaftliches Genossenschaftsjagdgebiet (§ 15 Abs. 1 und 2) sowie jeder selbständige Teil eines Genossenschaftsjagdgebietes (§ 15 Abs. 3) anzusehen.
- (3) Ein Jagdeinschluss, hinsichtlich dessen ein Vorpachtrecht gemäß § 16 Abs. 2 ausgeübt wurde, gehört gleichwohl zum Genossenschaftsjagdgebiet.

§ 10

Umfriedete Eigenjagdgebiete und Wildgehege

- (1) Wildgehege sind Schau- oder Zuchtgehege, die der Schau- oder Zucht, der Wissenschaft oder der Produktion von Fleisch oder anderen tierischen Produkten (Farmwildgehege) dienen.
- (2) Wer beabsichtigt, ein Schau-, Zucht- oder ein Farmwildgehege zu errichten, hat dies vor der Errichtung bei der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Der Anzeige ist ein Lageplan sowie der Nachweis der Eigentumsverhältnisse und die Zustimmungserklärung der Eigentümerinnen oder Eigentümer beizulegen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat innerhalb von acht Wochen die Errichtung zu untersagen, wenn jagdliche oder wildökologische Interessen der Errichtung entgegenstehen. Vor Entscheidung der Bezirksverwaltungsbehörde sind die angrenzenden Jagdausübungsberechtigten zu hören.
- (3) Umfriedete Eigenjagdgebiete sind der Wildhege gewidmete und hierfür geeignete zusammenhängende Grundflächen, die gegen das Aus- und Einwechseln von Schalenwild abgeschlossen sind und vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als Jagdgehege bzw. -gatter bewilligt oder als bestehend zur Kenntnis genommen wurden. Der Eigentümerin oder dem Eigentümer eines umfriedeten Eigenjagdgebietes steht die Befugnis zur Eigenjagd zu.
- (4) Die Betreiber von umfriedeten Eigenjagdgebieten haben Aufzeichnungen über Zeitpunkt, Anzahl, Aufzuchtort (Herkunft) der Zugänge und Abgänge der Stücke gemäß § 3 Abs. 4 zu führen. Diese tagesaktuellen Aufzeichnungen sind der Bezirksverwaltungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Es dürfen jährlich ausschließlich in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Jänner und maximal an fünf Tagen Jagden auf bewegtes Wild abgehalten werden. Im Monat Jänner dürfen Hunde zum Bewegen des Wildes nur in jenen umfriedeten Eigenjagdgebieten eingesetzt werden, in denen ausschließlich Schalenwild der Art Schwarzwild vorkommt. Um die Einhaltung der geltenden Bestimmungen überprüfen zu können, sind die Jagdtermine rechtzeitig der Bezirksverwaltungsbehörde mitzuteilen, jedoch spätestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Jagdtag, wobei ein Jagdtag einem Kalendertag entspricht.
- (6) Zugänge können zum Zwecke der Bestandsergänzung erfolgen, jedoch nur unter der Auflage, dass das Wild nur in den Monaten Oktober, November und Dezember eingebracht wird und in einem Separationsgatter innerhalb des umfriedeten Eigenjagdgebietes vier Monate lang zu halten ist, um eine behördliche Kontrolle gewährleisten zu können.
- (7) Die Zugänge sind spätestens vier Wochen vor Einbringung bei der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Die Mitteilung hat die Wildart gemäß § 3 Abs. 1, die Anzahl der Tiere, getrennt nach Alter und Geschlecht, die Herkunft, den voraussichtlichen Tag der Ankunft sowie eine Begründung für den Zugang zu enthalten. Kurzfristige Terminänderungen für den Zugang sind der Bezirksverwaltungsbehörde umgehend bekannt zu geben.

(8) Wild in umfriedeten Eigenjagdgebieten ist als Wild im Sinne des § 1 Abs. 2 und 5 Tierseuchengesetz - TSG, RGBl. Nr. 177/1909, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 163/2015, anzusehen.

(9) Behördliche Organe haben die notwendigen Erhebungen durchzuführen, um bei etwaigen nicht Einhalten der Bestimmungen der Abs. 3 bis 8 die zur Erreichung des rechtmäßigen Zustandes notwendigen Maßnahmen anzuordnen.

(10) Werden die gemäß Abs. 9 auferlegten Maßnahmen zum wiederholten Mal binnen drei Jahren nicht umgesetzt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Auflassung des umfriedeten Eigenjagdgebietes aufzutragen.

(11) Liegen Wildgehege innerhalb von Flächen, für welche die Befugnis zur Eigenjagd beansprucht wird, so sind die außerhalb der Wildgehege liegenden Flächen für sich allein auf das Vorliegen der Voraussetzungen nach §§ 4, 5, 6, 16 und 18 zu prüfen.

§ 11

Auflassung von Wildgehegen oder umfriedeten Eigenjagdgebieten

(1) Werden Wildgehege oder umfriedete Eigenjagdgebiete freiwillig, auf Anordnung der Behörde oder auf Grund eines Gesetzes aufgelassen, so sind Einfriedungen von Flächen zu entfernen, sofern diese Einfriedungen nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften zulässig sind.

(2) Vor dem Entfernen der Einfriedungen ist durch die bisherige Betreiberin oder den bisherigen Betreiber des Wildgeheges oder des umfriedeten Eigenjagdgebietes sicherzustellen, dass nur jene Wildarten in die freie Wildbahn bei gleicher Wilddichte gelangen, die auch in den benachbarten Jagdgebieten vorkommen.

(3) Entspricht ein aufgelassenes Wildgehege den Voraussetzungen des § 4 Abs. 2, so ist es für die restliche Dauer der Jagdperiode auf Antrag als Eigenjagdgebiet anzuerkennen; anderenfalls sind die Flächen dem Genossenschaftsjagdgebiet zuzuweisen, wenn nicht ein Vorpachtrecht (§ 16) festgestellt wird.

(4) Für die dem Genossenschaftsjagdgebiet zugewiesenen Flächen ist der Pachtbetrag nach dem Hektarsatz des betreffenden Genossenschaftsjagdgebietes zu bemessen.

(5) Betreiberinnen oder Betreiber eines Wildgeheges haben das Auswechseln eines im Wildgehege gehaltenen Tieres der oder dem Jagdausübungsberechtigten und der Bezirksverwaltungsbehörde zu melden. Die so entkommenen Tiere gelten als zahm im Sinne des § 384 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 43/2016.

(6) Die Betreiberin oder der Betreiber eines Wildgeheges zur Fleischgewinnung, eines Zucht- oder Schaugeheges darf das aus seinem Gehege ausgewechselte Wild im Rahmen der in § 384 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 43/2016, genannten Frist auch außerhalb der in diesem Gesetz und der dazu erlassenen Verordnungen festgelegten Schuß- und Schonzeiten verfolgen, betäuben und einfangen. Weiters darf sie oder er das ausgewechselte Wild im Rahmen der in § 384 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 43/2016, genannten Frist auch außerhalb der in diesem Gesetz und der dazu erlassenen Verordnungen festgelegten Schuß- und Schonzeiten unter folgenden Voraussetzungen töten, sich aneignen oder die oder den Jagdausübungsberechtigten dazu ermächtigen:

1. erfolgte Meldung des Auswechselns (Abs. 5),
2. Verständigung und Zustimmung der oder des Jagdausübungsberechtigten von der Absicht, das entkommene Tier zu töten,
3. Besitz einer gültigen Jagd- oder Jagdgastkarte,
4. Vorhandensein einer sichtbaren Markierung am betreffenden Tier.

Die auf Grund dieser Bestimmungen getöteten Tiere sind nicht auf den Abschussplan anzurechnen und nicht in der Abschussliste anzuführen.

§ 12

Jagdperiode und Jagdjahr

(1) Die Jagdperiode beträgt neun Jahre.

(2) Das Jagdjahr läuft vom 1. Jänner bis 31. Dezember.

II. Hauptstück Bildung von Jagdgebieten

§ 13

Feststellung der Eigenjagd- und Genossenschaftsjagdgebiete

(1) Die Jagdgebiete werden von der Bezirksverwaltungsbehörde für die kommende Jagdperiode festgestellt.

(2) Grundeigentümerinnen oder Grundeigentümer haben ihren Anspruch auf Anerkennung der Befugnis zur Eigenjagd (§§ 4 und 10 Abs. 3) für die kommende Jagdperiode binnen sechs Wochen nach dem 1. Jänner des vorletzten Jagdjahres der laufenden Jagdperiode anzumelden. Die Anmeldung hat die beanspruchten Vorpachtrechte zu enthalten. Dem Antrag sind beizulegen:

1. ein Grundstücksverzeichnis, aus dem alle Grundstücke mit ihrer Bezeichnung und Größe ersichtlich sind;
2. Grundbuchsanzüge, die nicht älter als drei Monate sind;
3. ein Katasterplan, aus dem die zur Eigenjagd beantragten Grundstücke ersichtlich sind.

(3) War die Befugnis zur Eigenjagd in der laufenden Jagdperiode anerkannt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde die eigenjagdberechtigte Person vor Beginn der Frist nach Abs. 2 nachweislich auf die Anmeldung ihrer Eigenjagdbefugnis hinzuweisen.

(4) Jedes Jagdgebiet ist mit Bescheid der Bezirksverwaltungsbehörde festzustellen. Dazu hat nach Ablauf der Frist gemäß Abs. 2 die Bezirksverwaltungsbehörde auszusprechen:

1. welche Grundstücke als Eigenjagdgebiete (§ 4) anerkannt werden, welche Gesamtjagdfläche die einzelnen Gebiete aufweisen und wem das Eigenjagdrecht darauf zusteht;
2. auf welchen Grundflächen die Jagd gemäß § 20 Abs. 1 ruht, mit der jeweils ziffernmäßig anzugebenden Gesamtfläche;
3. für welche Flächen Vorpachtrechte (§ 16) eingeräumt werden.

(5) Grundstücke, die innerhalb der in Abs. 2 festgelegten Fristen nicht angemeldet oder trotz Anmeldung nicht als Eigenjagdgebiete festgestellt wurden, gehören für die nächste Jagdperiode zum Genossenschaftsjagdgebiet. Dazu hat die Bezirksverwaltungsbehörde dem Jagdausschuss alle Grundstücke, die nicht als Eigenjagdgebiet anerkannt sind, in jenen Katastralgemeinden, in denen kein Eigenjagdgebiet anerkannt wurde, alle Grundstücke bekannt zu geben. Der Jagdausschuss hat dann binnen einer Frist von vier Wochen ab Bekanntgabe der Grundstücke unter Einbindung der oder des Jagdausübungsberechtigten auf Grundlage des rechtsgültigen Flächenwidmungsplanes zu prüfen, welche Flächen bejagbar sind. Stellt der Jagdausschuss fest, dass Flächen nicht als Jagdgebiet erfasst sind oder Flächen erfasst sind, die nicht bejagbar sind, so hat der Jagdausschuss diese der Bezirksverwaltungsbehörde unter Angabe der Grundstücksnummern bekannt zu geben. Erfolgt keine Meldung des Jagdausschusses innerhalb der Frist, so gehören jene Grundstücksflächen zur Jagdfläche des Genossenschaftsjagdgebietes, die dem Jagdausschuss übermittelt wurden. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat mit Bescheid auszusprechen, welche Grundstücke das Genossenschaftsjagdgebiet bilden, auf welchen Grundstücken die Jagd ruht und welche Genossenschaftsjagdgebiete vereinigt oder zerlegt werden (§§ 15, 18 und 19).

§ 14

Schongebiete

Schongebiete sind zusammenhängende Teile der Eigen- oder Genossenschaftsjagdgebiete, auf denen Hasen, Fasane und Rebhühner in den letzten beiden Jagdjahren der jeweiligen Jagdperiode nicht bejagt werden dürfen. Die Schongebiete haben 20% der jeweiligen Jagdfläche zu betragen und können in den Pachtverträgen festgelegt werden. Schongebiete können von der Verpächterin oder dem Verpächter bis zum Beginn des vorletzten Jahres der Jagdperiode auf andere Gebiete verlegt werden; hiervon sind die Bezirksverwaltungsbehörde und die Pächterin oder der Pächter unverzüglich zu verständigen.

§ 15

Vereinigung und Zerlegung von Genossenschaftsjagdgebieten

(1) Wenn zwei oder mehrere Jagdausschüsse vor dem 1. Jänner des vorletzten Jagdjahres der laufenden Jagdperiode beschließen, dass die benachbarten Genossenschaftsjagdgebiete oder Teile derselben zu einem gemeinschaftlichen Jagdgebiet zu vereinigen sind, kann die

Bezirksverwaltungsbehörde diese Vereinigung dann verfügen, wenn sie im Interesse eines zweckmäßigen einheitlichen Jagdbetriebes gelegen ist.

(2) Umfasst ein Genossenschaftsjagdgebiet weniger als 115 ha Jagdfläche und wird es nicht nach den Bestimmungen des Abs. 1 mit einem anderen Genossenschaftsjagdgebiet vereinigt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde dieses Genossenschaftsjagdgebiet mit einem benachbarten Genossenschaftsjagdgebiet zu vereinigen, wenn eine solche Vereinigung möglich und mit Rücksicht auf eine zweckmäßige Jagdbewirtschaftung angezeigt ist.

(3) Wenn der Jagdausschuss die Zerlegung eines Genossenschaftsjagdgebietes in mehrere selbständige Genossenschaftsjagdgebiete vor dem 1. Jänner des vorletzten Jagdjahres der laufenden Jagdperiode beschließt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde diese Zerlegung dann zu verfügen, wenn sie im Interesse der Jagdwirtschaft sowie der Land- und Forstwirtschaft gelegen und durch die Gestaltung des Geländes gerechtfertigt ist, doch darf die Fläche keines dieser selbständigen Genossenschaftsjagdgebiete weniger als 500 ha betragen.

§ 16

Vorpachtrecht

(1) Anlässlich der Feststellung der Jagdgebiete hat die Bezirksverwaltungsbehörde auch die auf Grund der folgenden Bestimmungen wirksam werdenden Vorpachtrechte festzustellen.

(2) Die oder der Eigenjagdberechtigte hat das Recht, die Jagd auf einem Jagdeinschluss vor allen anderen zu pachten.

(3) Ein Jagdeinschluss ist gegeben, wenn ein das Ausmaß von 115 ha Jagdfläche nicht erreichender Teil eines Genossenschaftsjagdgebietes entweder von einem oder mehreren Eigenjagdgebieten dem ganzen Umfange nach so umschlossen wird, dass die umschließenden Teile eine für die zweckmäßige Ausübung der Jagd geeignete Gestaltung und insbesondere Breite haben, oder wenn ein solcher Teil von einem oder mehreren Jagdgebieten dieser Gestaltung teilweise eingeschlossen wird und im Übrigen an ein oder mehrere Genossenschaftsjagdgebiete oder an ein fremdes Staatsgebiet oder Landesgebiet angrenzt.

(4) Würde durch die Ausübung des Vorpachtrechtes gemäß Abs. 3 das Genossenschaftsjagdgebiet unter 115 ha Jagdfläche sinken, so kann das Vorpachtrecht nicht beansprucht werden.

(5) Werden Vorpachtrechte im Sinne des Abs. 3 von mehreren Eigenjagdberechtigten beansprucht, so steht dieses Recht zunächst jener oder jenem Jagdausübungsberechtigten zu, deren oder dessen Jagdgebiet in längster Ausdehnung angrenzt.

(6) Würde durch gleichzeitige Ausübung mehrerer Vorpachtrechte im Sinne des Abs. 3 das Genossenschaftsjagdgebiet unter 115 ha Jagdfläche sinken, hat die Bezirksverwaltungsbehörde festzustellen, welcher eigenjagdberechtigten Person im Interesse eines geordneten Jagdbetriebes die Ausübung von Vorpachtrechten einzuräumen ist.

(7) Wird das Vorpachtrecht festgestellt, hat der Jagdausschuss mit der oder dem Eigenjagdberechtigten einen Pachtvertrag abzuschließen und diesen der Bezirksverwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Besteht betreffend den Pachtbetrag über die Vorpachtflächen kein Einvernehmen, ist jener Pachtbetrag für die Ermittlung des Pachtentgelts heranzuziehen, der im Genossenschaftsjagdgebiet, dem die Vorpachtfläche vor Feststellung des Vorpachtrechtes angehört hat, erzielt wird. In Ermangelung eines solchen, ist der Durchschnitt des Hegeringpachtentgelts für die Berechnung des Pachtbetrages heranzuziehen. Ist der Pachtbetrag für das Eigenjagdgebiet höher, richtet sich der Pachtbetrag für den Jagdeinschluss nach diesem. Sollte einvernehmlich auf eine Abgeltung des Vorpachtrechtes verzichtet werden und ein Ausgleich durch Flächentausch gewählt werden, ist dieser in einem Vertrag über das Vorpachtrecht mit Lage (Grundstücksnummern und Gesamtausmaß) festzulegen und gleichzeitig mit Anzeige des Pachtvertrages vorzulegen, ebenso wie einvernehmliche Änderungen während der laufenden Periode.

(8) Macht die oder der Eigenjagdberechtigte von dem Vorpachtrecht auf einen Jagdeinschluss keinen Gebrauch, so ist sie oder er verpflichtet, der dort zur Ausübung der Jagd berechtigten Person sowie den in deren Jagdbetrieb verwendeten oder zugelassenen Personen den Zutritt dorthin zu gestatten. Diese Verpflichtung trifft die Eigentümerinnen oder die Eigentümer aller den Jagdeinschluss umschließenden Eigenjagdgebiete, falls keiner von diesen vom Vorpachtrecht Gebrauch macht. Für die Benützung der Verbindungsstrecke sind die Vorschriften des § 90 (Jagdnotweg) maßgebend, insofern nicht zwischen den Beteiligten im Wege eines Übereinkommens eine andere Regelung getroffen wurde. Im Streitfalle entscheidet die Bezirksverwaltungsbehörde im Sinne dieser Vorschriften.

§ 17

Änderungen im Vorpachtrecht

Entfallen bei einem Eigenjagdgebiet, dessen Eigentümerin oder Eigentümer das Vorpachtrecht gemäß § 16 Abs. 1 ausgeübt hat, die Voraussetzungen für die Geltendmachung des Vorpachtrechtes, hat die Bezirksverwaltungsbehörde den Pachtvertrag für aufgelöst zu erklären und die Grundflächen, auf denen das Vorpachtrecht anerkannt war, für die restliche Dauer der Jagdperiode dem Genossenschaftsjagdgebiet zuzuweisen.

§ 18

Abrundung von Jagdgebieten

(1) Den Jagdausübungsberechtigten benachbarter Jagdgebiete steht es frei, im Einvernehmen mit den beteiligten Jagdausschüssen bzw. Eigenjagdberechtigten auf die Dauer der Jagdrechtsausübung wirksame Vereinbarungen über Bereinigungen der Jagdgebietsgrenzen mit dem Ziele der Erleichterung der Jagdausübung zu treffen.

(2) Wenn jedoch die Grenzen anstoßender Jagdgebiete so ungünstig verlaufen, dass sich daraus eine wesentliche, den jagdlichen Interessen entgegenstehende Erschwerung des Jagdbetriebes ergibt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde von Amts wegen oder auf Antrag eines beteiligten Jagdausschusses oder einer oder eines Eigenjagdberechtigten die Abrundung der Jagdgebiete zu verfügen, insofern eine solche nicht durch Vereinigung von Genossenschaftsjagdgebieten im Sinne des § 15 Abs. 1 und 2 erfolgt. Dabei hat die Bezirksverwaltungsbehörde Grundflächen von einem Jagdgebiet abzutrennen und einem anderen Jagdgebiet anzugliedern. Hiedurch darf das Flächenausmaß keines der betroffenen Jagdgebiete unter 115 ha Jagdfläche sinken.

(3) Die Ausübung des Jagdrechtes auf den im Zuge der Abrundung von einem Eigen- oder Genossenschaftsjagdgebiet abgetrennten und einem Eigen- oder Genossenschaftsjagdgebiet angegliederten Grundflächen ist mit jenem Betrag zu entschädigen, der in dem Jagdgebiet, aus dem die betreffende Jagdfläche stammt, erzielt wird. Handelt es sich dabei um ein unverpachtetes Eigenjagdgebiet, ist der Durchschnitt des Hegeringpachtentgelts für die Berechnung heranzuziehen.

(4) Eine Abrundung von Jagdgebieten gemäß Abs. 2 kann von Amts wegen oder auf Antrag jederzeit während des Laufes der Jagdperiode verfügt werden. Die Abrundung wird jedoch frühestens mit Beginn des nächsten Jagdjahres wirksam.

§ 19

Dauer der Wirksamkeit der Vereinigung, Zerlegung und Abrundung von Jagdgebieten

Die nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 15 und 18 Abs. 2 bis 4 getroffenen Verfügungen bleiben so lange aufrecht, bis sie von der Bezirksverwaltungsbehörde aufgehoben oder abgeändert werden, längstens jedoch bis zum Ende der jeweils laufenden Jagdperiode. Die Aufhebung oder Abänderung erfolgt nach Anhörung der beteiligten Jagdausschüsse bzw. Eigenjagdberechtigten von Amts wegen oder über Antrag mindestens eines der Beteiligten dann, wenn die Voraussetzungen für die Vereinigung, Zerlegung bzw. Abrundung der Jagdgebiete weggefallen sind oder sich wesentlich geändert haben. Die auf eine Aufhebung oder Abänderung verfügter Vereinigungen oder Zerlegungen gerichteten Anträge sind im ersten Halbjahr des vorletzten Jagdjahres der laufenden Jagdperiode bei der Bezirksverwaltungsbehörde einzubringen. Anträge auf Aufhebung oder Abänderung von verfügten Abrundungen können jederzeit während des Laufes der Jagdperiode an die Bezirksverwaltungsbehörde gestellt werden. Die Aufhebung oder Abänderung der Abrundung wird jedoch frühestens mit Beginn des nächsten Jagdjahres wirksam.

§ 20

Ruhen der Jagd

(1) Auf Friedhöfen, in Häusern und Gehöften samt den dazugehörigen umfriedeten Höfen und Hausgärten, in Wildgehegen gemäß § 10 Abs. 1, auf öffentlichen Anlagen, auf abgegrenzten Sportanlagen, auf Golfplätzen und auf jenen Gebieten, auf denen die Jagd kraft anderer gesetzlicher Bestimmungen verboten ist, ruht die Jagd.

(2) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat ferner das Ruhen der Jagd von Amts wegen oder über Antrag der Eigentümerin oder des Eigentümers solcher Grundflächen zu verfügen, die durch eine feste Einfriedung (Gitter, Zaun, Mauer usw.) dauernd derart umschlossen sind, dass der Zutritt fremden Personen ohne Beschädigung oder Übersetzung der Einfriedung auf einem anderen Weg als durch die an

der Einfriedung angebrachten schließbaren Türen und Tore unmöglich ist. Die Verfügung wird ab dem folgenden Jagdjahr wirksam und bleibt so lange aufrecht, bis sie eingeschränkt oder aufgehoben wird.

(3) Auf Grundflächen, die durch landesübliche Zäune gegen den Eintritt oder Austritt des Weideviehes verhagt sind, findet § 20 keine Anwendung.

(4) Auf den in den Abs. 1 und 2 bezeichneten Grundflächen darf das Wild nur mit Zustimmung der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers getrieben oder erlegt werden. Auch dürfen keine Herstellungen angebracht werden, die das etwa einwechselnde Wild hindern, wieder auszuwechseln.

(5) Der oder dem Jagdausübungsberechtigten steht die Befugnis zu, sich das Wild, das sich auf den in den Abs. 1 und 2 bezeichneten Grundflächen gefangen hat oder dort gefallen oder verendet ist, sowie etwa dort aufgefundene Abwurfstangen und Eier des Federwildes anzueignen.

III. Hauptstück

Verwaltung der Genossenschaftsjagd

§ 21

Jagdgenossenschaft

Die Eigentümerinnen oder Eigentümer jener Grundstücke, welche zu einem nach den Bestimmungen des § 13 Abs. 5 festgestellten Genossenschaftsjagdgebiet gehören und auf deren Grundstücken die Jagd nicht gemäß § 20 Abs. 1 und 2 ruht, bilden eine Jagdgenossenschaft. Diese ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zur Ausübung der Jagd auf dem Genossenschaftsjagdgebiet (Genossenschaftsjagd) befugt.

§ 22

Jagdausschuss

(1) Die Jagdgenossenschaft verwaltet das ihr zustehende Jagdausübungsrecht durch einen Ausschuss (Jagdausschuss).

(2) Der Jagdausschuss besteht aus der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, im Verhinderungsfall aus deren oder dessen Stellvertretung, und aus sechs von der Jagdgenossenschaft aus ihrer Mitte mit Stimmenmehrheit gewählten Mitgliedern und ebenso vielen Ersatzmitgliedern. Die Funktion des Jagdausschusses beginnt mit seiner konstituierenden Sitzung (§ 30 Abs. 1) und dauert so lange, bis sich der neue Jagdausschuss konstituiert hat oder bis feststeht, dass die Mitglieder des Gemeinderates die Funktion des Jagdausschusses auszuüben haben (§ 26 Abs. 4).

(3) Zu Mitgliedern eines Jagdausschusses eines gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebietes (§ 15 Abs. 1 und 2) sind außer den gewählten Mitgliedern und Ersatzmitgliedern die Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister, im Verhinderungsfall deren oder dessen Stellvertretung, jener Gemeinden berufen, in deren Bereich die das Genossenschaftsjagdgebiet bildenden Grundstücke liegen.

(4) Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte mit Stimmenmehrheit die Obfrau oder den Obmann und deren oder dessen Stellvertretung. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 23

Wahl des Jagdausschusses

(1) Wahlberechtigt zur Wahl des Jagdausschusses sind alle Mitglieder der Jagdgenossenschaft.

(2) Die Stimmen sind nach dem Flächenausmaß der den einzelnen Mitgliedern der Jagdgenossenschaft gehörigen Grundstücke zu berechnen, und zwar derart, dass auf eine Grundfläche bis zu 2 ha eine Stimme, auf eine Grundfläche von mehr als 2 bis 5 ha zwei Stimmen, auf eine Grundfläche von mehr als 5 bis 10 ha vier Stimmen, auf eine Grundfläche von mehr als 10 bis 15 ha sechs Stimmen und so fort bis zu 50 ha auf je weitere 5 ha zwei Stimmen mehr entfallen. Kein Mitglied der Jagdgenossenschaft kann, auch wenn die ihm gehörige Grundfläche das Ausmaß von 50 ha übersteigt, mehr als 20 Stimmen auf sich vereinigen.

(3) Wählbar in den Jagdausschuss sind jene Mitglieder der Jagdgenossenschaft, die das 18. Lebensjahr vor dem 1. Jänner des Jahres, in dem die Jagdausschusswahl stattfindet, vollendet haben und die keine gerichtlichen Verurteilungen aufweisen, die einen Wahlausschließungsgrund im Sinne des § 18 Gemeindegewahlordnung 1992 - GemWO, LGBl. Nr. 54/1992, in der geltenden Fassung, darstellen würden. Dies gilt auch bei nichteigenberechtigten Personen für deren gesetzliche Vertreterinnen oder

Vertreter, bei juristischen Personen, Personengesellschaften des Handelsrechtes sowie bei Miteigentümerinnen oder Miteigentümern für deren bevollmächtigte Vertreterinnen oder Vertreter.

§ 24

Wahlkommissionen

(1) Zur Durchführung der Wahl sind Wahlkommissionen berufen. Für jedes selbständige Genossenschaftsjagdgebiet ist eine Wahlkommission zu bilden, bestehend aus der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister als Vorsitz und drei weiteren Mitgliedern, die zum Jagdausschuss wählbar sein müssen. Die Wahlkommission für die Wahl des Jagdausschusses eines gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebietes (§ 15 Abs. 1 und 2) besteht aus den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern jener Gemeinden, in deren Bereich die das Genossenschaftsjagdgebiet bildenden Grundstücke liegen, und aus drei weiteren Mitgliedern, die zum Jagdausschuss wählbar sein müssen. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister jener Gemeinde, deren Grundstücke den größten Teil des gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebietes bilden, hat den Vorsitz zu führen. Die Mitglieder der Wahlkommission, die nicht Kraft ihres Amtes als Bürgermeisterin oder Bürgermeister Mitglieder sind, werden von der Bezirksverwaltungsbehörde (in den Städten mit eigenem Statut von der Landesregierung) auf Vorschlag der bei der vorhergehenden Landwirtschaftskammerwahl wahlwerbenden Gruppen im Verhältnis der Stärke dieser Gruppe in der Gemeinde bestellt. Für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die weiteren Mitglieder sind Ersatzmitglieder zu bestellen.

(2) Die Tätigkeit der Wahlkommission endet im Zeitpunkt des ersten Zusammentretens der an ihre Stelle tretenden neu bestellten Wahlkommission.

§ 25

Wahlliste

(1) Zum Zwecke der Wahl des Jagdausschusses hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister binnen vier Wochen nach erfolgter jeweiliger Feststellung des Jagdgebietes alle wahlberechtigten Mitglieder der Jagdgenossenschaft, gegliedert nach deren Anteilen, in einer Wahlliste zur Wahl des Jagdausschusses zu verzeichnen.

(2) Ist das im Bereich einer Gemeinde gelegene Genossenschaftsjagdgebiet in mehrere selbständige Genossenschaftsjagdgebiete zerlegt worden (§ 15 Abs. 3), so ist für jeden dieser Teile von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister eine gesonderte Wahlliste anzulegen.

(3) Sind benachbarte Genossenschaftsjagdgebiete oder Teile derselben zu einem gemeinschaftlichen Genossenschaftsgebiet vereinigt worden (§ 15 Abs. 1 und 2), so ist für jeden dieser Teile von der zuständigen Bürgermeisterin oder dem zuständigen Bürgermeister eine gesonderte Wahlliste (Teilwahlliste) anzulegen.

(4) Die Wahlliste (Teilwahlliste) ist binnen einer Woche nach Ablauf der in Abs. 1 bestimmten Frist durch zwei Wochen während der Amtsstunden im Gemeindeamt der Gemeinde aufzulegen, deren Bürgermeisterin oder Bürgermeister für die Anlegung der Wahlliste (Teilwahlliste) zuständig war. Die Auflegung ist von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister an der Amtstafel der Gemeinde öffentlich kundzumachen. Innerhalb der Auflagefrist können alle, die entweder in die Liste eingetragen sind oder für sich das Wahlrecht in die Jagdgenossenschaft in Anspruch nehmen, unter Angabe des Namens und der Wohnanschrift gegen die Wahlliste wegen Aufnahme vermeintlich nicht Wahlberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Wahlberechtigter Einspruch erheben.

(5) Über die Einsprüche entscheidet die Bezirksverwaltungsbehörde, in den Städten mit eigenem Statut die Landesregierung.

§ 26

Kundmachung; Wahlvorschläge

(1) Binnen einer Woche nach Abschluss der Wahlliste (Gesamtwahlliste) ist die Wahl des Jagdausschusses durch Kundmachung, in der alle näheren Umstände über die Wahl enthalten sind, von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister auszuschreiben. Bei einem gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebiet hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister jener Gemeinde, deren Grundstücke den größten Teil des Genossenschaftsjagdgebietes bilden, die Wahllisten der einzelnen Teile einzuholen und sodann die Wahl auszuschreiben. Zwischen Ausschreibung und Durchführung hat ein Zeitraum von wenigstens vier Wochen zu liegen.

(2) Gruppen von Wählerinnen oder Wählern, die sich an der Wahlwerbung beteiligen, haben ihre Wahlvorschläge spätestens am neunten Tag vor dem Wahltag schriftlich bei der Bürgermeisterin oder

dem Bürgermeister einzureichen. Bei einem gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebiet ist der Wahlvorschlag bei jener Bürgermeisterin oder jenem Bürgermeister am jeweiligen Gemeindeamt einzubringen, die oder der die Wahl ausgeschrieben hat. Der Wahlvorschlag hat die unterscheidende Bezeichnung der wahlwerbenden Gruppe, das Verzeichnis der Wahlwerbenden, die Zustimmung der Wahlwerbenden zur Aufnahme in den Wahlvorschlag und eine zustellungsbevollmächtigte Vertretung zu enthalten.

(3) Die Überprüfung der Wahlvorschläge erfolgt durch die Wahlkommission.

(4) Wurde kein Wahlvorschlag eingebracht, so hat die Wahl zu unterbleiben. In diesem Falle sowie dann, wenn für die Wahl des Jagdausschusses weniger als 30% der Gesamtstimmenanzahl des Genossenschaftsjagdgebietes abgegeben wurde, haben die Mitglieder des Gemeinderates die Funktion des Jagdausschusses auszuüben. Bei einem gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebiet haben in diesem Fall sämtliche Mitglieder der Gemeinderäte jener Gemeinden, die das gemeinschaftliche Genossenschaftsjagdgebiet bilden, die Funktion des Jagdausschusses auszuüben. Die Bestimmungen der § 22 Abs. 4, §§ 30 und 31 finden sinngemäß Anwendung, § 31 jedoch mit der Maßgabe, dass die Mitglieder des Gemeinderates, die die Funktion des Jagdausschusses ausüben, nicht Mitglieder der Jagdgenossenschaft sein müssen.

(5) Jede wahlwerbende Gruppe, deren Wahlvorschlag zugelassen wurde, kann zwei Wahlzeuginnen oder Wahlzeugen zur Wahlhandlung entsenden.

§ 27

Abstimmungsverfahren

(1) Die oder der Vorsitzende der Wahlkommission eröffnet und leitet die Wahlhandlung und sorgt für Ruhe und Ordnung.

(2) Zur Wahl des Jagdausschusses sind als Mitglieder der Jagdgenossenschaft berechtigt:

1. alle natürlichen Personen, die spätestens am Tag vor der Jagdausschusswahl das 18. Lebensjahr vollendet haben;
2. die gesetzliche Vertretung von Personen, die die Voraussetzung nach Z 1 nicht erfüllen;
3. Personen, die als Sachwalterinnen oder Sachwalter gemäß § 273 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 43/2016, für Mitglieder einer Jagdgenossenschaft bestellt sind;
4. durch schriftliche Vollmacht ausgewiesene Bevollmächtigte juristischer Personen oder von Personengesellschaften des Handelsrechtes;
5. durch schriftliche Vollmacht ausgewiesene Bevollmächtigte von Miteigentumsgemeinschaften, sofern sie nicht zur gesetzlichen Vertretung der übrigen Miteigentümer befugt sind.

(3) Eine Vollmacht nach Abs. 2 kann auch mündlich vor der Wahlkommission erteilt werden. Blinde, schwer sehbehinderte oder gebrechliche Wählerinnen und Wähler dürfen sich von einer Begleitperson, die sie selbst auswählen können, führen und sich von dieser bei der Wahlhandlung helfen lassen.

(4) Die Anzahl der auf die zugelassenen Wahlvorschläge entfallenden Mitglieder des Jagdausschusses wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl ermittelt.

(5) Das Wahlergebnis ist vom Vorsitz der Wahlkommission zu verlautbaren.

§ 28

Wahlanfechtung

(1) Das Wahlergebnis kann von den zustellbevollmächtigten Vertreterinnen oder Vertretern jedes Wahlvorschlages sowie von jedem wahlberechtigten Mitglied der Jagdgenossenschaft sowohl wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung, als auch wegen angeblich gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren, die auf das Ergebnis von Einfluss waren, angefochten werden.

(2) Die Anfechtung der Wahl ist innerhalb von zwei Wochen nach Verlautbarung des Wahlergebnisses bei der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister am jeweiligen Gemeindeamt schriftlich einzubringen. Über die Anfechtung entscheidet die Bezirksverwaltungsbehörde, in den Städten mit eigenem Statut die Landesregierung.

§ 29

Wahlordnung

Die näheren Bestimmungen über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl und das Wahlverfahren, insbesondere über die Bildung der Wahlkommissionen, die Anlage der Wahlliste, das Einspruchsverfahren gegen die Wahlliste, die Ausschreibung der Wahl, die Wahlvorschläge, das Abstimmungsverfahren, das Ermittlungsverfahren und die Anfechtung der Wahl werden durch die von der Landesregierung im Verordnungswege zu erlassende Wahlordnung für den Jagdausschuss getroffen.

§ 30

Geschäftsführung des Jagdausschusses

(1) Wurde ein Jagdausschuss rechtmäßig gewählt, so ist die erste Sitzung von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, bei gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebieten von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister des größten Genossenschaftsjagdgebietes, binnen acht Tagen nach Ablauf der Anfechtungsfrist oder nach Einlangen der endgültigen Entscheidung einzuberufen. Diese Sitzung ist spätestens innerhalb von weiteren acht Tagen abzuhalten. Bei der ersten Sitzung sind jedenfalls die Obfrau oder der Obmann und deren oder dessen Stellvertretung zu wählen. Weiters ist für Kassenführung und Schriftführung jeweils eine Person zu bestellen, die nicht dem Jagdausschuss angehören muss. Die näheren Bestimmungen über die Wahl der Obfrau oder des Obmannes und deren oder dessen Stellvertretung werden durch Verordnung der Landesregierung getroffen.

(2) Die Wahl der Obfrau oder des Obmannes und deren oder dessen Stellvertretung kann von den Mitgliedern des Jagdausschusses wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung als auch wegen angeblich gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren, die auf das Ergebnis von Einfluss waren, angefochten werden. § 28 Abs. 2 gilt sinngemäß. Eine etwaige Anfechtung der Wahl hat keine aufschiebende Wirkung und steht daher auch dem Antritt des Amtes nicht entgegen.

(3) Die Obfrau oder der Obmann und deren oder dessen Stellvertretung können vom Jagdausschuss abgewählt werden. Ein solcher Beschluss bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln sämtlicher Mitglieder des Jagdausschusses.

(4) Die Obfrau oder der Obmann des Jagdausschusses hat die Jagdgenossenschaft nach außen zu vertreten, die Geschäfte des Jagdausschusses zu besorgen und dessen Beschlüsse durchzuführen. Urkunden, durch welche Verbindlichkeiten gegen dritte Personen begründet werden sollen, sind von der Obfrau oder vom Obmann und einem Ausschussmitglied, das möglichst einer anderen wahlwerbenden Gruppe anzugehört hat, zu unterfertigen. Die Obfrau oder der Obmann wird im Falle der Verhinderung durch deren oder dessen Stellvertretung vertreten. Ist auch die Stellvertretung verhindert, hat das an Jahren älteste Mitglied des Jagdausschusses die Vertretung zu übernehmen.

(5) Zur Gültigkeit eines Beschlusses des Jagdausschusses ist es erforderlich, dass die Mitglieder des Jagdausschusses von der Obfrau oder dem Obmann unter Bekanntgabe der Verhandlungsgegenstände spätestens am dritten Tag vor der Sitzung gegen Nachweis schriftlich eingeladen wurden und außer dem Vorsitz mindestens die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses an der Beschlussfassung teilnahm. Ladungsmängel gelten bei rechtzeitigem Erscheinen als behoben. Die Einladung ist an der Amtstafel der Gemeinde kundzumachen. Den Vorsitz bei den Sitzungen führt die Obfrau oder der Obmann, bei der ersten Sitzung bis zu deren oder dessen Wahl die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister (Abs. 1).

(6) Die Obfrau oder der Obmann hat den Jagdausschuss innerhalb von acht Tagen einzuberufen, wenn es mindestens ein Drittel der Ausschussmitglieder unter Bekanntgabe mindestens eines Verhandlungsgegenstandes verlangt. Diese Sitzung ist spätestens innerhalb von weiteren acht Tagen abzuhalten.

(7) Die Mitglieder des Jagdausschusses haben an den Sitzungen teilzunehmen. Ist ein gewähltes Mitglied an der Teilnahme verhindert, so hat es dies der Obfrau oder dem Obmann mitzuteilen und kann eine Ersatzperson seiner wahlwerbenden Gruppe unter Hinweis auf die Tagesordnung mit der Vertretung betrauen.

(8) Ein Mitglied des Jagdausschusses ist von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen, wenn es durch die Beschlussfassung von einer Verpflichtung befreit oder wenn ihm ein Vorteil zugewendet werden soll oder wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäftes oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites zwischen ihm und der Jagdgenossenschaft betrifft. Das gleiche gilt, wenn sich die Beschlussfassung des Jagdausschusses hinsichtlich dieser Angelegenheiten auf die Ehegattin oder den Ehegatten oder auf die eingetragene Partnerin oder den eingetragenen Partner eines Jagdausschussmitgliedes oder auf Verwandte oder Verschwägerter bis einschließlich des zweiten Grades bezieht.

(9) Den Mitgliedern der Jagdgenossenschaft ist die Teilnahme an den Sitzungen des Jagdausschusses gestattet. Bei der Verpachtung der Genossenschaftsjagd ist über Verlangen eines Mitgliedes des Jagdausschusses geheim abzustimmen.

(10) Die Beschlüsse des Jagdausschusses, ausgenommen die Beschlüsse nach Abs. 3, § 36 Abs. 2 und § 50 Abs. 6, werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Obfrau oder des Obmannes den Ausschlag. Über die Beratung und Abstimmung des Jagdausschusses ist eine Niederschrift aufzunehmen, die auch den Ort und das Datum der Sitzung sowie die Namen der Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer und die Verhandlungsgegenstände zu enthalten hat. Sie ist binnen acht Tagen nach der Sitzung in Reinschrift zu übertragen und vom Vorsitz, der Schriftführerin oder dem Schriftführer und zwei weiteren Jagdausschussmitgliedern, die an der Sitzung teilgenommen haben und die möglichst verschiedenen wahlwerbenden Gruppen anzugehören haben, zu unterfertigen und durch sechs Jahre nach Ablauf der Jagdperiode aufzubewahren. Die Beschlüsse sind binnen drei Werktagen an der Amtstafel der Gemeinde zwei Wochen hindurch kundzumachen.

(11) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat Beschlüsse des Jagdausschusses, die gegen Gesetze verstoßen, aufzuheben. Die Aufhebung eines Beschlusses des Jagdausschusses ist nicht mehr zulässig, wenn seit der Beschlussfassung mehr als drei Jahre verstrichen sind. Die Bezirksverwaltungsbehörde kann ferner Maßnahmen, zu deren Durchführung die Obfrau oder der Obmann oder der Jagdausschuss berufen sind, auf Kosten der Jagdgenossenschaft selbst durchführen, wenn diese Maßnahmen trotz Aufforderung binnen einer angemessenen Frist vom Jagdausschuss nicht durchgeführt wurden und der Jagdgenossenschaft ansonsten Nachteile erwachsen würden. Hierbei kann von der Bezirksverwaltungsbehörde auch eine geeignete Verwalterin oder ein geeigneter Verwalter bestellt werden.

§ 31

Endigen der Funktion; Ersatzmitglieder

(1) Das Amt eines Mitgliedes oder eines Ersatzmitgliedes des Jagdausschusses erlischt

1. durch Tod;
2. durch schriftliche Verzichtserklärung gegenüber der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses;
3. durch Verlust der Mitgliedschaft in der Jagdgenossenschaft;
4. durch Aberkennung seitens der Bezirksverwaltungsbehörde (Abs. 2).

(2) Ein Mitglied oder Ersatzmitglied des Jagdausschusses ist von der Bezirksverwaltungsbehörde von Amtes wegen oder über Antrag der Obfrau oder des Obmannes des Amtes mit Bescheid für verlustig zu erklären,

1. wenn es sich ohne ausreichenden Entschuldigungsgrund trotz schriftlicher Aufforderung weigert, sein Amt auszuüben. Als eine solche Weigerung gilt ein zweimaliges, aufeinanderfolgendes, unentschuldigtes Fernbleiben von ordnungsgemäß einberufenen Jagdausschusssitzungen;
2. wenn ein Umstand eintritt oder nachträglich bekannt wird, welcher die Wählbarkeit in den Jagdausschuss ausgeschlossen hätte.

(3) An Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes des Jagdausschusses hat die Bezirksverwaltungsbehörde auf Vorschlag der oder des Zustellungsbevollmächtigten jener wahlwerbenden Gruppe, der das ausgeschiedene Mitglied angehörte, aus der Reihe der Ersatzmitglieder ein Mitglied zu berufen.

(4) Wenn die Obfrau oder der Obmann des Jagdausschusses ihren oder seinen Obliegenheiten nicht nachkommt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde diese oder diesen mit Bescheid des Amtes als Obfrau oder Obmann zu entheben und die Wahl einer neuen Obfrau oder eines neuen Obmannes zu veranlassen.

IV. Hauptstück

Verwertung der Genossenschaftsjagd

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 32

Art der Verwertung

(1) Die Genossenschaftsjagd ist mit den sich aus den § 16 Abs. 7 und § 43 ergebenden Ausnahmen

1. im Wege des freien Übereinkommens (§ 36) oder
2. im Wege der öffentlichen Versteigerung (§§ 38 ff) zu verpachten.

Der Jagdausschuss hat im vorletzten Halbjahr der laufenden Jagdperiode einen Beschluss mit Zustimmung von mindestens zwei Drittel sämtlicher Mitglieder des Jagdausschusses zu fällen, in welcher Form die Verpachtung zu erfolgen hat. Kommt dieser Beschluss nicht zu Stande, ist das Genossenschaftsjagdgebiet zu versteigern.

(2) Die Verpachtung hat, abgesehen von den Fällen der § 42 Abs. 4 und § 36 Abs. 3, für die Dauer der Jagdperiode zu erfolgen.

(3) Den einzelnen Mitgliedern der Jagdgenossenschaft steht in dieser ihrer Eigenschaft die Ausübung der Jagd auf dem Genossenschaftsjagdgebiet nicht zu.

§ 33

Eignung zur Pacht

Zur Pachtung einer Genossenschaftsjagd sind nur zugelassen:

1. eine einzelne physische Person, oder
2. zwei oder mehrere physische Personen, wenn sie gemeinsam pachten (Jagdgesellschaft § 35),
oder
3. juristische Personen.

§ 34

Einzelpersonen

(1) Zur Pachtung sind Personen nur zuzulassen, wenn

1. ihnen die Ausstellung einer Jagdkarte nicht zu verweigern ist (§ 64),
2. die in den vorangegangenen zehn Jagdjahren mindestens drei Jahre im Besitz einer burgenländischen Jahresjagdkarte oder im Besitz einer in einem anderen Bundesland, in dem zur Erlangung der ersten Jagdkarte eine Eignungsprüfung vorgesehen ist, ausgestellten Jagdkarte waren,
3. sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

(2) Personen, die in der letzten Jagdperiode als Jagdpächterin oder Jagdpächter vertragsbrüchig geworden sind oder den gesetzlichen Vorschriften oder behördlichen Anordnungen hinsichtlich der Jagdausübung als Jagdpächterin oder Jagdpächter wiederholt nicht entsprochen haben, können für einen angemessenen Zeitraum, jedoch längstens für die Dauer einer Jagdperiode, von der Pachtung einer Genossenschaftsjagd von der Bezirksverwaltungsbehörde ausgeschlossen werden.

(3) Gemeinden, agrarische Gemeinschaften oder eine Mehrheit von Personen ohne Gesellschaftsvertrag sind unter der Voraussetzung, dass ihnen die Befugnis zur Eigenjagd zusteht, nur zur Pachtung eines Jagdeinschlusses nach Maßgabe der Bestimmungen des § 16 Abs. 2 zugelassen.

(4) Liegt der Hauptwohnsitz der Pächterin oder des Pächters nicht im Verwaltungsbezirk oder in einem angrenzenden Verwaltungsbezirk, so ist von der Pächterin oder dem Pächter eine im Verwaltungsbezirk oder einem angrenzenden Verwaltungsbezirk wohnhafte Person als Vertretung zu bestellen und diese der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses und der Bezirksverwaltungsbehörde binnen vier Wochen nach Beginn des Pachtverhältnisses anzuzeigen. Die Vertretungsbefugnis umfasst:

1. die Entgegennahme von Schriftstücken im Zusammenhang mit der Pachtung des Jagdgebietes,
2. die Entgegennahme von Schadensmeldungen gemäß § 112.

§ 35

Jagdgesellschaft, juristische Person; Jagdleitung

(1) Wenn zwei oder mehrere physische Personen beabsichtigen, ein bestimmtes Jagdgebiet gemeinsam zu pachten, so haben sie schriftlich einen Gesellschaftsvertrag abzuschließen (Jagdgesellschaft). § 34 Abs. 2 und § 60 Abs. 4 gelten für die Jagdgesellschaftlerinnen und Jagdgesellschaftler sinngemäß.

(2) Die Mitglieder der Jagdgesellschaft haben die Jagd unter einheitlicher Leitung auszuüben und zu diesem Zweck aus ihrer Mitte eine Jagdleiterin oder einen Jagdleiter sowie eine Jagdleiterstellvertreterin oder einen Jagdleiterstellvertreter zu bestellen, die oder der die Eignung zur Pachtung einer

Genossenschaftsjagd gemäß § 34 Abs. 1 besitzt. Die übrigen Mitglieder müssen volljährig sein und die Voraussetzungen des § 34 Abs. 1 Z 1 erbringen.

(3) Der Gesellschaftsvertrag hat sämtliche Mitglieder der Jagdgesellschaft mit Namen, Geburtsdaten und Wohnsitz, die bestellte Jagdleiterin oder den bestellten Jagdleiter sowie das Jagdgebiet zu enthalten. Im Gesellschaftsvertrag müssen Regelungen für das freiwillige Ausscheiden von Mitgliedern aus der Jagdgesellschaft getroffen werden und es muss die Verpflichtung vorgesehen werden, Mitglieder aus der Jagdgesellschaft auszuschließen, denen die Jagdkarte rechtskräftig verweigert oder entzogen worden ist oder die nicht im Besitz einer gültigen Jagdkarte sind.

(4) Zum Abschluss des Pachtvertrages namens der Mitglieder der Jagdgesellschaft kann jedes Mitglied bevollmächtigt werden. Dieses Mitglied hat sich der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses gegenüber vor Beginn der öffentlichen Versteigerung, bei einer Verpachtung im Wege des freien Übereinkommens vor Eingehen in die Vertragsverhandlungen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht sowie des Gesellschaftsvertrages auszuweisen.

(5) Auf die ersten 115 ha Jagdfläche dürfen höchstens zwei Jagdgesellschaftlerinnen oder Jagdgesellschaftler, je weitere 115 ha Jagdfläche kann höchstens eine Jagdgesellschaftlerin oder ein Jagdgesellschaftler entfallen.

(6) Der Gesellschaftsvertrag ist der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat binnen acht Wochen nach Einlangen der Anzeige die Bildung der Jagdgesellschaft zu versagen, wenn

1. die Jagdgesellschaft oder eines ihrer Mitglieder nicht die Voraussetzungen des Abs. 2 erfüllt, oder
2. die Jagdleiterin oder der Jagdleiter nicht die Voraussetzungen des § 34 Abs. 1 und 2 erfüllt, oder
3. der Gesellschaftsvertrag nicht die Voraussetzungen des Abs. 3 erfüllt, oder
4. die in Abs. 5 genannte Höchstzahl an Gesellschaftsmitgliedern überschritten wird.

(7) Die Erbinnen und Erben eines Mitgliedes der Jagdgesellschaft haben keinen Anspruch auf Eintritt in den Jagdpachtvertrag.

(8) Jede Aufnahme einer Jagdgesellschaftlerin oder eines Jagdgesellschaftlers ist an die Zustimmung des Jagdausschusses gebunden. Sie ist überdies der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Aufnahme binnen acht Wochen zu versagen, wenn die Voraussetzungen des Abs. 6 sinngemäß vorliegen.

(9) Das freiwillige Ausscheiden sowie der Ausschluss eines Gesellschaftsmitgliedes ist dem Jagdausschuss und der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Wenn die Jagdleiterin oder der Jagdleiter oder die Stellvertretung ausscheidet und kein anderes den Voraussetzungen des § 34 Abs. 1 entsprechendes Mitglied zur Jagdleiterin oder zum Jagdleiter bestellt wird, oder wenn die verbleibenden Mitglieder infolge des Ausscheidens eines oder mehrerer Mitglieder aus der Jagdgesellschaft den Voraussetzungen des § 34 Abs. 2 nicht mehr entsprechen, hat die Bezirksverwaltungsbehörde das Pachtverhältnis aufzulösen. Mit Zustimmung des Jagdausschusses kann das Pachtverhältnis auch mit einem verbleibenden Mitglied der Jagdgesellschaft als Einzelpachtverhältnis fortgesetzt werden, wenn die Voraussetzungen des § 34 Abs. 1 erfüllt werden.

(10) Die Mitglieder der Jagdgesellschaft haften rücksichtlich aller, während der Zeit ihrer Mitgliedschaft aus der Jagdpachtung gegenüber der Jagdgenossenschaft hervorgehenden Verbindlichkeiten, insbesondere auch für den Jagd- und Wildschaden, zur ungeteilten Hand. In gleicher Weise haften die Mitglieder der Jagdgesellschaft auch für Geldstrafen, die der Jagdleiterin oder dem Jagdleiter wegen Nichterfüllung einer die Jagdgesellschaft als Jagdpächterin oder Jagdpächter treffenden Handlungs- oder Unterlassungspflicht auferlegt werden.

(11) Die Mitglieder der Jagdgesellschaft haben, sofern die Jagdleiterin oder der Jagdleiter deren oder dessen Stellvertretung nicht in dem Verwaltungsbezirk, in dem das Jagdgebiet gelegen ist, oder in einem angrenzenden Verwaltungsbezirk den Hauptwohnsitz hat, eine in diesem Verwaltungsbezirk oder angrenzenden Verwaltungsbezirk wohnhafte zur gemeinsamen Vertretung befugte Person zu bestellen und diese der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses und der Bezirksverwaltungsbehörde bekannt zu geben. Hinsichtlich der Vertretungsbefugnis gilt § 34 Abs. 4.

(12) Juristische Personen sind zur Pachtung eines Genossenschaftsjagdgebietes zuzulassen, wenn sie je eine Person mit der Jagdleitung sowie eine Person mit der Jagdleitungsstellvertretung betrauen, die die Voraussetzungen nach § 34 Abs. 1 und 2 erfüllt und die in allen Belangen der ordentlichen Jagdbetriebsführung vertretungsbefugt ist. Abs. 11 ist sinngemäß anzuwenden.

2. Abschnitt

Verpachtung im Wege des freien Übereinkommens

§ 36

Beschlussfassung durch den Jagdausschuss

(1) Eine Genossenschaftsjagd kann im Wege eines freien Übereinkommens verpachtet werden, wenn der Jagdausschuss dies gemäß § 32 Abs. 1 beschließt und eine derartige Verpachtung weder dem Interesse der Land- und Forstwirtschaft noch jenem der Interessen der Jagdgenossenschaft widerspricht.

(2) Zusätzlich zum Beschluss gemäß § 32 Abs. 1 ist ein Beschluss des Jagdausschusses im vorletzten Halbjahr der laufenden Jagdperiode zu fassen, an wen und zu welchen Pachtbedingungen die Verpachtung erfolgt. Hiefür ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Jagdausschusses und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Der Beschluss hat zumindest den Namen der Pächterin oder des Pächters, die Höhe des Pachtbetrages und die für die Entscheidung maßgebenden Gründe zu enthalten. Der Beschluss ist binnen fünf Werktagen gemeinsam mit dem Beschluss gemäß § 32 Abs. 1 durch vier Wochen an der Amtstafel der Gemeinde anzuschlagen und überdies binnen fünf Werktagen ortsüblich mit dem Beifügen zu verlautbaren, dass ein Widerspruch dagegen von den Mitgliedern der Jagdgenossenschaft binnen vier Wochen, gerechnet vom Tage des Anschlages an der Amtstafel beim Gemeindeamt schriftlich eingebracht oder zu Protokoll gegeben werden kann. Der Widerspruch hat eine Begründung zu enthalten, ob er sich gegen die freie Vergabe oder gegen die Vergabe an diese Pächterin oder diesen Pächter oder gegen die Pachtbedingungen richtet. Der Beschluss des Jagdausschusses tritt außer Kraft und das Genossenschaftsjagdgebiet ist im Wege der öffentlichen Versteigerung zu verpachten, wenn die Widerspruch erhebenden Mitglieder der Jagdgenossenschaft über das Eigentum von mehr als der Hälfte der im Genossenschaftsjagdgebiet gelegenen Grundflächen verfügen. Das Außerkrafttreten des Beschlusses ist gleichfalls an der Amtstafel der Gemeinde und ortsüblich kundzumachen.

(3) Eine Verpachtung im Wege des freien Übereinkommens für die restliche Dauer der Jagdperiode ist auch dann zulässig, wenn das Pachtverhältnis im Laufe der Jagdperiode kraft Gesetzes erloschen ist oder rechtskräftig aufgelöst wurde. Der diesbezügliche Beschluss des Jagdausschusses ist binnen acht Wochen nach Rechtskraft der Entscheidung, mit dem das Erlöschen festgestellt oder das Pachtverhältnis aufgelöst wurde, zu fassen.

§ 37

Anzeige der Verpachtung

(1) Die Obfrau oder der Obmann des Jagdausschusses hat die im Wege des freien Übereinkommens erfolgte Verpachtung nach Ablauf der in § 36 Abs. 2 angeführten Frist mit allen Unterlagen unter Vorlage der Beschlüsse gemäß § 32 Abs. 1 und § 36 Abs. 2 binnen fünf Werktagen der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat binnen acht Wochen ab Einlangen der Anzeige den Beschluss oder die Beschlüsse gemäß Abs. 1 aufzuheben, wenn dieser oder diese nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes, insbesondere des § 36 Abs. 1 und 2, entspricht oder entsprechen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat, wenn Widersprüche gegen den Beschluss oder die Beschlüsse erhoben wurden, gegebenenfalls auch auszusprechen, dass keine Aufhebungsgründe vorliegen. Diese Entscheidung ist den Widerspruch erhebenden Parteien zuzustellen.

(3) Hat die Bezirksverwaltungsbehörde innerhalb der in Abs. 2 genannten Frist die Beschlüsse nicht aufgehoben oder erklärt, dass keine Aufhebungsgründe vorliegen, hat die Obfrau oder der Obmann des Jagdausschusses die Kundmachung der Beschlüsse durch zwei Wochen an der Amtstafel der Gemeinde mit der Beifügung zu veranlassen, dass die Bezirksverwaltungsbehörde keinen Grund zur Aufhebung der Beschlüsse erkannt hat.

(4) Der Jagdausschuss kann binnen acht Wochen nach Rechtskraft des Bescheides, mit dem der Beschluss des Jagdausschusses aufgehoben wurde, eine weitere Verpachtung im Wege des freien Übereinkommens vornehmen. Hiebei sind die Abs. 1 bis 3 anzuwenden. Wird auch dieser Beschluss aufgehoben, ist die Jagd öffentlich zu versteigern.

3. Abschnitt

Öffentliche Versteigerung

§ 38

Versteigerungsbedingungen

(1) Im Wege der öffentlichen Versteigerung ist die Genossenschaftsjagd an diejenige Person zu verpachten, die das höchste Angebot stellt, wobei jedoch Angebote solcher Bieterinnen und Bieter, die nach den Bestimmungen der §§ 33, 34 und 35 zur Pachtung nicht zugelassen sind, außer Betracht zu bleiben haben.

(2) Zu diesem Zweck hat der Jagdausschuss im vorletzten Halbjahr der laufenden Jagdperiode die Pachtbedingungen auf Grund des von der Landesregierung vorgeschriebenen Musters zu verwenden. In diesen Bedingungen ist zu bestimmen, dass der bei der Versteigerung erzielte Pachtbetrag sich entsprechend dem Flächenausmaß erhöht oder vermindert, wenn infolge der endgültigen Entscheidung über etwa noch anhängige Beschwerden oder im Sinne sonstiger Bestimmungen dieses Gesetzes oder infolge Änderung der Gemeindegrenzen ein Zuwachs oder Abfall an dem Jagdgebiete eintritt; ferner ist ausdrücklich auf die im § 39 angeführten Verbote hinzuweisen.

§ 39

Verbotene Vereinbarungen

Vereinbarungen, durch die

1. das Genossenschaftsjagdgebiet zum Zwecke der Jagdausübung der Fläche nach aufgeteilt wird oder
2. zugunsten einer oder eines oder mehrerer Mitbietender vor oder bei der Versteigerung Begünstigungen versprochen werden, die nicht in den Versteigerungsbedingungen aufgenommen sind, insbesondere solche, durch die auf den Pachtbetrag oder auf den Ersatz des Jagd- und Wildschadens ganz oder teilweise verzichtet wird,

sind verboten und rechtsunwirksam.

§ 40

Kundmachung der Versteigerung

(1) Der Zeitraum zwischen der Kundmachung der Versteigerung, die vom Jagdausschuss mit Beschluss festzulegen ist, und dem Versteigerungstermin muss mindestens vier Wochen betragen. Die Kundmachung des Versteigerungstermins hat binnen fünf Werktagen ab Beschlussfassung durch Anschlag an den Amtstafeln der Gemeinde und der Bezirksverwaltungsbehörde sowie durch Veröffentlichung im Landesamtsblatt für das Burgenland zu erfolgen.

(2) Die Kundmachung hat Ort und Zeit der Versteigerung, die Verpachtungsbedingungen, den Ausrufpreis, das zu erlegende Leggeld (Vadium), in der Höhe von mindestens 10% des Ausrufpreises und die Dauer der Verpachtung anzugeben.

§ 41

Vorgang bei der Versteigerung

(1) Die Versteigerung der Genossenschaftsjagd ist durch die Obfrau oder den Obmann des Jagdausschusses oder durch eine von der Obfrau oder vom Obmann beauftragte Person in der Regel in der Gemeinde, in der das Jagdgebiet gelegen ist, vorzunehmen. Die Versteigerung hat zu der in der Kundmachung festgesetzten Stunde und an dem bestimmten Ort zu beginnen und ist unter Beiziehung jeweils einer mit der Schriftführung und der Ausrufung betrauten Person vorzunehmen.

(2) Als Bieterin oder Bieter ist nur zuzulassen, wer das Leggeld ordnungsgemäß erlegt hat. Personen, die als Bieterin oder Bieter auftreten, müssen nachweisen, dass sie den Voraussetzungen des § 34 Abs. 1 entsprechen. Mitbietende Jagdgesellschaften haben den Nachweis zu erbringen, dass die Mitglieder die im § 35 Abs. 2 geforderten Voraussetzungen erbringen. Juristische Personen müssen die Voraussetzung des § 35 Abs. 12 nachweisen.

(3) Die Schriftführerin oder der Schriftführer hat zunächst die festgelegten Versteigerungsbedingungen zu verlesen und hierauf die Namen der nach Abs. 2 zugelassenen Bieterinnen und Bieter in die Versteigerungsniederschrift einzutragen.

(4) Hierauf ist ohne Verzug mit der Versteigerung zu beginnen. Wird nach dem Ausruf des in den Pachtbedingungen bestimmten Ausrufpreises ein Angebot gemacht, das dem Ausrufpreis entspricht bzw.

werden in der Folge höhere Angebote gestellt, so hat die Ausruferin oder der Ausrufer jedes dieser Angebote dreimal mit dem Beisatz „zum ersten Mal“, „zum zweiten Mal“ und, wenn eine Überbietung des Angebotes nicht erfolgt, mit dem Ruf „zum dritten Mal“ deutlich zu wiederholen. Diese Wiederholung hat ohne jede Übereilung und insbesondere der letzte Ruf nach einer längeren, mindestens zehn Minuten währenden Pause zu erfolgen. Nach dem letzten Ruf bestätigt die Ausruferin oder der Ausrufer den Schluss der Versteigerung durch Schlag mit dem Hammer.

(5) Wenn ein Angebot von mehreren Bietenden gleichzeitig derart gestellt wird, dass das erste Angebot nicht mehr festgestellt werden kann und dieses Angebot nicht mehr übersteigert wird, dann entscheidet das Los darüber, welcher von jenen Bietenden, die gleichzeitig dasselbe Angebot gestellt haben, als Ersteherin oder Ersterer zu gelten hat.

(6) Wird jedoch das in den Pachtbedingungen festgelegte Mindestangebot (Ausrufpreis) nicht erreicht und meldet sich trotz dreimaligen Ausrufes desselben keine Bieterin und kein Bieter, so ist die Versteigerung als ergebnislos abzubrechen.

(7) Die Schriftführerin oder der Schriftführer hat das Ergebnis der Versteigerung in die Versteigerungsniederschrift einzutragen und zu diesem Zweck sämtliche Angebote und die Namen der Bietenden, von denen sie gestellt wurden, vorzumerken.

(8) Nach Abschluss des Versteigerungsverfahrens gemäß den vorstehenden Bestimmungen sind die erlegten Leggelder jenen Bietenden, die die Jagd nicht ersteigert haben, gegen Bestätigung in der Versteigerungsniederschrift zurückzustellen. Die Versteigerungsniederschrift ist sodann von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu verlesen und von sämtlichen Bieterinnen und Bietern, von der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses bzw. von der Leiterin oder dem Leiter der Versteigerung und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterfertigen.

(9) Das von der Ersteherin oder dem Ersterer erlegte Leggeld haftet für den fristgerechten Ersatz der Kosten der Versteigerung sowie für den rechtzeitigen Erlag des ersten Pachtbetrages und der Kaution.

(10) Die Ersteherin oder der Ersterer erhält das von ihr oder ihm erlegte Leggeld nach fristgerechtem Ersatz der der Jagdgenossenschaft durch die Versteigerung erwachsenden Kosten und nach fristgerechtem Erlag des ersten Pachtbetrages zurück, sofern es nicht mit Zustimmung der Ersteherin oder des Ersterers auf den Pachtbetrag angerechnet wird.

(11) Die Landesregierung hat durch Verordnung Muster für die Versteigerungsbedingungen, für die Kundmachung der Versteigerung, für die Versteigerungsniederschrift und die näheren Bestimmungen des Verfahrens festzusetzen.

§ 42

Anzeige der erfolgten Versteigerung

(1) Die im Wege der öffentlichen Versteigerung vorgenommene Verpachtung ist von der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses innerhalb von vier Wochen nach dem Tag der Zuschlagerteilung der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Der Anzeige sind anzuschließen:

1. die Versteigerungsbedingungen,
2. die Nachweise der Kundmachungen gemäß § 40 und
3. die Versteigerungsniederschrift.

(2) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat binnen acht Wochen ab Einlangen der Anzeige (Abs. 1) den erfolgten Zuschlag außer Kraft zu setzen und eine neuerliche Versteigerung anzuordnen, wenn bei der Versteigerung die Bestimmungen dieses Gesetzes oder einer auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes erlassenen Verordnung nicht eingehalten wurden.

(3) Setzt die Bezirksverwaltungsbehörde den Zuschlag deshalb außer Kraft, weil die oder der Erstehende den Voraussetzungen des § 34, oder, wenn die Ersteherin oder der Ersterer eine Jagdgesellschaft oder eine juristische Person ist, jenen des § 35 nicht entspricht, so kann sie nach Anhörung des Jagdausschusses den Zuschlag jener geeigneten Bieterin oder jenem geeigneten Bieter erteilen, die oder der das nächsthöchste Angebot gestellt hat, vorausgesetzt, dass diese Person die Pachtung noch anstrebt.

(4) Hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Erteilung des Zuschlages gemäß Abs. 2 außer Kraft gesetzt und den Zuschlag einer anderen Bieterin oder einem anderen Bieter erteilt und wird dagegen Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht erhoben, so ist, wenn der Beschwerde Folge gegeben wird, eine neuerliche Versteigerung unter Außerkraftsetzung der vorgenommenen Verpachtung für die restliche Pachtdauer anzuordnen, sofern die Genossenschaftsjagd nicht einer Bieterin oder einem Bieter, die oder der Beschwerde erhoben hat, zugeschlagen wird. In diesen Fällen gilt jene Person als Ersteherin oder

Ersteher bzw. Bieterin oder Bieter, welcher der Zuschlag von der Bezirksverwaltungsbehörde erteilt wurde, bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Beschwerde als Pächterin oder Pächter der Genossenschaftsjagd. Die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde gegen einen Bescheid kann dann ausgeschlossen werden, wenn die vorzeitige Vollstreckung aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist und nach Abwägung aller berührten Interessen, insbesondere des seuchenhygienischen Interesses mit dem Vollzug oder mit der Ausübung der mit Bescheid eingeräumten Berechtigung für die anderen Parteien kein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Sofern hinsichtlich des Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung in einer gesonderten Entscheidung abgesprochen wird, kommt einer dagegen erhobenen Beschwerde keine aufschiebende Wirkung zu.

(5) Wird bei der ersten Versteigerung einer Genossenschaftsjagd der Ausrufpreis nicht erreicht, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde eine neuerliche Versteigerung anzuordnen, für welche sie nach Befragung des Jagdausschusses den Ausrufpreis festsetzt. Falls auch diese Versteigerung erfolglos ist, ist im Sinne des § 43 vorzugehen.

4. Abschnitt

Verwertung der unverpachteten Genossenschaftsjagd

§ 43

Genossenschaftsjagdverwaltung

(1) Wird eine Genossenschaftsjagd weder durch öffentliche Versteigerung (§§ 38 ff), noch im Wege des freien Übereinkommens (§ 36 f) verpachtet, so ist zur Ausübung der Jagd und zur Betreuung des Genossenschaftsjagdgebietes, sofern nicht auf ihm Vorpachtrechte (§ 16) festgestellt sind, eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder ein Genossenschaftsjagdverwalter zu bestellen.

(2) Die öffentliche Versteigerung des Genossenschaftsjagdgebietes ist jedoch spätestens innerhalb dreier Monate nach Beginn der Jagdperiode neuerlich vorzunehmen und, wenn sie auch jetzt erfolglos geblieben ist, in der Folgezeit dann zu wiederholen, wenn sich begründete Aussichten für eine erfolgreiche Versteigerung ergeben.

§ 44

Bestellung der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters

(1) Die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter ist durch den Jagdausschuss zu bestellen; die Bestellung ist der Bezirksverwaltungsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Entspricht die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter nicht den Anforderungen gemäß Abs. 3, ist die Bestellung zu untersagen.

(2) Unterlässt der Jagdausschuss die Bestellung innerhalb einer von der Bezirksverwaltungsbehörde festzusetzenden angemessenen Frist, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Genossenschaftsjagdverwalterin oder den Genossenschaftsjagdverwalter zu bestellen.

(3) Als Genossenschaftsjagdverwalterin oder Genossenschaftsjagdverwalter können nur solche Personen bestellt werden, welche die Voraussetzungen des § 34 Abs.1 erfüllen. Erfüllt die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter die Voraussetzungen als Jagdschutzorgan, kann von der Bestellung eines Jagdschutzorganes gemäß § 71 abgesehen werden oder ist der als Jagdschutzorgan bestellte Jagdverwalter auf die gemäß § 71 Abs. 2 geforderte Anzahl an Jagdschutzorganen anzurechnen.

(4) Wenn die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter in der Folge den gesetzlichen Anforderungen oder den ihr oder ihm obliegenden Verpflichtungen nicht entspricht, hat die Bezirksverwaltungsbehörde über Antrag des Jagdausschusses oder von Amts wegen die Bestellung einer anderen Person als Genossenschaftsjagdverwalterin oder Genossenschaftsjagdverwalter zu veranlassen, insofern sich nicht die Möglichkeit einer Versteigerung des Genossenschaftsjagdgebietes ergibt (§ 43 Abs. 2).

§ 45

Kosten der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters

(1) Die mit der Verwaltung der Genossenschaftsjagd durch eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder einen Genossenschaftsjagdverwalter verbundenen Kosten einschließlich des Ersatzes von Jagd- und Wildschäden sind von der Jagdgenossenschaft zu tragen, welcher auch die sich ergebenden Einnahmen zufließen. Mit Schluss jedes Jagdjahres ist die Abrechnung vorzunehmen und von dem Jagdausschuss innerhalb des Monats Februar in ortsüblicher Weise kundzumachen.

(2) Auf die Verteilung eines allfälligen Reingewinnes finden die Bestimmungen des § 50 sinngemäß Anwendung.

(3) Der zur Deckung eines etwaigen Abganges erforderliche Betrag ist durch den Jagdausschuss unter Zugrundelegung des in § 50 Abs. 1 bezeichneten Schlüssels auf die einzelnen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer aufzuteilen, die die Zahlung binnen zweier Wochen nach Rechtskraft des Zahlungsauftrages zu Händen der Obfrau oder des Obmannes des Jagdausschusses zu leisten haben, sofern der Abgang nicht von der früheren Pächterin oder dem früheren Pächter zu ersetzen ist.

(4) Der Jagdausschuss ist berechtigt, auch vor der Vornahme der endgültigen Abrechnung auf Grund einer einstweiligen, im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht aufzulegenden Abrechnung, deren Auflage ortsüblich kundzumachen ist, die zur Deckung von Kosten erforderlichen Beträge in der im Abs. 3 bezeichneten Weise von den Mitgliedern der Jagdgenossenschaft einzuheben.

(5) Beschwerden gegen die von dem Jagdausschuss vorgenommene Abrechnung oder gegen einen Zahlungsauftrag sind binnen vier Wochen nach der Kundmachung bzw. Zustellung bei der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses einzubringen und von diesem ohne Verzug an die Bezirksverwaltungsbehörde zu leiten, welche hierüber entscheidet.

(6) Rückständige Beträge (Abs. 3 und 4) können im Verwaltungswege eingebracht werden.

5. Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen für alle Arten der Verpachtungen

§ 46

Kostenersatz

Die Pächterin oder der Pächter hat der Jagdgenossenschaft binnen zwei Wochen nach Rechtswirksamkeit der Anzeige der Verpachtung die durch die Verpachtung erwachsenen Kosten zu ersetzen.

§ 47

Kaution

(1) Die Pächterin oder der Pächter hat bei der Bezirksverwaltungsbehörde eine Kaution in der Höhe eines Jahrespachtbetrages spätestens bis zwei Monate vor Beginn der neuen Jagdperiode, wenn aber die Anzeige der Verpachtung später erfolgt, innerhalb von zwei Wochen nach Rechtswirksamkeit der Anzeige, zu erlegen. Erfolgt die Hinterlegung nicht, ist der Vertrag unwirksam und ist eine neuerliche Vergabe erforderlich.

(2) Die Kaution ist durch eine Sparurkunde (Einlagebuch) eines Kreditinstitutes zu erlegen, das einen Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat hat. Gleichzeitig mit dem Kautionserlag hat die Erlegerin oder der Erleger der Bezirksverwaltungsbehörde eine eigenhändig unterfertigte unwiderrufliche Erklärung vorzulegen, in der die ausdrückliche Zustimmung erteilt wird, dass über den Kautionsbetrag ausschließlich die Bezirksverwaltungsbehörde verfügen darf. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Sparurkunde bei dem Kreditinstitut zu ihrer ausschließlichen Verwendung sperren zu lassen. Der Sparurkunde ist eine Bürgschaft eines solchen Kreditinstitutes gleichzuhalten, in der es sich zur Haftung als Bürge und Zahler verpflichtet.

(3) Die Kaution haftet für Kosten, die anlässlich von Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Verpachtung der Genossenschaftsjagd aufgelaufen sind und zu deren Tragung die Pächterin oder der Pächter verhalten ist, für Geldstrafen, zu denen die Jagdpächterin oder der Jagdpächter zufolge des bestehenden Pachtverhältnisses verurteilt wurde, für den Pachtbetrag und die Verzugszinsen bei einer verspäteten Entrichtung des Pachtbetrages und für die Erfüllung aller sonstigen der Pächterin oder dem Pächter aus dem Pachtvertrag oder aus diesem Gesetz obliegenden Verbindlichkeiten.

(4) Sofern die Erlegerin oder der Erleger der Inanspruchnahme der Kaution nicht zustimmt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Inanspruchnahme der Kaution mit Bescheid zu verfügen.

(5) Sinkt die Kaution infolge ihrer Verwendung oder aus anderen Gründen, wie zB durch die Erhöhung des Pachtbetrages infolge einer Wertsicherung, unter den Betrag des jährlichen Pachtbetrages, so hat sie die Pächterin oder der Pächter binnen zweier Wochen nach Aufforderung durch die Bezirksverwaltungsbehörde auf die Höhe des jeweiligen Jahrespachtbetrages zu ergänzen. Kommt die Pächterin oder der Pächter diesem Auftrag nicht fristgerecht nach, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde dieser oder diesem mit Bescheid die Zahlung binnen zweier Wochen unter Androhung der zwangsweisen

Einbringung, erforderlichenfalls auch unter Androhung der Auflösung des Pachtverhältnisses (§ 56 Z 4) aufzutragen.

(6) Bei einer Wertsicherung des Pachtbetrages ist die Kautions erst dann zu ergänzen, wenn sie unter 95% des Pachtbetrages sinkt.

(7) Die Kautions ist der Pächterin oder dem Pächter vier Wochen nach Ablauf der Pachtzeit zurückzustellen, wenn diese oder dieser seine Verpflichtungen (Abs. 3) erfüllt hat und kein Haftungsgrund gemäß Abs. 3 vorliegt.

§ 48

Erlag des Pachtbetrages

(1) Der erste Pachtbetrag ist zwei Monate vor Beginn der neuen Jagdperiode und jeder folgende spätestens bis 15. Jänner des jeweils laufenden Jagdjahres beim Jagdausschuss zu erlegen. Ab dem Fälligkeitstag können Verzugszinsen verrechnet werden, sofern nicht die Kautions in Anspruch genommen wird.

(2) Wird der Pachtbetrag zur festgesetzten Zeit nicht oder nicht zur Gänze erlegt, so hat die Obfrau oder der Obmann des Jagdausschusses die Anzeige hierüber an die Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten, welche der Pächterin oder dem Pächter die Zahlung binnen zweier Wochen mit Bescheid aufzutragen hat. Kommt die Pächterin oder der Pächter dem Zahlungsauftrag nicht fristgerecht nach, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Inanspruchnahme der Kautions zu verfügen.

(3) Die oder der im Sinne der § 42 Abs. 4 und § 37 Abs. 2 in das Pachtverhältnis eingetretene Pächterin oder Pächter hat den auf die Zeit der einstweiligen Jagdpachtung entfallenden Pachtbetrag, falls er nicht bereits entrichtet wurde, binnen zweier Wochen nach Rechtskraft des Bescheides, mit dem das Pachtverhältnis aufgelöst wird, zu erlegen.

§ 49

Erlag des Pachtbetrages für ein gemeinschaftliches Genossenschaftsjagdgebiet

(1) Der Pachtbetrag für ein gemeinschaftliches Genossenschaftsjagdgebiet (§ 15 Abs. 1 und 2) ist an den für dieses Gebiet gewählten Jagdausschuss abzuführen.

(2) Sofern es zu keinem einstimmigen Beschluss des Jagdausschusses über eine andere Verwendung des Pachtbetrages im Sinne des § 50 Abs. 6 und 7 kommt, sind die auf die einzelnen vereinigten Genossenschaftsjagdgebiete entfallenden Teilbeträge von der Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Schlüssel festzulegen, der gemäß § 50 Abs. 1 für die Verteilung des Pachtbetrages unter die Eigentümerinnen und Eigentümer der das Genossenschaftsjagdgebiet bildenden Grundstücke anzuwenden ist.

§ 50

Verwendung des Pachtbetrages

(1) Der Pachtbetrag einschließlich eines im Sinne des § 18 Abs. 3 etwa entrichteten Entgeltes ist abzüglich der die Jagdgenossenschaft belastenden Kosten der Verwaltung auf alle Eigentümerinnen und Eigentümer der das Genossenschaftsjagdgebiet bildenden Grundstücke unter Zugrundelegung des Flächenmaßes der Grundstücke aufzuteilen. Dabei haben jene Grundstücke außer Betracht zu bleiben, auf denen die Jagd ruht (§ 20 Abs. 1 und 2).

(2) 10% des jährlichen Jagdpachtbetrages sind für wildschadensverhütende Maßnahmen oder, wenn ein derartiger Bedarf nicht besteht, für lebensraumverbessernde Maßnahmen im jeweiligen Jagdjahr, spätestens allerdings bis zum Ende der Jagdperiode, zu verwenden, wobei der jeweilige Betrag auf Hunderterbeträge gerundet werden kann. Über die Verwendung des Pachtentgeltes für wildschadensverhütende oder lebensraumverbessernde Maßnahmen ist gemeinsam mit der oder dem Jagdausübungsberechtigten zu entscheiden und darüber im Jagdausschuss sodann ein Beschluss zu fassen. Kommt es über die wildschadensverhütenden oder lebensraumverbessernden Maßnahmen zu keinem Einvernehmen zwischen dem Jagdausschuss und der oder dem Jagdausübungsberechtigten, hat die Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten oder des Jagdausschusses über die Errichtung und Durchführung derartiger Maßnahmen zu entscheiden, wobei die Auswirkungen auf die Wildschadenssituation zu berücksichtigen sind. Der Beschluss oder die rechtskräftige Entscheidung der Bezirksverwaltungsbehörde sind gemäß § 30 Abs. 10 auszuhängen.

(3) Der auf einen Jagdeinschluss (§ 16 Abs. 3) entfallende Pachtbetrag ist nur unter die Eigentümerinnen und Eigentümer jener Grundstücke, die den Jagdeinschluss bilden, zu verteilen.

(4) Innerhalb von vier Wochen nach dem jeweiligen Erlag des jährlichen Pachtbetrages hat der Jagdausschuss ein Verzeichnis der auf die einzelnen Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer nach dem zugrundegelegten Maßstab (Abs. 1) entfallenden Anteile durch zwei Wochen im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Die Auflage ist mit dem Beifügen kundzumachen, dass Beschwerden gegen die Feststellung der Anteile innerhalb zweier Wochen, von dem Anschlag der Kundmachung an gerechnet, schriftlich bei der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses einzubringen sind. Eingebraachte Beschwerden sind von der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses ohne Verzug der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen, die hierüber entscheidet. Die Gemeinde hat dem Jagdausschuss in die zur Berechnung der Pachtbetragsanteile erforderlichen Unterlagen Einsicht zu gewähren.

(5) Nach rechtskräftiger Bestimmung der Anteile hat die Obfrau oder der Obmann des Jagdausschusses in ortsüblicher Weise kundzumachen, dass die Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer ihre Anteile binnen einer kalendermäßig festzusetzenden Frist von sechs Monaten beheben können. Anteilsbeträge, die binnen dieser Frist nicht behoben werden, verfallen zu Gunsten der Jagdgenossenschaft.

(6) Entgegen der vorstehenden Bestimmungen kann der Jagdausschuss eine andere Verwendung des Pachtbetrages beschließen, wenn die vorgesehene Verwendung im allgemeinen Interesse der Land- und Forstwirtschaft liegt, der Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke dienlich ist, zur Bestreitung der Kosten, die für die im Genossenschaftsjagdgebiet liegenden Grundstücke anfallen erforderlich ist, oder der Lebensraumverbesserung dient. Ein solcher Beschluss ist innerhalb von vier Wochen nach Erlag des jährlichen Pachtbetrages zu fassen und bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln sämtlicher Mitglieder des Jagdausschusses. Der Beschluss ist unverzüglich zwei Wochen hindurch zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und an der Amtstafel der Gemeinde anzuschlagen. Er tritt nur dann in Kraft, wenn nicht mehr als 35% der sonst Bezugsberechtigten - nach der Fläche gerechnet - dagegen Widerspruch erhebt. Darauf ist in der Verlautbarung hinzuweisen.

(7) Bei einem gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebiet hat der Jagdausschuss einen Beschluss im Sinne des Abs. 6 für jeden zu einer Gemeinde gehörenden Teil des gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebietes gesondert zu fassen, falls nicht sämtliche Mitglieder des Jagdausschusses der anderen als der im Abs. 1 genannten Verwendung des Pachtbetrages zustimmen.

(8) Die Aufteilung oder andere Verwendung des Pachtbetrages darf erst nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Verpachtung bzw. nach Ablauf des Jagdjahres erfolgen.

§ 51

Besondere Kostendeckung bei verpachteten Genossenschaftsjagden

Die Bestimmungen des § 45 Abs. 3 bis 6 sind in allen Fällen anzuwenden, in denen der Jagdgenossenschaft bei der Verwaltung der Genossenschaftsjagd Kosten erwachsen, die durch die Einnahmen nicht gedeckt sind.

§ 52

Unterverpachtung; Weiterverpachtung

(1) Die Unterverpachtung eines Genossenschaftsjagdgebietes, das ist die entgeltliche Überlassung der der Pächterin oder dem Pächter aus dem Pachtvertrag zustehenden Rechte durch diesen an eine dritte Person derart, dass die Jagdgenossenschaft zu dieser in keine unmittelbare Rechtsbeziehung tritt und die erste Pächterin oder der erste Pächter (Hauptpächterin/Hauptpächter) nach wie vor der Jagdgenossenschaft gegenüber haftet, sowie die Weiterverpachtung eines Genossenschaftsjagdgebietes an eine dritte Person für die restliche Dauer der Jagdperiode derart, dass die erste Pächterin oder der erste Pächter als solche oder solcher ausscheidet und die neue Pächterin oder der neue Pächter in das Pachtverhältnis zur Genossenschaft eintritt, sind nur mit Zustimmung des Jagdausschusses zulässig. Sie sind der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Unterverpachtung ist außerdem an die Voraussetzung geknüpft, dass sie in dem zwischen der Jagdgenossenschaft und der Hauptpächterin oder dem Hauptpächter abgeschlossenen und bestätigten Jagdpachtvertrag vorgesehen wurde.

§ 53

Ausfertigung des Pachtvertrages

(1) Nach Rechtswirksamkeit der Verpachtung ist zu deren Beurkundung unter Verwendung des von der Landesregierung im Verordnungswege festzusetzenden Vertragsmusters ein schriftlicher Pachtvertrag zu errichten. Dieser Pachtvertrag hat das Gebiet, auf das sich die Pachtung bezieht, unter Angabe des

Ausmaßes zu bezeichnen, die Vertragsparteien, und, falls die Pächterin eine Jagdgesellschaft ist, sämtliche Gesellschafterinnen und Gesellschafter und die Jagdleiterin oder den Jagdleiter sowie die Stellvertretung mit Namen und Hauptwohnsitz anzuführen und die Pachtdauer, den jährlichen Pachtbetrag sowie allfällige weitere Vereinbarungen der Vertragsparteien anzugeben. Dem Vordruck des Pachtvertrages ist eine Anlage beizugeben, in der alle für die Jagdausübung maßgebenden wesentlichen Bestimmungen dieses Gesetzes enthalten sind.

(2) In den Pachtvertrag ist jedenfalls die Bestimmung aufzunehmen, dass die Jagdpächterin oder der Jagdpächter verpflichtet ist, bei Ablauf des Pachtverhältnisses das Jagdgebiet mit einem den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Wildbestand der Jagdgenossenschaft zu übergeben.

(3) Der Pachtvertrag ist der Obfrau oder dem Obmann und einem Mitglied des Jagdausschusses, das womöglich einer anderen Wahlpartei anzugehören hat, sowie von der Pächterin oder dem Pächter, bei Jagdgesellschaften von allen Gesellschafterinnen und Gesellschaftern, zu unterfertigen und sodann der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen.

(4) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat den Pachtvertrag zu überprüfen und, wenn er keine gesetzwidrigen Vereinbarungen enthält, diesen Umstand auf der Vertragsausfertigung zu bestätigen.

§ 54

Änderung des Pachtvertrages

Jede Änderung des Pachtvertrages, die den Pachtgegenstand, die Vertragsparteien, den Pachtbetrag oder die Beendigung des Pachtverhältnisses betrifft, ist der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Änderung innerhalb von acht Wochen zu untersagen, wenn sie gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder einer dazu erlassenen Verordnung verstößt.

§ 55

Auswirkung des Todes der Pächterin oder des Pächters oder Untergang der juristischen Person auf den Pachtvertrag

(1) Nach dem Tod der Einzelpächterin oder des Einzelpächters eines Genossenschaftsjagdgebietes wird das Pachtverhältnis mit dem ruhenden Nachlass und nach dessen Einantwortung mit den Erbinnen und Erben (Legatarinnen und Legataren) fortgesetzt, wenn die Voraussetzungen im Sinne des § 34 gegeben sind und sich der Jagdausschuss nicht innerhalb zweier Wochen nach Kenntnis der Einantwortung dagegen ausspricht. Das Pachtverhältnis erlischt auch, wenn die Vertretung des Nachlasses innerhalb von drei Monaten nach dem Tod der Pächterin oder des Pächters oder wenn die Erbinnen und Erben (Legatarinnen und Legatare) innerhalb von zwei Wochen nach der Einantwortung der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses erklären, das Pachtverhältnis nicht fortsetzen zu wollen. Ist mehreren Erbinnen oder Erben die Besorgung und Verwaltung der Verlassenschaft überlassen oder ist der Nachlass mehreren Erbinnen und Erben eingewantwortet worden, so erlischt das Pachtverhältnis gegenüber jenen, die erklärt haben, das Pachtverhältnis nicht fortzusetzen.

(2) Es dürfen nur so viele Erbinnen und Erben (Legatarinnen und Legatare) in das Pachtverhältnis eintreten, wie gemäß § 35 Abs. 5 vorgesehen sind. Sind so viele Erbinnen und Erben (Legatarinnen und Legatare) vorhanden, dass diese Höchstzahl überschritten würde, hat die Bezirksverwaltungsbehörde festzusetzen, welche Erbinnen und Erben (Legatarinnen und Legatare) in das Pachtverhältnis eintreten, wobei in erster Linie jene zuzulassen sind, die die größere Erfahrung auf dem Gebiete des Jagdwesens aufweisen und die am ehesten die Gewähr dafür bieten, dass sie den ihnen aus der Jagdpachtung erwachsenden Obliegenheiten nachzukommen vermögen.

(3) Bei Untergang einer juristischen Person als Pächterin eines Genossenschaftsjagdgebietes kann mit Zustimmung des Jagdausschusses innerhalb von vier Wochen ab Kenntnis des Unterganges die Rechtsnachfolgerin das Pachtverhältnis fortführen. Erfolgt keine Zustimmung oder gibt es keine Rechtsnachfolgerin, ist die Genossenschaftsjagd für die restliche Dauer der Jagdperiode neu zu verwerfen.

§ 56

Auflösung des Pachtvertrages

Die Verpachtung einer Genossenschaftsjagd ist von der Bezirksverwaltungsbehörde aufzulösen, wenn die Pächterin oder der Pächter

1. das Jagdausübungsrecht für eine andere Person gepachtet hat;
2. als Einzelpächterin oder Einzelpächter die Fähigkeit zur Erlangung einer Jagdkarte verloren hat (§ 64);

3. die Fähigkeit zur Jagdpachtung verloren hat (§§ 34 und 35);
4. die Kautions- oder deren Ergänzung (§ 47) oder den Pachtbetrag trotz wiederholter Aufforderung durch die Bezirksverwaltungsbehörde nicht oder nicht zur Gänze erlegt hat (§ 48);
5. den Vorschriften über die Jagdaufsicht (§§ 70 ff) ungeachtet wiederholter Aufforderung durch die Bezirksverwaltungsbehörde nicht entsprochen hat;
6. trotz wiederholter behördlicher Abmahnung Jagdgäste einladet, die sich auf dem Jagdgebiet Übertretungen dieses Gesetzes zuschulden kommen lassen;
7. trotz schriftlicher Mahnung durch die geschädigte Person mit der Bezahlung des von der Bezirksverwaltungsbehörde rechtskräftig festgestellten Wildschadens länger als drei Monate nach Fälligkeit in Verzug ist,
8. den Abschuss von Niederwild und die Überlassung von Ansitzen und Ständen entgegen § 95 Abs. 1 Z 1 gegen Entgelt vergibt,
9. eine sonstige für die Interessen der Jagdgenossenschaft wesentliche Vereinbarung des Pachtvertrages nicht erfüllt hat.

Die Auflösung gemäß Z 1 kann nur über Antrag der Verpächterin oder des Verpächters, die Auflösung gemäß Z 2 bis 9 kann über Antrag der Verpächterin oder des Verpächters oder von Amts wegen erfolgen.

§ 57

Verfügung hinsichtlich der frei werdenden Genossenschaftsjagd

(1) Die nach den Bestimmungen der § 35 Abs. 6, §§ 55 und 56 frei werdenden Genossenschaftsjagden sind durch den Jagdausschuss unverzüglich auf die restliche Dauer der Jagdperiode zu verpachten.

(2) Bis zur rechtskräftigen Neuverpachtung gemäß Abs. 1 ist eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder ein Genossenschaftsjagdverwalter gemäß § 44 zu bestellen.

(3) Wird der Pachtvertrag aus einem Verschulden der Pächterin oder des Pächters aufgelöst, so haftet sie oder er in den Fällen des Abs. 1 für die bis zur Neuverpachtung auflaufenden Kosten sowie für den etwaigen Ausfall am Pachtbetrag. Die frühere Pächterin oder der frühere Pächter haftet für den Ausfall am Pachtbetrag dann nicht, wenn die Verpachtung auf die restliche Dauer der Jagdperiode im Wege des freien Übereinkommens erfolgt.

V. Hauptstück

Ausübung und Verwertung der Eigenjagd

§ 58

Verpachtung der Eigenjagd

(1) Die Verpachtung eines Eigenjagdgebietes oder eines Teiles eines solchen ist von der zur Eigenjagd berechtigten Person unter Bezeichnung des Pachtgebietes und Angabe des Namens und der Anschrift der Pächterin oder des Pächters bzw. der Mitglieder der pachtenden Jagdgesellschaft oder der juristischen Person und des Pachtbetrages binnen acht Tagen nach Abschluss des Pachtvertrages der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen und der Pachtvertrag vorzulegen. Die Pächterin oder der Pächter (die Jagdleiterin oder der Jagdleiter der Jagdgesellschaft oder die Jagdleiterin oder der Jagdleiter der juristischen Person) hat die Unter- oder Weiterverpachtung (§ 52) eines Eigenjagdgebietes binnen einer Woche nach Abschluss des Vertrages der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Hierbei ist die Zustimmung der oder des Eigenjagdberechtigten nachzuweisen.

(2) Die Verpachtung hat auf die Dauer einer Jagdperiode oder für den Rest einer Jagdperiode zu erfolgen. Ausnahmen hiervon kann die Bezirksverwaltungsbehörde über begründeten Antrag der oder des Eigenjagdberechtigten bewilligen, wenn eine längere Dauer der Verpachtung des Eigenjagdgebietes nicht den Interessen der Land- und Forstwirtschaft widersprechen.

(3) Die Verpachtung von Teilen eines Eigenjagdgebietes ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass sowohl der verpachtete als auch der in die Verpachtung nicht einbezogene Gebietsteil mindestens 300 ha umfasst und diese Teile auch sonst den Erfordernissen eines Eigenjagdgebietes entsprechen.

(4) Die Bestimmungen der §§ 33, 34, 35, 39 Z 1, § 56 Z 1 bis 3, 5, 6 und 8 finden auch auf das hinsichtlich einer Eigenjagd bestehende Pachtverhältnis sinngemäß Anwendung.

(5) Die oder der Eigenjagdberechtigte hat die Auflösung des Pachtverhältnisses der Bezirksverwaltungsbehörde binnen zweier Wochen anzuzeigen.

§ 59

Ausübung der unverpachteten Eigenjagd

Ist die Eigentümerin oder der Eigentümer eines unverpachteten Eigenjagdgebietes von der Erlangung einer Jagdkarte ausgeschlossen (§ 64), eine juristische Person, oder steht das Eigenjagdrecht einer Mehrheit von Personen zu, so ist eine Jagdverwalterin oder ein Jagdverwalter, die oder der den Erfordernissen des § 44 Abs. 3 entspricht, zu bestellen und der Bezirksverwaltungsbehörde namhaft zu machen. Kommt die oder der Eigenjagdberechtigte dieser Verpflichtung binnen einer kalendermäßig festzusetzenden Frist nicht nach, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde ihr oder ihm den Auftrag zu erteilen, das Eigenjagdgebiet innerhalb einer zu bestimmenden weiteren Frist zu verpachten (§ 58) und, wenn sie oder er diesem Auftrag nicht entspricht, ein Jagdschutzorgan für Rechnung der oder des Eigenjagdberechtigten zur Verwaltung des Eigenjagdgebietes zu bestellen.

VI. Hauptstück

Erlangung der Berechtigung zum Jagen

1. Abschnitt

Jagdkarten, Jagdgastkarten und Jagderlaubnis

Allgemeine Bestimmungen

§ 60

Voraussetzungen für das Jagen

- (1) Wer jagt, hat
1. eine auf seinen Namen lautende, mit Lichtbild versehene gültige burgenländische Jagdkarte oder
 2. eine burgenländische Jagdgastkarte in Verbindung mit einer gültigen Jagdkarte eines anderen Bundeslandes oder eines anderen EU-Mitgliedstaates oder EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder
 3. eine burgenländische Jagdgastkarte in Verbindung mit einem beglaubigt übersetztem Nachweis über die Jagdberechtigung in seinem Wohnsitzstaat, sofern es sich um ausländische Staatsangehörige mit ausschließlichem Wohnsitz in nicht in Z 1 und 2 genannten Ländern handelt,

mit sich zu führen und diese auf Verlangen dem Jagdschutzorgan oder den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes vorzuweisen.

(2) Jagdkarten und Jagdgastkarten sind nicht übertragbar und geben keine Berechtigung, ohne Zustimmung der oder des Jagdausübungsberechtigten zu jagen.

(3) Die oder der Jagdausübungsberechtigte (Jagdleiterin oder Jagdleiter oder Mitglied der Jagdgesellschaft oder die Jagdverwalterin oder der Jagdverwalter) oder die von dieser oder diesem ermächtigte Person darf nur solchen Personen das Jagen gestatten, die im Besitze einer gültigen Jagdkarte (Jagdgastkarte) sind.

(4) Jagdpächterinnen und Jagdpächter und Eigenjagdberechtigte, die das Eigenjagdgebiet nicht verpachtet und keine Jagdverwalterin oder keinen Jagdverwalter im Sinne des § 59 bestellt haben, haben sich innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Jagdjahres eine Jagdkarte zu lösen.

§ 61

Jagdkarte

(1) Die Jagdkarte hat Gültigkeit für das Bundesland Burgenland. Sie ist gültig, wenn sie für das laufende Jagdjahr den Nachweis über die Bezahlung der Jagdkartenabgabe und über den Bestand einer Jagdhaftpflichtversicherung enthält. Durch Einzahlung im laufenden Jagdjahr bis 1. März, jedoch spätestens vor Ausübung der Jagd im jeweiligen Jagdjahr, behält die Jagdkarte ihre Gültigkeit. Bei Neuanträgen ist die Jagdkarte ab dem Zeitpunkt der Ausstellung gültig.

(2) Die Mindestversicherungssumme für die Jagdhaftpflichtversicherung wird unter Bedachtnahme auf die schutzwürdigen Interessen der durch einen Jagdunfall betroffenen Personen, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die durch die Jagdausübung möglicherweise entstehenden Schäden - mit Ausnahme der Jagd- und Wildschäden - durch Verordnung der Landesregierung bestimmt.

- (3) Voraussetzung für das Erlangen der Jagdkarte ist
1. das Nichtvorliegen eines Verweigerungsgrundes (§ 64),

2. die jagdliche Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers.

(4) Bei erstmaliger Bewerbung um eine Jagdkarte hat die Bewerberin oder der Bewerber den Nachweis der jagdlichen Eignung durch die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung vor einer bei der Bezirksverwaltungsbehörde einzurichtenden Prüfungskommission zu erbringen (Jagdprüfung).

(5) Der Nachweis der jagdlichen Eignung gilt auch als erbracht, wenn die Bewerberin oder der Bewerber im Besitze einer gültigen Jagdkarte für ein anderes Bundesland ist. Erfolgreich abgelegte Prüfungen an der Universität für Bodenkultur oder der erfolgreiche Abschluss einer öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule ersetzen die Jagdprüfung voll oder zum Teil, wenn die Landesregierung nach Anhörung des Burgenländischen Landesjagdverbandes durch Verordnung feststellt, dass diese Prüfungen auf Grund der Studien(Lehr)pläne den in § 63 angeführten Prüfungsstoff voll oder zum Teil umfassen.

(6) Von Staatsangehörigen aus EU-Mitgliedstaaten oder EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft kann der Nachweis der jagdlichen Eignung auch durch Vorlage eines Nachweises (in beglaubigter Übersetzung) erbracht werden, der zur Jagdausübung in seinem Wohnsitzstaat berechtigt. Von österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die einen Wohnsitz ausschließlich in einem solchen Staat haben, kann der Nachweis der jagdlichen Eignung auch durch Vorlage eines Nachweises (in beglaubigter Übersetzung) erbracht werden, der zur Jagdausübung im Staat ihres Wohnsitzes berechtigt. Für die übrigen Staatsangehörigen gilt der Nachweis der jagdlichen Eignung erbracht, wenn sie in den letzten 20 Jahren wenigstens einmal im Besitz einer gültigen Jagdkarte eines Staates waren, in dem vor Ausstellung der ersten Jagdkarte die erfolgreiche Ablegung einer gleichartigen jagdlichen Eignungsprüfung vorgeschrieben ist. Als gleichartig ist eine jagdliche Eignungsprüfung anzusehen, wenn sie im Wesentlichen die Prüfungsthemen des § 63 Abs. 4 beinhaltet.

(7) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat eine Jagdkarte auszustellen, wenn die Voraussetzungen des Abs. 3 vorliegen und die Jagdkartenwerberin oder der Jagdkartenwerber die Entrichtung der Jagdkartenabgabe und den Bestand einer Jagdhaftpflichtversicherung nachweist. Die Jagdhaftpflichtversicherung wird durch Bezahlung des Beitrages an den Burgenländischen Landesjagdverband (Verbandsbeitrages) nachgewiesen. Zur Ausstellung der Jagdkarte ist jene Bezirksverwaltungsbehörde zuständig, in deren Bereich die Antragstellerin oder der Antragsteller den Hauptwohnsitz hat. Hat die Antragstellerin oder der Antragsteller den Hauptwohnsitz außerhalb des Burgenlandes, so kann der Antrag bei jeder Bezirksverwaltungsbehörde des Burgenlandes eingebracht werden.

(8) Der Verlust einer Jagdkarte ist unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen, die die Jagdkarte ausgestellt hat. Die Behörde hat die Jagdkarte für ungültig zu erklären. Die Kosten sind von der Verlustträgerin oder dem Verlustträger einzubringen.

(9) Eine Jagdkarte wird auch dann ungültig, wenn die behördlichen Eintragungen, Unterschriften oder Stempel unkenntlich geworden sind, das Lichtbild fehlt oder die Inhaberin oder den Inhaber nicht mehr einwandfrei erkennen lässt.

§ 62

Jagdgastkarten

(1) Jagdgastkarten können ausgegeben werden

1. an Jagdgäste, die eine Jagdkarte eines anderen Bundeslandes besitzen, wenn das Bestehen einer Jagdhaftpflichtversicherung nachgewiesen wird,
2. an Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates oder EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die ihren Hauptwohnsitz ausschließlich im Ausland haben, wenn sie im Besitz einer gültigen Jagdkarte eines EU-Mitgliedstaates oder EWR-Vertragsstaates sind, wenn das Bestehen einer Jagdhaftpflichtversicherung nachgewiesen wird,
3. an andere Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz ausschließlich im Ausland haben, wenn sie einen Nachweis, der zur Jagdausübung in ihrem Wohnsitzstaat berechtigt, oder wenn sie in den letzten 20 Jahren wenigstens einmal im Besitz einer gültigen Jagdkarte eines Staates waren, in dem vor Ausstellung der ersten Jagdkarte die erfolgreiche Ablegung einer gleichartigen jagdlichen Eignungsprüfung vorgeschrieben ist und eine Bestätigung über eine abgeschlossene Jagdhaftpflichtversicherung, die zumindest den Voraussetzungen des § 61 Abs. 2 entspricht, in beglaubigter Übersetzung erbringen. Als gleichartig ist eine jagdliche Eignungsprüfung anzusehen, wenn sie im Wesentlichen die Prüfungsthemen des § 63 Abs. 4 beinhaltet.

(2) Jagdgastkarten werden vom Burgenländischen Landesjagdverband auf Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten auf dessen Namen unter Vermerk des Ausstellungstages ausgefolgt. Die oder

der Jagdausübungsberechtigte hat darin den Namen sowie den Hauptwohnsitz des Jagdgastes und den Tag der Ausfolgung der Karte an den Jagdgast, bei Jagdgastkarten mit einer Gültigkeitsdauer von 24 Stunden auch die Uhrzeit der Ausfolgung, zu vermerken und vom Jagdgast eigenhändig unterschreiben zu lassen.

(3) Die Jagdgastkarte hat eine Gültigkeitsdauer von 24 Stunden ab dem Zeitpunkt der Ausstellung durch die Jagdausübungsberechtigte oder den Jagdausübungsberechtigten oder von einem Monat, gerechnet vom Tag der Ausfolgung an den Jagdgast, und gilt für das gesamte Land Burgenland.

(4) Die oder der Jagdausübungsberechtigte kann Jagdgastkarten in beliebiger Anzahl lösen, er kann aber von den Karten nur während der laufenden Jagdperiode Gebrauch machen.

(5) Die Abgabe für die Jagdgastkarte fließt dem Burgenländischen Landesjagdverband zu.

(6) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Ausstellung von Jagdgastkarten für längstens drei Jahre zu verbieten oder bereits ausgestellte Jagdgastkarten ohne Rückersatz der hiefür entrichteten Jagdkartenabgabe einzuziehen, wenn die oder der Jagdausübungsberechtigte wegen Übertretung der Vorschriften dieses Gesetzes bestraft wurde.

§ 63

Jagdprüfung

(1) Zur Jagdprüfung dürfen nur Personen zugelassen werden,

1. die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Prüfungswerberinnen und Prüfungswerber vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr dürfen zur Prüfung nur zugelassen werden, wenn sie die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung und eine nach den waffenrechtlichen Vorschriften erforderliche Ausnahmegewilligung zum Besitz von Jagdwaffen und Jagdmunition nachweisen;
2. bei denen keine Gründe für die Verweigerung der Jagdkarte gemäß § 64 vorliegen;
3. die eine Bestätigung über den Besuch eines Erste-Hilfe-Kurses vorlegen. Diese Voraussetzung entfällt für Personen, die nachweisen, dass sie bereits auf Grund einer beruflichen Ausbildung ausreichende Kenntnisse in Erster Hilfe haben;
4. die die Prüfungsgebühr entrichtet haben.

(2) Über das Ansuchen auf Zulassung entscheidet die nach dem Hauptwohnsitz der Prüfungswerberin oder des Prüfungswerbers zuständige Bezirksverwaltungsbehörde, wenn der Hauptwohnsitz außerhalb des Bundeslandes Burgenland liegt, die Bezirksverwaltungsbehörde, bei der die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber zur Ablegung der Jagdprüfung angesucht hat. Erfolgt die Vorbereitung auf die Prüfung im Rahmen einer Schulausbildung in einer öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule, kann auf Antrag der Prüfungswerberin oder des Prüfungswerbers bei der Bezirksverwaltungsbehörde die Prüfung abgelegt werden, in deren Zuständigkeitsbereich die Schule liegt.

(3) Die Prüfung findet vor einer Prüfungskommission statt. Die Prüfungskommission besteht aus der vorsitzenden Bezirkshauptfrau oder dem vorsitzenden Bezirkshauptmann oder einer oder einem von ihr oder ihm bestellten rechtskundigen Bediensteten und der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister oder deren oder dessen Stellvertretung sowie einem weiteren fachkundigen Mitglied oder deren oder dessen Ersatz als Prüfungskommissärinnen und Prüfungskommissären. In den Städten mit eigenem Statut Eisenstadt und Rust steht die Funktion des Vorsitzes der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister oder einer oder einem von ihr oder ihm bestellten rechtskundigen Bediensteten zu. Das weitere fachkundige Mitglied der Prüfungskommission und dessen Ersatz werden von der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann, in Städten mit eigenem Statut von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, nach Anhörung des Bezirksjagdbeirates auf die Dauer von fünf Jahren berufen. Zum fachkundigen Mitglied (Ersatzmitglied) darf nur bestellt werden, wer die Voraussetzungen für die Bestellung zum Jagdschutzorgan erbringt.

(4) Die Prüfung ist nicht öffentlich; alle Prüflinge können jedoch eine Vertrauensperson beiziehen. Die Prüfung besteht aus einem theoretischen und einem praktischen Teil. Die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber hat zunächst in einem 45 Minuten nicht übersteigenden mündlichen Teil der Prüfung die zur ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd unerlässlichen Kenntnisse in folgenden Prüfungsgegenständen vor der Kommission nachzuweisen:

1. die für die Ausübung der Jagd maßgebenden Rechtsvorschriften einschließlich der grundlegenden Bestimmungen des Natur-, Tier- und Umweltschutzrechtes sowie des Forstrechtes und Waffenrechtes,

2. die Handhabung der gebräuchlichen Jagdwaffen und Munition sowie die hiebei zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln,
3. die Erkennungsmerkmale und Lebensweise des heimischen Wildes,
4. den Jagdbetrieb (Wildhege, Wildkunde), die Wildökologie und Lebensraumgestaltung,
5. die wichtigsten Jagdfachausdrücke und Jagdgebäuche,
6. die Jagdhundehaltung und Jagdhundeführung,
7. die Behandlung des erlegten Wildes.

(5) Die einzelnen Teile der Prüfung können sowohl kommissionell als auch in Teilbereichen im Sinne des Abs. 4 Z 1 bis 7 in Einzelprüfungen erfolgen.

(6) Im praktischen Teil der Prüfung hat die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber an Hand von Waffen und von Munition, die üblicherweise bei der Jagd verwendet werden, nachzuweisen, dass sie oder er mit deren Handhabung hinreichend vertraut ist und die notwendige Schießfertigkeit besitzt. Die praktische Prüfung im Schießen ist erst nach bestandem mündlichen Teil der Prüfung und auf einer behördlich genehmigten Schießstätte vorzunehmen.

(7) Das Prüfungsergebnis hat auf „geeignet“ oder „nicht geeignet“ zu lauten. Es ist von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Prüfungswerberin oder dem Prüfungswerber mündlich mitzuteilen und schriftlich zu bescheinigen. Den Beschluss über die Eignung der Prüfungswerberin oder des Prüfungswerbers hat die Prüfungskommission in kollegialem Zusammenwirken zu treffen, wobei hierfür eine positive Absolvierung aller Teilbereiche des Abs. 4 erforderlich ist.

(8) Die Prüfung ist vor jener Prüfungskommission zu wiederholen, welche die Nichteignung ausgesprochen hat. Die Wiederholungsprüfung hat den gesamten in Abs. 4 angeführten Prüfungsstoff zu umfassen, wenn die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber im mündlichen Teil der Prüfung nicht entsprochen hat. Hat die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber nur im praktischen Teil der Prüfung nicht entsprochen, hat sich die Wiederholungsprüfung nur auf diesen Teil zu beschränken, wenn die Prüfung innerhalb eines Jahres wiederholt wird. Die Wiederholung einer Prüfung ist frühestens nach drei Monaten und nur dreimal zulässig.

(9) Sämtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission gebührt für jede geprüfte Prüfungswerberin und jeden geprüften Prüfungswerber eine Aufwandsentschädigung, die von der Landesregierung mit Verordnung festzusetzen ist.

(10) Die Landesregierung hat durch Verordnung die näheren Bestimmungen über Kosten und Gebühren, die einem Ansuchen um Zulassung zur Prüfung anzuschließenden Unterlagen, den Prüfungsstoff, den Vorgang bei der Abnahme der Prüfung und die zu verwendenden Drucksorten zu erlassen.

§ 64

Verweigerung der Jagdkarte

- (1) Die Ausstellung der Jagdkarte ist Personen zu verweigern,
 1. denen eine der im § 61 geforderten Voraussetzungen fehlt;
 2. denen der Besitz von Waffen nach den waffenrechtlichen Vorschriften verboten wurde;
 3. die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
 4. die nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung nicht nachweisen;
 5. die durch ein körperliches Gebrechen unfähig sind, mit Jagdwaffen sachgemäß umzugehen;
 6. die dem Missbrauch eines berauschenden Mittels oder Suchtmittels ergeben sind;
 7. die an einer psychischen Krankheit leiden oder geistig behindert sind;
 8. die wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen Leib und Leben, begangen durch unvorsichtigen Umgang mit Waffen, Munition und Sprengstoffen, gegen die Sittlichkeit oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens mit Bereicherungsvorsatz gegen fremdes Vermögen im Zusammenhang mit der Jagdausübung rechtskräftig verurteilt worden sind, für längstens drei Jahre, gerechnet von dem Tag, an dem die Tilgungsfrist beginnt;
 9. die gemäß § 162 Abs. 1 bestraft wurden, auf die Dauer von längstens drei Jahren ab Rechtskraft der letzten Bestrafung. Bestrafungen nach dem Jagdgesetz eines anderen Bundeslandes sind Bestrafungen nach diesem Gesetz gleichzuhalten, wenn die Tatbestände im Wesentlichen gleich sind;

10. die wegen Tierquälerei gemäß § 222 Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 154/2015, oder wegen Übertretung einer Bestimmung des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes – NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, in der geltenden Fassung oder des Tierschutzgesetzes – TSchG, BGBl. I Nr. 118/2004, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 80/2013 bestraft wurden, wenn die Übertretung in verabscheuungswürdiger Weise (zB Abschuss oder Fangen von nach naturschutzrechtlichen Bestimmungen geschützten Tieren) begangen wurde, oder die wiederholt wegen Übertretung einer Bestimmung des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes – NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, in der geltenden Fassung oder des Tierschutzgesetzes – TSchG, BGBl. I Nr. 118/2004, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 80/2013 bestraft wurden, die mit der Jagdausübung im Zusammenhang steht, auf die Dauer von längstens drei Jahren ab Rechtskraft der letzten Bestrafung;
 11. denen die Jagdkarte entzogen wurde, für die Dauer der Entziehung.
- (2) Die Verweigerung ist auf mindestens ein Jahr auszusprechen.

§ 65

Entziehung der Jagdkarte

Wenn Umstände, derentwegen die Ausstellung einer Jagdkarte zu verweigern ist, erst nach Ausstellung der Karte eintreten oder der Behörde bekannt werden, hat die Ausstellungsbehörde die Karte zu entziehen. Für die Dauer des Entzuges ist § 64 sinngemäß anzuwenden. Ein Anspruch auf Rückerstattung der Jagdkartenabgabe besteht nicht. Entzogene Jagdkarten sind unverzüglich der Behörde vorzulegen.

§ 66

Jagderlaubnis

(1) Wer nicht in Begleitung der oder des Jagdausübungsberechtigten (§ 60 Abs. 3) oder dessen Jagdschutzorganes jagt, muss neben der Jagdkarte eine auf seinen Namen lautende, von der oder dem Jagdausübungsberechtigten erteilte schriftliche Bewilligung mit sich führen (Jagderlaubnisschein). Für die Teilnahme an Gesellschaftsjagden ist ein Jagderlaubnisschein nicht erforderlich. § 60 Abs. 1 gilt sinngemäß.

(2) Die Ausgabe von Jagderlaubnisscheinen mit einer Gültigkeitsdauer bis zu einer Woche ist an keine Genehmigung gebunden. Der Name und der ordentliche Hauptwohnsitz der Empfängerin oder des Empfängers sind unverzüglich bei der Abgabe an die Empfängerin oder den Empfänger in die Abschussliste einzutragen.

(3) Die oder der Jagdausübungsberechtigte kann so viele Jagderlaubnisscheine mit einer Gültigkeitsdauer von mehr als einer Woche ausstellen, als unter Berücksichtigung der Größe und des Wildstandes des Jagdgebietes angemessen sind. Als angemessen ist anzusehen, wenn auf je 115 ha Jagdfläche zusätzlich zur Zahl der Jagdpächterinnen und Jagdpächter (Jagdgesellschafterinnen und Jagdgesellschafter) ein Jagderlaubnisschein ausgegeben wird. Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat bei Ausfolgung des Scheines Namen und ordentlichen Hauptwohnsitz der Empfängerin oder des Empfängers und den Tag der Ausfolgung zu vermerken.

(4) Die Pächterin oder der Pächter eines Genossenschaftsjagdgebietes hat der Bezirksverwaltungsbehörde alle ausgegebenen Jagderlaubnisscheine unter Angabe des Namens und ordentlichen Hauptwohnsitzes der Empfängerin oder des Empfängers, des Jagdgebietes, der Nummer des Jagderlaubnisscheines und der Gültigkeitsdauer der Jagderlaubnis zu melden. Die oder der in einem Eigenjagdgebiet Jagdausübungsberechtigte hat solche Meldungen nur hinsichtlich der Jagderlaubnisscheine mit einer Gültigkeitsdauer von über einer Woche zu erstatten. Die Ausstellung eines Jagderlaubnisscheines bzw. Änderungen desselben sind der Bezirksverwaltungsbehörde spätestens vor Ausübung der Jagd bekannt zu geben.

(5) Für Jagdgebiete, für die eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder ein Genossenschaftsjagdverwalter (§ 43) zu bestellen ist, dürfen Jagderlaubnisscheine ausgegeben werden, deren Gültigkeit mit Ende der Funktion der Verwalterin oder des Verwalters endet.

(6) Für die Ausstellung der Jagderlaubnisscheine sind einheitliche, fortlaufend nummerierte Vordrucke zu verwenden (§ 69).

2. Abschnitt Beizjagd

§ 67

Voraussetzungen für die Beizjagd

(1) Die Jagd mit Greifvögeln (Beizjagd) darf nur ausgeübt werden, wenn eine solche Berechtigung in der Jagdkarte vermerkt ist.

(2) Voraussetzung für das Anbringen des Vermerkes gemäß Abs. 1 ist die Eignung zu dieser Jagd. Diese ist bei der erstmaligen Bewerbung um den Vermerk durch Ablegen einer Prüfung vor einer beim Amt der Burgenländischen Landesregierung einzurichtenden Prüfungskommission nachzuweisen. Diese Prüfungskommission besteht aus einer oder einem rechtskundigen Bediensteten des Amtes der Landesregierung als Vorsitz, aus je einer oder einem Sachverständigen auf dem Gebiete der Beizjagd und des Naturschutzes sowie einer beisitzenden Vertreterin oder einem beisitzenden Vertreter des Burgenländischen Landesjagdverbandes. Die Bestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder erfolgt durch die Landesregierung auf die Dauer von fünf Jahren. Den Mitgliedern der Prüfungskommission gebührt je Prüfling eine Aufwandsentschädigung, die aus den Prüfungsgebühren zu ersetzen ist. Die Prüfungsgebühr ist durch Verordnung der Landesregierung festzusetzen.

(3) Die Landesregierung hat durch Verordnung die näheren Bestimmungen über die Prüfung zu regeln, und zwar

1. den Prüfungsstoff, der die geschichtliche Entwicklung der Beizjagd, die Greifvogelkunde und den Greifvogelschutz sowie die Kenntnis über Halten, Pflege und Abtragen von Beizvögeln zu umfassen hat;
2. die Ausschreibung der Prüfungstermine, die Durchführung der Prüfung, die Qualifikation und das auszustellende Prüfungszeugnis und
3. die Höhe der Prüfungsgebühr und der Aufwandsentschädigung für die Prüferinnen und Prüfer.

(4) Die Wiederholung der Prüfung ist frühestens nach drei Monaten und zwar nur dreimal zulässig.

(5) Für das Anbringen des Vermerkes gemäß Abs. 1 gilt § 61 Abs. 7 sinngemäß. Der Vermerk ist zu streichen, wenn die Eignung zur Beizjagd nicht mehr vorliegt.

(6) Für den Nachweis der Eignung zur Beizjagd gelten die Voraussetzungen des § 61 Abs. 5 und 6 sinngemäß.

3. Abschnitt Abgaben und Vordrucke

§ 68

Jagdkartenabgabe

(1) Die Höhe der Jagdkartenabgabe ist durch Verordnung der Landesregierung unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten ausgehend von folgenden Abgabenhöhen zum Inkrafttreten dieses Gesetzes festzusetzen:

1. Jagdkarte	57,40 Euro
2. Jagdgastkarte für	
a) einen Tag	18,00 Euro
b) einen Monat	34,90 Euro

(2) Die Jagdkartenabgabe ist vom Burgenländischen Landesjagdverband einzuheben. Zu diesem Zwecke hat der Burgenländische Landesjagdverband den Inhaberinnen und Inhabern einer gültigen Jagdkarte vor Ablauf des Jagdjahres eine Zahlungserinnerung zuzusenden.

(3) Der Ertrag der Jagdkartenabgabe gemäß Abs. 1 Z 1 ist vierteljährlich dem Land abzuführen.

(4) Der Burgenländische Landesjagdverband hat den Bezirksverwaltungsbehörden wöchentlich die Namen der Personen mitzuteilen, die die Jagdkartenabgabe und die Jagdhaftpflichtversicherung bezahlt haben (§ 61 Abs. 1 zweiter Satz).

§ 69

Jagdkartenvordrucke

Die Landesregierung hat Form und Inhalt der zu verwendenden Vordrucke für die Jagdkarten, Jagdgastkarten und Jagderlaubnisscheine mit Verordnung zu regeln.

VII. Hauptstück

Jagdschutz und Jagdschutzorgane

§ 70

Jagdschutz

(1) Der Jagdschutz bezweckt die Einhaltung der jagdgesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Anordnungen. Er umfasst auch das Recht und die Pflicht zur Betreuung des Wildes und Hintanhaltung seiner Schädigung durch Wilddiebstahl, Raubwild und Raubzeug. Unter Raubzeug sind sonstige dem gehegten Wild schädliche Tiere, insbesondere wildernde Hunde und umherstreifende Katzen zu verstehen.

(2) Die zur Ausübung des Jagdschutzes berufenen Organe sind demnach insbesondere verpflichtet, in ihrem dienstlichen Wirkungskreis

1. Personen, die des Wilddiebstahls verdächtig sind oder jagdrechtlichen Vorschriften zuwiderhandeln, anzuhalten, ihre Identität festzustellen und ihnen gefangenes oder erlegtes Wild, Eier des Federwildes, Abwurfstangen, Waffen, Fanggeräte, Speichermedien, Fotofallen sowie Hunde und Frettchen abzunehmen;
2. die Interessen des Naturschutzes wahrzunehmen.

(3) Jagdschutzorgane sind ermächtigt, wildernde Hunde sowie Katzen, welche in einer Entfernung von mehr als 200 m von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in Feld oder Wald umherstreunen, zu töten. Das Recht zur Tötung von Hunden besteht nicht gegenüber Jagd-, Blinden-, Polizei- und Hirtenhunden, wenn sie als solche erkennbar sind, für die ihnen zukommenden Aufgaben verwendet werden und sich nur vorübergehend der Einwirkung ihrer Besitzerinnen und Besitzer entzogen haben;

(4) Jagdausübungsberechtigte sind ebenso wie Jagdschutzorgane zum Abschuss von Raubzeug berechtigt.

(5) Den Eigentümerinnen und Eigentümern der gemäß Abs. 3 getöteten Hunde und Katzen gebührt kein Schadenersatz. Jeder Abschuss eines Hundes ist der Besitzerin oder dem Besitzer, oder wenn diese oder dieser nicht bekannt ist, dem Gemeindeamt, in dessen Gemeindebereich der Hund abgeschossen wurde, innerhalb einer Woche zu melden.

(6) Die Landesregierung kann zusätzlich mit Verordnung die Aufgaben des Jagdschutzes gemäß Abs. 1 bis 4 näher bestimmen.

§ 71

Jagdschutzorgane

(1) Zur Ausübung des Jagdschutzes sind die Jagdschutzorgane berufen.

(2) Die Eigentümerinnen und Eigentümer von nicht verpachteten Eigenjagdgebieten, die Pächterinnen und Pächter von Eigen- und Genossenschaftsjagdgebieten sowie die Jagdausschüsse von Genossenschaftsjagdgebieten, für welche eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder ein Genossenschaftsjagdverwalter bestellt wurde, haben zur Besorgung des Dienstes nach Abs. 1 für eine Jagdfläche bis zu 1 000 ha zwei, je weitere 500 ha jeweils ein Jagdschutzorgan zu bestellen und für den Wachdienst zum Schutze der Jagd durch die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde bestätigen zu lassen. Jagdschutzorgane können Anspruch auf eine adäquate Entschädigung nach Vereinbarung haben, die abhängig von der Jagdgebietsgröße und vom Aufwand festzusetzen ist. Nach Absprache mit der oder dem Jagdausübungsberechtigten dürfen sie im Jagdgebiet, für welches sie als Jagdschutzorgan tätig sind, ohne Jagderlaubnis gemäß § 66 die Jagd ausüben.

(3) Jagdausübungsberechtigte können, wenn sie den Erfordernissen des § 72 entsprechen, selbst als Jagdschutzorgan bestätigt werden. Die oder der Jagdausübungsberechtigte kann jedoch nur unter der Voraussetzung auf den Stand der nach Abs. 2 in entsprechender Zahl für das Jagdgebiet zu bestellenden Jagdschutzorganen zählen, wenn er die Gewähr dafür bietet, dass sie oder er das Jagdgebiet selbst ausreichend und dauernd beaufsichtigen wird.

(4) Mit Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde können Jagdgebiete durch gemeinsame Jagdschutzorgane beaufsichtigt werden, sofern dadurch eine regelmäßige und ausreichende Ausübung des Jagdschutzes in diesen Jagdgebieten gewährleistet ist.

(5) Anstatt der Bestellung von Jagdschutzorganen gemäß Abs. 2 kann je 2 500 ha begonnener Jagdfläche anstelle der Bestellung von Jagdschutzorganen ein hauptberufliches Jagdschutzorgan im Ausmaß einer Vollzeitbeschäftigung bestellt werden. Für die Tätigkeit eines hauptberuflichen Jagdschutzorganes kann auch eine geprüfte Revierjägerin oder ein geprüfter Revierjäger herangezogen werden.

§ 72

Voraussetzungen für die Bestätigung als Jagdschutzorgan

- (1) Als Jagdschutzorgan ist nur zu bestätigen, wer
 1. die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt;
 2. das 19. Lebensjahr vollendet hat;
 3. eine gültige burgenländische Jagdkarte besitzt;
 4. über die zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten eines Jagdschutzorganes erforderlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften verfügt und vertrauenswürdig ist;
 5. die Prüfung zum Jagdschutzorgan auf Grund des § 75 oder früherer burgenländischer jagdrechtlicher Bestimmungen mit Erfolg abgelegt hat.
- (2) Die Bestätigung als Jagdschutzorgan ist Personen zu verweigern,
 1. die wegen eines Verbrechens oder wegen eines Vergehens im Sinne des § 64 Abs. 1 Z 8 oder 10 verurteilt worden sind, solange die Verurteilung nicht getilgt ist;
 2. denen wegen einer anderen strafbaren Handlung die Jagdkarte verweigert oder entzogen wurde, für die Dauer von drei Jahren nach Erlangen oder Wiedererlangen der Voraussetzungen für die Ausstellung einer Jagdkarte.

§ 73

Bestätigung und Angelobung der Jagdschutzorgane

(1) Die Jagdausübungsberechtigten sind verpflichtet, der Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Bereich das Jagdgebiet oder ein Teil davon liegt, Name, Geburtsdatum, Anschrift und eine allenfalls vereinbarte Entschädigung der bestellten Jagdschutzorgane, das Gebiet, in dem der Jagdschutzdienst ausgeübt werden soll, und die Art der Ausübung des Jagdschutzdienstes (§ 71 Abs. 1) schriftlich mitzuteilen.

(2) Die Bestellung eines Jagdschutzorganes bedarf der Bestätigung der Bezirksverwaltungsbehörde und kann längstens für die Dauer einer Jagdperiode erfolgen. Unbeschadet der Voraussetzungen der §§ 71 und 72 ist die Bestellung von Jagdschutzorganen nur dann zu bestätigen, wenn diese Gewähr dafür bieten, dass sie in dem Jagdgebiet, für das sie bestellt wurden, den Jagdschutz ausreichend ausüben werden. Hat das Jagdschutzorgan nicht im Jagdbezirk des Burgenlandes, in dem das betreffende Jagdgebiet gelegen ist oder in einem angrenzenden Jagdbezirk ihren oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, kann diese Person nicht zum Jagdschutzorgan für dieses Jagdgebiet bestellt werden. Auch ist auf Verlangen der Bezirksverwaltungsbehörde vor der Bestellung ein amtsärztliches Zeugnis über die körperliche und geistige Zuverlässigkeit vorzulegen. Ohne Anrechnung auf den Stand der nach § 71 Abs. 2 erforderlichen Anzahl können zusätzliche Jagdschutzorgane, höchstens jedoch die doppelte Anzahl, bestellt und bestätigt werden, auch wenn sie nicht ständig den Jagdschutz ausüben können.

(3) Das bestätigte Jagdschutzorgan ist von der Bezirksverwaltungsbehörde auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten anzugeloben. Nach der Angelobung ist ihm von der Bezirksverwaltungsbehörde ein Dienstaussweis, aus dem seine Identität und seine Eigenschaft als Jagdschutzorgan hervorgehen, auszustellen sowie ein Dienstabzeichen gegen Kostenersatz auszufolgen. In dem Dienstaussweis ist auch anzuführen, für welches Gebiet das Jagdschutzorgan bestellt wurde und dass es berechtigt ist, das Dienstabzeichen zu tragen.

(4) Das Dienstabzeichen hat das Landeswappen und einen Hinweis auf die Eigenschaft der Trägerin oder des Trägers zu enthalten. Die Landesregierung hat die näheren Bestimmungen über den Dienstaussweis, das Dienstabzeichen und die Angelobungsformel durch Verordnung zu erlassen.

(5) Die bestätigten und angelobten Jagdschutzorgane sind verpflichtet, bei Ausübung ihres Dienstes das Dienstabzeichen sichtbar zu tragen und ihren Dienstaussweis mit sich zu führen. Der Dienstaussweis ist auf Verlangen - bei Gefahr im Verzug erst nach deren Beseitigung - vorzuweisen.

(6) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat für alle von ihr bestätigten und angelobten Jagdschutzorgane einen Vormerk zu führen. Die Jagdausübungsberechtigten sind verpflichtet, jede Änderung im Stand ihrer Jagdschutzorgane der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde unverzüglich schriftlich zur Kenntnis zu bringen.

(7) Jagdschutzorgane müssen während des gesamten Jagdjahres im Besitze einer Jagdkarte sein.

§ 74

Widerruf der Bestätigung als Jagdschutzorgan

(1) Wenn Umstände, derentwegen die Bestätigung gemäß § 72 zu verweigern gewesen wäre, nachträglich eintreten oder der Behörde bekannt werden oder mangels gewöhnlichen Aufenthalts des Jagdschutzorganes im Jagdbezirk den Tätigkeiten eines Jagdschutzorganes gemäß § 70 nicht nachkommt, hat die Behörde die Bestätigung zu widerrufen. Ebenso ist die Bestätigung zu widerrufen, wenn das Jagdschutzorgan nicht die Teilnahme an einem Weiterbildungskurs im Ausmaß von vier Stunden innerhalb der ersten drei Jagdjahre der jeweils laufenden Jagdperiode nachweisen kann. Der Nachweis ist vom Jagdschutzorgan rechtzeitig der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen. Die Landesregierung hat mit Verordnung die Abhaltung und den Inhalt der Weiterbildungskurse zu regeln.

(2) In begründeten Fällen kann das Jagdschutzorgan auch auf Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten und nach Anhörung des Jagdschutzorganes durch die Bezirksverwaltungsbehörde abberufen werden.

(3) Ein Jagdschutzorgan kann ohne Bekanntgabe von Gründen den Widerruf seiner Bestellung bei der Bezirksverwaltungsbehörde beantragen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat sodann die Bestellung zu widerrufen und die oder den Jagdausübungsberechtigten des Jagdrevieres, in dem das Jagdschutzorgan tätig war, in Kenntnis zu setzen und auf § 71 Abs. 2 hinzuweisen.

(4) Bei jeglicher Beendigung der Tätigkeit des Jagdschutzorganes sind der Dienstaussweis sowie die Dienstabzeichen unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen.

§ 75

Prüfung zum Jagdschutzorgan

(1) Über das Ansuchen um Zulassung zur Prüfung zum Jagdschutzorgan entscheidet die nach dem ordentlichen Wohnsitz der Prüfungswerberin oder des Prüfungswerbers zuständige Bezirksverwaltungsbehörde, wenn aber der ordentliche Wohnsitz außerhalb des Bundeslandes Burgenland liegt, die Bezirksverwaltungsbehörde, bei der die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber zur Ablegung angesucht hat.

(2) Zur Ablegung dieser Prüfung sind nur solche Prüfungswerberinnen und Prüfungswerber zuzulassen, welche

1. den Erfordernissen des § 72 Abs. 1 Z 1 bis 4 entsprechen;
2. von der Bestellung als Jagdschutzorgan gemäß § 72 Abs. 2 nicht ausgeschlossen sind;
3. in den vergangenen zehn Jagdjahren mindestens drei Jahre im Besitz einer burgenländischen Jagdkarte oder im Besitz einer in einem anderen Bundesland, in dem zur Erlangung der ersten Jagdkarte eine Eignungsprüfung vorgesehen ist, ausgestellten Jagdkarte waren.

(3) Die Prüfung ist am Sitz jener Behörde, die die Prüfungswerberin oder den Prüfungswerber zur Prüfung zugelassen hat, vor einer Prüfungskommission abzulegen. Die Prüfungskommission besteht aus

1. dem Vorsitz
 - a) der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann oder einer oder einem von ihr oder ihm bestellten rechtskundigen Bediensteten oder
 - b) in Städten mit eigenem Statut aus der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister oder einer oder einem rechtskundigen Bediensteten des Magistrates;
2. der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister oder der Stellvertretung und
3. einem weiteren fachkundigen Mitglied, welches die Voraussetzungen für die Bestellung zum Jagdschutzorgan erbringt.

Das weitere fachkundige Mitglied der Prüfungskommission und dessen Ersatzmitglied werden von der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann - in Städten mit eigenem Statut von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister - nach Anhörung des Bezirksjagdbeirates auf die Dauer von fünf Jahren berufen. Den Mitgliedern der Prüfungskommission gebührt je Prüfling eine Aufwandsentschädigung, die aus den Prüfungsgebühren zu ersetzen ist.

(4) Die Landesregierung hat durch Verordnung die näheren Vorschriften über die Prüfung zu regeln, und zwar

1. über den Prüfungsstoff und die Fortbildungskurse,
2. über die Ausschreibung der Prüfungstermine, die Durchführung der Prüfung, die Qualifikation und das auszustellende Prüfungszeugnis,
3. über die Höhe der Prüfungsgebühr und der Aufwandsentschädigung für die Prüferinnen und Prüfer, weiters
4. dass die Ausbildung für einen Beruf die Jagdschutzorganprüfung ersetzt, wenn im Zuge dieser Ausbildung auf den in Abs. 5 angeführten Gebieten die bei der Jagdschutzorganprüfung nachzuweisenden Kenntnisse vermittelt werden.

(5) Der Prüfungsstoff hat die waffen- und jagdrechtlichen Vorschriften sowie die grundlegenden Bestimmungen des Natur-, Tier- und Umweltschutzrechts, des Forstgesetzes sowie die Handhabung der gebräuchlichen Waffen als auch unter anderem die Bereiche Jagdbetrieb, Abschussplanung, Wildbrethygiene und Unfallverhütung zu umfassen.

(6) Prüfungswerberinnen und Prüfungswerber, die bereits in einem anderen Bundesland als Jagdschutzorgan bestellt waren oder eine abgeschlossene Berufsjägerausbildung vorweisen können, haben lediglich die Kenntnis der burgenlandspezifischen rechtlichen Bestimmungen nachzuweisen.

(7) Die Wiederholung der Prüfung ist frühestens nach drei Monaten und nur zweimal zulässig.

§ 76

Stellung und Befugnisse der Jagdschutzorgane

(1) Die Jagdschutzorgane sind in Ausübung ihres Dienstes, wenn sie das vorgeschriebene Dienstabzeichen sichtbar tragen, als Organe der öffentlichen Aufsicht anzusehen und genießen den besonderen Schutz, den das Strafgesetzbuch Beamtinnen und Beamten (§ 74 Z 4 Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 154/2015) einräumt.

(2) Die Jagdschutzorgane sind in Ausübung ihres Dienstes berechtigt, Personen, die von ihnen bei einem Eingriff in fremdes Jagdrecht (§§ 137 bis 139 Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 154/2015) oder bei einer Übertretung dieses Gesetzes, des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes – NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, in der geltenden Fassung, oder des Tierschutzgesetzes – TSchG, BGBl. I Nr. 118/2004, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 80/2013, betreten werden, zum Zwecke ihrer Vorführung vor die Behörde, welcher das weitere Verfahren bezüglich der festgenommenen Personen nach Maßgabe des Falles zukommt, festzunehmen, wenn

1. die oder der Betretene dem anhaltenden Organ unbekannt ist, sich nicht ausweist und die Identität auch sonst nicht sofort feststellbar ist, oder
2. begründeter Verdacht besteht, dass die Person sich der Strafverfolgung zu entziehen versucht, oder
3. die oder der Betretene trotz Abmahnung in der Fortsetzung der strafbaren Handlung verharnt oder sie zu wiederholen sucht.

Die Jagdschutzorgane können unter den Voraussetzungen des § 37a des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 – VStG, BGBl. Nr. 52/1991, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 33/2013, von einer Festnahme absehen, wobei vom Jagdschutzorgan gleichzeitig eine Bescheinigung über die vorläufige Sicherheit auszustellen ist.

(3) Wenn sich Personen, die nach Abs. 2 festgenommen werden können, der Festnahme durch Flucht entziehen, sind die Jagdschutzorgane berechtigt, diese Personen auch über ihr Aufsichtsgebiet hinaus zu verfolgen und außerhalb dessen im Geltungsbereich dieses Gesetzes festzunehmen.

(4) Die Jagdschutzorgane sind ferner berechtigt, die Kleidung und Behältnisse (Rucksäcke, Fahrzeuge und dgl.) von Personen, die bei einem Eingriff in fremdes Jagdrecht betreten wurden oder die eines solchen Eingriffes dringend verdächtig erscheinen, zu durchsuchen. Bei den Durchsuchungen ist § 121 Abs. 3 Strafprozessordnung 1975 - StPO, BGBl. Nr. 631/1975, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 65/2016, sinngemäß anzuwenden.

(5) Den gemäß Abs. 2 und 4 betretenen Personen können die von der strafbaren Handlung herrührenden sowie zur Verübung derselben bestimmten Sachen abgenommen (beschlagnahmt) werden, wobei vom Jagdschutzorgan gleichzeitig eine Bescheinigung über die abgenommenen Sachen auszustellen ist.

(6) Die durch die Jagdschutzorgane festgenommenen Personen sowie die beschlagnahmten Sachen sind sofort der Behörde zu übergeben. Wenn der Grund zur Festnahme schon vor Übergabe an die Behörde entfällt, ist die festgenommene Person freizulassen. Ebenso sind abgenommene Sachen zurückzugeben, wenn der Grund zur Abnahme der Sachen vor deren Übergabe an die Behörde entfällt. Bei Festnahme und Vorführung ist mit möglicher Schonung der Person und der Ehre der oder des Festgenommenen vorzugehen.

§ 77

Waffengebrauch der Jagdschutzorgane

(1) Die Jagdschutzorgane sind - unbeschadet der waffenrechtlichen Vorschriften - berechtigt, in Ausübung ihres Dienstes ein Jagdgewehr und eine Faustfeuerwaffe zu tragen und von diesen Waffen Gebrauch zu machen, wenn ein rechtswidriger Angriff auf Leib und Leben ihrer eigenen oder einer anderen Person unternommen wird oder unmittelbar droht oder wenn eine mit einer Schusswaffe versehene Person, die beim verbotswidrigen Durchstreifen des Jagdgebietes betreten wird, die Waffe nach Aufforderung nicht sofort ablegt oder die abgelegte Waffe ohne Erlaubnis des Jagdschutzorgans wieder aufnimmt.

(2) Der Gebrauch der Waffe ist jedoch nur insoweit zulässig, als er zur Abwehr des unternommenen oder drohenden Angriffes notwendig ist. Stehen verschiedene Waffen zur Verfügung, so darf nur von der am wenigsten gefährlichen, nach der jeweiligen Lage noch geeignet erscheinenden Waffe Gebrauch gemacht werden.

VIII. Hauptstück Schonvorschriften

1. Abschnitt

§ 78

Schuss- und Schonzeiten

(1) Die Landesregierung hat für Wild gemäß § 3 Schusszeiten unter Berücksichtigung ihrer biologischen Eigenheiten und unter Bedachtnahme auf eine nachhaltige Hege, die Vermeidung der Bestandsgefährdung sowie auf die Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft und des Naturschutzes gegebenenfalls getrennt nach Alter, Klasse und Geschlecht durch Verordnung festzusetzen, während der sie verfolgt, gefangen und erlegt werden dürfen.

(2) Keine Schonzeit genießen: wildes Kaninchen, Fuchs, Waldiltis, Steinmarder, Schwarzwild mit Ausnahme der säugenden Bache, kleines und großes Wiesel, Marderhund und Waschbär.

(3) Wild, für das gemäß Abs. 1 keine Schusszeit vorgesehen ist, ist ganzjährig zu schonen.

(4) Die Landesregierung hat, sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt, nach Einholung von Gutachten aus den Fachgebieten Jagd und Naturschutz für ganzjährig geschontes Feder- und Haarwild mit Bescheid Ausnahmen von den Schonvorschriften zu bewilligen, wenn dies

1. im Interesse der Volksgesundheit, der öffentlichen Sicherheit oder der Sicherheit der Luftfahrt liegt;
2. zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigeieten und Gewässern oder zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt erforderlich ist;
3. Forschungs- und Unterrichtszwecken, der Aufstockung von Wildbeständen, der Wiederansiedlung oder Aufzucht im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen dient;
4. dazu dient, um unter strenger Kontrolle selektiv und in beschränktem Ausmaß (Abs. 5) die Entnahme oder Haltung einer begrenzten Anzahl von Wildstücken zu ermöglichen.

Die Ausnahmegewilligung ist unter der Voraussetzung zu erteilen, dass die Populationen der angeführten Wildarten in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz dieser Ausnahmegewilligung ohne Beeinträchtigung in ihrem günstigen Erhaltungszustand verweilen.

(5) Im Bescheid gemäß Abs. 4

1. ist die Anzahl der zu fangenden, zu haltenden oder zu tötenden Wildstücke unter Bedachtnahme auf den jeweiligen Wildstand auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu beschränken;
2. ist die Fang- oder Tötungsart festzulegen; bei Ausnahmen gemäß Abs. 4 Z 4 sind sofort tötende Fallen (§ 93 Abs. 3) jedenfalls verboten;

3. sind Kontrollmaßnahmen und erforderlichenfalls zeitliche und örtliche Beschränkungen des Fangens, Haltens oder Tötens der Wildstücke vorzusehen.
- (6) Bei Federwild ist verboten
 1. das absichtliche Zerstören oder Beschädigen von Nestern und Eiern und das Entfernen von Nestern;
 2. das absichtliche Stören, insbesondere während der Brut- und Aufzuchtzeit;
 3. das Sammeln der Eier in der Natur und der Besitz dieser Eier, auch in leerem Zustand.
- (7) Die Bestimmungen über die Schonzeiten finden auf das in Wildgehegen und umfriedeten Eigenjagdgebieten gehaltene Wild keine Anwendung.

§ 79

Verlängerung der Schonzeit; Einstellung des Abschusses

- (1) Bei schwerer Gefährdung der Wildbestände durch Wildverluste, die durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse, Naturkatastrophen, Wildseuchen und dergleichen verursacht werden, hat die Landesregierung für das ganze Land, für einzelne Verwaltungsbezirke oder für einzelne Jagdgebiete die Schonzeiten zu verlängern oder auch die Jagd auf bestimmte Wildarten vollkommen einzustellen.
- (2) Sinkt der Bestand einer Wildart durch übermäßigen Abschuss oder unwirtschaftliche Jagdausübung unter das den Revierverhältnissen entsprechende Mindestausmaß bedeutend herab, hat die Bezirksverwaltungsbehörde den Abschuss dieser Wildart in dem Jagdgebiet auf eine angemessene Dauer einzuschränken oder gänzlich einzustellen.

§ 80

Verkürzung der Schonzeit

- (1) Die Landesregierung hat einen späteren Beginn oder früheren Schluss der Schonzeiten bestimmter Wildgattungen für einzelne oder für alle Jagdgebiete eines Verwaltungsbezirkes zu verfügen, wenn dies mit Rücksicht auf die örtlichen und klimatischen Verhältnisse gerechtfertigt erscheint. Diese Ausnahmen dürfen jedoch nur für das jeweils laufende Jagdjahr zugestanden werden.
- (2) Die Landesregierung hat ferner die für eine bestimmte Wildart festgesetzte Schonzeit in einzelnen oder allen Jagdgebieten eines Verwaltungsbezirkes auf eine angemessene Dauer außer Wirksamkeit zu setzen, wenn dies zur Erhaltung der Gesundheit, zur Artverbesserung des Wildes oder im Interesse der Land- und Forstwirtschaft geboten ist. Dies gilt nicht für die in § 78 Abs. 4 genannten Wildarten.

2. Abschnitt

Verkehrsbeschränkungen

§ 81

Beschränkung des Verkehrs mit geschontem Wild und mit Eiern; Verkaufserlaubnisse

- (1) Ganzjährig geschontes Wild darf nicht gehalten, zum Verkauf angeboten, entgeltlich oder unentgeltlich in Verkehr gebracht, versendet oder erworben werden. Dies gilt nicht für solches Wild,
 1. das vor dem 1. Jänner 1982 in die Gewahrsame der Halterin oder des Halters gelangt ist oder von diesen Tieren nachweislich abstammt;
 2. das aus einem Wildgehege gemäß § 10 Abs. 1 oder aus Tierschutzhäusern stammt;
 3. für das eine Genehmigung nach § 78 Abs. 4 erteilt wurde.
- (2) Teile ganzjährig geschonter Tiere (Präparate von Wild, Decken, Felle, Eier und dgl.) dürfen nicht verkauft, zum Verkauf bereitgehalten oder mit Ausnahme des Abs. 3 sonst in Verkehr gebracht oder erworben werden. Dies gilt nicht für Teile solcher Tiere, wenn der Nachweis erbracht wurde, dass sie von in Abs. 1 genannten Tieren stammen.
- (3) Die oder der Jagdausübungsberechtigte darf ganzjährig geschonte, tot oder verletzt aufgefundene Tiere behalten oder an Schulen, Museen oder wissenschaftliche Institute abgeben. Der Fund ist der Bezirksverwaltungsbehörde jedoch innerhalb einer Woche zu melden.
- (4) Wer Tiere oder Teile von Tieren (Abs. 1 oder 2) besitzt oder innehat, hat deren Herkunft der Bezirksverwaltungsbehörde und den Jagdschutzorganen über Verlangen nachzuweisen. Die Bezirksverwaltungsbehörde ist berechtigt, in Betriebsräumen von Tierpräparatorinnen und Tierpräparatoren Einschau zu nehmen. Die Einschau ist während der Geschäfts- oder Betriebsstunden

oder während die Räumlichkeiten dem Verkehr geöffnet sind, wenn jedoch begründeter Weise anzunehmen ist, dass auch zu anderer Zeit in diesen Räumen gearbeitet wird, auch zu dieser Zeit, zulässig.

(5) Eier des Federwildes dürfen nur zum Zwecke der künstlichen Aufzucht in Verkehr gesetzt werden.

(6) Für die in Verkehr gesetzten Eier ist der von der Landesregierung im Verordnungsweg näher zu regelnde Nachweis der Herkunft und des Aufzuchtzweckes erforderlich. Der Nachweis der Herkunft und des Aufzuchtzweckes hat zu enthalten: Name und Wohnort der Eigentümerin oder des Eigentümers des Federwildes, Standort des Betriebes, in dem das Federwild gehalten wird, Art des Federwildes, Tag, an dem die Eier in Verkehr gesetzt wurden, Name und Wohnort der Empfängerin oder des Empfängers, Ort und Zweck der Aufzucht.

IX. Hauptstück

Vorschriften für die Jagdbetriebsführung

1. Abschnitt

Jagdwirtschaftliche Planung

§ 82

Wildstandregulierung

(1) Die Wildstandregulierung von Schalenwild (mit Ausnahme des Schwarzwildes) sowie von Auer-, Birk-, Hasel- und Trapphahnen ist nur auf Grund eines von der Bezirksverwaltungsbehörde genehmigten oder verfügten Abschussplanes oder einer Abschussverfügung gemäß § 102 zulässig, wobei der Abschussplan für die abschussplanpflichtigen Wildarten auch getrennt erfolgen kann. Diese Bestimmungen finden auf das in umfriedeten Eigenjagdgebieten gehaltene Schalenwild keine Anwendung.

(2) Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat den Abschussplan für Rehwild bis spätestens 1. Februar im ersten, vierten und siebenten Jagdjahr der Jagdperiode der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen. Für aneinandergrenzende Jagdgebiete derselben Jagdpächterin oder desselben Jagdpächters kann nur ein Abschussplan für diesen Zeitraum vorgelegt werden.

(3) Der Abschussplan hat jedenfalls zu enthalten:

1. die Gesamtfläche des Jagdgebietes;
2. den im Vorjahr durchgeführten Abschuss und das Fallwild; dies kann entfallen, wenn ein Wechsel bei der oder dem Jagdausübungsberechtigten aufgetreten ist;
3. den Antrag für den im jeweiligen Jagdjahr geplanten Abschuss, wobei bei Rehwild Böcke der Klasse II, Geißen und Nachwuchsstücke als Mindestabschuss zu beantragen und bei Rehwild für Böcke der Klasse I ein Höchstabschuss zu beantragen ist;
4. eine Aufgliederung des zum Abschuss beantragten Rehwildes in männliche und weibliche Stücke, ausgenommen die im Laufe des Jagdjahres gesetzten Kitze;
5. eine Aufteilung der Trophäen tragenden Wildstücke in Altersklassen;
6. die Wildschadenssituation im Jagdgebiet (insbesondere die Anzahl der bekannt gewordenen Wildschäden, das Ausmaß der geschädigten Flächen oder der Schadenssumme und deren Kulturgattung und die schädigende Wildart).

(4) Bei Rehwild ist der Abschussplan von der oder dem Jagdausübungsberechtigten und von der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses bei Genossenschaftsjagdgebieten oder von der Verpächterin oder dem Verpächter eines Eigenjagdgebietes zu unterfertigen. Der so vorgelegte Abschussplan ist bei Rehwild zu erfüllen, sofern die Bezirksverwaltungsbehörde den Parteien des Verfahrens nicht bis längstens 1. April eine Entscheidung über die Abschussverfügung zustellt. Fehlt die Unterschrift der Verpächterin oder des Verpächters, so hat die Behörde den Abschussplan für Rehwild ebenso zu verfügen, wie bei nicht rechtzeitiger, mangelhafter oder nicht dem Abs. 5 entsprechender Vorlage durch die oder den Jagdausübungsberechtigten.

(5) Lässt der Abschussplan für Rehwild im Aufbau der Altersklassen und des Geschlechtsverhältnisses einen qualitativ guten, der Größe und den Äsungsverhältnissen der Planungseinheit angepassten und den Interessen der Land- und Forstwirtschaft nicht widersprechenden Wildstand erwarten, so ist er zur Kenntnis zu nehmen und gilt als genehmigt.

(6) Für alle abschussplanpflichtigen Schalenwildarten außer Rehwild hat die Bezirksverwaltungsbehörde für einen dreijährigen Planungszeitraum ohne unnötigen Aufschub bis 1. April des ersten, vierten und siebenten Jagdjahres der Jagdperiode einen Abschussplan im Sinne des Abs. 5 zu verfügen, wobei beim Rotwild die Verfügung in der Form zu ergehen hat, dass Kahlwild als Mindestabschuss und Hirsche als Höchstabschuss zu verfügen sind. Als kleinste Planungseinheit für den Wildbestand gilt dabei der Hegering. Dabei ist ein Sachverständiger aus dem Bereich Forst und Jagd beizuziehen, die Burgenländische Landwirtschaftskammer, die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister, die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter oder eine von ihr oder ihm im Hegering einvernehmlich bestimmte und von der Hegeringleiterin oder vom Hegeringleiter namhaft gemachte Person, die über die Wildstandverhältnisse und jagdlichen Planungsgrundlagen Auskunft geben kann, zu hören.

(7) In Gebieten, in denen eine Hege des abschussplanpflichtigen Schalenwildes im Hinblick auf die Interessen der Land- und Forstwirtschaft nicht vertretbar ist, hat die Bezirksverwaltungsbehörde über Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten oder von Amts wegen ohne Rücksicht auf den Wildstand, der auch durch Rückschlüsse auf den getätigten Abschuss ermittelt werden kann, Abschüsse in jenem Ausmaß zu genehmigen oder zu verfügen, die eine Ausbreitung oder Vermehrung der betreffenden Wildart hintanhaltend oder eine wirksame Verminderung des Wildbestandes ermöglichen.

(8) Für Gebiete gemäß Abs. 7 sowie für Jagdgebiete, die wegen ihres geringen Flächenausmaßes bei Schalenwild ausgenommen Rehwild einen biologisch richtigen Altersklassenaufbau und die Regulierung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses nicht zulassen, ist der Abschuss bestimmter Wildstücke für mehrere aneinandergrenzende Jagdgebiete mit der Auflage zu verfügen, dass die Erfüllung des Abschusses in einem dieser Jagdgebiete den Abschuss in den anderen Jagdgebieten ausschließt.

(9) Im Verfahren betreffend den Abschussplan kommt den Jagdausübungsberechtigten und den Verpächterinnen und Verpächtern Parteistellung zu. Die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde gegen die Genehmigung des Abschussplanes oder gegen die Verfügung des Abschusses kann dann ausgeschlossen werden, wenn die vorzeitige Vollstreckung aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist und nach Abwägung aller berührten Interessen, insbesondere des seuchenhygienischen Interesses mit dem Vollzug oder mit der Ausübung der mit Bescheid eingeräumten Berechtigung für die anderen Parteien kein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Sofern hinsichtlich des Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung in einer gesonderten Entscheidung abgeprochen wird, kommt einer dagegen erhobenen Beschwerde keine aufschiebende Wirkung zu.

(10) Bei Feststellung einer mit den Interessen der Land- oder Forstwirtschaft in Widerspruch stehenden Wilddichte oder bei einer unnatürlichen Wildstandstruktur oder zur Prüfung der Einhaltung des genehmigten Abschussplanes hat die Bezirksverwaltungsbehörde für einzelne oder sämtliche Jagdgebiete eines politischen Bezirkes die jagdausübungsberechtigte Person zu verpflichten, in geeignet erscheinender Weise innerhalb einer zu bestimmenden Frist den Abschuss von Wildstücken nachzuweisen.

(11) Bei bezirksübergreifenden Jagdgebieten ist zur Abschussplanung jene Bezirksverwaltungsbehörde zuständig, auf die der größte Flächenanteil des betreffenden Jagdgebietes entfällt.

(12) Die Landesregierung hat durch Verordnung nähere Vorschriften über den Abschussplan, insbesondere über dessen Erstellung, Vorlage, Genehmigung und Durchführung zu erlassen. Sie hat dabei darauf abzustellen, dass eine volkswirtschaftlich untragbare Vermehrung des Wildstandes, wie auch eine die Erhaltung des Wildstandes gefährdende Verminderung vermieden wird.

(13) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann mit Bescheid Auflagen und Bedingungen vorschreiben, die geeignet sind,

1. eine vollständige und zeitgerechte Abschussplanerfüllung sicherzustellen,
2. ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu gewährleisten,
3. eine ausgeglichene Altersstruktur bei Schalenwild, ausgenommen Schwarzwild, zu sichern.

(14) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat auf Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten, der Verpächterin oder des Verpächters oder von Amts wegen den von ihr verfügten oder genehmigten Abschuss abzuändern, wenn dies in Folge Gefährdung einer Wildart durch Naturkatastrophen oder Seuchen, auf Grund der Wildschadenssituation oder aus wildbiologischen oder jagdwirtschaftlichen Gründen erforderlich erscheint.

§ 83

Sonderbestimmungen zum Schutz von Weinbaukulturen

(1) Zur Abwehr erheblicher Schäden in Weinbaukulturen hat die Landesregierung, sofern die Maßnahmen nach § 6 Bgl. Pflanzenschutzgesetz 2003, LGBl. Nr. 47/2004, in der geltenden Fassung, und den dazu ergangenen Verordnungen nicht die erwünschten Ergebnisse erzielen, abweichend von § 16 Abs. 1 Z 2 Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, in der geltenden Fassung, nach Einholung eines Fachgutachtens aus dem Fachgebiet Naturschutz den selektiven Abschuss von Staren zu Vergrämungszwecken in gefährdeten Gemeinden mit Verordnung, deren Geltungsdauer auf zwei Jahre zu beschränken ist, zuzulassen.

(2) Die Verordnung hat zu enthalten:

1. die gefährdeten Gemeinden,
2. das Verbot des Abschusses während der Brut- und Aufzuchtzeit und
3. die Einschränkung des Abschusses
 - a) auf einen Zeitraum frühestens ab dem 15. Juli, längstens bis 31. Oktober und der weiteren zeitlichen Einschränkung von der Morgendämmerung bis zur Abenddämmerung,
 - b) nur auf den unmittelbaren Bereich der Weinbaufluren (Weinbaugesetz 2001, LGBl. Nr. 61/2002, in der geltenden Fassung) in diesen Gemeinden,
 - c) nur mit Jagdwaffen, wobei insbesondere Sprengstoffe und halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann, nicht verwendet werden dürfen und
 - d) selektiv nur auf so viele Stare, als dies zum wirksamen Fernhalten eines Stareschwarmes von den Weinbaukulturen erforderlich ist.

(3) Die in einer Verordnung gemäß Abs. 2 festgelegten Gemeinden können mit der Vornahme der Maßnahmen

1. die Jagdausübungsberechtigten (§ 2 Abs. 4 Z 1 und Abs. 5);
2. die Jagdschutzorgane (§ 71);
3. mit Zustimmung der Jagdausübungsberechtigten die Feldschutzorgane (§ 7 Feldschutzgesetz, LGBl. Nr. 15/1989, in der geltenden Fassung), wenn sie über die erforderliche waffenrechtliche Erlaubnis verfügen,

beauftragten. Die Beauftragung hat auch die Verpflichtung zur Führung von Aufzeichnungen über die getätigten Abschlüsse zu enthalten.

(4) Die Beauftragung darf nur unter folgenden Voraussetzungen erfolgen:

1. der Reifegrad der Weintrauben hat einen für den Star nutzbaren Status erreicht und
2. andere Maßnahmen, die nach § 6 Bgl. Pflanzenschutzgesetz 2003, LGBl. Nr. 47/2004, in der geltenden Fassung, und den dazu ergangenen Verordnungen angeordnet wurden, zeitigen keine ausreichende Wirkung, um erhebliche Schäden an den Weinbaukulturen abzuwenden.

(5) Die gemäß Abs. 3 beauftragten Personen haben der Gemeinde jeweils bis 15. November des laufenden Jahres die Abschusszahlen zu melden.

(6) Die Gemeinde hat eine Zusammenfassung der in ihrem Bereich von den beauftragten Personen erstatteten Meldungen in eine Liste, die das Meldedatum, den Meldezeitraum, die Anzahl der gemeldeten Abschlüsse und die Namen der Meldeverpflichteten enthält, einzutragen und diese Zusammenfassung der Landesregierung bis 31. Dezember des laufenden Jahres zu übermitteln.

§ 84

Durchführung des Abschussplanes

(1) Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat den genehmigten oder verfügten Abschussplan in Zahl und Gliederung jährlich einzuhalten, wobei bei jenen Wildarten, für die ein Mindestabschuss vorgegeben ist, in jedem Jahr eine Übererfüllung des Mindestabschlusses von 20% zulässig ist, wobei auf ganze Stücke aufzurunden ist. Jede Unterschreitung des Abschusses ist in der Abschussliste zu begründen.

(2) Auf den bewilligten Abschussplan oder auf die Abschussverfügung ist jedes im Jagdgebiet ab Beginn des Jagdjahres erlegte oder gefallene Wildstück ohne Rücksicht auf dessen Verwertbarkeit anzurechnen.

(3) Kümmerndes, offensichtlich krankes oder sichtbar verletztes Wild darf unbeschadet der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes – TSG, RGBl. Nr. 177/1909, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 163/2015 über den genehmigten Abschussplan selbst während der Schonzeit erlegt werden, wenn dies zur Gesunderhaltung des Bestandes oder zur Behebung von Qualen des Wildes unerlässlich ist. Die Erlegung ist unverzüglich nach dem Abschuss unter Darlegung der hierfür maßgebenden Gründe der Hegeringleiterin oder dem Hegeringleiter bekannt zu geben und ihr oder ihm auf Verlangen vorzulegen. Für verletzte Stücke ist ein tierärztliches Gutachten über die Art und Ursache der Verletzung der Anzeige anzuschließen.

§ 85

Abschussliste

(1) Die oder der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet, das während des Jagdjahres in ihrem oder seinem Jagdgebiet erlegte, verendete oder gefallene Wild aller Art in einer für jedes Jagdgebiet gesondert geführten Abschussliste unverzüglich zu verzeichnen. Angeschossenes Wild, das in einem fremden Jagdgebiet zur Strecke gekommen ist, ist in der Abschussliste für jenes Jagdgebiet zu verzeichnen, dessen Jagdausübungsberechtigten das Wildstück, bei Trophäenträgern die Trophäe, zufällt. Bei jedem abschussplanpflichtigen Wildstück ist ferner der Tag der Erlegung, das Gewicht, - davon ausgenommen sind das Auer- und Trappwild - bei Trophäenträgern die Altersklasse, Name und Anschrift der Erlegerin oder des Erlegers sowie Art der Verwertung bzw. die Unverwertbarkeit des Wildstückes zu vermerken. Die Landesregierung hat durch Verordnung die Art und den näheren Inhalt der zu führenden Abschusslisten festzulegen.

(2) Zur Führung der Abschussliste ist ausschließlich die durch Verordnung festgelegte Form zu verwenden und vollständig auszufüllen.

(3) Die Abschussliste hat während des Jagdjahres bei der oder dem Jagdausübungsberechtigten, falls sich deren oder dessen Wohnsitz außerhalb des Verwaltungsbezirkes befindet, in dem das Jagdgebiet gelegen ist, bei den für dieses Jagdgebiet bestellten Jagdschutzorganen aufzuliegen. Die Bezirksverwaltungsbehörde ist berechtigt, durch ihre Amtsorgane jederzeit in die Abschussliste Einsicht zu nehmen. Zur Einsichtnahme in die Abschussliste sind ferner die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister und die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter berechtigt.

(4) Die Abschussliste ist mit Ablauf des Jagdjahres abzuschließen. Bis spätestens 1. Februar jeden Jahres ist der Bezirksverwaltungsbehörde die Abschlussliste schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder in digitaler Form über den Jagdkataster vorzulegen.

(5) Für umfriedete Eigenjagdgebiete gilt ausschließlich die Bestimmung des § 10 Abs. 4.

§ 86

Hegeschau

(1) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat zur Besprechung der jagdwirtschaftlichen Situation und zur Überprüfung der getätigten Abschüsse von Amts wegen oder auf Antrag des Burgenländischen Landesjagdverbandes durch Verordnung die Durchführung einer öffentlichen Hegeschau und die kommissionelle Bewertung anzuordnen. Die Hegeschau ist vom Burgenländischen Landesjagdverband zu veranstalten und kann den ganzen Verwaltungsbezirk oder auch nur Teile davon umfassen. Zur Hegeschau sind die Pächterinnen und Pächter in geeigneter Form einzuladen.

(2) Vor der Hegeschau sind die erlegten trophäentragenden Stücke des Schalenwildes, ausgenommen Schwarzwild, zu bewerten.

(3) Beim Rehwild erfolgt die Bewertung durch die Hegeringleiterin oder den Hegeringleiter, die oder der die Bewertung auch zu organisieren hat, und durch zwei von der Hegeringleiterin oder vom Hegeringleiter beauftragte Personen. Dabei sind von der Erlegerin oder vom Erleger die Trophäen der Rehböcke der Klasse I mit dem linken Unterkieferast und der Rehböcke der Klasse II zur Bewertung samt Trophäenanhänger vorzulegen. Zur Hegeschau sind nur die Trophäen der Klasse I vorzulegen, wobei das Bewertungsergebnis und der Name der Erlegerin oder des Erlegers nicht aufscheinen müssen.

(4) Bei Rot-, Dam- und Muffelwild erfolgt die bezirksweise Bewertung durch eine Kommission, bestehend aus der jeweiligen Bezirksjägermeisterin oder dem jeweiligen Bezirksjägermeister oder dessen Stellvertretung und durch eine von ihnen namhaft gemachte Person sowie durch eine jagdfachliche Amtssachverständige oder einen jagdfachlichen Amtssachverständigen bzw. deren oder dessen Stellvertretung. Die Bestellung der oder des Amtssachverständigen bzw. deren oder dessen Stellvertretung erfolgt durch das für das Jagdwesen zuständige Mitglied der Burgenländischen Landesregierung für die Dauer von jeweils einem Jahr. Die Mitglieder der Kommission haben ihre

Befähigung zur Altersbeurteilung an Hand der Trophäe und den dazugehörenden Unterkiefern durch die Teilnahme an einem Kurs beim Burgenländischen Landesjagdverband oder einer gleichwertigen Einrichtung nachzuweisen. Für die Bewertung sind beim Rot- und Damwild neben den Trophäen auch die linken Unterkiefer der erlegten Hirsche von der Erlegerin oder dem Erleger vorzulegen. Die Rothirschtrophäen sind zusätzlich mit dem Oberkiefer samt Trophäenanhänger von der Erlegerin oder dem Erleger vorzulegen. Die bewerteten Trophäen können zur Hegeschau mit dem linken Unterkieferast ohne Namen der Erlegerin oder des Erlegers vorgelegt werden. Die Bewertung ist von der jeweiligen Bezirksjägermeisterin oder vom jeweiligen Bezirksjägermeister zu organisieren.

(5) Die zu bewertenden Trophäen sind, soweit gemäß Abs.4 vorgesehen, mit dem linken Unterkieferast während des laufenden und des folgenden Jagdjahres, längstens jedoch bis zur Beurteilung der Trophäe oder bis zum Abschluss eines etwaig anhängigen Verfahrens, von der oder dem Jagdausübungsberechtigten aufzubewahren und auf Verlangen der Behörde vorzulegen.

(6) Bis spätestens 1. März des dem Jagdjahr folgenden Jahres ist zur Beurteilung der Erfüllung der verfügten bzw. bewilligten Abschüsse der Trophäenträger des Schalenwildes, ausgenommen jener des Rehwildes, durch die Behörde der Termin für Ab- und Rückgabe mit Angabe des Vorlageortes für die Trophäen den Jagdausübungsberechtigten vorzuschreiben. Die Beurteilung der Rehwildabschüsse über die Vorlage der Rehwildtrophäen des abgelaufenen Jahres, ist durch die Hegeringleiterin oder den Hegeringleiter innerhalb des gleichen Zeitraumes im Rahmen einer Hegeringsitzung zu organisieren.

(7) Bei der Hegeschau ist der Gesamtabschuss nach Geschlechtergruppen und Altersklassen sowohl in den einzelnen Jagdgebieten als auch innerhalb des gesamten Bereiches nach biologischen und jagdwirtschaftlichen Gesichtspunkten durch den Burgenländischen Landesjagdverband zu beurteilen und ist insbesondere auch die Wildschadenssituation zu besprechen. Die vorgelegten Trophäen sind dauerhaft zu kennzeichnen. Die Landesregierung hat mit Verordnung die Kriterien der Bewertung sowie ein Muster für die Trophäenanhänger betreffend die Zuordnung der Erlegerin oder des Erlegers zur Trophäe festzulegen.

(8) Die Bestimmungen des Abs. 1 bis 7 gelten nicht für umfriedete Eigenjagdgebiete und Wildgehege.

2. Abschnitt Jagdbewirtschaftung

§ 87

Pflegliche und nachhaltige Jagdbewirtschaftung

Die oder der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet, für eine pflegliche und nachhaltige Jagdbewirtschaftung Sorge zu tragen. Es ist verboten, eine Wildart durch unsachgemäße Jagdausübung in ihrem Bestande zu gefährden.

§ 88

Wildfütterung

(1) Die oder der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet, während der Notzeit für eine angemessene Fütterung des Wildes zu sorgen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat das Vorliegen einer Notzeit für Schalenwild mit Verordnung für den gesamten Bezirk festzustellen und in der Verordnung die adäquaten Futtermittel und die Vorlageart vorzuschreiben. In den Monaten Mai bis Dezember besteht ein generelles Fütterungsverbot für Schalenwild. Ausgenommen davon ist die Vorlage von Futter zum Zwecke der Ankirrung von Schwarzwild mit einer maximalen Menge von täglich einem Kilogramm artgerechter Futtermittel bei offener Vorlage oder in dazu geeigneten Trommeln, Futterkisten oder Futterautomaten. Erfolgt das Ankirren in Trommeln oder Futterkisten ist sicher zu stellen, dass nur geringe Mengen artgerechter Futtermittel zur Vorlage gelangen. Unter geringer Menge ist jene Menge zu verstehen, die dazu ausreicht, das Wild bloß anzulocken. Je angefangener 100 ha Wald-, Schilf- oder anderer unproduktiver Flächen dürfen höchstens drei Kirrungen mit einem Mindestabstand von 200 m zu landwirtschaftlich genutzten Flächen betrieben werden. Weiters darf für Wildwiederkäuer mit dem Beginn der Schonzeit aller Wildwiederkäuer bis zum 30. April ausschließlich hochwertiges Heu, wie etwa Wiesen- und/oder Kleeheu vorgelegt werden. Die Fütterung von Feldhasen auf Äckern ist nicht als Schalenwildfütterung anzusehen. Diese Fütterungen haben durch Vorlage von Saftfutter und einzelstückweise zu erfolgen. Die flächige Vorlage von Rüben, Kraut, Salat oder Ähnlichem bzw. die

flächige Vorlage an Kleinmengen von Karotten, Äpfel oder Klee in Haufen bis maximal drei Kilogramm ist dabei ausschließlich für Feldhasen zulässig.

(2) Kommt die oder der Jagdausübungsberechtigte trotz Aufforderung durch die Bezirksverwaltungsbehörde der ihr oder ihm obliegenden Fütterungspflicht nicht oder nicht ausreichend nach, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Fütterung auf ihre oder seine Kosten zu veranlassen. In Genossenschaftsjagdgebieten kann die Kautions für diese Kosten in Anspruch genommen werden.

(3) Künstlich angelegte Äsungsflächen (Wildäcker) dienen der Lebensraumverbesserung und sind vom Verbot gemäß Abs. 1 nicht umfasst.

(4) Verboten ist das Verabreichen von Futter und Salz in Niederwaldbeständen unter zehn Jahren und in Hochwaldbeständen unter 30 Jahren. Ausgenommen davon sind Kirrungen für Schwarzwild gemäß Abs. 1. Die Vorlage hat derart zu erfolgen, dass eine Aufnahme des Futters durch Wildwiederkäuer nicht möglich ist.

(5) Ablenkungsfütterungen zur Vermeidung von Wildschäden dürfen in der Zeit von 1. März bis 1. November ausschließlich im Wald angelegt werden, wobei

1. im Umkreis von 200 m kein Hochstand errichtet sein darf,
2. nur eine geringe Menge von Futter von maximal einem Kilogramm pro Tag vorgelegt werden darf,
3. die Ablenkungsfütterung nicht unmittelbar neben Straßen, Wegen oder Waldschneisen angelegt werden darf und
4. die Ablenkungsfütterung als solche der Bezirksverwaltungsbehörde vor Errichtung lagegenau zu benennen ist.

(6) Die Landesregierung kann durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Art und die Futtervorlage bei Kirrungen und Ablenkungsfütterungen erlassen.

(7) Die Bestimmungen des Abs. 1 bis 6 gelten nicht für umfriedete Eigenjagdgebiete und Wildgehege.

§ 89

Jagdeinrichtungen

(1) Der oder dem Jagdausübungsberechtigten ist die Errichtung von Anlagen für den Jagdbetrieb, wie von Futterstellen, Kirrungen, ständigen Ansitzen, Jagdhütten, Jagdsteigen, Wildzäunen und dergleichen nur mit Zustimmung der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers gestattet. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat jedoch auch ohne diese Zustimmung die Bewilligung zur Errichtung solcher Jagdeinrichtungen mit Ausnahme von Wildzäunen unbeschadet der nach anderen gesetzlichen Vorschriften etwa sonst noch erforderlichen Genehmigungen dann zu erteilen, wenn der Grundeigentümerin oder dem Grundeigentümer der Sachlage nach die Duldung der Anlage zugemutet werden kann. Diese Anlagen sind der nachfolgenden Pächterin oder dem nachfolgenden Pächter des jeweiligen Jagdgebietes auf Verlangen gegen angemessene Entschädigung zu überlassen. Bezüglich des Gegenstandes, des Umfangs und der Ermittlung der Entschädigung an die Grundeigentümerin oder den Grundeigentümer für die Duldung der Jagdeinrichtungen und für die Überlassung der Jagdeinrichtungen an die Jagdnachfolgerin oder den Jagdnachfolger gelten sinngemäß die Bestimmungen des Eisenbahn-Enteignungsschadengesetzes - EisbEG, BGBl. Nr. 71/1954, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 111/2010.

(2) Die Benützung nichtöffentlicher Wege mit Fahrzeugen zum Zwecke der Wildbringung und der Wildfütterung ist gestattet, wenn öffentliche Wege nicht zur Verfügung stehen. Die Halterin oder der Halter nichtöffentlicher Wege ist nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, dass sich die Wege in einem für diese Benützung geeigneten Zustand befinden. Sie oder er kann für Schäden, die von der oder dem Jagdausübungsberechtigten oder den in ihrem oder seinem Jagdbetrieb tätigen Personen verursacht wurden, eine Entschädigung beanspruchen, die im Streitfall von der Bezirksverwaltungsbehörde festzusetzen ist.

(3) Herstellungen, die einwechselndes Wild behindern wieder auszuwechseln (Einsprünge), dürfen nicht errichtet werden. Ebenso ist die Errichtung von Zäunen für jagdliche Zwecke, die nicht zur Anlage von Wildgehegen und umfriedeten Eigenjagdgebieten dienen, und von anderen Hindernissen für den Wildwechsel verboten.

§ 90

Jagdnotweg

Wenn die oder der Jagdausübungsberechtigte und die von ihr oder ihm im Jagdbetrieb verwendeten oder zugelassenen Personen ein Jagdgebiet nicht auf einem öffentlichen oder zum allgemeinen Gebrauch bestimmten Weg oder nur auf einem unverhältnismäßig langen oder beschwerlichen Umweg erreichen können, hat die Bezirksverwaltungsbehörde - mangels eines Übereinkommens der beteiligten Jagdausübungsberechtigten - einen Weg (Jagdnotweg) zu bestimmen, auf welchem diesen Personen das Durchqueren des fremden Jagdgebietes gestattet ist. Bei Benützung des Jagdnotweges dürfen Schusswaffen nur ungeladen, Hunde nur an der Leine und Beizvögel nur gesichert mitgeführt werden. Die Eigentümerin oder der Eigentümer des Grundstückes, über das der Jagdnotweg führt, kann eine angemessene Entschädigung beanspruchen, die im Streitfall von der Bezirksverwaltungsbehörde festzusetzen ist.

§ 91

Wildfolge

(1) Krankgeschossenes oder auch nur vermutlich getroffenes Wild, das in ein fremdes Jagdgebiet überwechselt, oder Federwild, das dorthin abstreicht, darf dort von der Schützin oder vom Schützen nicht weiter bejagt werden; seine Verfolgung, Erlegung und Besitznahme bleibt der oder dem Jagdausübungsberechtigten, in deren oder dessen Jagdgebiet sich das Wild befindet, vorbehalten.

(2) Die Schützin oder der Schütze hat die Anschusstelle, die Fluchtrichtung und nach Möglichkeit auch die Stelle, an der das Wild über die Grenze geflüchtet ist, erkenntlich zu machen. Die oder der Jagdausübungsberechtigte (§ 60 Abs. 3) ist verpflichtet, für die eheste Verständigung der Jagdnachbarin oder des Jagdnachbarn Sorge zu tragen und sich selbst oder eine mit den Vorgängen vertraute Person für die Nachsuche zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Bestimmungen über die Wildfolge können durch die Beteiligten vertragsmäßig abgeändert werden (Wildfolgevertrag). Wurde die Wildfolge lediglich grundsätzlich und ohne besondere Regelung eingeräumt, so gilt im Zweifelsfalle Folgendes:

1. verendet krankgeschossenes Wild nicht in Sichtweite der Schützin oder des Schützen, so ist nach den Vorschriften des Abs. 2 vorzugehen;
2. verendet Schalenwild in Sichtweite, so hat die Erlegerin oder der Erleger das Wild auf der Stelle aufzubrechen, zu versorgen und die verfassungsberechtigte Person ohne Verzug zu benachrichtigen. Bei Gefahr des Verderbs oder des Verlustes des erlegten Wildes hat die Erlegerin oder der Erleger für eine zweckmäßige und sichere Verwahrung oder allenfalls dafür Sorge zu tragen, dass die Jagdnachbarin oder der Jagdnachbar darüber verfügen kann;
3. anderes in Sichtweite verendetes Wild ist zu bergen. Die Jagdnachbarin oder der Jagdnachbar ist ehestens von der Erlegung in Kenntnis zu setzen, das erlegte Wild ist ihr oder ihm zur Verfügung zu halten;
4. beim Überschreiten der Grenze darf eine Langwaffe nicht mitgeführt werden;
5. wird die Nachsuche auf Schalenwild von der Schützin oder vom Schützen mit Erfolg durchgeführt und das Wild zustande gebracht, so bleibt der oder dem Jagdausübungsberechtigten des Gebietes, in dem das Wild gefallen ist, der Anspruch auf das Wildbret gewahrt, das Recht auf die Trophäe steht der Schützin oder dem Schützen zu;
6. hinsichtlich der Ausübung der Wildfolge in Gebieten, auf denen die Jagd ruht (§ 20), finden die Bestimmungen des § 20 Abs. 4 und 5 Anwendung;
7. das Wild ist auf den Abschussplan derjenigen oder desjenigen Jagdausübungsberechtigten anzurechnen, der oder dem das Wildstück, bei Trophäenträgern die Trophäe, zufällt. Das gefundene, nicht mehr verwertbare Wildstück ohne Trophäe ist auf den Abschussplan der oder des Jagdausübungsberechtigten anzurechnen, in deren oder dessen Jagdgebiet das Wild angeschossen wurde. Ist diese oder dieser Jagdausübungsberechtigte nicht feststellbar, so ist das Wildstück auf den Abschussplan derjenigen oder desjenigen anzurechnen, in deren oder dessen Jagdgebiet das Wildstück gefunden wurde.

§ 92

Jagdhunde

(1) Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat dafür zu sorgen, dass eine der Größe und Beschaffenheit des Reviers entsprechende Anzahl von Jagdhunden im Jagdbezirk des betreffenden Jagdgebietes oder im Nachbarjagdbezirk bereitgehalten wird, mindestens jedoch je begonnener 1 500 ha

Jagdfläche ein auf Schweiß geprüfter Jagdhund. Zusätzlich ist je Revier sicherzustellen, dass pro begonnener 1 000 ha zumindest ein geprüfter Jagdgebrauchshund gehalten wird. Name und Adresse des der Hundehalterin oder des Hundehalters sind der Bezirksverwaltungsbehörde bekannt zu geben. Kann eine Nachsuche auf Schalenwild nicht erfolgreich beendet werden, ist von der oder dem Jagdausübungsberechtigten oder dem Jagdschutzorgan eine Bereichshundeführerin oder ein Bereichshundeführer zu verständigen, die oder der allenfalls weitere Veranlassungen zu treffen hat.

(2) Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat dafür Sorge zu tragen, dass bei Niederwildjagden eine adäquate Anzahl von Jagdhunden bei der Jagd teilnimmt.

(3) Die Landesregierung hat durch Verordnung die Gebrauchshundegruppe mit den jeweiligen Prüfungsvoraussetzungen festzulegen.

§ 93

Fangen von Wild

(1) Die Verwendung von Fallen im Jagdbetrieb, ausgenommen von solchen gemäß Abs. 2, ist verboten.

(2) Im Jagdbetrieb dürfen unbeschadet des Abs. 3 nur solche Vorrichtungen verwendet werden, die sich in einwandfreiem Zustand befinden und die durch die Einrichtung die Gewähr dafür bieten, dass das Tier unversehrt gefangen wird (Lebendfangfallen).

(3) Die Bezirksverwaltungsbehörde darf zum Fangen von Haarraubwild für die Zeit von November bis einschließlich Februar für einen örtlich begrenzten Bereich die Verwendung von sofort tötenden Fallen (Prügelfallen, Scherenfallen, Abzugeisen) höchstens für die Dauer der Jagdperiode bewilligen, wenn öffentliche Interessen an der Aufstellung solcher Fallen, insbesondere die Bekämpfung von Tierseuchen oder die übermäßige Vermehrung einer Tierart, andere öffentliche Interessen, insbesondere solche des Tier- und Artenschutzes, überwiegen.

(4) Eine Bewilligung für Abzugeisen gemäß Abs. 3 darf nur unter den Voraussetzungen erteilt werden, dass

1. die Fallen von befähigten Personen aufgestellt werden; die Befähigung ist durch eine Bestätigung des Burgenländischen Landesjagdverbandes über den erfolgreichen Abschluss eines Kurses für Fallenstellerinnen und Fallensteller nachzuweisen;
2. die Fallen mit einer Prüfnummer des Burgenländischen Landesjagdverbandes versehen werden;
3. gewährleistet ist, dass die Fallen täglich kontrolliert werden.

(5) Jedes Abzugeisen ist vor dem erstmaligen Aufstellen in der jeweiligen Jagdperiode dem vom Burgenländischen Landesjagdverband namhaft gemachten Organ vorzuweisen, der es auf seine Eignung zu überprüfen hat. Der Burgenländische Landesjagdverband hat geeignete Abzugeisen mit einer Prüfnummer zu versehen. Diese Prüfnummer sowie Name und Anschrift der zur Aufstellung berechtigten Person sind unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde bekannt zu geben, in deren örtlichen Wirkungsbereich die Falle aufgestellt werden soll.

(6) Die Landesregierung hat mit Verordnung Bestimmungen über die Dauer, die Lehrinhalte und die Prüfung der vom Burgenländischen Landesjagdverband abzuhaltenden Kurse für Fallenstellerinnen und Fallensteller sowie über die Art und die Prüfung der Fallen und ihre Kennzeichnung mit Prüfnummern zu erlassen.

§ 94

Vorkehrungen gegen Wildkrankheiten

(1) Wahrnehmungen über das Auftreten einer Wildkrankheit sind vom Jagdschutzorgan sowie von der oder dem Jagdausübungsberechtigten und von allen in ihrem oder seinem Jagdgebiet verwendeten oder zugelassenen Personen unbeschadet der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes - TSG, RGBI. Nr. 177/1909, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 163/2015, unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Landesregierung kann durch Verordnung Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von ansteckenden Tierkrankheiten festlegen.

(3) Soweit dies zur Durchsetzung der Maßnahmen nach Abs. 2 erforderlich ist, hat die Behörde die Maßnahmen mit Bescheid vorzuschreiben. Abschussaufträge im Sinne des Abs. 2 kann sie auch ohne entsprechende Ordnungsregelung nach Abs. 2 mit Bescheid erteilen, wenn dies zur Vorbeugung und Bekämpfung von ansteckenden Tierkrankheiten bzw. zur Erhaltung eines gesunden Wildbestandes erforderlich ist. Vor Erteilung eines solchen Abschussauftrages ist jedenfalls eine veterinärmedizinische

und eine wildbiologische Stellungnahme einzuholen. Der Abschussauftrag hat auf die notwendige Anzahl von Tieren zu lauten und eine angemessene Frist für den Abschuss zu enthalten.

§ 95

Verbote sachlicher Art

- (1) Verboten ist
1. die Jagd mit
 - a) Luftdruckwaffen, Armbrüsten, Bögen und Waffen, die für die jagdliche Verwendung nicht bestimmt sind;
 - b) Faustfeuerwaffen, ausgenommen für Fangschüsse;
 - c) halbautomatischen oder automatischen Waffen, die mehr als zwei Patronen in das Magazin aufnehmen können;
 - d) Waffen mit Schalldämpfern (sofern diese Person nicht im Besitz von Ausnahmegewilligungen nach anderen Gesetzen ist) oder mit Gewehren, deren ursprüngliche Form so verändert wurde, dass sie als Gewehre unkenntlich sind;
 - e) Verwendung von Gift;
 2. auf Schalenwild mit Kugelpatronen zu schießen, die keine der Stärke des Wildes entsprechende, ausreichend schnell tödende Wirkung erwarten lassen;
 3. Schalenwild mit Vollmantelgeschossen, Schrot, Posten oder gehacktem Blei oder mit Büchsenpatronen, deren Hülsen kürzer als 40 mm sind, zu beschießen;
 4. während der Nachtzeit zu jagen, das ist in der Zeit von 90 Minuten nach Sonnenuntergang bis 90 Minuten vor Sonnenaufgang; ausgenommen von diesem Verbot ist die Jagd auf Schwarz- und Raubwild, Raubzeug, Wildgänse, Wildenten und Schnepfen;
 5. Fanggeräte so aufzustellen, dass sie Menschen oder Nutztiere gefährden;
 6. die Jagd mit elektronischen Zieleinrichtungen, wie Restlichtverstärkern, Thermalzielfernrohren oder Wärmebildkameras, mit Ausnahme von Leuchtabsehn, Sprengstoffen, Gasen, elektrischem Strom oder von Betäubungs- und Lähmungsmitteln;
 7. beim Fangen oder Erlegen von Wild die Verwendung von
 - a) künstlichen Lichtquellen, Spiegel oder Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele, Tonband- und Tonwiedergabegeräten;
 - b) lebenden Lockvögeln sowie betäubenden Ködern, Schlingen, Netze, Leimruten und Haken;
 - c) Fangeinrichtungen entgegen den Bestimmungen des § 93;
 8. Personen unter 14 Jahren zur Treibjagd zu verwenden;
 9. Schalenwild zu Einsprünge anlocken oder Schalenwild zu Anlockungszwecken in umzäunten Flächen zu halten;
 10. ohne Genehmigung der Landesregierung nicht autochthones Wild auszusetzen;
 11. Hochstände und Ansitze in einer geringeren Entfernung als 100 m von der Jagdgebietsgrenze ohne Zustimmung der oder des benachbarten Jagdausübungsberechtigten zu errichten und zu unterhalten, sofern es sich nicht um eine Grenze zu einem anderen Bundesland handelt, in dem keine gleichlautende Bestimmung besteht und keine Gegenseitigkeit vereinbart ist. Mobile, temporäre Hochstände und Ansitze dürfen in der Vegetationszeit von 1. März bis 1. November bis längstens 14 Tage nach der Ernte der Hauptfrucht auch an der Reviergrenze errichtet werden, sofern die Errichtung bei Feldern erfolgt, an die unmittelbar, also innerhalb von zehn Metern, Wald eines anderen Jagdgebietes angrenzt, die Errichtung zur Abwehr von Wildschäden erforderlich ist und diese Hochstände und Ansitze in der Zeit von 2. November bis Ende Februar entfernt werden;
 12. Wild aus Kraftfahrzeugen oder Luftfahrzeugen zu beschießen;
 13. Federwild aus fahrenden Booten zu beschießen;
 14. eingefangenes oder aufgezozenes Federwild später als acht Wochen vor Beginn der gesetzlichen Schusszeit auszuwildern. Erfolgt das Auswildern im Rahmen offener Gehegehaltung gemäß § 3 Abs. 8 ist als Zeitpunkt für die fristgerechte Auswilderung das erstmalige Verbringen des eingefangenen oder aufgezozenen Federwildes in die offene Gehegehaltung maßgeblich. In dem Jahr, in dem das Auswildern erfolgt, dürfen weibliche Tiere nicht erlegt werden, ausgenommen die Auswilderung erfolgte im Rahmen offener Gehegehaltung;
 15. bei Treib-, Drück-, Streif- und Lappjagden auf Niederwild, Schalenwild, ausgenommen Schwarzwild, zu beschießen;

16. den Abschuss von Niederwild und die Überlassung von Ansitzen und Ständen gegen Entgelt zu vergeben, ausgenommen bei Treib-, Drück- und Riegeljagden – bei diesen darf auch Niederwild bejagt werden – sowie bei Schalenwild in umfriedeten Eigenjagdgebieten.

(2) Die Landesregierung kann im Verordnungswege die für die Bejagung erforderlichen Mindestwerte der Auftreffenergie der Jagdmunition bestimmen und die Verwendung von Narkosewaffen oder Narkosmitteln in Wildgehegen oder sonst im Interesse der Jagdwirtschaft oder für Zwecke der Wissenschaft zulassen.

(3) Die Landesregierung kann auf Antrag mit Bescheid und allenfalls unter Setzung von Auflagen im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten gemäß Abs. 1 genehmigen, wenn diese Ausnahmen der Wildschadensverhütung, zu Forschungszwecken oder der Tierseuchenprävention oder -bekämpfung dienen, oder sofern eine Ausnahmegewilligung gemäß § 17 Abs. 3 Waffengesetz - WaffG, BGBl. I Nr. 12/1997, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 52/2015, erteilt wurde. Die oder der Jagdausübungsberechtigte und der Jagdausschuss des Jagdgebietes, für das die Ausnahme erwirkt werden soll, sind vor Genehmigung zu hören.

§ 96

Wildschutzgebiete

(1) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann über Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten im Bereich von Fütterungsanlagen und dazugehörigen Einstandsgebieten sowie im Bereich von Setz-, Brut- und Nistplätzen für vom Aussterben bedrohte Wildarten nach Anhörung des Jagdausschusses bei Genossenschaftsjagden bzw. der oder des Eigenjagdberechtigten, der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Burgenländischen Landwirtschaftskammer die zeitlich und örtlich auf das notwendige Ausmaß zu beschränkende Sperre von Grundflächen verfügen, wenn dies zum Schutz der Lebensgrundlagen des Wildes und zur Vermeidung von Wildschäden als Folge der Beunruhigung des Wildes durch den Menschen unerlässlich ist.

(2) Wildschutzgebiete dürfen außerhalb der zur allgemeinen Benützung bestimmten Straßen und Wege einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege nicht betreten oder befahren werden. Von diesem Verbot ausgenommen sind Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, Nutzungsberechtigte, Jagdausübungsberechtigte und deren Beauftragte.

(3) Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat Wildschutzgebiete mit Hinweistafeln ausreichend zu kennzeichnen und die Hinweistafeln, auf denen die zeitliche Begrenzung der Sperre ersichtlich sein muss, nach Beendigung der Sperre unverzüglich zu entfernen. Das Bestehen von Wildschutzgebieten ist außer im Landesamtsblatt für das Burgenland auch an den Amtstafeln der Bezirksverwaltungsbehörde und der betroffenen Gemeinde unter genauer Anführung der zeitlichen und örtlichen Begrenzung der Sperre kundzumachen.

(4) Die Landesregierung hat durch Verordnung Größe, Form und Ausgestaltung der Hinweistafeln festzulegen.

§ 97

Örtliche Beschränkungen bei der Ausübung der Jagd

An Orten, an denen die Jagd die Ordnung oder Sicherheit stören oder das Leben von Menschen gefährden würde, darf nicht gejagt werden, auch wenn an diesen Orten die Jagd nicht gemäß § 20 dauernd ruht.

3. Abschnitt

Hegeringe

§ 98

Bildung

Angrenzende Jagdgebiete oder Teile von angrenzenden Jagdgebieten, die ähnliche Lebensräume aufweisen und möglichst durch natürliche Grenzen von anderen Jagdgebieten abgeschlossen sind, sind in dem Umfang, als dies eine nachhaltige Jagdbewirtschaftung erfordert, zu einem Hegering zusammenzufassen. Die Bildung der Hegeringe hat nach Anhörung des Burgenländischen Landesjagdverbandes und des Bezirksjagdbeirates durch die örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde, wenn sich der Hegering aber über mehrere Verwaltungsbezirke erstrecken soll, durch die Landesregierung zu erfolgen.

§ 99

Hegeringleitung

Für jeden Hegering sind nach Maßgabe der Bestimmungen des § 129 eine Hegeringleiterin oder ein Hegeringleiter und bei Bedarf zwei Vertrauenspersonen zu bestellen.

4. Abschnitt

Vorschriften für jagdfremde Personen

§ 100

Unbefugtes Durchstreifen von Jagdgebieten

(1) Es ist der Allgemeinheit verboten, ein Jagdgebiet abseits von öffentlichen Straßen und Wegen oder solchen Wegen, die allgemein als Verbindung zwischen Ortschaften, Gehöften und einzelstehenden Baulichkeiten benützt werden, ohne Bewilligung der oder des Jagdausübungsberechtigten mit einem Gewehr, mit Fallen oder anderen Geräten, die zum Fangen und Töten von Wild gewöhnlich verwendet werden, zu durchstreifen, es läge denn die Berechtigung oder Verpflichtung hiezu in einer amtlichen Stellung oder amtlichen Ermächtigung.

(2) Wird eine Person wider dieses Verbot betreten, so hat sie die im Abs. 1 bezeichneten, von den Jagdschutzorganen oder von den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes abgeforderten Gegenstände ohne Weigerung abzugeben. Die abgenommenen Gegenstände sind unverzüglich an die Bezirksverwaltungsbehörde abzuliefern, wobei vom Jagdschutzorgan oder den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes gleichzeitig eine Bescheinigung über die vorläufige Sicherheit auszustellen ist.

(3) Für die Dauer von Riegel- oder Drückjagden dürfen jagdfremde Personen zur Hintanhaltung einer Gefährdung von Personen oder Sachen das bejagte Gebiet abseits von Wegen gemäß Abs. 1 nicht betreten und die Ausübung der Jagd nicht stören oder beeinträchtigen. Personen, die in bejagten Gebieten angetroffen werden, haben diese über Aufforderung des Jagdschutzorganes unverzüglich zu verlassen. Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat spätestens drei Stunden vor Beginn der Riegel- oder Drückjagden das Gebiet, welches bejagt werden soll, an Wegen und Straßen durch Hinweistafeln mit den Kontaktdaten der oder des Jagdausübungsberechtigten kenntlich zu machen. Der Aufenthalt in diesen Gebieten zur Verrichtung land- und forstwirtschaftlicher Arbeit ist gestattet. Der oder die Jagdausübungsberechtigte ist davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind verpflichtet, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen und wahrgenommene Übertretungen der Bezirksverwaltungsbehörde zur Kenntnis zu bringen.

§ 101

Töten, Fangen und Beunruhigen des Wildes durch jagdfremde Personen

(1) Jagdfremden Personen, das sind solche Personen, die von der oder dem Jagdausübungsberechtigten zur Ausübung der Jagd weder zugelassen sind noch verwendet werden, ist jede Verfolgung oder Beunruhigung des Wildes, unbeschadet des § 104 Abs. 4, verboten. Insbesondere ist es untersagt, Hunde und Katzen (§ 70 Abs. 3) im Jagdgebiet herumstreifen zu lassen. Auch ist es untersagt, Jungwild zu berühren oder aufzunehmen oder Wild durch Aufstöbern, Fotografieren, Verwenden von Blitzlicht oder sonstigen Lichtquellen, Filmen, Lärmen oder ähnliche Handlungen zu stören.

(2) Kommt lebendes oder verendetes Wild in den Besitz jagdfremder Personen, so haben diese der oder dem Jagdausübungsberechtigten, dem zuständigen Jagdschutzorgan oder der nächsten Polizeiinspektion unverzüglich davon Mitteilung zu machen. Dieses Wild ist der oder dem Jagdausübungsberechtigten oder dem Jagdschutzorgan zur Verfügung zu stellen.

(3) Künstliche Aufzuchtstationen für Federwild (Fasanerien) jagdfremder Personen bedürfen einer Bewilligung der Bezirksverwaltungsbehörde. Diese ist nach Anhörung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer und des Burgenländischen Landesjagdverbandes zu erteilen, wenn dadurch Interessen der Landwirtschaft oder der Jagdwirtschaft nicht beeinträchtigt werden.

(4) Sind Hasen oder wilde Kaninchen in eine Baumschule oder Intensivobstanlage trotz eines hasendichten Zaunes (§ 109 Abs. 3) eingedrungen, so hat die Besitzerin oder der Besitzer der Baumschule oder der Obstanlage die oder den Jagdausübungsberechtigten unverzüglich davon mit der Aufforderung zu verständigen, die eingedrungenen Wildstücke zu erlegen. Kommt die oder der Jagdausübungsberechtigte dieser Aufforderung innerhalb von 48 Stunden nicht nach, ist die Besitzerin oder der Besitzer der Baumschule oder Obstanlage berechtigt, diese Wildstücke selbst auch während der

Schonzeit zu erlegen. Einer Jagdkarte bedarf es hiezu nicht; die erlegten Wildstücke sind jedoch der oder dem Jagdausübungsberechtigten unverzüglich abzuliefern.

(5) Zum Schutze des Eigentums ist den Besitzerinnen und Besitzern von Häusern, Gehöften und dazugehörenden Höfen und Hausgärten gestattet, dort Füchse, Steinmarder, Iltisse oder Wiesel zu fangen, zu töten und sich anzueignen. Unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 4 und 5 ist es ihnen gestattet, dort Habichte, Bussarde, Sperber, Elstern und Aaskrähen zu fangen, zu töten und sich anzueignen.

(6) Das Ankirren von Wild jedweder Art sowie das Betreten von Hochständen, Ansitzen, Futterstellen und Kirrstellen ist jagdfremden Personen verboten.

(7) Inwieweit den Fischereiberechtigten das Recht zum Fangen oder Töten von fischereischädlichem Wild zusteht, regeln die Vorschriften über die Fischerei (Fischereigesetz 1949, LGBl. Nr. 1/1949, in der geltenden Fassung).

X. Hauptstück Jagd- und Wildschäden

1. Abschnitt Schadensverhütung

§ 102

Maßnahmen zum Schutz der Kulturen

(1) Wenn sich in einem Jagdgebiet die Verminderung einer Wildart im Interesse der durch sie geschädigten Land- und Forstwirtschaft als notwendig herausstellt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde diese nötigenfalls ziffernmäßig festzusetzende und innerhalb einer angemessenen Frist durchzuführende Verminderung von Amts wegen oder über Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten, des Jagdausschusses, der Leiterin oder des Leiters des Forstaufsichtsdienstes beim Amt der Burgenländischen Landesregierung oder der Burgenländischen Landwirtschaftskammer anzuordnen. Diese Verminderung ist im Bedarfsfall selbst während der Schonzeit durchzuführen.

(2) Werden die behördlichen Anordnungen (Abs. 1) nicht oder nicht in entsprechender Weise befolgt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde auf Kosten der oder des Jagdausübungsberechtigten sachverständige oder vertrauenswürdige Personen mit der Ausführung der Anordnung zu betrauen. Diese Personen dürfen sich das erlegte Wild oder Teile desselben, insbesondere auch die Trophäen, nicht aneignen.

(3) Liegt eine Gefährdung des Waldes durch Wild vor (Abs. 5), so hat die Bezirksverwaltungsbehörde der oder dem Jagdausübungsberechtigten die erforderlichen Maßnahmen (Abs. 7) vorzuschreiben. Dabei ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Zumutbarkeit der anzuwendenden Mittel zu wahren und darauf Bedacht zu nehmen, dass die widmungsgemäße Bewirtschaftung und Benützung der Grundstücke nicht unmöglich gemacht wird.

(4) Werden in einem Jagdgebiet Schäden festgestellt, die das Ausmaß einer Gefährdung des Waldes oder von Acker- oder Grünlandflächen erreichen, so sind darüber der Jagdausschuss oder die oder der Jagdausübungsberechtigte zu informieren. Können von der oder dem Jagdausübungsberechtigten keine anderen Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Schäden gesetzt werden, hat das Jagdschutzorgan sodann die behauptete Gefährdung zu beurteilen und kann bei einer von ihm festgestellten Gefährdung bis zur Vorschreibung der erforderlichen Maßnahmen durch die Bezirksverwaltungsbehörde drei Nachwuchsstücke des abschlussplanpflichtigen Schalenwildes erlegen, wobei die Bezirksverwaltungsbehörde vom Vorliegen der Gefährdung gemäß Abs. 5 und 6 und vom allenfalls getätigten Abschuss innerhalb von drei Werktagen ab Bekanntwerden der Gefährdung oder der Erlegung schriftlich zu benachrichtigen ist.

(5) Eine Gefährdung des Waldes liegt vor, wenn die Einwirkungen des Wildes durch Verbiss, Verfegen oder Schälen

1. in den Beständen ausgedehnte Blößen verursachen oder die gesunde Bestandesentwicklung unmöglich machen oder wesentlich verschlechtern;
2. die Aufforstung oder Naturverjüngung auf aufforstungsbedürftigen Flächen innerhalb der aus den forstrechtlichen Bestimmungen sich ergebenden Fristen oder die Aufforstung bei Neubewaldungen innerhalb einer nach den standörtlichen Gegebenheiten angemessenen Frist gefährden;
3. Naturverjüngungen in Naturverjüngungsbeständen nicht aufkommen lassen.

(6) Eine Gefährdung von Acker- bzw. Grünlandflächen liegt vor, wenn das Wild Verbiss-, Wühl- oder Trittschäden verursacht und dadurch

1. in den Beständen ausgedehnte Blößen entstehen oder die gesunde Bestandsentwicklung unmöglich gemacht wird oder wesentlich verschlechtert wird oder
2. auf Grund der Verhinderung einer ordnungsgemäßen und den Richtlinien (Ausgleichszahlungen, Umweltprogramm etc.) konformen Bewirtschaftung eine Sanktion der auszahlenden Stelle droht.

(7) Neben den Maßnahmen nach Abs. 1, 2 und 8 kommen als Schutzmaßnahmen gegen die Gefährdung des Waldes in Betracht:

1. das Austreiben des zu Schaden gehenden Wildes aus dem Schadensgebiet;
2. der Abschuss von weiblichem Rot-, Reh-, Dam- und Muffelwild, und deren Nachwuchsstücken;
3. Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung des Wildes.

(8) Erleidet ein landwirtschaftlicher Betrieb auch nach Durchführung der im Abs. 1 und 2 genannten Maßnahmen an jungen, höchstens drei Jahre alten Weingärten oder Ananaserdbeerenkulturen oder höchstens zehn Jahre alten Forstkulturen schwere Wildschäden, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde über Antrag der oder des Geschädigten nach Anhören des Bezirksjagdbeirates die oder den Jagdausübungsberechtigten gemeinsam mit dem Geschädigten zu verhalten, zum Schutze dieser Kulturen Zäune, Gitter und dergleichen zu errichten (Flächenschutz) oder einen Einzelpflanzenschutz durch geeignete Schutzmittel durchzuführen.

(9) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat über Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten nach Anhören des Bezirksjagdbeirates die Grundbesitzerin oder den Grundbesitzer zu verhalten, die Anbringung der in Abs. 8 bezeichneten Vorkehrungen zu dulden. Die Bearbeitung der Kulturen darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

§ 103

Jagdliche Beschränkung

(1) Vom Beginn des Frühjahres bis nach beendeter Ernte dürfen, vorbehaltlich einer besonderen Erlaubnis der Grundbesitzerin oder des Grundbesitzers, auf bebauten Feldern Treib- oder Drückjagden nicht durchgeführt werden.

(2) Ausgenommen von diesem Verbot sind Felder, welche mit Kartoffeln oder mit Reihensaaten von Mais, Rüben, Kraut oder mit anderen in weiten Abständen gedrillten Feldfrüchten bestellt sind.

(3) Auf Grundstücken, welche mit Weidevieh betrieben sind, darf während der Zeit der Weideausübung mit Hunden nur insoweit gejagt werden, als das Weidevieh hiedurch nicht gefährdet wird.

(4) Das Auswildern zu jagdlichen Zwecken darf nur gemäß § 95 Abs. 1 Z 14 erfolgen.

§ 104

Abhalten und Vertreiben des Wildes von Kulturflächen

(1) Sowohl die oder der Jagdausübungsberechtigte, als auch die Grundbesitzerin oder der Grundbesitzer sind befugt, das die Kulturen gefährdende oder schädigende Wild von diesen abzuhalten und zu diesem Zweck Zäune, Gitter, Mauern und dergleichen zu errichten, wobei die Verwendung von Stacheldraht verboten ist.

(2) Die von den Jagdausübungsberechtigten zur Fernhaltung des Wildes getroffenen Vorkehrungen müssen derart beschaffen sein, dass die Grundbesitzerin oder der Grundbesitzer in der Bewirtschaftung und Benützung seines Grundes nicht behindert wird. Die oder der Jagdausübungsberechtigte bleibt jedoch für den Wildschaden, welcher trotz der von ihr oder ihm zur Abhaltung des Wildes getroffenen Vorkehrungen entstanden ist, haftbar, wenn sie oder er nicht beweist, dass der Zweck dieser Vorkehrungen durch ein Verschulden der geschädigten Person vereitelt worden ist.

(3) Herstellungen zum Schutz von Kulturflächen gegen eindringendes Wild dürfen nicht zum Fangen des Wildes und an Gewässern nicht so eingerichtet sein, dass das Wild bei Hochwasser dadurch gefährdet ist. Sie sind zu entfernen, wenn der Grund für ihre Errichtung weggefallen ist oder wenn sie ihre Fähigkeit Wild abzuhalten verloren haben.

(4) Alle sind befugt, das Wild von ihren Grundstücken durch hiezu bestimmte Personen, durch Klappern, Aufstellen von Wildscheuchen, Nachtfeuer und sonstige geeignete Vorkehrungen, jedoch nicht unter Benützung von Hunden fernzuhalten und daraus zu vertreiben. Im Weingartengebiet ist die Hüterin oder der Hüter berechtigt, das Wild auch durch blinde Schreckschüsse zu verscheuchen.

2. Abschnitt Schadenersatzpflicht

§ 105

Haftung für Jagd- und Wildschäden

(1) Die oder der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet,

1. den bei Ausübung der Jagd von ihr oder ihm selbst, von seinen Jagdgästen, Jagdschutzorganen und Treiberinnen und Treibern sowie durch die Jagdhunde dieser Personen an Grund und Boden und an den noch nicht eingebrachten Erzeugnissen dieses Bodens verursachten Schaden (Jagdschaden);
2. den innerhalb ihres oder seines Jagdgebietes vom Wild an Grund und Boden und an den noch nicht eingebrachten Erzeugnissen verursachten Schaden (Wildschaden), sofern dieser nicht auf Grundstücken eingetreten ist, auf denen nach den Bestimmungen des § 20 Abs. 1 und 2 die Jagd ruht, oder sofern dieser nicht von ganzjährig geschonten Wildarten verursacht wurde, nach den Vorschriften dieses Gesetzes

zu ersetzen.

(2) Der zu ersetzende Wildschaden pro Jagdrevier und Jahr wird durch die Höchsthaftungsgrenze festgelegt. Diese Höchsthaftungsgrenze für den zu ersetzenden Wildschaden für ein Jagdjahr errechnet sich pro Jagdrevier aus der gesamten Jagdgebietsfläche des betroffenen Jagdreviers mit dem Multiplikator 30. Der so ermittelte Betrag stellt die Haftungsobergrenze für Wildschäden im jeweiligen Jagdrevier in Euro dar (Höchstentschädigungsgrenze). Generell ist für Wildschäden gemäß Abs. 1 Z 2 ein Selbstbehalt von der geschädigten Person in der Höhe von 10% des Schadens zu tragen. Im Umkreis von 50 m von regelmäßig bewohnten Gebäuden sowie auf Grundstücken, die wenigstens zu 75% von bebauten Grundstücken oder Umfriedungen umgrenzt sind, wobei die bebauten Grundstücke oder Umfriedungen höchstens 20 m voneinander entfernt sein dürfen, hat der geschädigte Bewirtschafter einen Selbstbehalt von 50% zu tragen, sofern im Jagdpachtvertrag nicht anderes vereinbart ist. Bei Überschreitung der Höchstentschädigungsgrenze wird der Wildschaden den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern aliquot entschädigt. Bei Überschreitung der Höchstentschädigungsgrenze ist ein Nachweis über vorliegende Wildschadensforderungen gegenüber dem Jagdausschuss offen zu legen.

(3) Werden gemäß § 50 Abs. 2 gemeinsame Maßnahmen vereinbart oder von der Bezirksverwaltungsbehörde verfügt, und werden diese nicht eingehalten oder verletzt die Bewirtschafterin der Bewirtschafter ihre oder seine Mitteilungspflicht gemäß § 109 Abs. 6, so erhöht sich der Selbstbehalt gemäß Abs. 2 auf 20%. Wird seitens der oder des Jagdausübungsberechtigten einer derartigen Vereinbarung oder Verfügung nicht nachgekommen, entfällt der Selbstbehalt gemäß Abs. 2.

(4) Im Wege eines zwischen der oder dem Jagdausübungsberechtigten und den einzelnen Grundbesitzerinnen und Grundbesitzern unmittelbar abgeschlossenen Übereinkommens können über den Ersatz der Jagd- und Wildschäden von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichende Vereinbarungen getroffen werden. Die auf eine solche Vereinbarung gestützten Ansprüche sind im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

§ 106

Schäden durch Wechselwild

Schäden, welche durch Wechselwild verursacht werden, sind von der oder dem Jagdausübungsberechtigten jenes Jagdgebietes zu ersetzen, in dem der Schaden verursacht wurde.

§ 107

Schäden durch aus Gehegen ausgebrochenes Wild

Schäden, welche an Grund und Boden, an land- und forstwirtschaftlichen Kulturen, an noch nicht eingebrachten Erzeugnissen oder an Haustieren durch aus Wildgehegen oder umfriedeten Eigenjagdgebieten ausgebrochenem Wild verursacht werden, sind von der oder dem Jagdausübungsberechtigten jenes Jagdgebietes zu ersetzen, in dem der Schaden entstanden ist.

§ 108

Rückgriffsrecht der oder des Verpflichteten

(1) Den zum Ersatz von Jagd- (§ 105 Abs. 1 Z 1) oder Wildschäden (§ 105 Abs. 1 Z 2) Verpflichteten steht es frei, gegen die unmittelbar Schuldtragenden im ordentlichen Rechtsweg Rückgriff zu nehmen.

(2) Für die im § 107 bezeichneten Schadenersätze bleibt der oder dem Jagdausübungsberechtigten der im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machende Rückgriff gegen die Eigentümerin oder den Eigentümer der Gehege vorbehalten.

§ 109

Wildschäden an gartenmäßig bewirtschafteten Grundstücken und sonstigen wertvollen Anpflanzungen oder an der Feld- oder Waldgrenze

(1) Wildschäden in Obst-, Gemüse- und Ziergärten, Baum- und Rebschulen, Christbaumkulturen und Forstgärten, auf denen die Jagd nicht ohnedies gemäß § 20 Abs. 1 und 2 ruht, und an einzelstehenden Bäumen sind nur dann zu ersetzen, wenn erwiesen ist, dass die Besitzerin oder der Besitzer vergeblich solche Vorkehrungen getroffen hat, durch die eine ordentliche Landwirtin oder ein ordentlicher Landwirt derartige Anpflanzungen zu schützen pflegt.

(2) Landwirtschaftliche Kulturen mit einem Rohertrag von mehr als 5 000 Euro pro Hektar, ausgenommen Weingärten, sind den Kulturen des Abs. 1 gleichgestellt, sofern sie nicht ortsüblich sind. Als Grundlage für die Ortsüblichkeit wird die Fläche der Jagdgebietsfeststellung herangezogen, wobei Kulturarten, die in den vergangenen fünf Jahren jeweils mit einem Flächenanteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der jeweiligen Katastralgemeinde von mehr als 1%, mindestens jedoch 10 ha gesät oder gepflanzt wurden, als ortsüblich gelten.

(3) Als solche Vorkehrungen sind entweder das Einfrieden des Grundstückes mit einem hasendichten, mindestens 200 cm hohen Zaun, oder das Umkleiden der Stämme mit Baumkörben, Stroh, Schilf und dergleichen, bei Baumformen jedoch, bei denen auch das Astwerk durch Wild gefährdet ist, die Umwehrung des ganzen Baumes oder der ordnungsgemäße Anstrich mit amtlich anerkannten Wildverbissmitteln anzusehen. Die Umwehrung muss so angebracht sein, dass das Wild nicht an die gefährdeten Baumteile gelangen kann. Baum- und Rebschulen sowie Intensivobstanlagen sind durch eine hasendichte, mindestens 200 cm hohe Einfriedung zu schützen.

(4) Bei einem bedrohlichen Anhäufen der Schneelage ist die oder der Jagdausübungsberechtigte oder das Jagdschutzorgan binnen drei Tagen auf diese Situation aufmerksam zu machen. Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat dann allenfalls Wild auszutreiben oder zu erlegen.

(5) Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat der Besitzerin oder dem Besitzer einer Baumschule oder Intensivobstanlage die Wildschäden zu ersetzen, die dadurch entstanden sind, dass die oder der Jagdausübungsberechtigte der Aufforderung der Besitzerin oder des Besitzers, eingedrungenes jagdbares Wild zu erlegen (§ 101 Abs. 4) nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist.

(6) Auf nachweisliches Verlangen der oder des Jagdausübungsberechtigten hat die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter von Ackerflächen, die innerhalb von 10 m zur Waldgrenze liegen, die oder den Jagdausübungsberechtigten zu verständigen, wann die Aussaat von Ackerfrüchten voraussichtlich vorgenommen wird, damit die oder der Jagdausübungsberechtigte Maßnahmen zur Wildschadensabwehr setzen kann.

§ 110

Ermittlung des Jagd- und Wildschadens

(1) Bei der Ermittlung von Jagd- und Wildschäden sind, wenn eine Vereinbarung zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten nicht zustande kommt, der Schadensberechnung der ortsübliche Marktpreis, der bei der Burgenländischen Landwirtschaftskammer ermittelt werden kann, der beschädigten oder vernichteten Erzeugnisse zu Grunde zu legen.

(2) Wenn Jagd- oder Wildschaden an noch nicht erntereifen Erzeugnissen verursacht wird, ist der Schaden in dem Umfang zu ersetzen, in welchem er sich zur Zeit der Ernte darstellt. Der Aufwand, der der geschädigten Person bis zur Einbringung der Ernte erwachsen wäre, ist dabei in Abzug zu bringen. Auch ist bei der Schadensermittlung darauf Rücksicht zu nehmen, ob der Schaden nach den Grundsätzen einer ordentlichen Wirtschaftsführung durch Wiederaufbau auch anderer Kulturarten in demselben Jahr hätte ausgeglichen oder vermindert werden können.

(3) Wildschaden an erntereifen oder schon geernteten, aber noch nicht eingebrachten Erzeugnissen ist nicht zu ersetzen, wenn zu der Zeit, als der Schaden entstand, die Erzeugnisse bei ordentlicher Wirtschaftsführung bereits hätten eingebracht werden können, oder wenn, sofern es sich um Erzeugnisse handelt, die auch im Freien aufbewahrt werden können, solche Vorkehrungen unterlassen wurden, durch die eine ordentliche Landwirtin oder ein ordentlicher Landwirt diese Erzeugnisse vor Wildschaden zu bewahren pflegt.

(4) Jagd- und Wildschäden im Wald (an Stämmen, Pflanzungen, natürlichen Verjüngungen, Vorkulturen usw.) sind nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen zu bewerten, wobei Einzelstammschädigung oder Bestandsschädigung zu unterscheiden ist. Die Landesregierung kann durch Verordnung Richtlinien für die Feststellungs- und Berechnungsmethoden erlassen.

(5) In allen Fällen ist bei der Feststellung der Höhe des Schadens auch eine allfällige Minderung der künftigen Ertragsfähigkeit zu berücksichtigen.

3. Abschnitt

Verfahren

§ 111

Schlichtungsorgane

(1) Die Landesregierung hat nach Anhörung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer und des Burgenländischen Landesjagdverbandes für die Dauer der Jagdperiode die erforderliche Anzahl von fachlich geeigneten Schlichtungsorganen für die Feststellung von Schäden in der Landwirtschaft und im Wald zu bestellen und auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben anzugeloben. Erforderlichenfalls sind für verschiedene landwirtschaftliche Betriebszweige Schlichtungsorgane zu bestellen. Besteht über die Beauftragung einer Person als Schlichter in einem konkreten Schadensfall kein Einvernehmen zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten, so entscheiden der Burgenländische Landesjagdverband und die Burgenländische Landwirtschaftskammer einvernehmlich über die Beauftragung.

(2) Namen und Anschriften der Schlichtungsorgane sind getrennt nach Betriebszweigen den Gemeinden bekannt zu geben.

§ 112

Geltendmachung des Schadens

(1) Jagd- oder Wildschäden sind von der geschädigten Person binnen zwei Wochen, bei Wald binnen vier Wochen, nachdem ihr der Schaden bekannt wurde, bei der oder dem Jagdausübungsberechtigten oder deren oder dessen Bevollmächtigten nachweislich geltend zu machen. Dabei sind von der geschädigten Person die Grundstücksnummern der betroffenen Flächen, die jeweiligen Verursacher sowie das Schadensausmaß in Prozent, im Forst der vorerst geschätzte Schaden in Geld, bekannt zu geben. Wird im Rahmen der Geltendmachung zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten übereingekommen, dass Maßnahmen zur Abwehr weiterer Schäden, wie zB austreiben, vergrämen oder einzäunen, zu setzen sind und werden diese Maßnahmen von der geschädigten Person behindert oder verhindert, so gebührt kein Ersatz des Schadens ab diesem Zeitpunkt. Die Landesregierung hat mit Verordnung ein Schadensprotokollmuster festzusetzen, das bei der Aufnahme des Schadens zu verwenden ist. Erfolgt zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten eine Einigung über das Schadensausmaß, so ist bei Eintritt eines neuerlichen Schadens abermals eine Geltendmachung erforderlich. Die Schadenszahlung hat am Ende des Jagdjahres zu erfolgen.

(2) Besteht über den geltend gemachten Schaden kein Einvernehmen zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten oder liegt dieses Einvernehmen nicht mehr vor, so ist innerhalb von zwei Wochen ab diesem Zeitpunkt nachweislich ein sachlich zuständiges Schlichtungsorgan zu verständigen. Ab diesem Zeitpunkt hat sowohl die geschädigte Person als auch die oder der Jagdausübungsberechtigte selbständig ein Schadensprotokoll zu führen, welche dem Schlichtungsorgan vorzulegen sind. Das Schlichtungsorgan hat unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Wochen ab Verständigung, den Schaden zu besichtigen, einen Befund hierüber aufzunehmen und die Höhe des Schadensausmaßes zu schätzen. Der Befund hat auch das geschätzte Schadensausmaß der geschädigten Person sowie jenes der oder des Jagdausübungsberechtigten zu enthalten. Zur Schadensermittlung hat das Schlichtungsorgan die geschädigte Person und die oder den Jagdausübungsberechtigten einzuladen.

(3) Unterlässt die geschädigte Person die rechtzeitige Geltendmachung des Schadens nach Abs. 1 und 2 oder die rechtzeitige Mitteilung des Erntezeitpunktes, so erlischt ihr Entschädigungsanspruch, sofern sie nicht nachzuweisen vermag, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne eigenes Verschulden an der rechtzeitigen Geltendmachung des Anspruches gehindert war. Nach Ablauf von sechs Monaten - bei Waldschäden von zwölf Monaten - nach Eintritt des Schadens kann ein Ersatz nicht mehr geltend gemacht werden.

(4) In den Fällen des § 110 Abs. 2 ist die Schadenshöhe, sofern bei der Erstbesichtigung ein Jagd- oder Wildschaden festgestellt wurde, unmittelbar vor oder bei der Ernte festzustellen. Dazu hat die oder der Geschädigte das Schlichtungsorgan rechtzeitig spätestens eine Woche vor dem voraussichtlichen Erntezeitpunkt nachweislich zu verständigen.

(5) Schließen die geschädigte Person und die oder der Jagdausübungsberechtigte auf Grund der Schätzung des Schlichtungsorganes einen Vergleich über die Schadenshöhe und die Kostentragung (§ 114), so ist der Vergleich vom Schlichtungsorgan niederschriftlich festzuhalten. Der von den Parteien unterfertigte Vergleich stellt einen Exekutionstitel gemäß § 1 Exekutionsordnung - EO, RGBL. Nr. 79/1896, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 69/2014, dar. Die Landesregierung hat mit Verordnung ein Muster für diese Niederschrift festzulegen.

§ 113

Verfahren vor der Bezirksverwaltungsbehörde

(1) Wird zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten kein Vergleich geschlossen (§ 112 Abs. 5), so hat das Schlichtungsorgan in einer Niederschrift die für das Scheitern des Vergleiches maßgebenden Gründe festzuhalten. Die Niederschrift ist vom Schlichtungsorgan mit seinem Befund und seiner Schadensschätzung der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde zu übermitteln, die sodann über den Anspruch auf Ersatz der Jagd- und Wildschäden zu entscheiden hat. Im Verfahren sind die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 161/2013, anzuwenden.

(2) Gegen die Entscheidung der Bezirksverwaltungsbehörde ist eine Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht zulässig.

§ 114

Aufteilung der Kosten des Verfahrens

(1) Kosten, die einer Partei aus ihrer eigenen Teilnahme sowie aus jener einer Vertretung, allenfalls eines Rechtsbeistandes, erwachsen, hat die Partei zu tragen (Parteikosten).

(2) Hinsichtlich der Tragung aller übrigen Kosten, die aus dem Verfahren über Schadenersatzansprüche erwachsen (Amtskosten), gelten folgende Bestimmungen:

1. Wer zur Leistung eines Schadenersatzes verpflichtet wird, hat - vorbehaltlich der Bestimmungen in Z 2 und 3 - diese Kosten zu tragen.
2. Wird das Begehren der Anspruch erhebenden Partei gänzlich abgewiesen, so hat sie diese Kosten zu tragen, sofern die gegnerische Partei nicht einer anderen Kostenentscheidung zustimmt.
3. Wird der den Anspruch erhebenden Partei ein Ersatz zuerkannt, der nicht höher ist als der bei dem Versuch einer gütlichen Vereinbarung oder eines Vergleiches von der Gegnerin oder vom Gegner fruchtlos angebotene Betrag, so ist ihr auf Verlangen der Gegnerin oder des Gegners der Ersatz dieser Kosten anteilig aufzuerlegen.

(3) Wurde zwischen der geschädigten Person und der oder dem Jagdausübungsberechtigten kein Vergleich gemäß § 112 Abs. 5 geschlossen, hat die Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag des Schlichtungsorganes die ihm zukommenden Kosten des Schlichtungsverfahrens vorschussweise auszubezahlen.

§ 115

Verfahrensvorschriften, Gebühren und Tarife

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind im Verfahren über Ansprüche auf Ersatz von Jagd- und Wildschäden die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 161/2013, anzuwenden.

(2) Das Schlichtungsorgan hat Anspruch auf Ersatz der notwendigen Reisekosten sowie auf eine Aufwandsentschädigung. Die Höhe der Aufwandsentschädigung wird von der Landesregierung mit Verordnung bestimmt.

XI. Hauptstück

Interessenvertretung der Burgenländischen Jägerinnen und Jäger - Burgenländischer Landesjagdverband

1. Abschnitt

Burgenländischer Landesjagdverband und Organe

§ 116

Burgenländischer Landesjagdverband

(1) Zur Vertretung der Interessen der im Burgenland die Jagd ausübenden Personen, zur Förderung der Jagd und der Jagdwirtschaft, zur Pflege des Weidwerkes, zur Erhaltung und Förderung der bodenständigen jagdlichen Sitten und Gebräuche wird der Burgenländische Landesjagdverband am Sitze der Landesregierung errichtet.

(2) Der Burgenländische Landesjagdverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes. Der Wirkungsbereich des Burgenländischen Landesjagdverbandes erstreckt sich auf das gesamte Landesgebiet, das in Jagdbezirke gegliedert ist. Die Jagdbezirke entsprechen den politischen Bezirken, wobei jedoch der politische Bezirk Eisenstadt-Umgebung und die Freistädte Eisenstadt und Rust zu einem Jagdbezirk (Jagdbezirk Eisenstadt) zusammengefasst sind.

(3) Im Burgenländischen Landesjagdverband werden alle Inhaberinnen und Inhaber einer nach diesem Gesetz ausgestellten Jagdkarte zusammengefasst. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Ausfertigung der Jagdkarte. Die Mitgliedschaft erlischt drei Monate nach Ablauf der Gültigkeit der Jagdkarte, durch Entzug der Jagdkarte (§ 65) oder durch Tod.

(4) Der Burgenländische Landesjagdverband ist berechtigt, Personen, die seine Bestrebungen unterstützen und sich Verdienste um den Burgenländischen Landesjagdverband erworben haben und die nicht von Gesetzes wegen bereits ordentliche Mitglieder sind, als Ehrenmitglieder aufzunehmen. Den Ehrenmitgliedern steht kein aktives Wahlrecht zu; ihnen erwachsen aus den Bestimmungen dieses Gesetzes keine Pflichten gegenüber dem Burgenländischen Landesjagdverband.

(5) Der Burgenländische Landesjagdverband ist berechtigt, das Landeswappen zu führen.

§ 117

Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder

(1) Alle Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes sind berechtigt, seine Einrichtungen unter den von ihm festgesetzten Bedingungen zu benützen und das Mitgliedsabzeichen zu tragen.

(2) Alle Mitglieder sind verpflichtet, sich im Sinne der jagdgesetzlichen Vorschriften zu verhalten.

(3) Auf Rückerstattung bereits entrichteter Beitragsleistungen besteht im Falle des Erlöschens der Mitgliedschaft kein Rechtsanspruch.

(4) Alle Mitglieder sind verpflichtet, den Verband bei Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen, das Ansehen der Jägerinnen und Jäger stets zu wahren, sich jederzeit weidgerecht und dem bodenständigen Brauchtum entsprechend zu verhalten und die Interessen des Tier- und Naturschutzes zu berücksichtigen.

§ 118

Aufgaben des Burgenländischen Landesjagdverbandes

(1) Zur Erfüllung der im § 116 Abs. 1 bezeichneten Aufgaben obliegt dem Burgenländischen Landesjagdverband insbesondere,

1. die Jagdprüfungswerberinnen und Jagdprüfungswerber und die Bewerberinnen und Bewerber zur Prüfung als Jagdschutzorgan auszubilden und die Verbandsmitglieder, in allen Belangen der Jagd sowie des Natur- und Tierschutzes weiterzubilden;
2. Personen zu ehren, die sich um die Jagd im Burgenland besondere Verdienste erworben haben;
3. die Jagdhundezucht und -führung zu unterstützen und die Verbreitung brauchbarer Jagdhunde zu fördern;
4. den Landesjagdtag, Bezirksjagdtage, Jagdtausstellungen, Preis- und Übungsschießen und Hundepfahrungen zu veranstalten, Hegeschauen zu beantragen und zu veranstalten sowie das jagdliche Brauchtum zu pflegen und das jagdliche Schrifttum zu fördern;

5. bei der Durchführung behördlicher Maßnahmen zur Hintanhaltung von Wildkrankheiten mitzuwirken.

(2) Ferner obliegt dem Burgenländischen Landesjagdverband die Führung von Zusammenstellungen und Nachweisen, die der jagdlichen Verwaltung dienen. Der Burgenländische Landesjagdverband hat alljährlich der Landesregierung einen „Jagdlichen Bericht“ über die jagdlichen Zustände, Wildverhältnisse, Einwirkungen der Umwelt und über die Erfolge der Hege im abgelaufenen Jagdwirtschaftsjahr vorzulegen.

(3) Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung, die Aufgaben und die Tätigkeit der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes sowie über die Aufgaben seiner Geschäftsstelle enthalten die Satzungen des Burgenländischen Landesjagdverbandes.

(4) Die nach § 119 Abs. 4 erforderliche Genehmigung der Satzungen und deren Abänderung dürfen nur versagt werden, wenn die Satzungen gesetzwidrige Bestimmungen enthalten oder offensichtlich eine dem Gesetz entsprechende Verbandstätigkeit nicht gewährleisten.

(5) Die Satzungen sind im Landesamtsblatt für das Burgenland kundzumachen.

§ 119

Stellung des Burgenländischen Landesjagdverbandes zu den Behörden

(1) Der Burgenländische Landesjagdverband untersteht der Aufsicht der Landesregierung. Diese kann zu allen Sitzungen der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes zwei namhaft gemachte Vertreter entsenden. Dazu ist die Aufsichtsbehörde zwei Wochen vor den jeweiligen Sitzungen der Organe einzuladen.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Gebarung des Burgenländischen Landesjagdverbandes überprüfen. Alle Wahlergebnisse, der Tätigkeitsbericht des Vorstandes und die Prüfungsberichte der Rechnungsprüfung sind unverzüglich der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Zudem hat der Burgenländische Landesjagdverband der Aufsichtsbehörde auf Verlangen jene Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Einhebung der Jagdabgabe sowie der Einhebung der Jagdkartenabgabe stehen, zu übermitteln.

(3) Die Aufsichtsbehörde hat Beschlüsse und Maßnahmen von Organen des Burgenländischen Landesjagdverbandes, durch die Gesetze und Verordnungen, die Satzungen oder öffentliche Interessen verletzt werden, aufzuheben. Dies gilt nicht für Beschlüsse, die den Bestimmungen des § 68 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 161/2013, unterliegen. Die Aufhebung von Beschlüssen ist nicht mehr zulässig, wenn seit der Beschlussfassung mehr als drei Jahre verstrichen sind.

(4) Die im § 121 Abs. 3 Z 1 und 2 genannten Beschlüsse der Vollversammlung bedürfen der Genehmigung der Landesregierung.

(5) Der Burgenländische Landesjagdverband hat innerhalb seines Wirkungsbereiches dem Amte der Landesregierung und den Bezirksverwaltungsbehörden auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, gutachterliche Äußerungen abzugeben und diese Behörden in Jagdangelegenheiten zu unterstützen.

(6) Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, die Angelegenheiten der Jagd berühren, sind dem Burgenländischen Landesjagdverband unter Einräumung einer angemessenen Frist zur Begutachtung zu übermitteln.

(7) Die Behörden haben der Landesgeschäftsstelle des Burgenländischen Landesjagdverbandes die für die jagdliche Verwaltung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, sofern diese Daten nicht aus dem digitalen Jagdkataster ersichtlich sind. Insbesondere sind die Feststellungsbescheide (§ 13), die rechtswirksamen Anzeigen der Verpachtung im Wege der öffentlichen Versteigerung (§ 42), der Verpachtungen im Wege des freien Übereinkommens (§§ 36 ff), ferner die Verpachtungen von Eigenjagdgebieten (§ 58), Bescheide über die Verweigerung und den Entzug von Jagdkarten (§§ 64 und 65) sowie je ein Exemplar der genehmigten Abschusspläne und der Abschusslisten zur Verfügung zu stellen.

§ 120

Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes

Die Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes sind

1. die Vollversammlung (Landesjagdtag),
2. der Ausschuss,
3. der Vorstand,

4. die oder der Verbandsvorsitzende, mit dem Titel Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister,
5. der Finanzkontrollausschuss,
6. die Verbandsanwältin oder der Verbandsanwalt zur Interessensvertretung der Verbandsmitglieder,
7. in den Jagdbezirken die Bezirksversammlung (Bezirksjagdtag), die Delegierten, die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister und die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter.

§ 121

Vollversammlung (Landesjagdtag)

(1) Die Vollversammlung (der Landesjagdtag) besteht aus den Delegierten (§ 127). An der Vollversammlung nehmen mit beratender Stimme die Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses, die Referentinnen und Referenten (§ 122 Abs. 3 Z 10) und der Vorsitz des Finanzkontrollausschusses teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihre Identität zu Beginn der Vollversammlung bei Bedarf mit einem amtlichen Lichtbildausweis nachzuweisen.

(2) Die Vollversammlung hat aus der Mitte der Verbandsmitglieder auf die Dauer von fünf Jahren zu wählen

1. den Vorsitz (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister) und die Stellvertretung,
2. ein weiteres Vorstandsmitglied sowie ein Ersatzmitglied,
3. je sieben Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder, wobei auf die Fachgebiete der Jagd und auf die jagdliche Eigenart der Jagdgebiete des Landes Bedacht zu nehmen ist,
4. je drei Mitglieder und Ersatzmitglieder des Finanzkontrollausschusses,
5. eine Verbandsanwältin oder einen Verbandsanwalt und zwei Ersatzmitglieder.

(3) Der Vollversammlung obliegt ferner

1. die Beschlussfassung über den Jahresvoranschlag und Rechnungsabschluss, über den Verbandsbeitrag und außerordentliche Umlagen sowie über Verfügungen, die das Verbandsvermögen betreffen, soweit sie nicht bereits im genehmigten Jahresvoranschlag vorgesehen sind;
2. die Beschlussfassung über die Satzungen, die Geschäftsordnung und die Dienstordnung der Bediensteten des Burgenländischen Landesjagdverbandes;
3. die Beschlussfassung über Anträge, die von Verbandsmitgliedern gemäß der Geschäftsordnung rechtzeitig eingebracht werden;
4. die Überwachung der Geschäftsführung der Verbandsorgane;
5. die Beschlussfassung über die Entlastung der Verbandsorgane auf Grund des Tätigkeitsberichtes;
6. die Genehmigung des jährlichen „Jagdlichen Berichtes“;
7. die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Personen, die sich in hervorragender Weise um die Jagd im Burgenland verdient gemacht haben;
8. die Beschlussfassung über die Verleihung der Funktion einer Ehrenlandesjägermeisterin oder eines Ehrenlandesjägermeisters oder einer Ehrenbezirksjägermeisterin oder eines Ehrenbezirksjägermeisters auf Grund eines Antrages des Verbandsausschusses.

(4) Die Vollversammlung ist vom Verbandsvorsitz oder im Falle der Verhinderung von der Stellvertretung einzuberufen. Die Einberufung hat schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vorher, eine Vollversammlung, in der Wahlen gemäß Abs. 2 durchzuführen sind, mindestens acht Wochen vorher, zu erfolgen.

(5) Die Vollversammlung ist alljährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie muss außerdem dann einberufen werden, wenn dies von der Landesregierung verlangt oder von mindestens einem Drittel der Delegierten oder zumindest von drei Bezirksjägermeisterinnen oder Bezirksjägermeistern schriftlich unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt wird. Ferner ist die Vollversammlung auf Grund der Beschlussunfähigkeit des Vorstandes durch die Geschäftsführung einzuberufen.

(6) Über jede Vollversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen und vom Vorsitz zu unterfertigen. Die Niederschrift ist von der nächsten Vollversammlung zu genehmigen.

(7) Zu einem Beschluss der Vollversammlung sind die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Delegierten und die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 122

Ausschuss

(1) Der Ausschuss setzt sich aus dem Vorstand, den Bezirksjägermeisterinnen und Bezirksjägermeistern und einem weiteren Mitglied aus dem jeweiligen Jagdbezirk zusammen. Scheidet eines der sieben weiteren Mitglieder aus dem jeweiligen Jagdbezirk vor Ablauf der Funktionsperiode aus, rückt das jeweilige Ersatzmitglied nach. Im Falle der Verhinderung hat das Ausschussmitglied sein Ersatzmitglied zu entsenden.

(2) Den Ausschusssitzungen können die Referentinnen und Referenten mit beratender Stimme beigezogen werden.

(3) Dem Ausschuss obliegt die Beratung und Beschlussfassung in nachstehenden Angelegenheiten:

1. die Erstellung einer Geschäftsordnung für die Tätigkeit der Organe und der Geschäftsstellen des Burgenländischen Landesjagdverbandes;
2. die Bestellung der Bediensteten der Landesgeschäftsstelle;
3. die Genehmigung von Geschäften, die über den Rahmen der laufenden Gebarung hinausgehen;
4. die Einholung von Berichten des Vorstandes;
5. die Erstellung des Voranschlags für das kommende und die Verfassung des Rechnungsabschlusses für das vergangene Geschäftsjahr und deren Vorlage an die Vollversammlung zur Beschlussfassung;
6. die Festlegung von Reise- und Aufwandsentschädigungen für die in Verbandsangelegenheiten tätigen Personen;
7. die Antragstellung an die Vollversammlung über die Höhe des Verbandsbeitrages, über die Einhebung außerordentlicher Umlagen und über Verfügungen über das Verbandsvermögen;
8. die Durchführung der erforderlichen Vorbereitungen für die Abhaltung der Vollversammlung und die Bestimmungen des Zeitpunktes;
9. die Entgegennahme von Wahlvorschlägen von Verbandsmitgliedern und die Prüfung der in einer Verordnung der Landesregierung zu regelnden passiven Wahlberechtigung;
10. die Bestellung von Referentinnen und Referenten im Rahmen der jagdlichen Verwaltung für einzelne Sachgebiete;
11. die Zuerkennung jagdlicher Ehrenzeichen an verdiente Verbandsmitglieder.

(4) Die Sitzungen des Ausschusses sind vom Vorstandsvorsitz nach Bedarf, mindestens aber zweimal in jedem Jahr sowie dann einzuberufen, wenn dies von drei Bezirksjägermeisterinnen oder Bezirksjägermeistern oder von drei Ausschussmitgliedern verlangt wird. Die Einberufung hat schriftlich unter Bekanntgabe der Verhandlungsgegenstände mindestens zwei Wochen vorher zu erfolgen.

(5) Der Ausschuss ist bei Anwesenheit des Vorstandsvorsitzes oder der Stellvertretung und von neun Ausschussmitgliedern beschlussfähig. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

(6) Der für eine Funktionsperiode gewählte Ausschuss hat seine Tätigkeit bis zur erfolgten Neuwahl auszuüben.

§ 123

Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Vorstandsvorsitz (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister), der Stellvertretung, einem weiteren Mitglied und den zwei weiteren gemäß § 119 Abs. 1 von der Aufsichtsbehörde entsandten Personen, welche dem Vorstand mit beratender Stimme angehören. Die oder der leitende Angestellte der Landesgeschäftsstelle und die Verbandsanwältin oder der Verbandsanwalt gehören dem Vorstand mit beratender Stimme an. Im Falle der Verhinderung hat jedes Vorstandsmitglied sein Ersatzmitglied zu entsenden.

(2) Dem Vorstand obliegt insbesondere

1. die Vorbereitung sämtlicher Obliegenheiten des Ausschusses sowie die Führung der laufenden Geschäfte des Burgenländischen Landesjagdverbandes im Rahmen des Voranschlags und der Beschlüsse des Ausschusses;
2. die Erstattung von Anträgen und Stellungnahmen an die Behörden, insbesondere zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen;
3. die Erstellung einer Dienstordnung für die Bediensteten der Landesgeschäftsstelle.

(3) Die Vorstandssitzungen sind nach Bedarf, jedenfalls aber dann einzuberufen, wenn mindestens zwei stimmberechtigte Vorstandsmitglieder dies verlangen. Die Einberufung hat unter Bekanntgabe der Verhandlungsgegenstände mindestens zwei Wochen vorher zu erfolgen.

(4) Der Vorstand ist bei Anwesenheit des Vorsitzes und zweier stimmberechtigter Vorstandsmitglieder beschlussfähig. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

(5) Sind die oder der Verbandsvorsitzende oder deren oder dessen Stellvertretung oder die beiden anderen Mitglieder aus dem Vorstand vor Ablauf ihrer Funktionsperiode ausgeschieden, so ist für die restliche Dauer der Funktionsperiode binnen einem Monat eine Ersatzwahl vorzunehmen. Wenn jedoch nur eines der drei gewählten Vorstandsmitglieder ausscheidet, so hat die Ersatzwahl bei der nächsten Vollversammlung zu erfolgen.

(6) Der für eine Funktionsperiode gewählte Vorstand hat seine Tätigkeit bis zur erfolgten Neuwahl auszuüben.

§ 124

Verbandsvorsitz (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister)

(1) Der Verbandsvorsitz (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister) vertritt den Burgenländischen Landesjagdverband nach außen. Er überwacht die Besorgung sämtlicher zum Wirkungsbereich des Burgenländischen Landesjagdverbandes gehörigen Angelegenheiten gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes sowie der Geschäftsordnung; er beruft die Vollversammlung sowie die Sitzungen des Vorstandes, des Ausschusses und die Besprechungen der Bezirksjägermeisterinnen und Bezirksjägermeister und Referentinnen und Referenten ein, führt in ihnen den Vorsitz und beurkundet deren Beschlüsse. Er vollzieht die Beschlüsse der Vollversammlung, des Vorstandes und des Ausschusses. In dringenden Fällen trifft er Entscheidungen nach § 123 Abs. 2 Z 1 und 2 gegen nachträgliche Berichterstattung an den Vorstand.

(2) Während der Dauer einer zeitweiligen Verhinderung der oder des Verbandsvorsitzenden sind deren oder dessen Funktionen von der Stellvertretung, falls aber auch diese verhindert ist, von dem an Jahren ältesten Vorstandsmitglied, auszuüben.

(3) Dem Verbandsvorsitz oder einer von ihm ermächtigten Person aus der Landesgeschäftsstelle obliegt die Vorschreibung der Jagdabgabe (§ 166 Abs. 4).

§ 125

Finanzkontrollausschuss

(1) Der Finanzkontrollausschuss besteht aus drei Mitgliedern, die aus ihrer Mitte für die Dauer der Funktionsperiode eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden wählen. Im Falle ihrer oder seiner Verhinderung ist ein anderes Mitglied für die Dauer der Verhinderung mit dem Vorsitz zu betrauen. Für jedes ausgeschiedene Mitglied hat ein Ersatzmitglied nachzurücken. Für jedes ausgeschiedene Mitglied oder Ersatzmitglied ist ein neues Mitglied oder Ersatzmitglied bei der nächsten Vollversammlung zu wählen.

(2) Die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses dürfen keinem anderen Organ des Burgenländischen Landesjagdverbandes angehören und haben über die für ihre Funktion erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen zu verfügen.

(3) Dem Finanzkontrollausschuss obliegt die Überprüfung der Finanzgebarung des Burgenländischen Landesjagdverbandes und seiner Einrichtungen.

(4) Die Überprüfung hat sich nicht nur auf ziffernmäßige Richtigkeit der vorgenommenen Buchungen und der ihnen zugrundeliegenden Belege, sondern auch auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung sowie auf deren Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften und den Beschlüssen der Vollversammlung zu erstrecken.

(5) Die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses sind berechtigt, jederzeit Bucheinsicht zu nehmen und die Vorlage sämtlicher Rechnungsbelege zu verlangen. Der Vorstand und der Ausschuss sind dem Finanzkontrollausschuss gegenüber zur Auskunftserteilung verpflichtet, soweit die Auskunftserteilung mit der Tätigkeit des Finanzkontrollausschusses im Zusammenhang steht.

(6) Das Ergebnis der Überprüfung ist vom Finanzkontrollausschuss dem Vorstand und Ausschuss schriftlich zur Kenntnis zu bringen und der Vollversammlung zu berichten.

(7) Zur Beschlussfähigkeit des Finanzkontrollausschusses ist die Anwesenheit aller drei Mitglieder erforderlich. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

§ 126

Bezirksjagdtag

(1) Der Bezirksjagdtag ist ein Organ des Burgenländischen Landesjagdverbandes. Dem Bezirksjagdtag eines Jagdbezirkes gehören alle Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes an, die

1. ihre Mitgliedschaft vom Besitz einer Jagdkarte ableiten, die von einer im Jagdbezirk gelegenen Bezirksverwaltungsbehörde ausgestellt wurde,
2. im Jagdbezirk das Jagdausübungsrecht besitzen oder
3. im Jagdbezirk den Jagdschutz ausüben.

(2) Dem Bezirksjagdtag obliegt

1. die Wahl der Delegierten und deren Ersatz;
2. die Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters;
3. die Aufklärung und Unterrichtung der Verbandsmitglieder über alle in den Aufgabenkreis des Burgenländischen Landesjagdverbandes fallenden Angelegenheiten.

(3) Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister hat den Bezirksjagdtag mindestens einmal jährlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Die Einberufung hat spätestens eine Woche vorher zu erfolgen. Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister führt den Vorsitz des Bezirksjagdtages. Im Falle ihrer oder seiner Verhinderung hat die Stellvertretung den Vorsitz zu führen. Ist diese auch verhindert, ist der Bezirksjagdtag neu einzuberufen.

(4) Zu einem Beschluss des Bezirksjagdtages ist die Anwesenheit eines Viertels der Mitglieder des Jagdbezirkes (Abs. 1) erforderlich. Wird bei Beginn des Bezirksjagdtages diese Anzahl nicht erreicht, so hat nach Ablauf einer halben Stunde der Bezirksjagdtag stattzufinden, der ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig ist.

(5) Für Beschlüsse ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit kommt ein Beschluss nicht zustande.

(6) Die Landesregierung und die Bezirksverwaltungsbehörde sind befugt, zum Bezirksjagdtag eine Vertretung zu entsenden. Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister hat zu diesem Zweck der Landesregierung und der Bezirksverwaltungsbehörde die Abhaltung des Bezirksjagdtages gleichzeitig mit dessen Einberufung mitzuteilen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und der Bezirksverwaltungsbehörde müssen beim Bezirksjagdtag jederzeit gehört werden.

(7) Inhaber einer burgenländischen Landesjagdkarte, unabhängig vom Sitz der Ausstellungsbehörde, haben in allen Bezirken des Burgenlandes das Recht, am Bezirksjagdtag gehört zu werden.

§ 127

Delegierte

(1) Die Delegierten und ihre Ersatzpersonen werden vom Bezirksjagdtag aus seiner Mitte nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von fünf Jahren gewählt.

(2) In Jagdbezirken bis zu 100 Mitgliedern sind drei Delegierte, für je weitere 100 Mitglieder ist je eine weitere Delegierte oder ein weiterer Delegierter zu wählen. Für die Ermittlung der Delegiertenzahl eines Jagdbezirkes sind jene Mitglieder heranzuziehen, die dem Bezirksjagdtag dieses Jagdbezirkes am 31. Dezember des dem Wahljahr vorangegangenen Jahres angehört haben.

(3) Die Delegierten haben aus ihrer Mitte die Bezirksjägermeisterin oder den Bezirksjägermeister und die Stellvertretung zu wählen. Sie vertreten den Jagdbezirk beim Landesjagdtag (§ 121 Abs. 1).

§ 128

Bezirksjägermeisterin oder Bezirksjägermeister

(1) Der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister obliegt neben der Besorgung der ihr oder ihm in diesem Gesetz ausdrücklich übertragenen Aufgaben der Vollzug der Beschlüsse des Bezirksjagdtages, die Erstattung von Tätigkeitsberichten an den Bezirksjagdtag, die Besorgung der ihr oder ihm vom Burgenländischen Landesjagdverband übertragenen Aufgaben und die Führung der Bezirksgeschäftsstelle.

(2) Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister ist berechtigt, die im Bereich des Jagdbezirkes gelegenen Jagdgebiete ohne Jagdwaffen zu kontrollieren, jederzeit in die Abschusspläne und Abschusslisten Einsicht zu nehmen und die im laufenden Jagdjahr erbeuteten Trophäen zu

besichtigen. Die Jagdausübungsberechtigten sind verpflichtet, der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister die Ausübung dieser Berechtigungen zu gewährleisten. Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister hat mit den Hegeringleiterinnen und Hegeringleitern, den Einzelpächterinnen oder den Einzelpächtern und den Jagdleiterinnen oder den Jagdleitern und den Eigenjagdberechtigten und den Jagdverwalterinnen oder den Jagdverwaltern und den Jagdschutzorganen mindestens einmal im Jagdjahr Besprechungen über sie betreffende jagdliche Angelegenheiten abzuhalten.

(3) Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister beruft den Bezirksjagdtag ein und führt dort, ausgenommen bei der Wahl der Delegierten, den Vorsitz.

(4) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Bezirksjägermeisterin oder den Bezirksjägermeister als fachliche Unterstützung bei der Durchführung der jagdlichen Verwaltung, bei jagdfachlichen Verfahren, der Abschussplanerstellung, der Bildung von Hegeringen oder der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bei Verboten sachlicher Art im Sinne des § 95 zu hören.

(5) Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister wird im Falle der Verhinderung durch die Stellvertretung vertreten.

§ 129

Hegeringleitung

(1) Für jeden Hegering ist durch die Einzelpächterin oder den Einzelpächter oder die Jagdleiterin oder den Jagdleiter oder die Eigenjagdberechtigte oder den Eigenjagdberechtigten oder die Jagdverwalterin oder den Jagdverwalter des Hegeringes eine Hegeringleitung in geheimer Wahl für die Dauer der Jagdperiode zu wählen. Die Wahl ist durch die Bezirksjägermeisterin oder den Bezirksjägermeister oder deren Stellvertretung zu organisieren. Zu Hegeringleiterinnen oder Hegeringleitern und Vertrauenspersonen dürfen nur solche Inhaberinnen und Inhaber von Jagdkarten gewählt werden, die die Voraussetzungen für ein Jagdschutzorgan erbringen und die mit den jagdlichen Verhältnissen in ihrem Hegering vertraut sind. Die Wahl der Hegeringleiterinnen und Hegeringleiter ist der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde mitzuteilen.

(2) Die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter hat die zu ihrem oder seinem Hegering gehörenden Jagdausübungsberechtigten im Hinblick auf die im § 2 genannten Rechte zu beraten und aufzuklären, die Wildstandsverhältnisse und die Einhaltung der Abschusspläne zu beobachten, bei der Aufstellung der Abschusspläne (§ 82 Abs. 3) mitzuwirken und die Einhaltung der Bestimmungen über die Wildfütterung zu überwachen.

(3) Die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter hat zur Wahrnehmung ihrer oder seiner Obliegenheiten bei Bedarf, jedoch mindestens dreimal pro Kalenderjahr, alle Jagdausübungsberechtigten und Jagdschutzorgane ihres oder seines Hegeringes zu einer Hegeringsitzung unter ihrem oder seinem Vorsitz schriftlich einzuladen.

(4) Die Bezirksverwaltungsbehörde ist berechtigt, zur Hegeringsitzung Vertreterinnen oder Vertreter zu entsenden. Ebenso können die Mitglieder des Bezirksjagdbeirates der Hegeringsitzung mit beratender Stimme beiwohnen. Die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter hat zu diesem Zweck der Bezirksverwaltungsbehörde die Abhaltung der Hegeringsitzung gleichzeitig mit deren Einberufung mitzuteilen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksverwaltungsbehörde und die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister müssen bei der Hegeringsitzung jederzeit gehört werden.

(5) Die Hegeringleiterinnen und die Hegeringleiter sind berechtigt, die dem Hegering angehörigen Jagdgebiete ohne Jagdwaffen zu kontrollieren. Weiters sind sie berechtigt, in die Abschusspläne und Abschusslisten jederzeit Einsicht zu nehmen und die im laufenden Jagdjahr erbeuteten Trophäen zu besichtigen. Über Wahrnehmungen haben sie der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister zu berichten.

§ 130

Landesgeschäftsstelle; Bezirksgeschäftsstellen

(1) Die Geschäfte des Burgenländischen Landesjagdverbandes werden durch die Landesgeschäftsstelle besorgt. Sie ist von der Landesjägermeisterin oder dem Landesjägermeister zu leiten. Ihr örtlicher Wirkungsbereich erstreckt sich auf das ganze Burgenland.

(2) Zur Unterstützung der Landesgeschäftsstelle ist vom Vorstand für den Bereich jedes Jagdbezirkes eine Bezirksgeschäftsstelle zu errichten. Die Leitung obliegt der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister.

(3) Die Bezirksgeschäftsstelle ist für alle Mitglieder des Bezirksjagdtages zuständig.

(4) Die Agenden der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers des Burgenländischen Landesjagdverbandes werden über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landesjagdverbandes geregelt.

2. Abschnitt

Wahl der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes im Jagdbezirk

§ 131

Wahlrecht und Wählbarkeit

(1) Wahlberechtigt zur Wahl der Delegierten und Ersatzpersonen eines Jagdbezirktes sind alle Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes, die dem Bezirksjagdtage dieses Jagdbezirktes zum Zeitpunkt der Wahlausschreibung angehören. Das Wahlrecht darf nur in einem Jagdbezirk ausgeübt werden.

(2) Wählbar als Delegierte oder Delegierter eines Jagdbezirktes sind alle, die zum Zeitpunkt der Wahlausschreibung die Voraussetzungen als Mitglied des Bezirksjagdtages dieses Jagdbezirktes erfüllen und in den dem Tag der Wahlausschreibung vorangegangenen fünf Jahren laufend im Besitz einer gültigen burgenländischen Jagdkarte waren.

§ 132

Wahl der Delegierten

(1) Die Delegierten und die Ersatzpersonen (§ 127 Abs. 1) sind vom Bezirksjagdtage zu wählen und füllen diese Funktion bis zum Zeitpunkt einer neuerlichen Wahl aus.

(2) Die Wahl ist vom Vorstand des Burgenländischen Landesjagdverbandes nach Anhörung der für den Jagdbezirk zuständigen Wahlkommission, unter Bekanntgabe des Wahltages spätestens zehn Wochen vor dem Wahltage auszuschreiben und durch Anschlag an der Amtstafel der Bezirksverwaltungsbehörde kundzumachen. In den Medien des Burgenländischen Landesjagdverbandes ist die Ausschreibung zusätzlich zu verlautbaren. In der Ausschreibung ist die Zahl der dem Jagdbezirk zustehenden Delegierten und die Zahl der für einen Wahlvorschlag erforderlichen Unterschriften anzuführen.

§ 133

Wahlkommission

(1) Zur Leitung der Wahl, zur Entscheidung über das Wahlrecht und über die Wählbarkeit sowie zur Feststellung des Wahlergebnisses ist jeweils eine Wahlkommission für jeden Jagdbezirk zu bestellen. Diese besteht aus der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann oder der von ihr oder ihm bestellten Stellvertretung als Vorsitzende oder Vorsitzenden und drei Mitgliedern, die von der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann auf Vorschlag der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters zu bestellen sind. Auf die gleiche Weise ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu bestellen, das bei Verhinderung des Mitgliedes an dessen Stelle tritt. Im Jagdbezirk Eisenstadt obliegt die Aufgabe der oder des Vorsitzenden der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann des Bezirkes Eisenstadt-Umgebung bzw. deren oder dessen Stellvertretung. Die zu bestellenden Mitglieder der Wahlkommission müssen mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes sein.

(2) Die Vorschläge für die Bestellung der Wahlkommission sind jeweils in den ersten vier Wochen jenes Jagdjahres, in dem die Delegierten zu wählen sind, zu erstatten. Die Bestellung hat innerhalb von zwei Wochen nach Einbringung der Vorschläge zu erfolgen.

(3) Der Wahlkommission obliegt:

1. die Anlegung der Wahlliste, die Entscheidung über das Wahlrecht, die Auflage der Wahlliste und die Entscheidung über Einwendungen gegen die Wahlliste,
2. die Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge und die Entscheidung über die Wählbarkeit,
3. die Kundmachung der Wahlvorschläge,
4. die Festsetzung des genauen Zeitpunktes und Ortes der Wahl,
5. die Leitung der Wahl, die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses,
6. die Leitung der Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters.

(4) Die Wahlkommission wird von der oder dem Vorsitzenden einberufen. Beschlüsse der Wahlkommission werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die Wahlkommission ist bei Anwesenheit der oder des Vorsitzenden und zweier Mitglieder (Ersatzmitglieder) beschlussfähig.

(5) Die Tätigkeit der Wahlkommission endet im Zeitpunkt des ersten Zusammentretens der an ihre Stelle tretenden neubestellten Wahlkommission.

§ 134

Wahlzeuginnen und Wahlzeugen

Jede für die Wahl der Delegierten kandidierende wahlwerbende Gruppe hat das Recht auf Entsendung zweier Wahlzeuginnen oder Wahlzeugen. Diese Wahlzeuginnen und Wahlzeugen sind von den wahlwerbenden Gruppen der oder dem Vorsitzenden der Wahlkommission spätestens am vierten Tag vor der Wahl bekannt zu geben. Die Wahlzeuginnen und Wahlzeugen sind berechtigt, an den Sitzungen der Wahlkommission ohne Stimmrecht teilzunehmen.

§ 135

Wahlliste

(1) Die Wahlkommission hat die Wahlberechtigten in einer Wahlliste zu verzeichnen und diese acht Wochen vor der Wahl fünf Arbeitstage hindurch in den Räumen der Bezirksverwaltungsbehörde des Jagdbezirktes während der Amtsstunden zur Einsicht aufzulegen. Die Auflage der Wahlliste ist durch Anschlag an der Amtstafel der Bezirksverwaltungsbehörde kundzumachen. In den Medien des Burgenländischen Landesjagdverbandes ist auf die Auflage hinzuweisen.

(2) Gegen die Wahlliste kann jedes Verbandsmitglied spätestens fünf Arbeitstage nach Ende der Auflagefrist wegen der Aufnahme vermeintlich nicht Wahlberechtigter oder der Nichtaufnahme vermeintlich Wahlberechtigter schriftlich Einwendungen erheben. Jede Einwendung darf sich nur auf eine einzelne Person beziehen, ist zu begründen und bei der Bezirksverwaltungsbehörde des Jagdbezirktes, in dem die Wahlliste aufgelegt wurde, einzubringen. Verspätet eingebrachte Einwendungen haben unberücksichtigt zu bleiben.

(3) Über Einwendungen hat die Wahlkommission binnen fünf Arbeitstage endgültig zu entscheiden. Die Entscheidung ist durch Anschlag an der Amtstafel der Bezirksverwaltungsbehörde drei Tage hindurch kundzumachen.

(4) Ist ein Mitglied in einem Jagdbezirk nur deshalb wahlberechtigt, weil es in einem Jagdbezirk das Jagdausübungsrecht besitzt oder den Jagdschutz ausübt, so darf es in die Wahlliste dieses Jagdbezirktes nur dann eingetragen werden, wenn es spätestens neun Wochen vor der Wahl sowohl gegenüber der Bezirksverwaltungsbehörde, die die Jagdkarte ausgestellt hat, als auch gegenüber der Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Bereich es jagdausübungsberechtigt ist oder den Jagdschutz ausübt, die Erklärung abgibt, dass es in jenem Jagdbezirk die Wahl ausüben will, in dem es jagdausübungsberechtigt ist oder den Jagdschutz ausübt.

(5) Die Bezirksverwaltungsbehörden haben den Wahlkommissionen die für die Anlegung der Wahlliste erforderlichen Daten bekannt zu geben.

(6) Gegen Ersatz der Kosten hat die Leiterin oder der Leiter der Wahlkommission auf Verlangen jeder wahlberechtigten Person eine Ausfertigung der rechtskräftigen Wahlliste auszufolgen.

§ 136

Wahlausschreibung

Die Ausschreibung hat zu enthalten:

1. den Stichtag, das ist der Tag der Ausschreibung der Wahl;
2. den Wahltag, der auf einen Samstag, Sonntag oder anderen öffentlichen Ruhetag festzusetzen ist;
3. die Zahl der dem Jagdbezirk zustehenden Delegierten (§ 127 Abs. 2) und die Zahl der für einen Wahlvorschlag erforderlichen Unterschriften;
4. die Anordnung, dass Wahlvorschläge spätestens vier Wochen vor der Wahl bei der Bezirksverwaltungsbehörde (im Jagdbezirk Eisenstadt bei der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung) schriftlich einzubringen sind;
5. die Angabe, dass die zugelassenen Wahlvorschläge an der Amtstafel der Bezirksverwaltungsbehörde (im Jagdbezirk Eisenstadt an der Amtstafel der

Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung) spätestens ab dem siebenten Tag vor dem Wahltag kundgemacht werden.

§ 137

Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge sind spätestens vier Wochen vor der Wahl zu den Amtsstunden bei der Bezirksverwaltungsbehörde (im Jagdbezirk Eisenstadt bei der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung) schriftlich einzubringen. Fällt das Ende dieser Frist auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist der Arbeitstag danach als letzter Tag der Frist anzusehen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat auf dem Wahlvorschlag den Tag und die Uhrzeit des Einlangens zu vermerken. Die Wahlvorschläge müssen die Unterschriften der im Jagdbezirk Wahlberechtigten im Ausmaß von mindestens der doppelten Anzahl der im Jagdbezirk zu wählenden Delegierten aufweisen. Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr Bewerberinnen und Bewerber als die doppelte Anzahl der zu wählenden Delegierten enthalten. Enthält ein Wahlvorschlag mehr Bewerberinnen und Bewerber, so gelten jene, die die doppelte Zahl der zu wählenden Delegierten übersteigen, als nicht angeführt. Von jeder Bewerberin und jedem Bewerber sind im Wahlvorschlag Familien- und Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift anzugeben. Überdies muss der Wahlvorschlag die Zustimmung der Bewerberinnen und Bewerber und die Erklärung, sich nicht auf einem Wahlvorschlag in einem anderen Jagdbezirk als Delegierte oder Delegierter zu bewerben, enthalten. Jeder Wahlvorschlag ist nach dem Familiennamen der oder des an erster Stelle aufscheinenden Bewerberin oder Bewerbers zu benennen. Diese Person gilt als zustellbevollmächtigte Person.

(2) Die Wahlkommission hat jeden Wahlvorschlag sofort nach seinem Einlangen hinsichtlich der Wählbarkeit der Bewerberinnen und Bewerber und des Wahlrechts der unterzeichnenden Personen zu überprüfen und die Zustellbevollmächtigten zur Beseitigung etwaiger Mängel binnen dreier Tage aufzufordern. Wahlwerberinnen und Wahlwerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen enthalten sind, oder Wahlberechtigte, die mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet haben, sind von der Wahlkommission zur Erklärung aufzufordern, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden. Unterbleibt eine solche Erklärung, wird der Name in allen Wahlvorschlägen gestrichen.

(3) Die Wahlkommission hat über die Zulassung der Wahlvorschläge binnen fünf Arbeitstagen nach Ablauf der im Abs. 1 oder 2 festgesetzten Frist zu entscheiden. Die zugelassenen Wahlvorschläge sind an der Amtstafel der Bezirksverwaltungsbehörde (im Jagdbezirk Eisenstadt an der Amtstafel der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung) spätestens ab dem siebenten Tag vor dem Wahltag kundzumachen. Wahlvorschläge können bis zur Zulassung zurückgezogen werden.

(4) Beschlüsse der Wahlkommission über die Nichtzulassung eines Wahlvorschlages können nur im Wege der Anfechtung der gesamten Wahl angefochten werden.

§ 138

Abstimmungsverfahren

(1) Die Wahl hat im jeweiligen Jagdbezirk stattzufinden. Wahlort und Wahlzeit bestimmt die Wahlkommission. Die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister hat bei der Einberufung des Bezirksjagdtages, an dem die Delegiertenwahl stattfindet, die Wahlvorschläge sowie Wahlort und Wahlzeit mitzuteilen. Die Wahl hat mittels Stimmzettel zu erfolgen. Diese hat die Wahlkommission vorzubereiten.

(2) Der Raum, in dem die Wahl stattfindet, muss hierfür geeignet und mit den erforderlichen Einrichtungsgegenständen versehen sein. Hierzu gehören insbesondere ein Tisch für die Wahlbehörde, eine Wahlurne und zumindest eine Wahlzelle.

(3) Die oder der Vorsitzende der Wahlkommission hat dafür Sorge zu tragen, dass bei der Wahlhandlung die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird und die jagdgesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Ihren oder seinen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

(4) Die oder der Vorsitzende der Wahlkommission eröffnet zur festgesetzten Stunde die Wahlhandlung und übergibt der Wahlkommission die Wahlliste, das Abstimmungsverzeichnis, die leeren Wahlkuverts und die Stimmzettel.

(5) Unmittelbar vor Beginn der Stimmenabgabe hat sich die Wahlkommission zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist.

(6) Zuerst haben die wahlberechtigten Mitglieder der Wahlkommission und die Wahlzeuginnen und Wahlzeugen ihre Stimme abzugeben. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben. Jeder wahlberechtigten Person steht nur eine Stimme zu.

(7) Die Wählerin oder der Wähler hat vor der Wahlkommission ihren oder seinen Namen zu nennen und, sofern diese Person der Wahlkommission nicht bekannt ist, durch Vorweis ihrer oder seiner Jagdkarte oder eines Lichtbildausweises ihre oder seine Identität nachzuweisen.

§ 139

Wahlkuverts und Stimmzettel

(1) Die Wahlkuverts haben aus undurchsichtigem Papier zu bestehen und haben einheitliche Größe, Form und Farbe aufzuweisen.

(2) Die Wahl hat mit Stimmzettel zu erfolgen. Die Stimmzettel hat die Wahlkommission vorzubereiten. Die Stimmzettel haben die wahlwerbenden Gruppen in der Reihenfolge, in der die Wahlvorschläge bei der Bezirksverwaltungsbehörde eingelangt sind, und Rubriken mit einem Kreis zu enthalten. Die Größe der Stimmzettel hat ungefähr 14 bis 16 cm in der Breite und 21 bis 23 cm in der Länge oder nach Notwendigkeit ein Vielfaches davon zu betragen. Für die einzelnen Bezeichnungen der wahlwerbenden Gruppen sind die gleiche Größe der Rechtecke und der Buchstaben zu verwenden. Zur Stimmenabgabe darf nur der von der Wahlkommission übergebene Stimmzettel verwendet werden. Gibt es nur eine wahlwerbende Gruppe, so ist diese am Stimmzettel zu bezeichnen und darunter die Worte „Ja“ oder „Nein“ zu setzen.

(3) Der Stimmzettel ist gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welche wahlwerbende Gruppe die Wählerin oder der Wähler wählen wollte oder ob im Falle, dass nur eine wahlwerbende Gruppe angetreten ist, dieser Gruppe mit „Ja“ zugestimmt wurde. Dies ist der Fall, wenn die Wählerin oder der Wähler in einem der neben jeder Bezeichnung der wahlwerbenden Gruppe vorgedruckten Kreise ein liegendes Kreuz oder ein anderes Zeichen mit Tinte, Farbstift oder Bleistift anbringt. Der Stimmzettel ist auch dann gültig ausgefüllt, wenn die Wahl der wahlwerbenden Gruppe auf andere Weise wie zB durch Anhaken, Unterstreichen oder sonstige Kennzeichnung einer wahlwerbenden Gruppe eindeutig zu erkennen ist.

(4) Der Stimmzettel ist ungültig ausgefüllt, wenn

1. er durch Abreißen eines Teiles derart beeinträchtigt ist, dass nicht mehr eindeutig hervorgeht, welche wahlwerbende Gruppe die Wählerin oder der Wähler wählen wollte oder
2. keine wahlwerbende Gruppe angezeichnet und auch kein Name einer Wahlwerberin oder eines Wahlwerbers beigefügt ist oder
3. zwei oder mehrere wahlwerbende Gruppen angezeichnet wurden oder
4. aus dem von der Wählerin oder dem Wähler angebrachten Zeichen oder der sonstigen Kennzeichnung nicht eindeutig hervorgeht, welche wahlwerbende Gruppe sie oder er wählen wollte.

§ 140

Verkündung des Wahlergebnisses

(1) Wenn die für die Wahlhandlung festgesetzte Zeit abgelaufen ist, hat die oder der Vorsitzende die Abstimmung für beendet zu erklären. Die Anzahl der auf die einzelnen wahlwerbenden Gruppen entfallenden Delegierten sind sodann mittels der Wahlzahl, die auf zwei Dezimalstellen zu berechnen ist, zu ermitteln.

Die Wahlzahl wird wie folgt berechnet:

1. die Zahlen der für jede wahlwerbende Gruppe abgegebenen gültigen Stimmen werden nach ihrer Größe geordnet nebeneinandergeschrieben; unter jede dieser Zahlen wird die Hälfte, unter diese ihr Drittel, Viertel und nach Bedarf auch ihr Fünftel usw. geschrieben. Als Wahlzahl gilt, wenn drei Delegierte zu wählen sind, die drittgrößte, bei vier Delegierten die viertgrößte usw. der angeschriebenen Zahlen;
2. jeder wahlwerbenden Gruppe werden so viele Delegierte zugeschrieben, als die Wahlzahl in der Zahl der für sie abgegebenen gültigen Stimmen enthalten ist;
3. haben nach dieser Berechnung mehrere wahlwerbende Gruppen den gleichen Anspruch auf eine Delegiertenstelle, so entscheidet das Los.

(2) Die auf die wahlwerbende Gruppe entfallenden Delegiertenstellen sind den im Wahlvorschlag angegebenen Bewerberinnen und Bewerbern nach der Reihenfolge ihrer Nennung zuzuteilen. Die übrigen im Wahlvorschlag verzeichneten Personen gelten als Ersatzpersonen, die bei Ausfall oder Verhinderung einer oder eines Delegierten der Reihe nach an deren oder dessen Stelle rücken.

(3) Erscheint eine Wahlwerberin oder ein Wahlwerber, die oder der in mehreren Wahlvorschlägen genannt ist, als mehrfach gewählt, so hat diese Person über Aufforderung der Wahlkommission sofort zu erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheidet. Nach Abgabe ihrer Erklärung ist sie auf den anderen Listen zu streichen. Gibt die Wahlwerberin oder der Wahlwerber keine Erklärung ab, so ist diese Person auf sämtlichen Listen zu streichen.

(4) Ist nur eine wahlwerbende Gruppe zur Wahl angetreten und hat die Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel auf „Ja“ gelautet, so ist gemäß Abs. 2 vorzugehen. Hat die Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel auf „Nein“ gelautet, so ist innerhalb von zwei Monaten ein neuerlicher Bezirksjagdtag für die Wahl der Delegierten einzuberufen.

(5) Die oder der Vorsitzende der Wahlkommission hat das Wahlergebnis mündlich zu verkünden.

(6) Über den Wahlvorgang ist von der Wahlkommission eine Niederschrift aufzunehmen. Diese hat

1. die Namen der Mitglieder der Wahlkommission,
2. den Beginn und das Ende der Wahlhandlung,
3. die Beschlüsse der Wahlkommission während des Wahlvorganges,
4. die Zahl der Abstimmenden,
5. die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmen,
6. die Zahl der auf die einzelnen wahlwerbenden Gruppen entfallenden Stimmen,
7. die Zahl der auf die einzelnen wahlwerbenden Gruppen entfallenden Delegierten und
8. die Namen der gewählten Delegierten

zu enthalten. Diese Niederschrift ist von den Mitgliedern der Wahlkommission zu unterfertigen.

§ 141

Anfechtung der Wahl der Delegierten

(1) Das Wahlergebnis kann von allen im Jagdbezirk wahlberechtigten Mitgliedern des Burgenländischen Landesjagdverbandes und von jeder wahlwerbenden Gruppe, die sich an der Wahl beteiligt hat, sowohl wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung des Wahlergebnisses, als auch wegen angeblich gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren, die auf das Wahlergebnis von Einfluss waren, angefochten werden.

(2) Die Anfechtung der Wahl ist innerhalb von acht Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses (§ 140 Abs. 5) schriftlich bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde (im Jagdbezirk Eisenstadt bei der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung) einzubringen und binnen fünf Tagen samt den dazugehörigen Wahlakten der Landesregierung vorzulegen, die entscheidet.

(3) Im Verfahren sind die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 161/2013, anzuwenden.

(4) Auf Grund der Anfechtung ist die Wahl soweit für ungültig zu erklären, als Unrichtigkeiten der Ermittlung festgestellt oder Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt wurden und durch diese Rechtswidrigkeit das Wahlergebnis beeinflusst werden konnte.

§ 142

Delegiertenausweis

Wurde das Wahlergebnis nicht angefochten oder über eine Beschwerde rechtskräftig entschieden, so ist allen gewählten Delegierten und Ersatzpersonen ein vom Vorsitz der Wahlkommission unterfertigter Ausweis auszuhändigen, der zur Stimmabgabe am Landesjagdtag berechtigt. Die Landesregierung hat im Verordnungsweg ein Muster festzulegen.

§ 143

Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Stellvertretung

(1) Die Delegierten haben nach Verkündung ihrer Wahl unter Leitung der Wahlkommission am Bezirksjagdtag in geheimer Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte die Bezirksjägermeisterin oder den Bezirksjägermeister und deren oder dessen Stellvertretung zu wählen. Kommt bei der ersten Abstimmung keine Stimmenmehrheit zustande, ist eine Stichwahl durchzuführen. Bei dieser haben sich die Delegierten auf die beiden Personen zu beschränken, die bei der ersten Abstimmung die relativ meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit steht die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister jenem Wahlvorschlag zu, der bei der Wahl die größte Stimmenanzahl erhalten hat. Wenn auch hier Stimmgleichheit gegeben ist, entscheidet das Los.

(2) Muss der Bezirksjagdtag zu einer neuerlichen Wahl gemäß § 140 Abs. 4 zusammentreten, so erfolgt die Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters erst nach der Wahl der neuen Delegierten.

(3) Die Vorsitzende oder der Vorsitzende der Wahlkommission hat das Wahlergebnis mündlich zu verkünden. Über die Durchführung der Wahl ist eine Niederschrift aufzunehmen.

§ 144

Anfechtung der Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Stellvertretung

(1) Das Wahlergebnis kann von allen Delegierten sowohl wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung des Wahlergebnisses, als auch wegen angeblich gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren, die auf das Wahlergebnis von Einfluss waren, angefochten werden.

(2) Die Anfechtung der Wahl ist innerhalb von acht Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses (§ 143 Abs. 3) schriftlich bei der Bezirksverwaltungsbehörde (im Jagdbezirk Eisenstadt bei der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung) einzubringen und binnen fünf Tagen samt den dazugehörigen Wahlakten der Landesregierung vorzulegen, die entscheidet. § 141 Abs. 3 und 4 sind anzuwenden.

§ 145

Nähere Bestimmungen über die Wahlen

Konkretisierende Bestimmungen über die Durchführung der Wahlen können durch Verordnung der Landesregierung erlassen werden.

3. Abschnitt

Wahl der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes auf Landesebene

§ 146

Wahlrecht und Wählbarkeit

(1) Wahlberechtigt zur Vornahme der in § 121 Abs. 2 angeführten Wahlen sind die in den Landesjagdtag entsendeten Delegierten.

(2) Wählbar bei den gemäß § 121 Abs. 2 vorzunehmenden Wahlen sind alle gemäß § 131 Abs. 2 wählbaren Verbandsmitglieder, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, gleichgültig welchem Bezirksjagdtag sie angehören.

(3) Die Verbandsanwältin oder der Verbandsanwalt und deren oder dessen Vertretung müssen rechtskundig sein.

§ 147

Wahlkommission

Zur Durchführung und Leitung der Wahlen, zur Entscheidung über das Wahlrecht und die Wählbarkeit sowie zur Feststellung des Wahlergebnisses ist eine Wahlkommission zu bestellen. Diese besteht aus dem Vorstand oder der Stellvertretung der für das Jagdwesen zuständigen Abteilung des Amtes der Landesregierung als Vorsitzende oder Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern, die vom Vorsitz auf Vorschlag des Vorstandes des Burgenländischen Landesjagdverbandes zu bestellen sind. Die Bestimmungen der § 133 Abs. 4 und 5 sowie § 134 gelten sinngemäß.

§ 148

Wahlausschreibung

Die Wahl ist vom Vorstand des Burgenländischen Landesjagdverbandes nach Anhörung der zuständigen Wahlkommission unter Bekanntgabe des Wahltages, der Uhrzeit und des Wahlortes gemäß den Bestimmungen des § 121 Abs. 4 auszuschreiben.

§ 149

Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge sind bei der Wahlkommission gemäß § 147 abzugeben. Für jeden Wahlgang ist je ein gesonderter Wahlvorschlag zu erstatten, und zwar für die Wahl

1. der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters,

2. der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters,
3. eines Mitgliedes und zwei Ersatzmitgliedern des Vorstandes,
4. von drei Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Finanzkontrollausschusses,
5. der Verbandsanwältin oder des Verbandsanwaltes und der zwei Ersatzmitglieder.

(2) 20 Delegierte können für alle oder für einzelne der in Abs. 1 genannten Organe eigene Wahlvorschläge erstatten.

(3) Die Wahlvorschläge nach Abs. 1 und 2 sind spätestens vier Wochen vor der Wahl bei der Wahlkommission gemäß § 147 schriftlich einzubringen. Fällt das Ende dieser Frist auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist der Arbeitstag danach als letzter Tag der Frist anzusehen. Nicht rechtzeitig eingebrachte Wahlvorschläge sind von der Wahlkommission als nicht zulässig zu bezeichnen. Zulässige Wahlvorschläge sind an der Amtstafel des Amtes der Landesregierung spätestens ab dem dritten Tag vor dem Wahltag kundzumachen. Hierbei sind überzählige Bewerberinnen und Bewerber für Organe gemäß Abs. 1 Z 3 bis 5 zu streichen.

§ 150

Abstimmungsverfahren

(1) Wurden von der Wahlkommission mehrere Wahlvorschläge zugelassen, sind die Organe, für die mehrere Wahlvorschläge erstattet wurden, anlässlich eines Landesjagdtages (§ 121 Abs. 1) in geheimer Wahl zu wählen.

(2) Wurden für alle Organe gemäß § 149 Abs. 1 getrennte Wahlvorschläge (Gesamtwahlvorschläge) erstattet, so ist über sie in einem Wahlgang abzustimmen. Als gewählt gelten die Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlages, für den die absolute Mehrheit der Delegiertenstimmen abgegeben wurde. Wird in diesem Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht erreicht, wird im folgenden Wahlgang nur über die zwei Wahlvorschläge abgestimmt, auf die die meisten Stimmen entfielen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(3) Wurden nur für einzelne Organe gemäß § 149 Abs. 1 getrennte Wahlvorschläge (Teilwahlvorschläge) erstattet, so ist zuerst über die Gesamtwahlvorschläge und anschließend über jene Organe des siegreichen Gesamtwahlvorschlages, für die Teilwahlvorschläge zugelassen wurden, abzustimmen.

(4) Wurde für alle Organe nur ein Wahlvorschlag abgegeben oder von der Wahlkommission nur ein Wahlvorschlag zugelassen, so gilt dieser Wahlvorschlag als angenommen, wenn er in einem Abstimmungsverfahren die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erlangt.

(5) Bei den Abstimmungen sind die von der Wahlkommission vorbereiteten Stimmzettel zu verwenden.

(6) Die Stimmzettel haben im Fall getrennter Wahlvorschläge

1. für alle Organe (Gesamtwahlvorschläge) die wahlwerbenden Gruppen,

2. für einzelne Organe (Teilwahlvorschläge) die Namen der Bewerberinnen und Bewerber

zu enthalten. Im Falle nur eines Wahlvorschlages hat der Stimmzettel neben dem Wahlvorschlag die Worte „Ja“ oder „Nein“ zu enthalten.

(7) Ein Stimmzettel ist gültig, wenn aus ihm eindeutig hervorgeht, dass der zur Abstimmung gebrachte Wahlvorschlag entweder die Zustimmung oder die Ablehnung der oder des Delegierten gefunden hat.

(8) Über die Wahl ist eine Niederschrift unter sinngemäßer Anwendung des § 140 Abs. 6 aufzunehmen.

§ 151

Verkündung des Wahlergebnisses

Das Wahlergebnis ist vom Vorsitz der Wahlkommission mündlich zu verkünden.

§ 152

Anfechtung der Wahlen

(1) Das Wahlergebnis kann von allen Delegierten sowohl wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung des Wahlergebnisses, als auch wegen angeblich gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren, die auf das Wahlergebnis von Einfluss waren, angefochten werden.

(2) Die Anfechtung der Wahl ist innerhalb von acht Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses (§ 151) schriftlich beim Amt der Landesregierung einzubringen; darüber entscheidet die Landesregierung.

§ 153

Verlautbarung des Wahlergebnisses

Wurde das Wahlergebnis nicht angefochten oder über etwa erhobene Beschwerden rechtskräftig entschieden, so hat die Landesjägermeisterin oder der Landesjägermeister das Wahlergebnis im Landesamtsblatt für das Burgenland zu verlautbaren.

§ 154

Angelobung der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters und der Stellvertretung

Die Landesjägermeisterin oder der Landesjägermeister und die Stellvertretung sind nach rechtskräftiger Wahl durch den Landeshauptmann, im Verhinderungsfall durch das für das Jagdwesen zuständige Mitglied der Landesregierung auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

§ 155

Nähere Bestimmungen über die Wahlen

Konkretisierende Bestimmungen über die Durchführung der Wahlen können durch Verordnung der Landesregierung erlassen werden.

XII. Hauptstück

Behörden, Jagdkataster und Jagdstatistik

§ 156

Jagdbeiräte

(1) Zur fachlichen Beratung der Verwaltungsbehörden in Angelegenheiten der Jagd sind Jagdbeiräte zu bestellen.

(2) Die bei jeder Bezirksverwaltungsbehörde zu bestellenden Jagdbeiräte (Bezirksjagdbeiräte) setzen sich aus der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister (Stellvertretung), einem oder einer Bediensteten des Forstfachdienstes und vier Mitgliedern und ebenso vielen Ersatzmitgliedern zusammen. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden auf die Dauer der Jagdperiode von der Bezirkshauptfrau oder dem Bezirkshauptmann (in Städten mit eigenem Statut von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister) berufen, wobei hinsichtlich zweier Mitglieder und deren Ersatzmitglieder die Burgenländische Landwirtschaftskammer, hinsichtlich der übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Burgenländische Landesjagdverband ein Vorschlagsrecht hat. Die Einberufung des Bezirksjagdbeirates erfolgt durch die Bezirkshauptfrau oder den Bezirkshauptmann (in Städten mit eigenem Statut durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister).

(3) Der beim Amt der Landesregierung zu bestellende Jagdbeirat (Landesjagdbeirat) besteht aus vier Mitgliedern und ebenso vielen Ersatzmitgliedern, die von der Landesregierung bestellt werden. Je zwei Mitglieder werden auf Vorschlag des Burgenländischen Landesjagdverbandes und der Burgenländischen Landwirtschaftskammer durch die Landesregierung auf die Dauer der Jagdperiode berufen. Die Einberufung des Landesjagdbeirates erfolgt durch das für das Jagdwesen zuständige Mitglied der Landesregierung bzw. dessen Beauftragten.

(4) Die Jagdbeiräte sind in allen wichtigen Fragen, die Angelegenheiten der Jagd berühren, zu hören. Sie sind von behördlichen Verfügungen, die wegen Gefahr im Verzug ohne Anhörung des Jagdbeirates getroffen wurden und denen in jagdlicher Hinsicht größere Bedeutung zukommt, ehestens zu verständigen. Außerdem obliegt ihnen die Unterstützung der Behörde in ihrer Aufsichtstätigkeit. Stellungnahmen und Äußerungen bei den Sitzungen bedürfen der Stimmenmehrheit.

(5) Die Mitglieder der Jagdbeiräte und deren Ersatzmitglieder sind verpflichtet, bei Erfüllung ihrer Aufgaben mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit vorzugehen und über die in Ausübung ihrer Funktion zu ihrer Kenntnis gelangenden Tatsachen Stillschweigen zu bewahren.

§ 157

Behörde

Soweit der Geltungsbereich dieses Gesetzes betroffen ist, ist zuständige Behörde für Maßnahmen nach der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014 S. 35, die Landesregierung. Die Landesregierung kann mit Verordnung einzelne Aufgaben an die Bezirksverwaltungsbehörden delegieren, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Sparsamkeit gelegen ist.

§ 158

Jagdkataster und Jagdstatistik

Die Bezirksverwaltungsbehörden haben einen Jagdkataster über sämtliche Eigen- und Genossenschaftsjagdgebiete zu führen und alljährlich jagdstatistische Daten zusammenzustellen, die die Jagdausübungsberechtigten beizubringen haben. Der Jagdkataster ist getrennt für Genossenschafts- und Eigenjagdgebiete anzulegen und hat für jedes Jagdgebiet insbesondere das Flächenausmaß, die Pächterinnen und Pächter, die Höhe des Pachtbetrages, die Dauer der Pachtzeit, die Daten des Bescheides über die Genehmigung bzw. die Kenntnissnahme der Verpachtung, die Jagdschutzorgane und bei Eigenjagdgebieten überdies die Jagdausübungsberechtigte oder den Jagdausübungsberechtigten zu enthalten. Jagdstatistische Daten sind über den Wildstand, den festgesetzten und tatsächlichen Abschuss, die Jagdkarten, die Jagdprüfungen und den Wildschaden zusammenzustellen. Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung des Jagdkatasters und über die Zusammenstellung jagdstatistischer Daten sowie die Übermittlung von Abschusslisten gemäß § 85 Abs. 4 und Jagderlaubnisscheine gemäß § 66 durch die Jagdausübungsberechtigten hat die Landesregierung durch Verordnung zu treffen.

XIII. Hauptstück

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinden

§ 159

Anwendungsbereich

Die Ausübung des Eigenjagdrechtes und die Pachtung von Jagdeinschlüssen (§ 34 Abs. 3) durch die Gemeinde erfolgt im eigenen Wirkungsbereich.

XIV. Hauptstück

Übertretungen und Strafen

§ 160

Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften

(1) Die Genossenschaftsjagdverwalterinnen und Genossenschaftsjagdverwalter (§ 44) und die Jagdschutzorgane (§ 71) sind verpflichtet, die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu überwachen und wahrgenommene Übertretungen der Bezirksverwaltungsbehörde zur Kenntnis zu bringen.

(2) Die gleiche Verpflichtung obliegt insbesondere auch den Organen der Lebensmittelaufsicht hinsichtlich des im § 81 Abs. 2 angeführten Verbotes.

§ 161

Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes

(1) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben bei der Vollziehung der § 60 Abs. 1 und 3, § 66 Abs. 1, § 67 Abs. 1, § 93 Abs. 1, § 95 Abs. 1 Z 1 bis 6, 8, 11 bis 13, §§ 97, 100 Abs. 1 und 2 sowie § 101 Abs. 1 und 2 mitzuwirken durch

1. Vorbeugungsmaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen,
2. Maßnahmen, die für die Einleitung oder Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind, und
3. Anwendung körperlichen Zwanges, soweit er gesetzlich vorgesehen ist.

(2) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben den Jagdschutzorganen über deren Ersuchen zur Sicherung der Ausübung der Befugnisse gemäß den §§ 70 ff im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten.

§ 162

Strafbestimmungen

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe von 360 Euro bis 3 600 Euro, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe von vier Tagen bis sechs Wochen zu bestrafen, wer

1. entgegen der Bestimmung des § 10 Abs. 3 ein umfriedetes Eigenjagdgebiet errichtet;
2. die Jagd ausübt, ohne im Besitz einer Jagdkarte zu sein (§ 60 Abs. 1);
3. als Jagdausübungsberechtigte oder Jagdausübungsberechtigter (§ 60 Abs. 3) Personen, die keine gültige Jagdkarte (Jagdgestkarte) besitzen, die Ausübung der Jagd gestattet;
4. die Beizjagd ohne Berechtigung ausübt (§ 67 Abs. 1);
5. als Jagdschutzorgan Dienst versieht, ohne im Besitz einer gültigen Jagdkarte zu sein (§ 73 Abs. 7), das Dienstabzeichen nicht sichtbar trägt oder sich über Verlangen nicht ausweist (§ 73 Abs. 5);
6. als Jagdschutzorgan seine Befugnisse nach §§ 76 und 77 überschreitet;
7. gegen die Vorschriften der §§ 78 bis 80 oder der auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Verordnungen oder Bescheide verstößt oder solche Verstöße ermöglicht;
8. als Jagdausübungsberechtigte oder Jagdausübungsberechtigter eine Wildart in ihrem Bestande gefährdet (§ 87);
9. die Wildfolge auf fremdes Jagdgebiet ausdehnt (§ 91 Abs. 1), obwohl ihm die Grenzen des Jagdgebietes bekannt sein mussten;
10. eine im Abschussplan nicht genehmigte, abschussplanpflichtige Wildart erlegt;
11. gegen die Bestimmungen über das Fangen von Wild (§ 93) verstößt;
12. gegen ein Verbot sachlicher Art gemäß § 95 Abs. 1 Z 1, 6, 7, 10 und 14 verstößt;
13. ein Jagdgebiet unbefugt mit einem Gewehr, mit Fallen oder anderen Geräten, die zum Fangen oder Töten von Wild gewöhnlich verwendet werden, durchstreift (§ 100 Abs. 1 und 2) oder sich weigert, die Waffen und Geräte den Jagdschutzorganen oder den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes abzugeben.

(2) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe von 36 Euro bis 1 800 Euro, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe von 24 Stunden bis zu vier Wochen zu bestrafen, wer

1. gegen die Bestimmungen der §§ 10 Abs. 4 bis 7 verstößt;
2. Wildgehege ohne Bewilligung führt oder ohne Anzeige gemäß § 10 Abs. 2 errichtet oder sie bei Widerruf nicht oder nicht in vorgeschriebener Frist auflässt (§ 11 Abs. 1);
3. bei Entfernung der Einfriedungen von Wildgehegen oder umfriedeten Eigenjagdgebieten nicht verhindert, dass dort gehaltene, landfremde oder in benachbarten Jagdgebieten nicht vorkommende Wildarten in die freie Wildbahn gelangen (§ 11 Abs. 2);
4. gegen die Bestimmungen des § 11 Abs. 6 Z 1 bis 4 verstößt;
5. die Jagd auf Flächen ausübt, auf denen die Jagd ruht (§ 20);
6. ohne Zustimmung des Jagdausschusses oder trotz Untersagung durch die Bezirksverwaltungsbehörde ein Genossenschaftsjagdgebiet unter- oder weiterverpachtet;
7. bei Ausübung der Jagd eine gültige Jagdkarte nicht mit sich führt oder dem Jagdschutzorgan oder den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes auf deren Verlangen nicht vorweist (§ 60 Abs. 1);
8. als Jagdausübungsberechtigte oder Jagdausübungsberechtigter einer Person das Jagen gestattet, die eine Jagdkarte nicht mit sich führt (§ 60 Abs. 3) oder eine Jagdgastkarte entgegen dem § 62 ausfolgt;
9. entgegen der Bestimmung des § 66 ohne Jagderlaubnisschein jagt oder als Jagdausübungsberechtigte oder Jagdausübungsberechtigter das Jagen ohne Jagderlaubnisschein gestattet;
10. als gemäß § 71 Abs. 2 Verpflichtete oder Verpflichteter trotz behördlicher Aufforderung nicht Vorsorge für einen ausreichenden Jagdschutz trifft (§ 71 Abs. 2 und 5);
11. ganzjährig geschonte Tiere entgegen den Bestimmungen des § 81 Abs. 1 und 2 erwirbt, hält, zum Verkauf anbietet, entgeltlich oder unentgeltlich in Verkehr bringt oder versendet, oder wer Teile solcher Tiere verkauft, zum Verkauf bereithält oder sonst in Verkehr bringt oder deren Herkunft gemäß § 81 Abs. 4 nicht nachweist;
12. als Tierpräparatorin oder Tierpräparator die Einschau in seinen Betriebsräumen gemäß § 81 Abs. 4 verweigert;

13. die im Abschussplan (§ 82 Abs. 1) festgesetzte Abschusszahl überschreitet;
14. den bewilligten oder verfügten Abschussplan oder den Abschussplan gemäß § 82 Abs. 4 ohne triftigen Grund in Zahl und Gliederung nicht einhält (§ 84 Abs. 1);
15. gegen die Bestimmungen über die Wildfütterung als Jagdausübungsberechtigte oder Jagdausübungsberechtigter verstößt (§ 88);
16. in anderer Weise als gemäß Abs. 1 Z 9 gegen die Bestimmungen über die Wildfolge (§ 91) verstößt;
17. das Auftreten einer Wildkrankheit nicht meldet (§ 94);
18. gegen ein Verbot sachlicher Art gemäß § 95 Abs. 1 Z 2 bis 5, 8 und 9, 11 bis 13, 15 und 16 verstößt oder die örtlichen Beschränkungen bei der Ausübung der Jagd (§ 97) nicht beachtet;
19. im Rahmen des Geltungsbereiches dieses Gesetzes den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014 S. 35, oder den auf Grund dieser Verordnung erlassener Maßnahmen zuwiderhandelt.

(3) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe bis 1 100 Euro, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen zu bestrafen, wer

1. einer in diesem Gesetz verfügten Anzeige- oder Meldepflicht nicht oder nicht fristgerecht nachkommt;
2. verpflichtet ist, Listen oder sonstige Unterlagen zu führen oder der Behörde vorzulegen, diese Unterlagen nicht oder nicht ordnungsgemäß führt oder der Behörde nicht oder nicht ordnungsgemäß oder nicht fristgerecht vorlegt;
3. bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 59 eine Jagdverwalterin oder einen Jagdverwalter nicht oder nicht fristgerecht bestellt oder das Eigenjagdgebiet nicht oder nicht fristgerecht verpachtet;
4. sich als nach § 60 Abs. 4 Verpflichtete oder Verpflichteter nicht innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Jagdjahres eine Jagdkarte löst;
5. Eier von Federwild zu anderen als in § 81 Abs. 5 angeführten Zwecken in Verkehr setzt oder die Vorschriften des § 81 Abs. 6 und der auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verordnungen nicht einhält;
6. bei Anordnung der Bezirksverwaltungsbehörde Trophäen vom Schalenwild nicht oder nicht in der im § 86 Abs. 3 und 4 vorgeschriebenen Weise vorlegt;
7. eine Jagdeinrichtung ohne Zustimmung der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers (§ 89 Abs. 1) oder Einsprünge (§ 89 Abs. 3) errichtet;
8. einen Jagdnotweg benützt, ohne die Schusswaffe ungeladen (gebrochen), Hunde an der Leine und Beizvögel gesichert mitzuführen (§ 90);
9. als Jagdausübungsberechtigte oder Jagdausübungsberechtigter zu wenige oder nicht geeignete Jagdhunde hält (§ 92);
10. Wildschutzgebiete entgegen den Bestimmungen des § 96 Abs. 2 betritt oder befährt;
11. für die Dauer einer Riegel- oder Drückjagd ein bejagtes Gebiet unbefugt betritt oder dieses über Aufforderung nicht unverzüglich verlässt (§ 100 Abs. 3);
12. als jagdfremde Person Wild verfolgt oder beunruhigt, insbesondere Hunde und Katzen im Jagdgebiet herumstreifen lässt, Jungwild berührt oder aufnimmt (§ 101 Abs. 1);
13. als jagdfremde Person Wild ankirrt (§ 101 Abs. 6);
14. sonstigen Geboten, Verboten oder Beschränkungen nach diesem Gesetz, einer Verordnung nach diesem Gesetz sowie Auflagen, Bedingungen und Fristen in Bescheiden zuwider handelt.

(4) Der Versuch ist strafbar.

(5) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat den Burgenländischen Landesjagdverband von jeder rechtskräftigen Bestrafung nach diesem Gesetz in Kenntnis zu setzen.

(6) Die Verfolgung wegen Übertretungen der §§ 78 bis 80, 81 Abs. 1 und 2, § 82 Abs. 1, § 84 Abs. 1 und § 87 ist unzulässig, wenn gegen sie binnen einem Jahr von der Behörde keine Verfolgungshandlung vorgenommen worden ist.

§ 163

Verfall von Gegenständen

(1) Bei Übertretungen der §§ 78 oder 81, in Verbindung mit § 162 Abs. 2 Z 14 und 15, §§ 93, 95 Abs. 1 Z 1 bis 3 und 6 sowie § 97 ist im Straferkenntnis der Verfall des Wildes, des Wildbrets, der Trophäe, der Tierteile und dergleichen, auf die sich das strafbare Verhalten bezogen hat, auszusprechen.

(2) Kann das Wildbret nicht mehr für verfallen erklärt werden, ist an seiner Stelle der dem Wildbret entsprechende Marktwert für verfallen zu erklären.

(3) Bei Übertretungen der § 91 Abs. 3 Z 4, § 93 Abs. 1, § 95 Abs. 1 Z 1 bis 3 und 6 sowie § 100 Abs. 2 ist auch auf den Verfall der widerrechtlich mitgeführten, gebrauchten oder verbotenen Waffen und Geräte zu erkennen.

§ 164

Verwertung der als verfallen erklärten Gegenstände

(1) Verfallene Gegenstände, denen wissenschaftliche oder künstlerische Bedeutung zukommt, sind an das Burgenländische Landesmuseum abzugeben. Soweit dieser Zweck abgedeckt ist, können Trophäen auch Lehrzwecken zur Verfügung gestellt werden.

(2) Verfallene erklärte verbotene Schusswaffen sowie solche Gegenstände, die nach ihrer Beschaffenheit nur zur Begehung von strafbaren Handlungen bestimmt sind, sind ebenfalls dem Burgenländischen Landesmuseum zur Verfügung zu stellen und, wenn dieses sie nicht übernimmt, zu vernichten.

§ 165

Sondervorschriften über den Schadenersatz bei Verletzungen des Jagdrechtes

Schadenersatzansprüche, die aus der Verletzung des Jagdrechtes abgeleitet werden, stehen bei unverpachteten Eigenjagden der oder dem Eigenjagdberechtigten, im Falle der Verpachtung der Eigenjagd aber der Pächterin oder dem Pächter zu. Bei Genossenschaftsjagden stehen derartige Schadenersatzansprüche der Pächterin oder dem Pächter, wenn aber die Genossenschaftsjagd durch eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder einen Genossenschaftsjagdverwalter ausgeübt wird, der Jagdgenossenschaft zu. Solche Ersatzansprüche können nur im ordentlichen Rechtsweg geltend gemacht werden.

XV. Hauptstück

Jagdabgabe

§ 166

Abgabenschuldnerin, Abgabenschuldner

(1) Die Ausübung des Jagdrechtes unterliegt der Jagdabgabe.

(2) Die Jagdabgabe ist bei verpachteten Jagden (einschließlich Jagdeinschlüssen) von der Jagdpächterin oder dem Jagdpächter - im Falle der Unterverpachtung gemäß § 52 von der Pächterin oder dem Pächter -, bei nicht verpachteten Eigenjagdgebieten von der oder dem Eigenjagdberechtigten zu entrichten.

(3) Die Jagdabgabe ist jährlich zu entrichten. Sie beträgt bei verpachteten Jagdgebieten 2% des Jagdwertes (§ 167) des laufenden Jagdjahres. Der Jagdwert von nicht verpachteten Jagden ergibt sich aus der Vervielfachung des für den Bereich des Hegeringes ermittelten durchschnittlichen Jahrespachtbetrages pro Hektar, für verpachtete Genossenschaftsjagdgebiete mit der Hektaranzahl der nicht verpachteten Jagd.

(4) Die Jagdabgabe ist vom Burgenländischen Landesjagdverband jährlich zum Fälligkeitstermin vorzuschreiben (§ 124 Abs. 3), frühestens nach Bekanntwerden des Jahresdurchschnittsindex des Vorjahres.

(5) Auf das Verfahren zur Vorschreibung, Einhebung und Einbringung der Jagdabgabe sind die für Landesabgaben geltenden Bestimmungen der Bundesabgabenordnung - BAO, BGBl. Nr. 194/1961, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 77/2016, anzuwenden.

§ 167

Jagdwert

(1) Bei verpachteten Jagden entspricht der Jagdwert dem Jahrespachtbetrag einschließlich des Wertes allenfalls ausbedingener Nebenleistungen. Wurde bei der Verpachtung einer Eigenjagd eine Wildschadenspauschale ausbedungen, so ist der Betrag der Pauschalsumme, der ein Drittel der Jagdpachtsumme übersteigt, dem Jagdwert zuzurechnen.

(2) Nebenleistungen sind alle Geld- und Sachleistungen der Pächterin oder des Pächters an die Verpächterin oder den Verpächter, die nicht die Wildhege oder die Aufrechterhaltung des Jagdschutzes betreffen.

(3) Bei der Regelung des Jagdwertes hat die Umsatzsteuer außer Betracht zu bleiben.

§ 168

Auskunftspflicht

Die zur Leistung der Jagdabgabe Verpflichteten haben, dem Burgenländischen Landesjagdverband auf sein Verlangen alle mit der Bemessung der Jagdabgabe zusammenhängenden Auskünfte zu erteilen.

§ 169

Verwendung der Jagdabgabe

(1) Der Burgenländische Landesjagdverband hat die aus der Jagdabgabe stammenden Mittel

1. zur Erhaltung und Verbesserung des Lebensraumes des Wildes;
2. für Maßnahmen gegen den Straßentod des Wildes;
3. zur Erhaltung eines gesunden Wildstandes (ausgenommen Wildfütterung);
4. für die jagdliche und forstliche Weiterbildung der Jugend und der Jägerinnen und Jäger

zu verwenden.

(2) Die Landesregierung hat durch Verordnung zu regeln, unter welchen Voraussetzungen die Mittel zu den unter Abs. 1 genannten Zwecken verwendet werden dürfen; hiebei ist insbesondere vorzusehen, dass sich die Empfängerin oder der Empfänger von Mitteln an den Kosten für bestimmte Maßnahmen gemäß Abs. 1 zu beteiligen haben.

(3) Der Burgenländische Landesjagdverband hat der Landesregierung über die Verwendung der Mittel jedwede Auskunft zu erteilen und in die Unterlagen Einsicht zu gewähren.

(4) Die bis zum Ende der Jagdperiode nicht verbrauchten Mittel sind dem Land abzuführen.

XVI. Hauptstück

Schlussbestimmungen

§ 170

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 2017 in Kraft.

(2) § 12 Abs. 1 tritt mit 1. Februar 2023 in Kraft. Die im Jänner 2023 durchgeführten Abschüsse sind in den Abschusslisten des Jagdjahres 2022 zu vermerken.

(3) Umfriedeten Eigenjagdgebieten, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bewilligt oder als bestehend zur Kenntnis genommen worden sind, sind mit 1. Februar 2023 aufzulassen. Die Einfriedungen von Flächen sind in dieser Form zu entfernen, dass das Ein- und Auswecheln des Wildes in diese Gebiete jederzeit möglich ist, sofern diese Einfriedungen nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften zulässig sind.

(4) § 105 Abs. 2 tritt mit 1. Jänner 2018 in Kraft.

(5) Hinsichtlich der Wildstandsregulierung in § 82 Abs. 2 und 6 wird die dreijährige Abschussplanung für alle Schalenwildarten außer Schwarzwild für die Jahre 2018 und 2019 auf eine zweijährige Abschussplanung verkürzt.

(6) § 50 Abs.2 tritt mit 1. Jänner 2018 in Kraft.

§ 171

Funktionsperioden, Bescheide, Verfahren

(1) Die mit Inkrafttreten des Gesetzes laufenden Funktionsperioden der Jagdausschüsse und der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

(2) Bescheide nach dem Bgld. Jagdgesetz 2004, LGBl. Nr. 11/2005, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 17/2016, nach dem Bgld. Jagdgesetz 1988, LGBl. Nr. 10/1989, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 94/2002, und Prüfungen nach dem Bgld. Jagdgesetz 1988, nach dem Jagdgesetz, LGBl. Nr. 30/1970, oder nach dem Jagdgesetz, LGBl. Nr. 2/1951, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

(3) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bei den Bezirksschiedskommissionen anhängigen Verfahren sind nach den Bestimmungen des Bgld. Jagdgesetzes 2004, LGBl. Nr. 11/2005, fortzuführen.

(4) Dieses Gesetz ist auf die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens anhängige Verfahren, ausgenommen Verfahren gemäß Abs. 2, anzuwenden.

(5) Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund des Bgld. Jagdgesetzes 2004, LGBl. Nr. 11/2005, ausgegebene und noch nicht gebrauchte Jagdgastkarten können bis 31. Jänner 2018 weiter verwendet werden.

(6) Ab Inkrafttreten dieses Gesetzes bei einem Landesverwaltungsgericht anhängigen Entschädigungsverfahren sind nach den Vorschriften des Bgld. Jagdgesetzes 2004, LGBl. Nr. 11/2005, fortzuführen.

(7) Hasendichte Zäune mit einer Höhe von mindestens 120 cm, die am 1. Mai 2017 bereits bestanden haben, gelten bis 1. Jänner 2023 als Vorkehrungen im Sinne des § 109 Abs. 3.

(8) Auf vor Inkrafttreten dieses Gesetzes laufende Wahlen gemäß Abschnitt 2 des XI. Hauptstückes (Wahl der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes im Jagdbezirk) sind die Bestimmungen des Bgld. Jagdgesetzes 2004, LGBl. Nr. 11/2005, anzuwenden.

Vorblatt

Mit vorliegendem Gesetzesentwurf wird den Entwicklungen der Jagd in den vergangenen Jahren Rechnung getragen. Insbesondere soll durch dieses Gesetz auf die Bedeutung der Jagd für den Natur- und Umweltschutz aber vor allem auch für die Land- und Forstwirtschaft hingewiesen werden. Gerade im Spannungsfeld Jagd- Land- und Forstwirtschaft ist das Miteinander zwischen Jägerschaft und Bewirtschaftern heute wichtiger denn je, um einerseits das Auftreten von größeren Wildschäden durch einen zu hohen Wildstand zu verhindern, andererseits aber auch dem Wild die Möglichkeit zu geben, die notwendige Ruhe und Rückzugsmöglichkeiten zu finden. Daneben soll dieses Gesetz auch im Bereich der Wildstandsregulierung neue Wege vorbereiten, indem beim Rehwild die Abschussplanung nunmehr gemeinsam zwischen Jagdausübungsberechtigtem und dem Verpächter erfolgen soll. Durch diese Beteiligung der Verpächterseite soll bereits bei der Abschussplanung zwischen den beiden eine Interessensabwägung stattfinden. Als wesentliche Änderung zu den bisherigen Regelwerken ist auch anzusehen, dass die Bewirtschafter von durch Wild geschädigten Kulturen ab 1. Februar 2023 einen Selbstbehalt von zehn Prozent des Schadens zu tragen haben.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Gemäß Art 97 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz - B-VG, BGBl. Nr. 1/1930 in der Fassung [BGBl. I Nr. 106/2016](#) muss für die Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes im Sinne des § 161 hiezu die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt werden. Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn die Bundesregierung nicht binnen acht Wochen von dem Tage, an dem der Gesetzesbeschluss beim Bundeskanzleramt eingelangt ist, dem Landeshauptmann mitgeteilt hat, dass die Mitwirkung der Bundesorgane verweigert wird. Vor Ablauf dieser Frist darf die Kundmachung des Gesetzesbeschlusses nur erfolgen, wenn die Bundesregierung ausdrücklich zugestimmt hat.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Mit diesem Gesetz wird der Richtlinie 2009/147/EG, CELEX Nr. 32009L0147, Rechnung getragen. Ebenso dient der Gesetzesentwurf der Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014, S. 35.

Kosten:

Die Umsetzung des Gesetzesentwurfes hat keine nennenswerten finanziellen Auswirkungen.

Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit

Mit diesem Gesetz wird die Wildstandsregulierung den biologischen Gegebenheiten angepasst. Die naturnahe, nachhaltige Jagd auf freilebendes Wild wird noch mehr in den Mittelpunkt gestellt. Der Gesellschaft soll durch dieses Gesetz insbesondere durch die Aufnahme einer Präambel und durch die Zielbestimmungen in § 1 vermittelt werden, dass Jagd nur im Einklang mit der Natur stattfinden kann. Den umwelt- und klimapolitischen Zielen des Landes Burgenland wurde mit diesem Gesetz in entsprechender Form und nachhaltig Rechnung getragen.

Erläuterungen

Allgemeines:

Vorweg wird angeführt, dass das Jagdgesetz zur besseren Lesbarkeit neu gefasst wird, allerdings nicht alle Bestimmungen neu sind, sondern vom bisherigen Jagdgesetz 2004; LGBl. Nr. 11/2005 idF LGBl. Nr. 17/2016, übernommen wurden.

Neu ist, dass dem Gesetz eine Präambel vorangestellt ist, die das Verständnis der Bevölkerung für die Jagd und das Zusammenleben der Jagd mit der Natur und den Wildtieren schärfen soll. Dabei wird auch auf die Sicherung der Wildtierpopulationen eingegangen und festgehalten, dass die langfristige Sicherung der Wildpopulationen durch eine an die Lebensräume angepasste jagdliche Bewirtschaftung ein dem Gemeinwohl dienender Beitrag ist.

Als Ziele des Jagdgesetzes werden nun

- die naturnahe und nachhaltige Jagd und die weidgerechte Weiterentwicklung der Jagd,
- die Erhaltung einer gesunden und stabilen Wildpopulation,
- der Schutz von im Bestand bedrohtem Wild,
- der Anspruch des Wildes auf Ruhezeiten und Rückzugsräume und
- die qualitative Aus- und Weiterbildung

festgelegt.

Die bisherige Form des Jagdgesetzes wurde auch insofern geändert, als nunmehr in § 3 Begriffsbestimmungen, wie zB „Wildbestandsveränderungen in umfriedeten Eigenjagdgebieten“, „wildernde Hunde“, „Kirrungen“ oder die „Notzeit“ definiert werden, um Rechtssicherheit zu schaffen. Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung wird nun auch klargestellt, dass bei Eigenjagdgebieten der Zusammenhang bereits dann gegeben ist, wenn diese an einem Punkt zusammenstoßen. Wird ein Eigenjagdgebiet beispielsweise durch einen Straßenzug getrennt, sieht das Gesetz jetzt vor, dass Fallwild bei mangelnder Vereinbarung auch der oder dem Eigenjagdberechtigten zufällt. War bisher nur eine Verkleinerung von Eigenjagdgebieten während der Jagdperiode möglich, so ist nun auch eine Vergrößerung während der laufenden Periode auf Antrag möglich, wenn der Jagdausschuss und die Pächterin oder der Pächter des betreffenden Genossenschaftsjagdgebietes zustimmen. Die bisherige Genehmigungsform von Schau- oder Zuchtgehegen (Farmwildgehege) wird insofern vereinfacht, als nun bei diesen Gehegen nach dem Jagdgesetz die Errichtung bei der Behörde anzuzeigen ist (diese Gehege unterliegen dem Tierschutzgesetz). Die Behörde kann die Errichtung nur untersagen, wenn jagdliche oder wildökologische Interessen der Errichtung entgegenstehen. Umfriedete Eigenjagdgebiete sind Gehege, die der Wildhege gewidmet sind und vor dem 1. Jänner 2017 bewilligt oder als bestehend zur Kenntnis genommen wurden. Entgegen den bisherigen Bestimmungen wird das Jagdjahr nun dem Kalenderjahr angepasst (Bisher 1. Februar - 31. Jänner) und die Jagdperiode um ein Jahr auf neun Jahre verlängert. Bei den Jagdgebietsfeststellungen (§ 13) im Genossenschaftsjagdgebietenbereich erfolgt nun bei der Feststellung die Einbeziehung des Jagdausschusses. So ist dieser von der Bezirksverwaltungsbehörde zu verständigen und dieser hat sodann der Behörde mitzuteilen, welche Flächen nicht erfasst wurden und welche Flächen nicht bejagbar sind.

Zur Vereinfachung bei den Vorpachtrechten kann nunmehr der Jagdausschuss nicht mehr einen Flächentausch mit einer möglichst gleich großen und möglichst gleichwertigen Grundfläche (dies war in der Natur meist nur schwer feststellbar) geltend machen, sondern es hat ein Geldausgleich zu erfolgen, der entweder dem Pachtbetrag im Genossenschaftsjagdgebiet entspricht oder dem Durchschnitt des Hegeringpachtentgelts. Bei den Sitzungen des Jagdausschusses sollen zukünftig, so wie bei Gemeinderatssitzungen auch, Ladungsmängel heilbar sein, wenn alle Mitglieder zur Sitzung erscheinen.

Im Gegensatz zu bisher soll zukünftig in den Jagdgesellschaften auch eine Jagdleiterstellvertreterin oder ein Jagdleiterstellvertreter aus der Mitte der Jagdgesellschaft bestellt werden, und es müssen Regelungen über das freiwillige Ausscheiden von Mitgliedern aus der Jagdgesellschaft im Gesellschaftsvertrag getroffen werden. Eine bedeutende Änderung betrifft den § 35 Abs. 5, wonach zukünftig auf die ersten 115 ha Jagdfläche höchstens zwei Jagdgesellschaftlerinnen oder Jagdgesellschaftler entfallen können (bisher eine oder einer), sodass auch bei kleinen Jagdgebieten eine Jagdgesellschaft als Pächterin auftreten kann. Bei den Vergabearten wird nun festgehalten, dass es für keine Vergabeart einen Vorzug gibt, wobei es aber einen Grundsatzbeschluss über die Vergabeart zu geben hat. Bei den Versteigerungen soll zukünftig auf eine Genehmigung der Versteigerungsbedingungen verzichtet werden, da diese ohnehin in der Anlage zur Jagdverordnung vorgegeben werden. Andererseits wird im Gesetz die Höhe des Vadiums mit 10% des Ausrufungspreises festgelegt. Die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter müssen zukünftig die Voraussetzungen für die Pachtung einer Jagd

nachweisen. Erfüllen sie gleichzeitig auch die Voraussetzungen als Jagdschutzorgan, so kann von der Bestellung eines Jagdschutzorganes abgesehen werden bzw. auf die erforderliche Anzahl angerechnet werden. Die Kautions ist mit dem neuen Jagdgesetz spätestens bis zu zwei Monate vor Beginn der neuen Jagdperiode zu erlegen, ebenso der erste Pachtbetrag, jeder weitere spätestens bis 15. Jänner des laufenden Jagdjahres (bisher vier Wochen vor Beginn des Jagdjahres). Eine wesentliche Änderung enthält der neue § 50. Zehn Prozent des Jagdpachtbetrages sind ab 1. Februar 2023 für wildschadensverhütende Maßnahmen oder wenn ein derartiger Bedarf nicht besteht, für lebensraumverbessernde Maßnahmen zu verwenden. Kommt es über wildschadensverhütende oder lebensraumverbessernde Maßnahmen zu keinem Einvernehmen zwischen dem Jagdausschuss und der oder dem Jagdausübungsberechtigten, hat die Bezirksverwaltungsbehörde über die Errichtung und Durchführung der Maßnahmen zu entscheiden. Änderungen von Pachtverträgen sind zukünftig der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Es obliegt den Vertragspartnern, Verträge, insbesondere über die Pachtpreishöhe, abzuändern. Die bisherige Regelung über die Pachtpreisherabsetzung bei Naturkatastrophen entfällt. Neben den bereits bisher geregelten Fällen des Todes der Pächterin oder des Pächters wird zukünftig auch der Fall des Unterganges von juristischen Personen geregelt. Als ex lege Auflösungsgründe entfallen zukünftig der Tatbestand der Überlassung von Ansitzen und die „nicht Erfüllung von wesentlichen Vereinbarungen, die sonstige Interessen der Jagdgenossenschaft“ betreffen. Da auch die landwirtschaftlichen Schulen immer wieder Kurse zur Vorbereitung auf die Jagdprüfung anbieten, schafft das Gesetz zukünftig die Möglichkeit, dass die Prüfung in einem derartigen Fall auch vor der Bezirksverwaltungsbehörde abgelegt werden kann, in deren Zuständigkeitsbereich die Schule liegt.

Für die Prüfung gibt das Gesetz zukünftig einen Zeitrahmen von 45 Minuten vor. Die Prüfung muss vor einer Kommission erfolgen, wobei die einzelnen Teilgebiete sowohl kommissionell als auch in Einzelprüfungen absolviert werden können. Den Beschluss über die Eignung der Prüfungswerberin oder des Prüfungswerbers hat die Prüfungskommission in kollegialem Zusammenwirken zu treffen. Jagderlaubnisscheine sind von der oder dem Jagdausübungsberechtigten auszugeben, wobei unverzüglich bei der Abgabe an die Empfängerin oder den Empfänger der Name und die Adresse in die Abschlusslisten einzutragen sind. Die Namen der Empfängerin oder des Empfängers der Jagderlaubnisscheine sind der Bezirksverwaltungsbehörde ebenso zu übermitteln wie die Nummer der ausgegebenen Jagderlaubnisscheine (Bisher erfolgte die Ausgabe durch die Bezirksverwaltungsbehörde). Die Stellung der Jagdschutzorgane wird mit dem neuen Gesetz abgesichert.

Für eine Jagdfläche bis zu 1 000 ha sind zukünftig zwei Jagdschutzorgane zu bestellen, je weiterer 500 ha ist je ein Jagdschutzorgan zu bestellen. Anstatt der Bestellung in dieser Form kann je 2 500 ha begonnener Jagdfläche ein hauptberufliches Jagdschutzorgan im Ausmaß einer Vollzeitbeschäftigung bestellt werden. Zudem wird nun im Gesetz auch festgelegt, dass Jagdschutzorgane Anspruch auf eine adäquate Entschädigung haben können und nach Rücksprache mit der oder dem Jagdausübungsberechtigten auch zur Jagd ohne Jagderlaubnisschein berechtigt sein können. Als Voraussetzungen für die Bestellung als Jagdschutzorgan wird das Alter auf das 19. Lebensjahr herabgesetzt. Hinsichtlich der Tätigkeit als Jagdschutzorgan wird nun auf den gewöhnlichen Aufenthalt im Jagdbezirk oder im angrenzenden Jagdbezirk abgestellt, um einen umfassenden Jagdschutz gewährleisten zu können. Jagdschutzorgane müssen zukünftig auch in den ersten drei Jahren der jeweils laufenden Jagdperiode einen Weiterbildungskurs im Ausmaß von vier Stunden absolvieren.

Eine wesentliche Änderung erfährt auch die Abschussplanung/Wildstandregulierung. Grundsätzlich soll die Abschussplanung beim Rehwild dreijährig erfolgen. Die Jagdausübungsberechtigten haben dazu im ersten, vierten und siebenten Jagdjahr der Jagdperiode einen Abschussplan vorzulegen, wobei bei Böcken der Klasse II, Geißen und Nachwuchsstücken, bei Böcken der Klasse I ein Höchstabschuss ein Mindestabschuss zu beantragen ist. Ebenfalls ist im Abschussplan die Wildschadenssituation anzugeben, damit die Behörde auch darüber einen Überblick hat. Dieser Abschussplan ist von der oder dem Jagdausübungsberechtigten und von der Obfrau oder dem Obmann des Jagdausschusses beim Genossenschaftsjagdgebiet oder von der Pächterin oder dem Pächter eines Eigenjagdgebietes zu unterfertigen. Der so vorgelegte Abschussplan ist bei Rehwild zu erfüllen, sofern die Bezirksverwaltungsbehörde den Parteien des Verfahrens nicht bis längstens 1. April eine Entscheidung über die Abschussverfügung zustellt. Die Einbeziehung der Jagdausschussobfrau oder des Jagdausschussobmannes soll dazu beitragen, dass insbesondere bereits bei der Abschussplanung auf die Wildschadenssituation Rücksicht genommen wird. Für alle abschussplanpflichtigen Schalenwildarten außer Rehwild - insbesondere Rotwild - hat die Bezirksverwaltungsbehörde für einen dreijährigen Planungszeitraum ohne unnötigen Aufschub bis 1. April des ersten, vierten und siebenten Jagdjahres der Jagdperiode einen Abschussplan zu verfügen, wobei beim Rotwild die Verfügung in der Form zu ergehen hat, dass Kahlwild als Mindestabschuss und Hirsche als Höchstabschuss zu verfügen sind. Als kleinste Planungseinheit gilt dabei der Hegering. Zukünftig besteht außerhalb der Notzeit und dem im Gesetz

angeführten Zeitraum ein generelles Fütterungsverbot für Schalenwild. Zusätzlich wurde die Fütterung von Feldhasen mit Nassfutter ermöglicht. Eine Notzeit liegt nur dann vor, wenn diese von der Bezirksverwaltungsbehörde festgelegt wird. Ausgenommen davon sind Kurrungen - die Vorlage von Futter zum Zwecke der Ankirrung von Schwarzwild. Weiterhin dürfen Ablenkungsfütterungen zur Vermeidung von Wildschäden in der Zeit von 1. März bis 1. November angelegt werden. Bei den Jagdhunden ist künftig je Revier sicherzustellen, dass pro begonnener 1 000 ha zumindest ein geprüfter Jagdgebrauchshund gehalten wird. Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat dafür zu sorgen, dass eine der Größe und Beschaffenheit des Reviers entsprechende Anzahl von Jagdhunden im Jagdbezirk des betreffenden Jagdgebietes oder im Nachbarjagdbezirk bereitgehalten wird, mindestens jedoch je begonnener 1 500 ha Jagdfläche ein auf Schweiß geprüfter Jagdhund.

Bei den Verboten sachlicher Art kommt es zu zwei wesentlichen Änderungen:

Mobile temporäre Hochstände und Ansitze dürfen in der Vegetationszeit von 1. März bis 1. November auch an der Reviergrenze errichtet werden (bisher 100 m Entfernung), sofern die Errichtung auf Feldern erfolgt, an die unmittelbar Wald eines anderen Jagdgebietes, angrenzt und diese Hochstände und Ansitze in der Zeit von 2. November bis Ende Februar entfernt werden.

Zur Vermeidung von Wildschäden wurde der § 102 dahingehend erweitert, dass das Jagdschutzorgan dann, wenn von der oder dem Jagdausübungsberechtigten keine anderen Maßnahmen greifen, bei einer vom Jagdschutzorgan festgestellten Gefährdung des Waldes oder von Acker- oder Grünlandflächen, dieses Organ drei Nachwuchsstücke des abschlussplanpflichtigen Schalenwildes erlegen kann, bis die Bezirksverwaltungsbehörde weitere Maßnahmen setzt. Die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter hat ab dem 1. Februar 2023 einen Selbstbehalt in der Höhe von 10% des Schadens zu tragen. Im Umkreis von 50 m von regelmäßig bewohnten Gebäuden sowie Grundstücken, die wenigstens zu 75% von bebauten Grundstücken oder Umfriedungen umgrenzt sind, wobei die bebauten Grundstücke oder Umfriedungen höchstens 20 m voneinander entfernt sein dürfen, hat die geschädigte Bewirtschafterin oder der geschädigte Bewirtschafter einen Selbstbehalt von 50% zu tragen, sofern im Pachtvertrag nicht anders vereinbart ist.

Bei den Regelungen über den Burgenländischen Landesjagdverband wurde die Aufsicht durch die Landesregierung neu geregelt. Die Wahlmodalitäten sind nun abschließend im Bgld. Jagdgesetz geregelt.

Besonderer Teil

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Erläuterungen

Zu Präambel

Mit der Aufnahme einer Präambel soll grundsätzlich die Stellung der Jagd in der Gesellschaft gestärkt werden und festgestellt werden, dass die Jagd auch einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz und zur Biodiversität leistet. Auch die Tatsache, dass durch die Jagd hochwertige Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden, soll die Wichtigkeit der Jagd für die Gesellschaft betonen.

Zu § 1 Ziele

Ziel des Gesetzes ist es nicht nur, Regelungen über die Ausübung der Jagd und das Verhältnis zu den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zu treffen, sondern auch die Tätigkeit der Jägerinnen und Jäger in den Mittelpunkt zu stellen sowie auf die Verantwortung der Jagd, die zweifelsohne von der Jägerschaft getragen wird, hinzuweisen. Somit soll sichergestellt werden, dass sich die naturnahe und nachhaltige Jagd auf freilebendes Wild weiter entwickelt und ständig an die Herausforderungen, die im großen Rahmen von der Natur vorgegeben werden, anpasst. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Möglichkeiten der Jägerschaft, die definierten Ziele umzusetzen, vom Gesetz vorgegeben werden. In Abs. 1 wird durch die im Gesetz festgelegten Ziele versucht, der nichtjagenden und zunehmend jagdkritischen Bevölkerung die Regeln und das Wesen der Jagd näher zu bringen.

Zu § 2 Jagdrecht

Die Feststellung, dass sich das Jagdrecht vom Grund und Boden und somit vom Eigentumsrecht ableitet, soll sicherstellen, dass auch die Belange der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Jagdrecht anerkannt werden. Dies wurde auch vom Verfassungsgerichtshof schon mehrfach so erkannt. Die Vorrangstellung der Landwirtschaft, die schon bisher im Gesetz verankert war, wird damit begründet, dass den ökonomischen Interessen der Grundbewirtschafterinnen und Grundbewirtschafter Rechnung zu tragen ist. Die berechtigten Interessen der Land- und Forstwirtschaft liegen darin, dass einerseits eine ökonomische Bewirtschaftung der Flächen durch einen zu hohen Wildstand nicht beeinträchtigt werden und andererseits vor allem im Forstbereich auch eine Naturverjüngung Platz greifen kann. Zudem dient die Neuordnung der Paragraphen einer besseren Verständlichkeit.

Zu § 3 Begriffsbestimmungen

Im Sinne einer besseren Lesbarkeit des Gesetzes wird nun eine Vielzahl von Begriffen im Gesetz zentral legal definiert. Durch die Verordnungsmächtigung der Landesregierung kann diese einzelne Wildarten, beispielsweise Wildenten oder Wildgänse, hinsichtlich der Schuss- und Schonzeiten näher definieren.

Zu § 4 Eigenjagdgebiet

Eine Mindestgröße von 300ha für die Eigenjagdgebietseigenschaft wird als erforderlich angesehen, da erst ab einer bestimmten Größe und Lebensraumausstattung für die im Burgenland vorkommenden wichtigsten Wildarten eine angepasste jagdliche Bewirtschaftung möglich ist. Bei der Feststellung von Jagdgebieten soll darauf Bedacht genommen werden, dass nur derartige Grundflächen als Jagdgebiet festgestellt werden, auf denen die Ausübung der Jagd auch möglich ist. Daher wurde der Begriff Grundfläche auf Jagdfläche geändert. Abs. 2 stellt sicher, dass jene Jagdgebiete die bereits bisher als Eigenjagdgebiete anerkannt waren, auch weiterhin als solche bestehen können, sofern die regelmäßige Feststellung gemäß § 13 erfolgt.

Zu § 5 Zusammenhang von Grundflächen

Mit der Änderung des Gesetzes reicht es nunmehr, dass die Jagdfläche an einem Punkt zusammenhängt. Auf den Umstand, wie man von einem Grundstück auf das nächste kommt, wird nicht mehr abgestellt. Hinsichtlich der Änderung in Abs. 3 wird nunmehr eine verbindliche Regelung getroffen, wer auf derartigen Längenzügen für die Aneignung des Fallwildes zuständig ist. Da ein Eigenjagdgebiet durch Wege, Straßen, Triften, Bahnkörper, natürliche und künstliche Wasserläufe sowie ähnlich gestaltete stehende Gewässer, welche die Grundstücke durchschneiden, nicht unterbrochen wird, und dadurch eine Grundeigentümerin oder ein Grundeigentümer auch den Vorteil auf Feststellung eines Eigenjagdgebietes für sich nutzen kann, steht ihr oder ihm in diesem Fall auch die Befugnis auf Aneignung des Fallwildes zu und ist dieses auch in deren oder dessen Abschussliste zu vermerken.

Zu § 6 Teilung des Eigenjagdgebietes

Da das Jagdrecht untrennbar mit Grund und Boden verbunden ist, kann nur die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer vertreten durch den Jagdausschuss darüber entscheiden, ob ein Jagdgebiet verändert

werden soll. Daher ist der Antrag durch den Jagdausschuss, vertreten durch dessen Obfrau oder Obmann einzubringen. Da aber durch eine Vergrößerung des Jagdgebietes auch der Jagdpachtvertrag abgeändert werden muss, ist die Zustimmung der Pächterin oder des Pächters erforderlich. Hinsichtlich jener Eigenjagdgebiete, die gemäß § 4 Abs. 2 festgestellt wurden, kommt Paragraph § 6 Abs. 2 hinsichtlich der Flächengröße nicht zur Anwendung.

Zu § 7 Entstehung oder Erweiterung eines Eigenjagdgebietes

Da bisher bereits eine Verkleinerung des Eigenjagdgebietes zu Gunsten des Genossenschaftsjagdgebietes während der Jagdperiode möglich war, soll nunmehr auch die Vergrößerung des Eigenjagdgebietes während der Jagdperiode auf Antrag möglich sein, um eine rechtliche Gleichstellung zu erwirken. Da dadurch auch in bestehende Jagdpachtverträge eingegriffen wird, sind zusätzlich zum Antrag von der Antragstellerin oder vom Antragsteller auch die Zustimmungserklärungen des betroffenen Jagdausschusses sowie die der betroffenen Jagdpächterinnen und Jagdpächter vorzulegen. Die Regelungen des Abs. 3 schaffen Abhilfe in jenen Fällen, in denen keine Einigung nach Abs. 2 zu erzielen ist.

Zu § 8 Jagdrecht der Gemeinden und agrarischen Gemeinschaften

Diese Bestimmung stellt klar, dass, entsprechend den Bestimmungen des § 62 Bgld. Gemeindeordnung, am öffentlichen Gut kein Jagdrecht der Gemeinde begründet werden kann. Auf agrargemeinschaftlichen Grundstücken steht das Jagdrecht der Gemeinschaft und nicht jedem einzelnen Mitglied der Agrargemeinschaft zu.

Zu § 9 Genossenschaftsjagdgebiet

Alle Grundflächen, die nicht die erforderliche Größe eines Eigenjagdgebietes im Sinne des § 4 Abs. 1 erreichen, müssen einer jagdlichen Bewirtschaftung zugeführt werden und sind daher als Genossenschaftsjagdgebiete festzulegen. Im Gegensatz zum Eigenjagdgebiet wird das Genossenschaftsjagdgebiet festgelegt, indem die Flächen eines Eigenjagdgebietes abgezogen werden. Somit zählen auch Flächen im verbauten Gebiet zum Genossenschaftsjagdgebiet, auch wenn auf diesen Flächen zum Teil die Jagd ruht. Abs. 2 (iVm § 15 Abs. 1 bis 3) bietet die Möglichkeit der Vereinigung bzw. der Zerlegung von Genossenschaftsjagdgebieten, um hier individuelle Lösungsmöglichkeiten im Sinne der Jagd für die Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer zu finden.

Zu § 10 Umfriedete Eigenjagdgebiete und Wildgehege

Schau- oder Zuchtgehege werden im Rahmen des Tierschutzgesetzes geregelt und bedürfen dem Anzeigeverfahren, zumal geprüft werden soll, ob nicht wildökologische Interessen der Errichtung entgegenstehen, wenn beispielsweise internationale Wildwechselstrecken durch ein derartiges Gehege unterbrochen werden würden. Umfriedete Eigenjagdgebiete müssen vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als Jagdgehege nach den Bestimmungen des Bgld. Jagdgesetzes 2004 bewilligt oder als bestehend zur Kenntnis genommen worden sein. Eine Bewilligung nach diesem Zeitpunkt ist nicht möglich. Um hier auch dem Tierschutz gerecht zu werden, werden die Bestimmungen angepasst. Zudem wird nunmehr auch die behördliche Kontrolle neu geregelt, sodass beispielsweise auch Kontrollen durch den Amtstierarzt möglich sind. Des Weiteren wird auch die Jagd im umfriedeten Eigengebiet teilweise strengerer Regulierungen unterworfen, so zB Zeiträume des Aussetzens sowie Zeiträume und eine zahlenmäßige Beschränkung der Abhaltung von Gesellschaftsjagden (Jagden auf bewegtes Wild), um dem Tierschutzgedanken damit besser Rechnung zu tragen und damit eine höhere Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erreichen. Festgehalten wird, dass die Bestimmungen der freien Zugänglichkeit des Waldes im Sinne der forstrechtlichen Bestimmungen durch diese Bestimmungen nicht berührt werden und durch Überstiege und ähnliche Anlagen gewährleistet bleibt.

Zu § 11 Auflassung von Wildgehegen oder umfriedeten Eigenjagdgebieten

Die Auflassung von Wildgehegen oder umfriedeten Eigenjagdgebieten muss deshalb geregelt werden, um einerseits zu verhindern, dass Wildarten, welche außerhalb der Gehege nicht vorkommen, in die benachbarten Jagdgebiete gelangen und andererseits durch das Auflassen die Wilddichte in den benachbarten Jagdgebieten nicht zu sehr steigt. Zudem wird nunmehr auch auf die Bestimmungen des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 43/2016, verwiesen, wenn Wild aus Gehegen ausbricht oder entkommt.

Zu § 12 Jagdperiode und Jagdjahr

Mit der Verlängerung der Jagdperiode auf neun Jahre und der Ausdehnung der Abschussplanung auf drei Jahre erfolgt eine Neuregelung des § 82. Mit dieser Regelung entspricht die Planung der üblichen Praxis und vereinfacht gleichzeitig die Verwaltung. Gleichzeitig wurde durch die Anpassung der Jagdperiode auf neue Jahre der wortgleichen Regelung im Nachbarbundesland Niederösterreich Rechnung getragen.

Durch die Änderung des Jagdjahres auf 1. Jänner bis 31. Dezember wird das Jagdjahr dem Kalenderjahr angepasst.

Zu § 13 Feststellung der Eigen- und Genossenschaftsjagdgebiete

Da gemäß § 9 zum Genossenschaftsjagdgebiet all jene Flächen gehören, die in einer KG nicht als Eigenjagdgebiet anerkannt werden, wird mit der Änderung nun sichergestellt, dass die Vertreter der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer mit den Jagdausübungsberechtigten prüfen, ob alle Flächen bejagbar sind. Ist dies nicht der Fall, müssen jene Grundstücksnummern, auf denen die Ausübung der Jagd nicht möglich ist, der Bezirksverwaltungsbehörde mitgeteilt werden. Eine bloße Beschreibung der Grundstücke, die nicht bejagbar sind, ist zu wenig, da derartige Aussagen nicht genau digital erfassbar sind. Insbesondere soll durch diese Bestimmung erreicht werden, dass eine bessere Darstellung der Eigenschaften der Jagdgebiete, bezogen auf ihre Lebensräume und damit jagdlichen Bewirtschaftungsmöglichkeiten, erkennbar wird, und dadurch den Gegebenheiten in der Natur Rechnung getragen und die Wertigkeiten besser nachvollzogen werden können.

Zu § 14 Schongebiete

Für reine Wald- und Wasserjagdgebiete hat die Bestimmung keine Bedeutung. In Niederwildrevieren soll über die Errichtung und die Form von Schonflächen (Jahre, Ausmaß, Wildarten etc.) frei vereinbart werden können.

Zu § 15 Vereinigung und Zerlegung von Genossenschaftsjagdgebieten

Mit dieser Bestimmung wird der Autonomie der Jagdgenossenschaften Rechnung getragen. Die Zerlegung oder Vereinigung soll eine bessere Jagdbewirtschaftung und eine Erhöhung des Jagdwertes für die Grundeigentümer ermöglichen. Die Termine und Fristen sind zu wahren. Für jedes Genossenschaftsjagdgebiet ist ein eigener Vertretungskörper zu wählen.

Zu § 16 Vorpachtrecht

Voraussetzung für die Beantragung durch eine Eigenjagdberechtigte oder einen Eigenjagdberechtigten ist das Vorliegen eines Jagdeinschlusses. Die Änderung wurde erforderlich, da die bisherige Regelung betreffend Flächentausch nicht praxistauglich war, zumal die Gleichwertigkeit der Grundstücke tatsächlich kaum feststellbar war. Es gilt nun der Primat des Geldausgleichs. Wenn es keine Einigung über einen Pachtbetrag für die Vorpachtfläche gibt, ist entsprechend dem Gesetz jener Pachtbetrag heranzuziehen, der im Genossenschaftsjagdgebiet, dem die Vorpachtfläche vor Feststellung des Vorpachtrechtes angehört hat, erzielt wird. Dies soll eine Einigung auf privatrechtlicher Basis vorweg ermöglichen. Es kann allerdings auch durch ein Übereinkommen anstelle des Geldausgleichs der Wertausgleich durch einen Flächentausch bedungen werden.

Zu § 17 Änderungen im Vorpachtrecht

Die Auflösung und die Zuweisung des Vorpachtrechts hat die Bezirksverwaltungsbehörde mit Bescheid zu verfügen.

Zu § 18 Abrundung von Jagdgebieten

Bislang war durch Verfügung der Bezirksverwaltungsbehörde (Abs. 2) ein Flächentausch vorzunehmen. Da die Feststellung „jagdlich gleichwertiger Grundflächen“ meist nicht exakt möglich war, ist nunmehr ein Geldausgleich vorzunehmen. Das Einschreiten der Behörde soll auf Grund der Schwierigkeit der Bewertung einzelner Flächen als Tauschgegenstand nur in Ausnahmefällen erfolgen, da eine Grenzberichtigung, wie die Praxis zeigt, nur als einvernehmliche Lösung unter den Vertragspartner anerkannt wird.

Zu § 19 Dauer der Wirksamkeit der Vereinigung, Zerlegung und Abrundung von Jagdgebieten

Die Rechtswirkungen sind nunmehr längstens auf die Dauer der Jagdperiode beschränkt. Somit ist es nicht erforderlich, dass die Bezirksverwaltungsbehörde in regelmäßigen Abständen überprüft, ob die Voraussetzungen für die Vereinigung, Zerlegung oder Abrundung noch gegeben sind.

Zu § 20 Ruhen der Jagd

Durch das Ruhen der Jagd sollen Gefahren und Störungen für Menschen hingehalten werden und gleichzeitig die Jagdausübungsberechtigten aus der Verpflichtung zur Ersatzleistungen für Wildschäden entbunden werden. Das Wort „umzäunt“ wurde nun durch das Wort „abgegrenzt“ ersetzt, da Sportanlagen häufig nicht nur durch einen Zaun umfriedet werden, sondern auch durch andere Absperrungen, wie zum Beispiel Plakatwände. Zudem wird auf das Erkenntnis der VfGH G 7/2016-29 vom 15. Oktober 2016 verwiesen.

Zu § 21 Jagdgenossenschaft

Als Körperschaft öffentlichen Rechts ist die Jagdgenossenschaft im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Bestimmungen ein Selbstverwaltungskörper. Als Selbstverwaltungskörper obliegt ihr die Verwaltung des Genossenschaftsjagdgebietes. Als wesentliche Aufgabe wird die Verwertung des Genossenschaftsjagdgebietes sowie die Aufteilung oder Verwendung des Jagdertrages gesehen.

Zu § 22 Jagdausschuss

Damit das Jagdausübungsrecht verwaltet werden kann, bedient sich die Jagdgenossenschaft eines Jagdausschusses, der selbst keine Rechtspersönlichkeit hat. Neben den sechs Mitgliedern ist kraft Gesetzes die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, im Verhinderungsfall die Vizebürgermeisterin oder der Vizebürgermeister, Mitglied im Jagdausschuss und somit auch stimmberechtigt. Kommt gemäß § 26 Abs. 4 kein Jagdausschuss zustande, haben die Mitglieder des Gemeinderates die Funktion des Jagdausschusses wahrzunehmen, wobei diese nicht Mitglieder der Jagdgenossenschaft sein müssen. Dabei wird ausdrücklich auf das Erkenntnis des VfGH G 207/94 vom 21. Juni 1996 verwiesen, wonach auf Grund der Verflechtungen und insbesondere der gegenseitigen und überschneidenden Interessen der Gemeinden und der Jagdgenossenschaft eine Entsendung von Gemeindeorganen in den Jagdausschuss als Vertreter der Jagdgenossenschaft als zulässig erachtet wird, zumal es sich bei der Entsendung des Bürgermeisters hinsichtlich der Stimmrechte im Jagdausschuss um eine Minderheit handelt.

Zu § 23 Wahl des Jagdausschusses

Das aktive Wahlrecht ist nicht an die österreichische Staatsbürgerschaft oder an den Wohnort gebunden. Daher sind Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, die in mehreren Genossenschaftsjagdgebieten die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen, auch in all diesen Genossenschaftsjagdgebieten wahlberechtigt. Das aktive Wahlrecht ist grundsätzlich persönlich auszuüben, wobei bei Miteigentumsgemeinschaften eine Vollmacht der Miteigentümerinnen und Miteigentümer bei der Wahl vorzulegen ist. Da es sich um die Verwaltung von Eigentumsrechten handelt, ist das Wahlrecht an die volle Geschäftsfähigkeit geknüpft und daher erst ab dem vollendeten 18. Lebensjahr gegeben,

Zu § 24 Wahlkommissionen

Die Herabsetzung der weiteren Mitglieder von vier auf drei erfolgt in Anlehnung an die Gemeindevahlordnung 1992, weil bei Sprengelwahlbehörden auch nur drei weitere Mitglieder erforderlich sind. Für die Berechnung der Anzahl der Mitglieder der Wahlkommission, die nicht kraft ihres Amtes Mitglieder sind, ist das Ergebnis der vorhergehenden Landwirtschaftskammerwahl in der Gemeinde heranzuziehen. Dies gilt auch dann, wenn in der Gemeinde ein Sprengelergebnis für einen Ortsteil zur Verfügung stehen würde.

Zu § 25 Wahlliste

Neu in das Gesetz aufgenommen wird nun, dass die Mitglieder der Jagdgenossenschaft nach ihren Anteilen in die Wahlliste aufzunehmen sind. Damit wird sichergestellt, dass bei Grundstücken, die in Miteigentumsgemeinschaft stehen, alle Miteigentümerinnen und Miteigentümer angeführt werden, allerdings nur diejenige oder derjenige wahlberechtigt ist, welche oder welcher von den anderen Mitgliedern eine Vollmacht hat oder mehr als die Hälfte der Stimmenanteile hält. Wenn in einer Gemeinde mehrere Genossenschaftsjagdgebiete bestehen, ist für jedes Genossenschaftsjagdgebiet eine eigene Wahlliste zu erstellen und jeweils eine Wahl durchzuführen.

Zu § 26 Kundmachung; Wahlvorschläge

Die Änderung vom achten auf den neunten Tag vor dem Wahltag erfolgte deshalb, damit die Gemeinden am Samstag nicht zusätzlich Personal zur Verfügung stellen müssen, um die Wahlvorschläge entgegen nehmen zu können. Da im Gesetz nicht geregelt ist, wie die Reihung bei mehreren Wahlvorschlägen am Stimmzettel zu erfolgen hat, ist davon auszugehen, dass die Reihung auf Grund des Abgabezeitpunktes zu erfolgen hat.

Zu § 27 Abstimmungsverfahren

Die Erteilung einer Vollmacht hat auch zwischen Ehegatten zu erfolgen, wenn diese zum Beispiel Hälfteigentümer von Grundstücken sind. Wer bei juristischen Personen oder Gebietskörperschaften zur Abgabe der Stimme(n) berechtigt ist, richtet sich nach den Vorschriften für diese juristischen Personen oder Gebietskörperschaften. So wird die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister durch die Vizebürgermeisterin oder den Vizebürgermeister vertreten. Die Verlautbarung des Wahlergebnisses hat auch an der Amtstafel zu erfolgen.

Zu § 28 Wahlanfechtung

Neben den Zustellbevollmächtigten sind auch die wahlberechtigten Mitglieder der Jagdgenossenschaft zur Wahlanfechtung berechtigt, wenn das Mitglied in der abgeschlossenen Wählerliste eingetragen ist. Die mündliche Verkündung des Wahlergebnisses gemäß Abs. 2 stellt keine bescheidmäßige Erledigung dar.

Zu § 29 Wahlordnung

Diese Bestimmung schafft eine Verordnungsermächtigung für die Landesregierung, um die Regelungen zur Jagdausschusswahl näher ausgestalten und präzisieren zu können.

Zu § 30 Geschäftsführung des Jagdausschusses

Nachdem schon bisher die Geschäftsführung des Jagdausschusses in Anlehnung an die Bestimmungen der Burgenländischen Gemeindeordnung erfolgt ist, ist nun auch die Heilung von Ladungsmängeln durch rechtzeitiges Erscheinen, wie auch in der Burgenländischen Gemeindeordnung, möglich. Dadurch soll gewährleistet werden, dass, bei rechtzeitigem Erscheinen aller Mitglieder des Jagdausschusses, Beschlüsse, die rechtskonform gefasst werden, nicht durch Ladungsmängel aufzuheben sind. Damit ein gültiger Beschluss zustande kommt, müssen aber neben der oder dem Vorsitzenden noch drei weitere Mitglieder anwesend sein. Neu ist nun auch, dass die Niederschrift binnen acht Tagen nach der Sitzung in Reinschrift zu übertragen ist.

Zu § 31 Endigen der Funktion; Ersatzmitglieder

Die Bestimmung regelt das Endigen der Funktion im Jagdausschuss. Durch Verlust der Mitgliedschaft in der Jagdgenossenschaft geht ex lege auch die Mitgliedschaft im Jagdausschuss zu Ende. Es rückt das nächstgereichte Ersatzmitglied nach. Scheidet die gewählte Obfrau oder der gewählte Obmann aus, sind seine von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter bis zur Neuwahl der Obfrau oder des Obmannes wahrzunehmen.

Zu § 32 Art der Verwertung

Mit dieser Bestimmung wird die Art der Verwertung des Genossenschaftsjagdgebietes geregelt. Es wird nunmehr festgelegt, dass es seitens des Gesetzgebers keine Präferenzen für eine der angeführten Vergabearten gibt. Dies entspricht auch der gängigen Praxis der Jagdvergaben. Neu ist, dass nun der Jagdausschuss einen eigenen Beschluss über die Vergabeart fassen muss.

Zu § 33 Eignung zur Pacht

Diese Bestimmung legt fest, dass sowohl Einzelpersonen, zwei oder mehrere physische Personen als Jagdgesellschaft, als auch juristische Personen zur Pachtung von Jagdgebieten, sofern die übrigen Voraussetzungen der §§ 35 ff vorliegen, zugelassen werden können.

Zu § 34 Einzelpersonen

Einzelpersonen sind nur unter den Voraussetzungen des § 34 zur Pachtung zulässig. Die Einschränkung auf das 19. Lebensjahr gründet darauf, dass Personen, bevor sie zur Pachtung zugelassen werden, mindestens 3 Jahre innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre in Besitz einer burgenländischen Jahresjagdkarte oder einer in einem anderen Bundesland, in dem zur Erlangung der ersten Jagdkarte eine Eignungsprüfung vorgesehen ist, ausgestellten Jagdkarte gewesen sein müssen. Vor dem 19. Lebensjahr kann dieses Kriterium nicht erfüllt werden, zumal die Jagdprüfung erst mit dem 16. Lebensjahr abgelegt werden kann. Die Definition der Vertretungsbefugnis in Abs. 4 ist erforderlich, damit die Vertreterin oder der Vertreter weiß, welche Geschäfte sie oder er zu besorgen hat. Hinsichtlich der Vertretung gemäß Abs. 4 wird festgehalten, dass diese erforderlich ist, um allenfalls dringende Aufgaben, die von der Jagdpächterin oder dem Jagdpächter durchgeführt werden müssen, dieser aber nicht erreicht werden kann, von der Vertretung zu veranlassen sind.

Zu § 35 Jagdgesellschaft, juristische Person; Jagdleitung

Um sicher zu stellen, dass der Jagdbetrieb auch bei längerer Abwesenheit oder Verhinderung der Jagdleiterin oder des Jagdleiters weiter aufrecht bleibt, ist nunmehr auch eine Jagdleiterstellvertreterin oder ein Jagdleiterstellvertreter zu bestellen. Daneben müssen im Gesellschaftsvertrag auch Regelungen für das freiwillige Ausscheiden von Mitgliedern aus der Jagdgesellschaft getroffen werden, damit ein reibungsloses, freiwilliges Ausscheiden aus einer Jagdgesellschaft erfolgen kann. Die Erweiterung des Abs. 5, dass nunmehr auf die ersten 115 ha Jagdfläche zwei Jagdgesellschaftlerinnen oder Jagdgesellschaftler bestellt werden können, hat zur Folge, dass bei kleinen Jagdgebieten auch eine Jagdgesellschaft als Pächterin auftreten kann. Wird eine Person von der Jagdgesellschaft ausgeschlossen, bedarf dies nicht mehr der Zustimmung des Jagdausschusses, da ansonsten der Jagdausschuss den Verfügungen der Bezirksverwaltungsbehörde zustimmen müsste.

Zu § 36 Beschlussfassung durch den Jagdausschuss

Im Beschluss sind auch die maßgebenden Gründe für die freihändige Vergabe anzuführen, damit die Entscheidung für die nicht im Jagdausschuss vertretenen Mitglieder der Jagdgenossenschaft nachvollziehbar ist. Da es sich bei der Verpachtung um eine wesentliche Entscheidung in der Jagdperiode handelt, besteht die Möglichkeit, dass Mitglieder, die über das Eigentum von mehr als der Hälfte der im Genossenschaftsjagdgebiet gelegenen Grundfläche verfügen, Widerspruch erheben können und sodann der Beschluss außer Kraft tritt. Damit ist die Vergabe an den im Beschluss bestimmten Pächter gescheitert und die Jagd ist in der Folge ex lege zu versteigern.

Zu § 37 Anzeige der Verpachtung

Im Genehmigungsverfahren hat die Bezirksverwaltungsbehörde zu prüfen, ob der Beschluss formell gültig zu Stande gekommen ist und ob der Beschluss nicht den Interessen der Land- und Forstwirtschaft sowie jenen der Jagdwirtschaft widerspricht. Auch die Dauer des Aushanges ist zu überprüfen, um festzustellen, ob die Mitglieder entsprechend den gesetzlichen Vorgaben die Möglichkeit des Widerspruches hatten.

Zu § 38 Versteigerungsbedingungen

Es handelt sich hierbei um eine Vereinfachung, da nunmehr die Versteigerungsbedingungen aus der Anlage der Jagdverordnung zu verwenden sind, konnte die bisherige Regelung, wonach die Bezirksverwaltungsbehörde diese Versteigerungsbedingungen zu prüfen hat, entfallen.

Zu § 39 Verbotene Vereinbarungen

Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, dass durch Absprachen vor der Versteigerung das Ergebnis der Versteigerung beeinflusst wird.

Zu § 40 Kundmachung der Versteigerung

Betreffend die Kundmachung wird eine nach Werktagen berechnete Frist ins Gesetz aufgenommen, da der Begriff „sofort“ zu ungenau ist. Unter dem Begriff „Vadium“ versteht man die zu leistende Sicherheit, welche 10% des Schätzwerts beträgt. Da bisher immer wieder die Anfrage gestellt wurde, in welcher Höhe das Vadium anzusetzen sei, wird nun ein Mindestvadium im Gesetz festgelegt.

Zu § 41 Vorgang bei der Versteigerung

Als Bieter bei Versteigerungen kommen, so wie bei den freihändigen Vergaben, Einzelpächterinnen und Einzelpächter, Jagdgesellschaften und juristische Personen in Betracht, sofern das Vadium hinterlegt wird und die Voraussetzungen der §§ 34 Abs. 1, 35 Abs. 2 und Abs. 12 erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind von der Obfrau oder dem Obmann oder der von dieser oder diesem beauftragten Person zu überprüfen und in der Niederschrift festzuhalten. Wenn mit der Durchführung der Versteigerung eine Person beauftragt wird, ist auch dies in der Niederschrift zu vermerken. Das Vadium kann sowohl in bar als auch in Form eines Einlagensparbuchs geleistet werden. Der Zuschlag wird erst durch die Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde rechtswirksam.

Zu § 42 Anzeige der erfolgten Versteigerung

Die Überprüfung durch die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Gesetzmäßigkeit der Versteigerung zu umfassen sowie die Überprüfung, ob die Bieter die Voraussetzungen der §§ 34 Abs. 1 und § 35 Abs. 2 und 12 erfüllen. Hinsichtlich der Regelungen der aufschiebenden Wirkung in Abs. 4 wird festgehalten, dass diese Abweichung zu § 13 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz - VwGVG, StF: BGBl. I Nr. 33/2013 in der Fassung BGBl. I Nr. 82/2015 und daher dem Gebot des Art. 136 Abs Bundes-Verfassungsgesetz - B-VG, BGBl. Nr. 1/1930 in der Fassung [BGBl. I Nr. 106/2016](#) entspricht.

Zu § 43 Genossenschaftsjagdverwaltung

Die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter hat die Aufgaben einer Jagdpächterin oder eines Jagdpächters, insbesondere zur Abschussplanerfüllung, wahrzunehmen. Auch die Bestellung einer Genossenschaftsjagdverwalterin oder eines Genossenschaftsjagdverwalters wird nun als Art der Verwertung anerkannt. Es soll damit gewährleistet werden, dass der Jagdbetrieb mit allen Verpflichtungen einer oder eines Jagdausübungsberechtigten durch die Jagdverwaltung sichergestellt wird.

Zu § 44 Bestellung der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters

Als Voraussetzungen für die Genossenschaftsjagdverwalterin oder den Genossenschaftsjagdverwalter werden nun jene der Pachtfähigkeit (§ 34 Abs. 1) normiert. Erfüllt die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter die Voraussetzung eines Jagdschutzorgans, kann sie oder er auch als Jagdschutzorgan festgestellt werden. Ansonsten ist ein Jagdschutzorgan zu bestellen.

Zu § 45 Kosten der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters

Die Kosten für die Bestellung der Genossenschaftsjagdverwalterin oder des Genossenschaftsjagdverwalters hat die Jagdgenossenschaft zu tragen, der auch allfällige Einnahmen, die die Genossenschaftsjagdverwalterin oder der Genossenschaftsjagdverwalter erzielt, zu Gute kommen. Gewinne werden entsprechend dem § 50 auf die Mitglieder der Jagdgenossenschaft aufgeteilt.

Zu § 46 Kostenersatz

Darunter sind alle Kosten zu verstehen, die der Jagdgenossenschaft/dem Jagdausschuss im Zuge der Verpachtung entstehen, so zB Raummiete bei Versteigerung, etc.

Zu § 47 Kautions

Die Kautions ist nun spätestens zwei Monate vor Beginn der neuen Jagdperiode zu hinterlegen, da zuvor auch die Kosten, für die die Kautions herangezogen werden kann, nicht anfallen. Wird die Kautions nicht rechtzeitig oder nach einmaliger Gewährung einer Fristverlängerung nicht hinterlegt, ist der Pachtvertrag ex lege unwirksam und ist eine neuerliche Vergabe vorzunehmen.

Zu § 48 Erlag des Pachtbetrages

Der Erlag des ersten Pachtbetrages wurde an den Erlag der Kautions angepasst. Für die weiteren Jagdjahre der Jagdperiode ist es nunmehr erforderlich, dass bis zum jeweils 15. Jänner des laufenden Jagdjahres der Pachtbetrag übermittelt wird, damit erst nach den Weihnachtsfeiertagen die finanziellen Belange hinsichtlich der Jagd geregelt werden.

Zu § 49 Erlag des Pachtbetrages für ein gemeinschaftliches Genossenschaftsjagdgebiet

Damit wird gewährleistet, dass auch bei gemeinschaftlichen Genossenschaftsjagdgebieten der Jagdpachtbetrag anteilmäßig auf die Mitglieder der Jagdgenossenschaft aufgeteilt wird.

Zu § 50 Verwendung des Pachtbetrages

Nunmehr wird im Gesetz klargestellt, dass auch die Kosten der Vertretung/Verwaltung des Jagdausschusses aus den Mitteln des Pachtbetrages bezahlt werden dürfen, weil insbesondere bei der Verwertung von Genossenschaftsjagdgebieten immer wieder Jagdausschüsse auch Rechtsvertreter beiziehen, um die Jagdpachtverträge überprüfen zu lassen. Weiters wird durch die Regelung, dass 10% für wildschadensverhütende Maßnahmen oder für die Schaffung von lebensraumverbessernden Maßnahmen zu verwenden sind, ein Ausgleich geschaffen und gewährleistet, dass alle Mitglieder der Jagdgenossenschaft auch einen Beitrag zur Wildschadensprävention leisten, da es sehr oft vorkommt, dass nur wenige Landwirtinnen und Landwirte mit Feldstücken an Randgebieten größere Wildschäden zu tragen haben, während aber die Jagdgenossenschaft durch den erhöhten Pachtbetrag wegen des hohen Wildstandes profitiert. Neu ist nun auch, dass nunmehr mit dem Pachtbetrag alle Kosten beglichen werden können, die für die im Genossenschaftsjagdgebiet liegenden Grundstücke anfallen, sofern die Voraussetzungen des Abs. 6 erfüllt werden.

Zu § 51 Besondere Kostendeckung bei verpachteten Genossenschaftsjagden

Mit dieser Bestimmung wird sichergestellt, dass die Verwaltungskosten in jedem Fall beglichen werden können.

Zu § 52 Unterverpachtung; Weiterverpachtung

Die Verletzung der Interessen der Landeskultur stellt keinen Untersagungsgrund für die Unterverpachtung/Weiterverpachtung mehr dar, zumal dieser Untersagungsgrund nur schwer festgestellt werden konnte. Wesentliche Voraussetzung für die Unterverpachtung ist, dass die Möglichkeit hierfür im Jagdpachtvertrag mit dem Jagdausschuss bereits vereinbart wurde.

Zu § 53 Ausfertigung des Pachtvertrages

Das Vertragsmuster der Anlage der Jagdverordnung ist jedenfalls zu verwenden, wobei entsprechend dem Muster einige Vertragspunkte wahlweise vereinbart werden können, während die Vertragsparteien (bei Jagdgesellschaften alle Gesellschafter), der Pachtgegenstand (das Jagdgebiet), die Vertragsparteien, der Pachtbetrag, die Jagdleiterin oder der Jagdleiter, deren oder dessen Stellvertretung, die Pachttdauer und das Pachtentgelt jedenfalls auszufüllen sind. Da Schongebiete nicht mehr verbindlich zu vereinbaren sind, sind diese auch nicht zwingend im Pachtvertrag anzuführen.

Zu § 54 Änderung des Pachtvertrages

Nunmehr sind nicht mehr alle Änderungen des Pachtvertrages der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen, sondern nur Änderungen, die den Pachtgegenstand, die Vertragsparteien, den Pachtbetrag oder die Beendigung des Pachtverhältnisses betreffen. Auf die bislang gesetzlich geregelte Herabsetzung

des Pachtbetrages wird nunmehr verzichtet, da der Pachtbetrag der freien Vereinbarung der Vertragsparteien obliegt.

Zu § 55 Auswirkungen des Todes der Pächterin oder des Pächters oder Untergang der juristischen Person auf den Pachtvertrag

Jagdpachtverträge können nur dann mit den Erbinnen und Erben fortgesetzt werden, wenn diese die Voraussetzungen des § 34 erfüllen. Neu geregelt wird nun auch, dass bei Untergang einer juristischen Person als Pächterin die Rechtsnachfolgerin oder der Rechtsnachfolger das Pachtverhältnis fortführen kann, wenn der Jagdausschuss zustimmt.

Zu § 56 Auflösung des Pachtvertrages

Die bisherigen Auflösungsgründe (Vergabe des Abschusses von Niederwild und die Überlassung von Ansitzen und Ständen entgegen dem § 101 sowie die Tatsache, dass sonstige für die Interessen der Jagdgenossenschaft wesentliche Vereinbarungen des Pachtvertrages nicht erfüllt werden) stellen keine Auflösungsgründe ex lege mehr dar, zumal bei den Verboten sachlicher Art, die Vergabe des Abschusses von Niederwild und die Überlassung von Ansitzen und Ständen nicht mehr als solche Verbote bestehen.

Zu § 57 Verfügung hinsichtlich der frei werdenden Genossenschaftsjagd

Diese Bestimmung gewährleistet, dass Genossenschaftsjagdgebiete, die frei werden, unverzüglich für die restliche Dauer der Jagdperiode zu verpachten sind, damit die Jagd ausgeübt, die Hege des Wildes gewährleistet und die Prävention von Wildschäden gesichert ist. Bis zur rechtskräftigen neuerlichen Verpachtung ist eine Genossenschaftsjagdverwalterin oder ein Genossenschaftsjagdverwalter zu bestellen.

Zu § 58 Verpachtung der Eigenjagd

So wie Genossenschaftsjagdgebiete auch, muss auch die Bejagung von Eigenjagdgebieten gewährleistet werden. Bei der Dauer der Verpachtung sind nun nicht mehr die Interessen der Jagd oder der Landeskultur zu prüfen, sondern Ausnahmen darf nur entsprochen werden, wenn diese den Interessen der Land- und Forstwirtschaft entsprechen. Hinsichtlich der 300ha-Grenze wird auf die Ausführungen zu § 4 verwiesen.

Zu § 59 Ausübung der unverpachteten Eigenjagd

Diese Bestimmung regelt, wie bei unverpachteten Eigenjagden vorzugehen ist. So wie bei unverpachteten Genossenschaftsjagdrevieren auch, ist sicherzustellen, dass eine Bejagung des Gebietes ständig erfolgt. Dies liegt auch im Interesse der angrenzenden Reviere.

Zu § 60 Voraussetzungen für das Jagen

Wer im Burgenland die Jagd ausübt, hat eine burgenländische Jagdkarte oder eine burgenländische Jagdgastkarte mit sich zu führen. Mit der erweiterten Bestimmung des Abs. 1 Z 2 werden nunmehr die Voraussetzungen für den Erhalt einer burgenländischen Jagdgastkarte erweitert und klar definiert. So können nunmehr andere Staatsangehörige (also jene, die nicht im Besitz einer Jagdkarte eines anderen Bundeslandes oder eines anderen EU-Mitgliedstaates, EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind), die ihren Wohnsitz ausschließlich im Ausland haben, die Jagdkarte erlangen, indem sie einen Nachweis darüber erbringen, dass sie zur Jagdausübung in ihrem Wohnsitzstaat berechtigt sind, und eine Bestätigung über eine abgeschlossene Jagdversicherung, die zumindest den Voraussetzungen des § 61 Abs. 2 entspricht, in beglaubigter Übersetzung, vorweisen.

Zu § 61 Jagdkarte

Die Jagdkarte hat nur für das Burgenland Gültigkeit. Zudem ist die Jagdkarte nur gültig, wenn im laufenden Jagdjahr die Einzahlung der Jagdkartenabgabe erfolgt ist und der Nachweis über die Bezahlung der Jagdkartenabgabe und über den Bestand einer Jagdhauptpflichtversicherung erbracht werden kann. Bei erstmaliger Bewerbung ist die jagdliche Eignung in Form der Jagdprüfung nachzuweisen. Neu geregelt wird nun, dass der Antrag auf Ausstellung einer Jagdkarte unabhängig vom Wohnsitz bei jeder Bezirksverwaltungsbehörde gestellt werden kann. Auch brauchen ungültige Jagdkarten nicht mehr der Ausstellungsbehörde vorgelegt werden, da sie ohne den Nachweis der Bezahlung ohnehin keine Gültigkeit mehr haben.

Zu § 62 Jagdgastkarten

Mit der Ausstellung der Jagdgastkarten wird es den Jagdausübungsberechtigten ermöglicht, ihren Jagdgästen auch kurzfristig das Jagen in ihren Jagdgebieten zu gestatten. Die Ausstellung der Jagdgastkarten erfolgt als Maßnahme der Verwaltungsvereinfachung und Entlastung der Bezirksverwaltungsbehörden durch den Burgenländischen Landesjagdverband.

Zu § 63 Jagdprüfung

Das Ansuchen auf Zulassung zur Prüfung ist an jene Bezirksverwaltungsbehörde zu richten, in deren Zuständigkeitsbereich die Antragstellerin oder der Antragsteller ihren oder seinen Hauptwohnsitz hat. Dadurch wird ein Prüfungstourismus vermieden. Wird dem Ansuchen nicht entsprochen, so hat dies bescheidmäßig zu erfolgen. Entgegen der bisherigen Bestimmung kann nun die Bezirkshauptfrau oder der Bezirkshauptmann eine rechtskundige Bedienstete oder einen rechtskundigen Bediensteten bestellen, die oder der den Vorsitz der Prüfungskommission einnimmt. Dies muss nicht die Stellvertreterin oder der Stellvertreter der Bezirkshauptfrau oder des Bezirkshauptmannes sein. Die Prüfungsdauer hat gemäß § Abs. 4 die Dauer von 45 Minuten nicht zu übersteigen. Den Beschluss, ob die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber „geeignet“ oder „nicht geeignet“ ist, hat die Prüfungskommission in kollegialem Zusammenwirken zu treffen, wobei hiefür eine positive Absolvierung aller Teilbereiche des Abs. 4 erforderlich ist. Es ist nun gemäß Abs. 5 möglich, die Prüfung vor der Kommission oder in Einzelprüfungen in den jeweiligen Teilbereichen des Abs. 4 Z 1 bis 7 abzulegen.

Zu § 64 Verweigerung der Jagdkarte

Auf Grund der in dieser Bestimmung taxativ aufgezählten Tatbestände kann die Ausstellung der Jagdkarte verweigert werden.

Zu § 65 Entziehung der Jagdkarte

Wenn der Jagdkartenentzug rechtskräftig ist, ist die betroffene Jagdkarte unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen.

Zu § 66 Jagderlaubnis

Mit den vorgenommenen Änderungen kommt es sowohl für die Bezirksverwaltungsbehörde als auch für die Jagdausübungsberechtigten zu einer Verwaltungsvereinfachung. Während bisher Jagderlaubnisscheine mit einer Gültigkeitsdauer von mehr als einer Woche über Antrag von der Bezirksverwaltungsbehörde ausgestellt wurden, so haben diese nunmehr die Jagdausübungsberechtigten auszustellen (das Muster der Anlage der Jagdverordnung ist zu verwenden) und am Abschussplan zu vermerken. Die Ausstellung eines Jagderlaubnisscheines bzw. Änderungen desselben sind der Bezirksverwaltungsbehörde binnen drei Werktagen, jedoch spätestens vor Ausübung der Jagd, bekannt zu geben.

Zu § 67 Voraussetzungen für die Beizjagd

Als besondere Form des Jagens bedarf die Beizjagd einer zusätzlichen Qualifikation (Beizjagdprüfung), wobei die Kriterien für diese Prüfung von der Landesregierung mit Verordnung festzusetzen sind. Für jene, die nicht die Beizjagdprüfung gemäß Abs. 2 abgelegt haben, gelten § 61 Abs. 5 und 6 sinngemäß, sodass auch Prüfungen aus anderen Ländern anerkannt werden können.

Zu § 68 Jagdkartenabgabe

Die Jagdkartenabgabe wird von der Landesregierung jährlich mit Verordnung festgelegt, wobei eine Indexanpassung erfolgt. Auf Grund der geringen Nachfrage bei den Berechtigungen zur Beizjagd, ist der Tarif „Berechtigung zur Beizjagd“ entfallen.

Zu § 69 Jagdkartenvordrucke

Entsprechend den Vorgaben des Gesetzes sind die Vordrucke in der Verordnung zu verwenden.

Zu § 70 Jagdschutz

Jagdschutzorgane sind gemäß §§ 71 und 73 Organe der Bezirksverwaltungsbehörde. Ihnen obliegt die Abwehr von Verletzungen der zum Schutz des Wildes und der Jagd erlassenen gesetzlichen Bestimmungen. Um diesen Verpflichtungen nachzukommen, sind Jagdschutzorgane auch verpflichtet, in ihrem Wirkungsbereich Personen, die des Wilddiebstahls verdächtig sind oder jagdrechtlichen Vorschriften zuwiderhandeln, anzuhalten, ihre Identität festzustellen und ihnen gefangenes oder erlegtes Wild, Eier des Federwildes, Abwurfstangen, Waffen, Fanggeräte sowie Hunde und Frettchen abzunehmen. Weiters ist es ihnen erlaubt, mehrfach wildernde Hunde, sowie Katzen, welche in einer Entfernung von mehr als 200m von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in Feld und Wald umherstreunen, zu töten. Insbesondere die Bestimmung betreffend die Tötung von mehrfach wildernden Hunden, wird nun dahingehend abgeändert, dass Hunde nicht schon wenn sie beim ersten Mal beim Wildern gesehen werden, getötet werden müssen sondern frühestens beim dritten Antreffen. Dies bietet dem Jagdschutzorgan gemeinsam mit der oder dem Jagdausübungsberechtigten die Möglichkeit, mit der Hundebesitzerin oder dem Hundebesitzer allenfalls Kontakt aufzunehmen. Auch können mit der Änderung der Bestimmung Jagdausübungsberechtigte Jagdgäste nicht mehr mit dem Abschuss von Raubzeug ermächtigt werden.

Zu § 71 Jagdschutzorgane

Zur Ausübung des Jagdschutzes sind Jagdschutzorgane sowie Revierjägerinnen oder Revierjäger berufen. Es obliegt den Jagdausübungsberechtigten, den Jagdschutz durch Bestellung und Bestätigung durch die Bezirksverwaltungsbehörde sicherzustellen und zu gewährleisten, dass der Jagdschutz von den Jagdschutzorganen auch ausgeübt wird. Maßgeblich für die Anzahl der zu bestellenden Jagdschutzorgane ist die Jagdfläche. Neu im Gesetz ist, dass Jagdschutzorgane auch einen Anspruch auf eine adäquate Entschädigung haben können, die allenfalls, abhängig von der Jagdgebietsgröße und vom Aufwand, festzulegen ist. Mit dem letzten Satz des Abs. 2 wird klargestellt, dass Jagdschutzorgane nach Absprache mit den Jagdausübungsberechtigten auch ohne Jagderlaubnisschein die Jagd ausüben können. Aus jagdrechtlicher Sicht ist es auch ausreichend, wenn Forstschutzorgane mit der Staatsprüfung für den höheren und den gehobenen Forstdienst gleichzeitig die Aufgabe eines hauptberuflichen Jagdschutzorganes wahrnehmen. In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, dass Personen, die als hauptberufliche Jagdschutzorgane fungieren, diese Funktion im Ausmaß einer Vollzeittätigkeit wahrnehmen.

Zu § 72 Voraussetzungen für die Bestätigung als Jagdschutzorgan

Das Mindestalter wurde nun vom 21. auf das 19. Lebensjahr herabgesetzt. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungspunkt für die Bestellung zum Jagdschutzorgan bezweckt die Sicherstellung eines umfassenden Jagdschutzes im jeweiligen Jagdbezirk. Als gewöhnlich ist ein Aufenthalt dann anzusehen, wenn das Jagdschutzorgan die ihm auferlegten Tätigkeiten jederzeit erfüllen kann. Zu Abs. 1 Z 4 wird bemerkt, dass die Bezirksverwaltungsbehörde bei der Bestellung eines Jagdschutzorganes allenfalls ein Gutachten einzuholen hat, ob das zu bestellende Jagdschutzorgan die erforderlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften aufweist.

Zu § 73 Bestätigung und Angelobung der Jagdschutzorgane

Die Bestellung von Jagdschutzorganen erfolgt mit der vorliegenden Gesetzesänderung nur mehr längstens für die Dauer der Jagdperiode. Auch gibt es nun die Einschränkung, dass das Jagdschutzorgan im Jagdbezirk des betreffenden Jagdrevieres seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne des § 72 haben muss oder im angrenzenden Jagdbezirk, damit das Jagdschutzorgan im Bedarfsfall schnell vor Ort sein und seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Auf Verlangen der Bezirksverwaltungsbehörde ist vor der Bestellung ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass kein Verweigerungsgrund gemäß § 64 Abs. 1 Z 5 bis 7 vorliegt.

Zu § 74 Widerruf der Bestätigung als Jagdschutzorgan

Auf Grund der umfassenden Befugnisse, die ein Jagdschutzorgan zu vollziehen hat, ist eine verpflichtende Teilnahme an Weiterbildungskursen vorgesehen, damit die Jagdschutzorgane regelmäßig auf die geltenden Bestimmungen hingewiesen werden. Die Form und der Inhalt der Weiterbildungskurse ist von der Landesregierung mittels Verordnung zu regeln. Wenn der Bezirksverwaltungsbehörde Umstände bekannt werden, hat sie ein Verfahren auf Widerruf auch von Amts wegen einzuleiten. Die Abberufung in begründeten Fällen auf Antrag der oder des Jagdausübungsberechtigten kann nur nach Anhörung des Jagdschutzorganes erfolgen. Es soll verhindert werden, dass Jagdschutzorgane auf Verlangen der Jagdausübungsberechtigten abberufen werden, weil sie die ihnen auf Grund des Gesetzes übertragenen Aufgaben wahrnehmen.

Zu § 75 Prüfung zum Jagdschutzorgan

Als wesentliche Änderung der Voraussetzungen für die Ablegung der Prüfung zum Jagdschutzorgan ist der Umstand anzusehen, dass es in Zukunft ausreicht, dass die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber in den vergangenen zehn Jahren mindestens drei Jahre im Besitz einer burgenländischen Jahresjagdkarte gewesen sein muss. Die Jagdschutzprüfung wird sich nun auf waffen- und jagdrechtliche Vorschriften sowie die grundlegenden Bestimmungen des Natur-, Tier- und Umweltschutzrechts, des Forstgesetzes sowie die Handhabung der gebräuchlichen Waffen beschränken, wobei die Landesregierung durch Verordnung die näheren Vorschriften über die Prüfung zu regeln hat.

Zu § 76 Stellung und Befugnisse der Jagdschutzorgane

Voraussetzung dafür, dass die Tätigkeit der Jagdschutzorgane als Aufsichtsorgane anzusehen ist, ist das Erkenntlichmachen als Organ der öffentlichen Aufsicht. Daher haben Jagdschutzorgane das vorgeschriebene Dienstabzeichen sichtbar zu tragen. Nur dann genießen sie auch den besonderen Schutz durch das Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 154/2015. Das Verhältnis zwischen dem Jagdschutzorgan und der oder dem Jagdausübungsberechtigten kann auch auf einer privatrechtlichen Vereinbarung also einem Dienst- oder Werkvertrag beruhen, während das Verhältnis zwischen dem Jagdschutzorgan und der Bezirksverwaltungsbehörde, die es bestellt hat, ein hoheitliches Verhältnis ist und daher in Ausübung der

hoheitlichen Tätigkeit unter Umständen auch die Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes zur Anwendung kommen können. Die eingeräumten Befugnisse darf das Jagdschutzorgan nur in dem Jagdgebiet anwenden, für das es bestellt wurde. Auf Grund des Verweises auf § 37a Verwaltungsstrafgesetz 1991 idGF haben die Jagdschutzorgane, dann, wenn sie gemäß des § 37a leg.cit. von der Festnahme absehen, auch eine Bestätigung über die Einhebung einer Sicherheitsleistung oder über die Beschlagnahme auszustellen. Zu Abs. 6 ist auszuführen, dass beschlagnahmte Sachen jener Bezirksverwaltungsbehörde zu übergeben sind, für die das Jagdschutzorgan tätig ist.

Zu § 77 Waffengebrauch der Jagdschutzorgane

Der Waffengebrauch ist dem Jagdschutzorgan nur bei Vorliegen einer Notwehrsituation erlaubt, also nur um einen gegenwärtigen, unmittelbar drohenden Angriff auf Leib und Leben gegen das Jagdschutzorgan selbst oder gegen eine andere Person abzuwehren. Rechtswidriger Angriff bedeutet, dass er gegen ein gesetzliches Gebot oder Verbot verstoßen muss. Gegenwärtig oder unmittelbar drohender Angriff bedeutet, dass dieser bereits begonnen hat oder damit gerechnet werden muss, dass ein Angriff unmittelbar bevorsteht. Insbesondere ist in den wiederkehrenden Schulungen auf derartige Situationen hinzuweisen.

Zu § 78 Schuss- und Schonzeiten

Mit der Festlegung von Schuss- und Schonzeiten soll den wildbiologischen Gegebenheiten Rechnung getragen werden und der Bestand aller Wildtiere abgesichert werden. Ebenso wird mit dieser Verordnungsermächtigung auf die Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft und die des Naturschutzes eingegangen. Berücksichtigung zu finden hat in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass Schäden, die durch ganzjährig geschontes Wild verursacht wurden, von der Jägerschaft nicht zu ersetzen sind. Da das Gesetz auch vorsieht, dass in den Schonzeiten Wild weder verfolgt noch gefangen werden darf, wird mit dieser Bestimmung auch in Abs. 4 die Möglichkeit von Ausnahmegewilligungen geschaffen, um beispielsweise ganzjährig geschonte Tiere zu besendern.

Zu § 79 Verlängerung der Schonzeit; Einstellung des Abschusses

Mit dieser Bestimmung wird die Möglichkeit geschaffen, seitens der Landesregierung auf schwerwiegende Veränderungen des Wildbestandes zu reagieren. Sowohl die schwere Gefährdung als auch das entsprechende Mindestmaß in Bezug auf die Revierverhältnisse ist gutachterlich festzustellen. Die Aufzählungen dieses Paragraphen sind nur demonstrativ.

Zu § 80 Verkürzung der Schonzeit

Um die Schonzeitvorschriften des Gesetzes und der Verordnung nicht zu unterlaufen und eine regelmäßige Überprüfung zu ermöglichen, kann die Schonzeit nur jeweils für das laufende Jagdjahr verkürzt werden. In den Bescheiden nach Abs. 1 ist auf die örtlichen und klimatischen Verhältnisse einzugehen. Gemäß Abs. 2 sollen insbesondere regionale Wildschadensereignisse berücksichtigt werden.

Zu § 81 Beschränkungen des Verkehrs mit geschontem Wild und mit Eiern; Verkaufserlaubnisse

Die Bestimmung dient einerseits dem Tierschutz, andererseits soll die Arterhaltung dadurch gesichert werden. Die Mitteilung gemäß Abs. 3 hat zwecks Nachvollziehbarkeit insbesondere auch den Fundort zu enthalten.

Zu § 82 Wildstandregulierung

Im Sinne eines ausgeglichenen Wildstandes, den Interessen der Land- und Forstwirtschaft, der Arterhaltung und des Naturschutzes hat der Abschuss von Schalenwild (mit Ausnahme des Schwarzwildes) nur auf Grund eines von der Bezirksverwaltungsbehörde genehmigten Abschussplanes oder einer Abschussverfügung zu erfolgen. Beim Rehwild ist man von dem bisher einjährigen Abschussplan abgegangen und zu einem dreijährigen Abschussplan übergegangen, nachdem die Jagdperiode auch auf neun Jahre verlängert wurde. Um einen ausgeglichenen Wildstand zu erzielen, wird nun im Gesetz festgelegt, dass bei Rehwild, bei den Böcken der Klasse II, Geißen und Nachwuchsstücke sowie beim Rotwild und beim Kahlwild ein Mindestabschuss festzusetzen ist. Dass der Antrag beim Rehwild sowohl von der oder dem Jagdausübungsberechtigten als auch von der Jagdausschussobfrau oder vom Jagdausschussobmann zu unterfertigen ist, soll dazu beitragen, dass bereits bei der Abschussplanung die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer durch ihre Vertreterinnen oder Vertreter besser in das Verfahren eingebunden sind und ihre Interessen besser wahrnehmen können. Die Abschussplanung beim Rotwild erfolgt ohne Antrag in der Form, dass ohne unnötigen Aufschub bis 1. April der Abschussplan zu verfügen ist, wobei in die Abschussplanung durch die Bezirksverwaltungsbehörde eine Sachverständige oder ein Sachverständiger aus dem Bereich Forst oder Jagd, die Burgenländische Landwirtschaftskammer, die Bezirksjägermeisterin oder der Bezirksjägermeister, die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter oder eine von ihr oder ihm im Hegering einvernehmlich bestimmte und von der

Hegeringleiterin oder vom Hegeringleiter namhaft gemachte Person, die über die Wildstandverhältnisse und jagdlichen Planungsgrundlagen Auskunft geben kann, zu hören sind. Das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens ist den Parteien im Wege des Parteihörs zur Stellungnahme zu übermitteln. Zur Sicherstellung einer vollständigen und zeitgerechten Abschussplanung, eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses oder einer ausgeglichenen Altersstruktur kann die Bezirksverwaltungsbehörde auch mit Bescheid Auflagen und Bedingungen vorschreiben. Hinsichtlich der Regelungen der aufschiebenden Wirkung in Abs. 9 wird festgehalten, dass diese Abweichung zu § 13 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz - VwGVG, StF: BGBl. I Nr. 33/2013 in der Fassung BGBl. I Nr. 82/2015 und daher dem Gebot des Art. 136 Bundes-Verfassungsgesetz - B-VG, BGBl. Nr. 1/1930 in der Fassung [BGBl. I Nr. 106/2016](#) entspricht. Hinsichtlich Abs. 14 wird bemerkt, dass die Abänderung des Abschussplanes durch die Bezirksverwaltungsbehörde nur auf Grund eingeholter Gutachten erfolgen kann.

Zu § 83 Sonderbestimmungen zum Schutz von Weinbaukulturen

Zur Abwendung von größeren Schäden an Weinbaukulturen hat die Landesregierung mit Verordnung den selektiven Abschuss unter der Einhaltung der angeführten Bedingungen zu genehmigen.

Zu § 84 Durchführung des Abschussplanes

Da bei der Abschussplanung mit der Einführung der Mindestabschüsse und des dreijährigen Abschussplanes wesentliche Änderungen zur bisherigen Regelung eintreten, ist es erforderlich geworden, dass auch die Übererfüllung geregelt wird. Es wird darauf verwiesen, dass der Erfüllung des Abschussplanes, insbesondere in der Planungseinheit, besondere Bedeutung zukommt.

Zu § 85 Abschussliste

Für die Abschusslisten sind die Vordrucke aus der Anlage der Jagdverordnung zu verwenden, wobei nunmehr das Gesetz auch vorsieht, dass die Vordrucke vollständig auszufüllen sind. Auf Grund der Änderung des Jagdjahres sind die Abschusslisten bereits jeweils am 1. Februar der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen. Weiters wird bemerkt, dass auch auf Grund der Abschusslisten die weiteren Abschussplanungen zu erfolgen haben.

Zu § 86 Hegeschau

Die Hegeschauen dienen der Besprechung der jagdwirtschaftlichen Situation und sind von der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde für den jeweiligen Jagdbezirk anzuordnen. Mit dieser Regelung wird festgelegt, dass die Bewertung der Trophäen des Rehwildes und des Rotwildes vor der Hegeschau zu erfolgen hat. Bei Rehwild erfolgt die Bewertung durch die Hegeringleiterin oder den Hegeringleiter, die oder der die Bewertung auch zu organisieren hat, und zwei vom Hegeringleiter beauftragten Personen des Hegeringes. Zur Hegeschau sind nur die Trophäen der Klasse I vorzulegen, wobei das Bewertungsergebnis und der Name der Erlegerin oder des Erlegers nicht aufscheinen müssen. Um bei Hirschen, Damhirschen und Muffelwild eine landesweit möglichst einheitliche Bewertung zu erzielen, besteht die Kommission aus der jeweiligen Bezirksjägermeisterin oder dem jeweiligen Bezirksjägermeister oder deren oder dessen Stellvertretung oder einer von den beiden namhaft gemachten Person und einer jagdfachlichen Amtssachverständigen oder einem jagdfachlichen Amtssachverständigen bzw. deren oder dessen Stellvertretung. Die Bestellung der Amtssachverständigen oder des Amtssachverständigen bzw. deren oder dessen Stellvertretung erfolgt gemäß Abs. 5 durch das für das Jagdwesen zuständige Mitglied der Burgenländischen Landesregierung für die Dauer von jeweils einem Jahr. Der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister obliegt die Organisation der Bewertung. Abs. 6 normiert eine Vorschreibepflicht der Bezirksverwaltungsbehörde, bis zu welchem Zeitpunkt die jeweiligen Trophäen vorzulegen sind.

Zu § 87 Pflégliche und nachhaltige Jagdbewirtschaftung

Wildarten dürfen durch unsachgemäße Jagdausübung nicht in ihrem Bestand gefährdet werden. Da die Schalenwildarten (mit Ausnahme von Schwarzwild) ohnehin der Abschussplanung unterliegen, konnte die bisherige Bestimmung, wonach bei Ablauf des Pachtverhältnisses das Jagdgebiet mit einem den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Wildstand der Verpächterin oder dem Verpächter zu übergeben ist, entfallen.

Zu § 88 Wildfütterung

. Der Grund für diese Änderung zu den bisherigen Bestimmungen liegt darin, dass durch die Vorlage von inadäquaten Futtermitteln dem Wild sehr oft geschadet wurde und durch unsachgemäße Vorlage zusätzliche Wildschäden entstanden sind. Als offene Vorlage wird auch die Vorlage durch Futterautomaten verstanden, da bei diesen die Menge, die vorgelegt wird, eingestellt werden kann. Unter geringe Menge wird jene Menge verstanden, die dazu ausreicht, das Wild bloß anzulocken. Keinesfalls

soll durch Kurrungen Schwarzwild gefüttert werden. Es wurde auf die klimatisch Besonderheiten des Burgenlands insofern eingegangen, dass die Fütterung von Feldhasen mit Saftfutter gemäß Abs. 1 ermöglicht wird. Weiterhin erlaubt bleibt das Ankirren von Schwarzwild, wobei es auch hier sowie bei Ablenkungsfütterungen Einschränkungen gibt, damit die eingeschränkten Fütterungsbestimmungen nicht umgangen wird. Als unproduktive Flächen gemäß Abs. 1 werden insbesondere Grünbrachen oder Windschutzgürtel gesehen, da an diesen Flächen die Gefahr von Wildschäden nicht oder nicht in sehr geringem Ausmaß möglich ist.

Zu § 89 Jagdeinrichtungen

Grundsätzlich dürfen Jagdeinrichtungen nur mit Zustimmung der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers errichtet werden. Zudem obliegt es der oder dem Jagdausübungsberechtigten, die für die Errichtung zusätzlich erforderlichen Bewilligungen einzuholen. Stimmt die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer nicht zu, kann die Bezirksverwaltungsbehörde die Errichtung der Jagdeinrichtung genehmigen. Für die Grundeigentümerin oder den Grundeigentümer ist die Jagdeinrichtung dann zumutbar, wenn die Anlage für die Hege oder die Jagdausübung notwendig ist und der Grundeigentümerin oder dem Grundeigentümer keine wesentlichen Bewirtschaftungsnachteile entstehen. In diesem Verfahren hat die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer Parteistellung.

Zu § 90 Jagdnotweg

Die Bezirksverwaltungsbehörde hat nur dann zu entscheiden, wenn mangels eines Übereinkommens zwischen den beteiligten Jagdausübungsberechtigten keine Lösung gefunden wird. Als Parteien des Verfahrens gelten die oder der Jagdausübungsberechtigte, die oder der den Jagdnotweg begehrt und jene oder jener, durch deren oder dessen Jagdgebiet der Jagdnotweg führen soll. Den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern kommt kein Mitspracherecht zu.

Zu § 91 Wildfolge

Auf Grund eines geschlossenen Pachtvertrages ist das Jagdausübungsrecht auf jenes Jagdgebiet beschränkt, welches im Pachtvertrag angeführt wird. Darüber hinaus stehen keinem Jagdausübungsberechtigten Rechte an anderen Jagdgebieten zu. Wird entgegen dieser Vorschrift die Jagd betrieben, liegt ein Straftatbestand gemäß den Bestimmungen des Jagdgesetzes vor. Für unzureichende Wildfolgeverträge oder für den Fall, dass keine Wildfolge vereinbart ist, sind in Abs. 3 Vorkehrungen getroffen, die im Zweifelsfall auch zur Auslegung herangezogen werden können.

Zu § 92 Jagdhunde

Die nunmehrige Regelung sieht vor, dass die oder der Jagdausübungsberechtigte dafür zu sorgen hat, dass eine entsprechende Anzahl von Jagdhunden im Jagdbezirk oder im Nachbarbezirk, mindestens jedoch je begonnener 1500 ha Jagdfläche zumindest ein auf Schweiß geprüfter Jagdhund, bereit gehalten wird. Damit soll sichergestellt werden, dass jene ausgebildeten Jagdhunde auch regelmäßig zum Einsatz kommen und durch häufigere Einsätze auch besser werden. Eine Meldung wie bisher, dass eine bestimmte Anzahl von Hunden gehalten werden muss, entfällt. Hinsichtlich Abs. 2 wird festgehalten, dass als adäquate Anzahl von Jagdhunden bei Niederwildjagden jene Anzahl ansehen wird, die eine uneingeschränkte Nachsuche ermöglicht und sicherstellt.

Zu § 93 Fangen von Wild

Mit dieser Bestimmung wird klargestellt, dass Lebendfangfallen im Jagdbetrieb verwendet werden dürfen, wobei Gewähr dafür bestehen muss, dass die Tiere unversehrt bleiben. Ein schmerzliches Leiden soll damit ausgeschlossen werden. Im Gegensatz zur früheren Bestimmung hat die Landesregierung nun auch mit Verordnung die Art und die Prüfung der Fallen zu regeln.

Zu § 94 Vorkehrungen gegen Wildkrankheiten

Wahrnehmungen über das Auftreten einer Wildkrankheit sind nunmehr auch vom Jagdschutzorgan unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. Dabei ist der Ort der Wahrnehmung anzuführen, damit seitens der Bezirksverwaltungsbehörde umgehend Maßnahmen veranlasst werden können. Abs. 2 normiert für den Bedarfsfall eine Verordnungsermächtigung zugunsten der Landesregierung zur Bekämpfung von Wildkrankheiten.

Zu § 95 Verbote sachlicher Art

Die Verbote sachlicher Art sollen eine weidgerechte Jagd ermöglichen.

Die in Z 1 bis 3 angeführten Waffen und die angeführte Munition sowie Gift entsprechen nicht den Vorgaben, einen schellen und quallosen Tod bei den Wildtieren herbeizuführen. Daher ist die Ausübung der Jagd mit derartigen Waffen und auch mit Gift verboten.

Das Verbot der Bejagung während der Nachtzeit in Z 4 (mit Ausnahme von Schwarz- und Raubwild, Raubzeug, Wildgänsen Wildenten und Schnepfen) gewährleistet Ruhephasen vor allem für das Hochwild. Verboten ist nur das Erlegen in der gesetzlich vorgegebenen Zeit, nicht aber das Beobachten des Wildes.

Z 5 soll eine Gefährdung von Dritten hintanhaltend, zumal ja das Forstgesetz die freie Zugänglichkeit des Waldes vorsieht.

Die Verwendung von elektronischen Zieleinrichtungen in Z 6, mit Ausnahme von Leuchtabsehen, sowie die Verwendung von Gasen, Sprengstoff, elektrischem Strom oder von Betäubungs- und Lähmungsmitteln entspricht nicht der jagdlichen Tradition und der Weidgerechtigkeit und ist daher verboten, ebenso die in Z 7 angeführten Mittel zum Fangen und Erlegen des Wildes.

Z 8 dient der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen, die oftmals auch Interesse an der Jagd haben, aber nicht die Gefahren als Treiber bei Jagden erkennen können.

Z 10 entspricht ebenfalls nicht der gängigen Jagdpraxis und ist daher verboten. Das Aussetzen von nicht autochthonem Wild ist deswegen verboten, um dessen Ansiedelung zu verhindern, da für nicht autochthones Wild oftmals auch natürliche Feinde fehlen.

Das Aufstellen von Hochständen und Ansitzen an der Reviergrenze (Z 11) wird deshalb verboten, weil dies immer wieder für Streitigkeiten zwischen den Jagdausübungsberechtigten sorgt. Neu ist nun, dass mobile, temporäre Hochstände und Ansitze in der Vegetationszeit von 1. März bis 1. November bis längstens 14 Tage nach der Ernte der Hauptfrucht auch an der Reviergrenze errichtet werden dürfen, sofern die Errichtung bei Feldern erfolgt, an die unmittelbar Wald eines anderen Jagdgebietes angrenzt, die Errichtung zur Abwehr von Wildschäden erforderlich ist und diese Hochstände und Ansitze in der Zeit von 2. November bis Ende Februar entfernt werden. Damit soll jenen Jagdgebieten, die direkt an Waldgebiete mit Feldern angrenzen, die Möglichkeit gegeben werden, den Wildschaden an der Reviergrenze möglichst gering zu halten. Außerhalb der Vegetationszeit ist der Hochsitz oder Ansitz zu entfernen. Ein bloßes Entfernen der Leiter reicht nicht. Zudem muss das Aufstellen der Hochstände und Ansitze erforderlich sein. Dies ist beispielsweise nicht der Fall, wenn die Kultur noch zu jung oder zu niedrig ist und daher das Wild auch ohne Hochstände und Ansitze bejagt werden kann.

Das Verbot der Z 12 und Z 13 dient einerseits der Sicherheit der Jägerschaft, ist aber auch im Sinne der Weidgerechtigkeit zu sehen. Unerheblich ist dabei, ob ein Fahrzeug sich bewegt oder steht.

Durch Z 14 soll verhindert werden, dass eingefangenes oder aufgezogenes Wild später als acht Wochen vor Ende der Schonzeit der jeweiligen Federwildart ausgewildert wird. Das Auswildern soll primär zum Zwecke der Bestandsergänzung erfolgen. Selbige Auswilderungsfrist gilt auch für die offene Gehegehaltung, da hier das Federwild ohnehin nur fliegend ein- und auswechseln kann.

Zu Z 16 wird klargestellt, dass Schalenwild im umfriedeten Eigenjagdgebieten bejagt werden darf.

Neu im Gesetz ist nun auch Abs. 3, wonach die Bezirksverwaltungsbehörde Ausnahmeregelungen mit Bescheid unter Setzung von Auflagen gewähren kann, wenn diese Ausnahmen der Wildschadensverhütung, Forschungszwecken oder der Tierseuchenprävention oder –bekämpfung dienen.

Zu § 96 Wildschutzgebiete

Wildschutzgebiete sind nur auf Antrag und nicht von Amts wegen von der Bezirksverwaltungsbehörde zu verfügen. Jagdausübungsberechtigte haben verfügte Wildschutzgebiete mit Hinweistafeln derart auszuweisen, dass für alle das Verbot der Betretung ersichtlich ist. Das Betretungsverbot des Wildschutzgebietes kann zusätzlich auch nach anderen gesetzlichen Bestimmungen zu kennzeichnen sein.

Zu § 97 Örtliche Beschränkungen bei der Ausübung der Jagd

Oberste Priorität bei der Ausübung der Jagd hat die Sicherheit von Menschen. Daher darf nicht gejagt werden, wenn das Leben von Menschen gefährdet werden würde. Die Anzahl jener die gefährdet werden würden, ist dabei unerheblich. Es reicht aus, wenn nur das Leben eines einzigen Menschen in Gefahr gebracht wird.

Zu § 98 Bildung

Hegeringe sind Jagdgebiete oder Teile von Jagdgebieten, die einen ähnlichen Lebensraum aufweisen und möglichst durch natürliche Grenzen von anderen Jagdgebieten abgeschlossen sind und der jagdwirtschaftlichen Planung, insbesondere der Abschussplanung beim Rotwild dienen. Die Bildung obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden.

Zu § 99 Hegeringleitung

Regelt die Bestellung von Hegeringleiterinnen und Hegeringleitern. Weitere Bestimmungen enthält § 129.

Zu § 100 Unbefugtes Durchstreifen von Jagdgebieten

Das unbefugte Durchstreifen von Jagdgebieten gemäß Abs. 1 ist nur dann verboten, wenn dies mit einem Gewehr, mit Fallen oder anderen Geräten, die zum Fangen und Töten von Wild gewöhnlich verwendet werden, erfolgt. Das Gesetz stellt nicht darauf ab, ob es sich dabei um Jäger handelt oder nicht. Die mündliche Erteilung der Bewilligung durch die Jagdausübungsberechtigte oder den Jagdausübungsberechtigten reicht aus. Mit der Bestimmung von Abs. 3 wird gewährleistet, dass Riegel- und Drückjagden nicht behindert oder gestört werden, wobei dies auch zur Sicherheit jener dient, die nicht als Jägerinnen oder Jäger an der Jagd teilnehmen. Die Aufforderung, das Jagdgebiet zu verlassen, hat durch das Jagdschutzorgan zu erfolgen. Die Aufforderung durch Jagdausübungsberechtigte reicht nicht.

Zu § 101 Töten, Fangen und Beunruhigen des Wildes durch jagdfremde Personen

Als jagdfremde Personen werden auf Grund dieser Bestimmung alle Personen angesehen, die von der Jagdausübungsberechtigten oder dem Jagdausübungsberechtigten zur Ausübung der Jagd in ihrem oder seinem Revier weder zugelassen noch verwendet werden. Daher können auch Jägerinnen und Jäger jagdfremde Personen sein. Als Verfolgungshandlung ist jede Handlung anzusehen, die mit der Absicht gesetzt wird, das Wild in Gewahrsame zu bringen. Beunruhigung bedeutet das absichtliche Stören des Wildes. Daher wird nicht jede Handlung von Personen automatisch als Beunruhigung von Wild gesehen. Dies ist im Einzelfall zu betrachten.

Zu § 102 Maßnahmen zum Schutz der Kulturen

Reicht die Abschussplanung zur Eindämmung der Wildschäden nicht aus, kann die Bezirksverwaltungsbehörde mit diesem Instrument eine ziffernmäßige festzusetzende und innerhalb einer angemessenen Frist durchzuführende Verminderung anordnen. Kommt die oder der Jagdausübungsberechtigte dem nicht nach, können auch sachverständige oder vertrauenswürdige Personen mit der Ausführung der Anordnung betraut werden. Bei der Vorschreibung der Maßnahmen hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Verhältnismäßigkeit und die Zumutbarkeit der anzuwendenden Mittel zu wahren und auch darauf Bedacht zu nehmen, dass die widmungsgemäße Bewirtschaftung und Benützung nicht unmöglich gemacht wird. Entgegen der bisherigen Regelung sieht das Gesetz nun auch eine Legaldefinition für die Gefährdung von Acker- bzw. Grünlandflächen vor. Weiters hat die bisherige Praxis gezeigt, dass auch zur schnellen Wildschadensprohibition weitere Maßnahmen erforderlich sind. Wird durch das Jagdschutzorgan die Gefährdung des Waldes oder von Acker- oder Grünlandflächen festgestellt, so kann dieses Jagdschutzorgan drei Nachwuchsstücke des abschussplanpflichtigen Schalenwildes erlegen, bis die Bezirksverwaltungsbehörde weitere Maßnahmen anordnet. Dies soll eine rasche Eingriffsmöglichkeit in den Wildbestand ermöglichen.

Zu § 103 Jagdliche Beschränkung

Die jagdlichen Beschränkungen sollen insbesondere Jagdschäden verhindern und richten sich an die Jagdausübungsberechtigten.

Zu § 104 Abhalten und Vertreiben des Wildes von Kulturflächen

Mit dieser Bestimmung wird sowohl der oder dem Jagdausübungsberechtigten als auch der Bewirtschafterin oder dem Bewirtschafter die Möglichkeit gegeben, zur Wildschadensprohibition Wild aus Kulturen auszutreiben oder Zäune, Gitter, Mauern und dergleichen zu errichten. Damit wird gewährleistet, dass auch während der Schonzeit Wild von landwirtschaftlichen Kulturen fern gehalten werden kann.

Zu § 105 Haftung für Jagd- und Wildschäden

Vom Verfassungsgerichtshof wurde bereits bestätigt, dass es sachlich begründet ist, dass auf Grund der gegebenen Besonderheiten, das Schadenersatzrecht für Wildschäden einer speziellen, von den Schadenersatzbestimmungen des ABGB allenfalls abweichenden Regelung, zu unterziehen ist. Dafür ist der Landesgesetzgeber als Jagdgesetzgeber gemäß Art. 15 Abs. 9 B-VG zuständig. Das Jagdgesetz unterscheidet zwischen Jagdschaden, der durch Jagdausübungsberechtigte, durch Jagdschutzorgane, durch Treiberinnen bzw. Treiber oder durch Jagdgäste an Grund und Boden und an den noch nicht eingebrachten Erzeugnissen verursacht wurde, und Wildschaden, der durch jagdbares Wild an Grund und Boden und an den noch nicht eingebrachten Erzeugnissen verursacht wurde, sofern auf diesen Grundstücken die Jagd nicht gem. § 20 ruht oder der Schaden durch ganzjährig geschontes Wild verursacht wurde. Entgegen den bisherig geltenden Bestimmungen hat die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter ab 1. Jänner 2018 einen Selbstbehalt von 10% des Schadens je geschädigtem Grundstück zu tragen. Für Schäden an Kulturen im Umkreis von 50 m von regelmäßig bewohnten Gebäuden sowie auf Grundstücken, die wenigstens zu 75% von bebauten Grundstücken oder Umfriedungen umgrenzt sind, wobei die bebauten Grundstücke oder Umfriedungen höchstens 20 m voneinander entfernt sein

dürfen, ist von der Bewirtschafterin oder vom Bewirtschafter ein Selbstbehalt in der Höhe von 50% zu tragen. Damit soll berücksichtigt werden, dass im verbauten Gebiet eine ordentliche und weidgerechte Bejagung auf Grund der Sicherheit von Menschen nicht immer gewährleistet werden kann. Hinsichtlich der Höchstentschädigungsgrenze wird klargestellt, dass beispielsweise bei einer Reviergröße von 1 000 ha der maximale Entschädigungsbetrag 30 000 Euro beträgt.

Zu § 106 Schäden durch Wechselwild

Diese Haftung gründet sich darauf, dass Wechselwild nicht eindeutig zugeordnet werden kann.

Zu § 107 Schäden durch aus Gehegen ausgebrochenes Wild

Diese Regelung sieht zwar die Haftung der Jagdausübungsberechtigten für Schäden vor, die von aus Gehegen ausgekommenes Wild verursacht wurden, allerdings besteht gemäß § 108 ein Regressrecht.

Zu § 108 Rückgriffsrecht der oder des Verpflichteten

Siehe Ausführungen zu § 107

Zu § 109 Wildschäden an gartenmäßig bewirtschafteten Grundstücken und sonstigen wertvollen Anpflanzungen oder an der Feld- oder Waldgrenze

Gartenbaummäßige Bewirtschaftung bedeutet, dass diese Grundstücke nicht im Rahmen des Feldbaues bewirtschaftet werden. Der Beweis, dass Vorkehrungen getroffen wurden, obliegt der geschädigten Besitzerin oder dem geschädigten Besitzer. Was alles unter solchen Vorkehrungen verstanden wird, regelt Abs. 3. Die Einschränkungen des Abs. 2 gründen darauf, dass gelegentlich spezielle Gemüsekulturen oder seltene Getreidesorten in Gebieten gepflanzt oder gesät werden, in denen diese Kulturen nur sehr selten vorkommen und daher einen besonderen Anziehungspunkt für Wild darstellen. Da es sich dabei aber zumeist nicht um eine gartenmäßige Bewirtschaftung handelt, fallen diese Kulturen nicht unter den Regelungstatbestand des Abs. 1.

Zu § 110 Ermittlung des Jagd- und Wildschadens

Die Ermittlung des Wildschadens, also die Feststellung, ob ein derartiger Schaden vorliegt und in welcher Höhe der Schaden vorliegt, hat zum ortsüblichen Marktpreis zu erfolgen. Der ortsüblich Marktpreis ist objektiv abstrakt zu berechnen. Persönliche Verhältnisse des Geschädigten haben dabei außer Betracht zu bleiben. Dieser Preis ist auch für jene Schäden heranzuziehen, die an noch nicht erntereifen Erzeugnissen entstanden sind. Die Feststellung, ob eine ordentliche Wirtschaftsführung vorliegt, kann nur auf den Einzelfall hin erfolgen und hat alle Umstände zu berücksichtigen, die ins Treffen geführt werden können, wie zB auch Unbefahrbarkeit des Bodens oder ähnliches.

Zu § 111 Schlichtungsorgane

Die Schlichtungsorgane werden als Organe der Bezirksverwaltungsbehörden tätig und werden nunmehr von der Landesregierung bestellt, damit sie auch landesweit tätig werden können. Das vorgelagerte Schlichtungsverfahren dient insbesondere dazu, ein einfaches und kostengünstiges Verfahren für die betroffenen Parteien zu ermöglichen und gleichzeitig im Falle einer Nichteinigung eine Befundung des Schadens für die nachfolgende Behörde zu gewährleisten. Die Schlichtungsorgane sollen insbesondere versuchen, zwischen der oder dem Geschädigten und der oder dem Jagdausübungsberechtigten zu vermitteln und durch das Fachwissen eine objektive Schadensfeststellung zu treffen.

Zu § 112 Geltendmachung des Schadens

Entgegen früherer Bestimmungen ist die Geltendmachung des Schadens mit einem auszufüllenden Schadensprotokoll, ähnlich wie bei Verkehrsunfällen, vorzunehmen, damit die Bezirksverwaltungsbehörde aber auch das Landesverwaltungsgericht den Schaden noch besser nachvollziehen kann und Entscheidungen auch auf diese Protokolle stützen können.

Zu § 113 Verfahren vor der Bezirksverwaltungsbehörde

Entgegen den Bestimmungen des Bgld. Jagdgesetz 2004, LGBl. Nr. 11/2005, entscheidet nun nicht mehr eine Kommission bei Nichteinigung der Parteien sondern die Bezirksverwaltungsbehörde. Dies dient der Verwaltungsvereinfachung.

Zu § 114 Aufteilung der Kosten des Verfahrens

Grundsätzlich sind die Kosten des Schlichtungsorganes von jener Person zu tragen, wer zur Leistung eines Schadenersatzes verpflichtet wird. Wird der den Anspruch erhebenden Person ein Ersatz zuerkannt, der nicht höher ist als der bei dem Versuch einer gütlichen Vereinbarung oder eines Vergleiches von der Gegnerin oder vom Gegner fruchtlos angebotene Betrag, so ist ihr auf Verlangen der Gegnerin oder des Gegners der Ersatz dieser Kosten anteilig aufzuerlegen. Damit wird sichergestellt, dass so wie in Zivilverfahren auch eine Kostenteilung anteilig erfolgt.

Zu § 115 Verfahrensvorschriften, Gebühren und Tarife

Diese Bestimmung enthält eine Verordnungsmächtigung zu Gunsten der Landesregierung, um die Tarife und Gebühren festzulegen.

Zu § 116 Burgenländischer Landesjagdverband

Als Körperschaft öffentlichen Rechts, die durch Gesetz eingerichtet ist, hat der Burgenländische Landesjagdverband die Interessen der im Burgenland die Jagd ausübenden Personen zu vertreten. Die Mitgliedschaft knüpft an eine nach diesem Gesetz ausgestellte Jagdkarte an und beginnt mit der Ausfertigung dieser. Als einzige Körperschaft des öffentlichen Rechtes auf Grund dieses Gesetzes erstreckt sich der Wirkungsbereich des Burgenländischen Landesjagdverbandes auf das gesamte Landesgebiet, das in Jagdbezirke eingeteilt ist.

Zu § 117 Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder

Da der Burgenländische Landesjagdverband eine Körperschaft öffentlichen Rechts ist und die Mitgliedschaft von der Erlangung und dem Besitz einer Jagdkarte nach diesem Gesetz abhängig ist, haben die Verbandsmitglieder Rechte und Pflichten, die sich aus diesem Gesetz ableiten. Da das Erlöschen der Mitgliedschaft nicht im Ermessen des Burgenländischen Landesjagdverbandes steht, besteht auch kein Anspruch auf Rückerstattung bereits entrichteter Beitragsleistungen im Falle des Erlöschens der Mitgliedschaft.

Zu § 118 Aufgaben des Burgenländischen Landesjagdverbandes

Auch das Jagen ist mit ständigen Fortbildungen verbunden, zumal sich nicht nur die gesetzlichen Regelungen im Bereich des Natur- und Tierschutzes sowie im Jagdgesetz ändern, sondern auch ständig neue wildbiologische Erkenntnisse Einfluss auf die Jagd nehmen. Daher ist es besonders wichtig, dass der Burgenländische Landesjagdverband die Ausbildung der Jagdprüfungswerberinnen und Jagdprüfungswerber aber auch aller anderen Mitglieder vornimmt und ein vielfältiges Ausbildungsangebot vornimmt. Ebenso ist die Unterstützung der Jagdhundezucht und -führung eine zentrale Aufgabe des Burgenländischen Landesjagdverbandes, da vor allem für die Nachsuche genügend Hunde zur Verfügung stehen sollen, um Tierleid zu vermeiden. Die Abhaltung von Preis- und Übungsschießen dient nicht nur dem sicheren Umgang mit der Waffe sondern soll den Jägern auch die Möglichkeit bieten, regelmäßig das Schießen zu trainieren. Die Erstellung des „Jagdlichen Berichtes“ ist der Behörde bei der Planung für die kommenden Jahre behilflich. Zudem lässt sich aus diesem Bericht auch die jagdliche Situation in Bezug auf die Umsetzung der behördlichen Maßnahmen ableiten.

Zu § 119 Stellung des Burgenländischen Landesjagdverbandes zu den Behörden

Als Körperschaft öffentlichen Rechts ist der Burgenländische Landesjagdverband weisungsfrei, untersteht aber der Aufsicht der Landesregierung. Diese ist befugt, zu allen Sitzungen der Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes zwei namhaft gemachte Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden. Das Aufsichtsrecht der Landesregierung erstreckt sich nicht nur auf die Gebarung, sondern es können auch Beschlüsse und Maßnahmen von Organen des Burgenländischen Landesjagdverbandes, durch die Gesetze und Verordnungen, die Satzungen oder öffentliche Interessen verletzt werden, binnen drei Jahren ab Beschlussfassung aufgehoben werden. Zur Besorgung einzelner Geschäfte sind dem Burgenländischen Landesjagdverband die im Gesetze aufgezählten Bescheide zu übermitteln, sofern diese nicht im digitalen Jagdkataster ersichtlich sind.

Zu § 120 Organe des Burgenländischen Landesjagdverbandes

Als Körperschaft öffentlichen Rechts bedarf der Burgenländische Landesjagdverband Organe, damit die Handlungsfähigkeit gewahrt ist. Geschäfte, die im Rahmen der Satzungen geschlossen werden, schließen die Organe als Vertreter des Burgenländischen Landesjagdverbandes ab und werden diesem zugerechnet.

Zu § 121 Vollversammlung (Landesjagdtag)

Die Vollversammlung besteht aus den von den Bezirksjagdtagen gewählten Delegierten. Ihre Aufgaben sind gesetzlich geregelt, ebenso wie die Einberufung als auch die Beschlussfähigkeit. § 121 trifft detaillierte Regelungen hinsichtlich der Zusammensetzung und der Beschlussfähigkeit.

Zu § 122 Ausschuss

Der Ausschuss setzt sich aus dem Vorstand, den Bezirksjägermeisterinnen und Bezirksjägermeistern und einem weiteren Mitglied des jeweiligen Jagdbezirkes zusammen. Sollte ein Ausschussmitglied verhindert sein, hat es ihr oder sein Ersatzmitglied zu entsenden, damit die Beschlussfähigkeit gewahrt bleibt. Die Aufgaben des Ausschusses sind in Abs. 2 geregelt, ebenso wie die Beschlussfähigkeit in Abs. 5.

Zu § 123 Vorstand

Neben den gewählten Vertretern durch die Vollversammlung hat die Landesregierung als Aufsichtsbehörde das Recht, zwei Personen mit beratender Stimme in den Vorstand zu entsenden. Die Aufgaben des Vorstandes sind in Abs. 2 geregelt.

Zu § 124 Verbandsvorsitz (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister)

Zur Vertretung nach außen ist die Landesjägermeisterin oder der Landesjägermeister berufen. Ebenso hat der Verbandsvorsitz die Beschlüsse der Vollversammlung, des Vorstandes und des Ausschusses zu vollziehen.

Zu § 125 Finanzkontrollausschuss

Dem Finanzkontrollausschuss obliegt die Prüfung der Gebarung auf die ziffernmäßige Richtigkeit aber auch auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung. Dabei sind der Vorstand und der Ausschuss zur Auskunftserteilung verpflichtet.

Zu § 126 Bezirksjagdtag

Neben dem Entsendungsrecht der Landesregierung in den Vorstand mit beratender Stimme und den Ausschuss, steht nunmehr der Landesregierung im Rahmen des Aufsichtsrechtes auch ein Entsendungsrecht zu den Bezirksjagdtagen zu. Daneben wird auch festgehalten, dass Inhaber einer Burgenländischen Jagdkarte auch außerhalb ihres Bezirkes bei Bezirksjagdtagen zu hören sind. Damit soll eine landesweite Meinungsbildung ermöglicht werden.

Zu § 127 Delegierte

Aus dieser Bestimmung ergibt sich die Anzahl der Delegierten für die Vollversammlung sowie die Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters durch die Delegierten.

Zu § 128 Bezirksjägermeisterin oder Bezirksjägermeister

Neben dem Vollzug der Beschlüsse des Bezirksjagdtages obliegt der Bezirksjägermeisterin oder dem Bezirksjägermeister die Besorgung der ihr oder ihm mit Gesetz zugewiesenen Aufgaben gemäß Abs. 2.

Zu § 129 Hegeringleitung

Hegeringe sind angrenzende Jagdgebiete, die ähnliche Lebensräume aufweisen und der jagdwirtschaftlichen Planung dienen. Entgegen den bisherigen Bestimmungen wird die Hegeringleiterin oder der Hegeringleiter nicht mehr durch den Burgenländischen Landesjagdverband bestellt sondern von den Jagdausübungsberechtigten in geheimer Wahl gewählt, wobei die Wahl durch die Bezirksjägermeisterin oder den Bezirksjägermeister zu organisieren ist, dh. anzuberaumen und zur Wahl einzuladen ist.

Zu § 130 Landesgeschäftsstelle; Bezirksgeschäftsstellen

Zur Erfüllung der Geschäfte ist eine Landesgeschäftsstelle einzurichten, die durch die Landesjägermeisterin oder dem Landesjägermeister zu leiten ist. Dabei regelt eine Geschäftsordnung den Tätigkeitsbereich der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers.

Zu § 131 Wahlrecht und Wählbarkeit

Mit dieser Bestimmung wird klargestellt, dass die Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes nur in einem Jagdbezirk wahlberechtigt sind, auch wenn sie in mehreren Bezirken beispielsweise als Jagdschutzorgan tätig sind. Beim passiven Wahlrecht stellt Abs. 2 sicher, dass es nicht möglich ist, durch den Erwerb der Mitgliedschaft beim Burgenländischen Landesjagdverband sofort wählbar zu sein, sondern, dass das passive Wahlrecht nur dann gegeben ist, wenn vom Tag der Wahlausschreibung in den vorangegangenen fünf Jahren von der betreffenden Person eine burgenländische Jagdkarte besessen wurde.

Zu § 132 Wahl der Delegierten

Um eine Koordinierung der Termine im Burgenland zu ermöglichen, ist die Wahl in den Jagdbezirken vom Vorstand des Burgenländischen Landesjagdverbandes nach Anhörung der zuständigen Wahlkommission auszuschreiben. Als Medium des Burgenländischen Landesjagdverbandes wird nicht nur das Infoblatt des Burgenländischen Jagdverbandes sondern auch elektronische Medien wie die Homepage des Burgenländischen Landesjagdverbandes gesehen. Die Ausschreibung in den Medien des Burgenländischen Landesjagdverbandes soll gewährleisten, dass nicht nur im Infoblatt sondern auch auf der Homepage des Verbandes die Wahl kundgemacht wird, da in der heutigen Zeit Informationen sehr oft auch aus den elektronischen Medien eingeholt werden.

Zu § 133 Wahlkommission

Für die Durchführung der Wahl ist die Wahlkommission verantwortlich. Ihr obliegen die Aufgaben des Abs. 3. Die Wahlkommission ist grundsätzlich für fünf Jahre bestellt, ihre Tätigkeit endet aber gemäß Abs. 5 erst im Zeitpunkt des ersten Zusammentretens der an ihre Stelle tretenden neu bestellten Wahlkommission. Die oder der Vorsitzende der Wahlkommission muss kein Mitglied des Burgenländischen Landesjagdverbandes sein.

Zu § 134 Wahlzeuginnen und Wahlzeugen

Die Wahlzeuginnen und Wahlzeugen geben den kandidierenden Gruppen die Möglichkeit, die Wahlhandlung zu beaufsichtigen und an den Sitzungen der Wahlkommission ohne Stimmrecht teilzunehmen. Wahlzeuginnen oder Wahlzeugen müssen nicht zwingend Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes sein.

Zu § 135 Wahlliste

Alle Wahlberechtigten sind durch die Wahlkommission in eine Wahlliste aufzunehmen. Alle Verbandsmitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes sind berechtigt dagegen schriftlich Einwendungen zu erheben. Der Wortlaut des Gesetzes stellt auch sicher, dass auch jene Verbandsmitglieder Einwendungen erheben können, die nicht in die Wahlliste aufgenommen wurden. Der Nachweis der Mitgliedschaft obliegt dem Verbandsmitglied. Nach Rechtskraft der Wahlliste hat jeder wahlberechtigten Person die Möglichkeit gemäß Abs. 6 gegen Kostenersatz eine Ausfertigung derselben zu erhalten.

Zu § 136 Wahlausschreibung

Dass der Wahltag an meinem Samstag, Sonntag oder sonstigen Ruhetag festzusetzen ist, soll sicherstellen, dass möglich viele Mitglieder des Burgenländischen Landesjagdverbandes an der Wahl der Organe des Jagdbezirkes teilnehmen können.

Zu § 137 Wahlvorschläge

Die Frist zur Einbringung von Wahlvorschlägen wurde mit vier Wochen bemessen, um eine vertiefende Willensbildung der Wahlberechtigten sicherzustellen. Zusätzlich wird dadurch gewährleistet, dass ausreichend Zeit zur Verfügung steht, die passive Wahlberechtigung der einzelnen vorgeschlagenen, wahlwerbenden Personen zu überprüfen. Die Bestellung einer Zustellbevollmächtigten Person ist für Verbesserungsaufträge gemäß Abs. 2 erforderlich.

Zu § 138 Abstimmungsverfahren

Das Vorhandensein einer Wahlzelle soll die Möglichkeit der geheimen Wahl sicherstellen. Die Regelung des Abs. 7 dient dazu, dass sichergestellt wird, dass nur jene Personen wählen, die auf der Wahlliste sind. Die Räumlichkeiten sind für Wahlhandlungen dann geeignet, wenn ausreichend Platz für die Stimmabgabe und auch für die Wartenden zur Verfügung steht.

Zu § 139 Wahlkuverts und Stimmzettel

Entgegen den früheren Bestimmungen mussten nun auch die Stimmzettel für den Fall geregelt werden, dass nur ein Wahlvorschlag vorliegt. In diesem Fall ist über den vorliegenden Wahlvorschlag abzustimmen. Die gleiche Gestaltung der Wahlzettel dient dazu, dass keine wahlwerbende Gruppe bevorzugt bzw. benachteiligt wird.

Zu § 140 Verkündung des Wahlergebnisses

Die Niederschrift ist von der Wahlkommission zu verfassen und von den Mitgliedern zu unterfertigen. Gemäß Abs. 5 hat der Vorsitzende der Wahlkommission das Ergebnis mündlich zu verkünden. Die mündliche Verkündung des Wahlergebnisses stellt keine bescheidmäßige Erledigung dar.

Zu § 141 Anfechtung der Wahl der Delegierten

Maßgebend für die Anfechtung der Wahl ist, dass die gesetzwidrigen Vorgänge im Wahlverfahren, die als Grund für die Anfechtung ins Treffen geführt werden, Einfluss auf das Wahlergebnis hatten. Des Weiteren sind die genauen Anfechtungsmodalitäten in Abs. 2 und 3 geregelt.

Zu § 142 Delegiertenausweis

Nur mit dem Delegiertenausweis sind die Delegierten berechtigt am Landesjagdtag teilzunehmen. Dieser berechtigt zur Stimmabgabe am Landesjagdtag.

Zu § 143 Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Stellvertretung

Im Sinne einer transparenten Wahl der Organe hat die Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters direkt im Anschluss an die Wahl der Delegierten durch die Delegierten

stattzufinden, sodass das Wahlergebnis noch am Bezirksjagdtag verkündet werden kann. In die Niederschrift ist das Stimmenverhältnis aufzunehmen.

Zu § 144 Anfechtung der Wahl der Bezirksjägermeisterin oder des Bezirksjägermeisters und der Stellvertretung

So wie bei der Anfechtung der Wahl der Delegierten ist es auch bei dieser Anfechtung erforderlich, dass der Grund oder die Gründe für die Wahlanfechtung von Einfluss auf das Wahlergebnis waren. Anfechtungslegitimiert sind alle Delegierten.

Zu § 145 Nähere Bestimmungen über die Wahlen

Sollte konkretisierender Regelungsbedarf bestehen, insbesondere für etwaige Muster, kann die Landesregierung diese Verordnungsermächtigung ausüben.

Zu § 146 Wahlrecht und Wählbarkeit

Entgegen den Bezirksjagdtagen sind beim Landesjagdtag nur die von den Bezirksjagdtagen gewählten Delegierten wahlberechtigt. Da die Verbandsanwältin oder der Verbandsanwalt die rechtlichen Interessen der Mitglieder überprüfen und vertreten soll, ist es erforderlich, dass diese Person rechtskundig ist.

Zu § 147 Wahlkommission

Die Wahlkommission ist zur Abhaltung und Kontrolle der Wahl berufen. Des Weiteren ist geregelt, wie sich diese zusammensetzt und welche genauen Aufgaben ihr ansonsten noch zukommen.

Zu § 148 Wahlausschreibung

Die Wahlausschreibung hat durch den Vorstand zu erfolgen, der auch den Wahlort und die Wahlzeit festlegt. Auf die Ausführungen zu § 121 wird verwiesen.

Zu § 149 Wahlvorschläge

Entgegen den bisherigen Regelungen ist nunmehr eine fixe Anzahl von Delegierten erforderlich, die einen Wahlvorschlag unterstützen muss, damit dieser gesetzmäßig eingebracht werden kann. Dadurch kann bereits im Vorfeld der Wahl eine Bildung von wahlwerbenden Gruppen forciert werden. Dies führt zu mehr Demokratie innerhalb des Burgenländischen Landesjagdverbandes.

Zu § 150 Abstimmungsverfahren

Das geheime Wahlverfahren soll sicherstellen, dass die Delegierten frei entscheiden können, wem sie ihre Stimme geben. Bei der Abstimmung gemäß Abs. 2 ist es erforderlich, dass ein Bewerber die absolute Mehrheit erreicht, daher ist allenfalls eine Stichwahl durchzuführen.

Zu § 151 Verkündung des Wahlergebnisses

Die Verkündung des Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden hat direkt nach der Wahl beim Landesjagdtag zu erfolgen. Die mündliche Verkündung des Wahlergebnisses stellt keine bescheidmäßige Erledigung dar.

Zu § 152 Anfechtung der Wahlen

Voraussetzung für die Anfechtung der Wahlen ist, dass der Sachverhalt, gegen den sich die Anfechtung richtet, von Einfluss auf das Wahlergebnis war. Daher ist dies bei der Anfechtung vorrangig zu prüfen. Die Anfechtung kann von allen Delegierten zum Burgenländischen Landesjagdtag vorgenommen werden.

Zu § 153 Verlautbarung des Wahlergebnisses

Die Verlautbarung dient der Publizität und soll im offiziellen Medium des Burgenländischen Landesjagdverbandes erfolgen, damit alle Mitglieder des Verbandes das Ergebnis offiziell erfahren können.

Zu § 154 Angelobung der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters und der Stellvertretung

Die Angelobung hat auf die gewissenhafte Erfüllung und auf die Einhaltung der Gesetze zu erfolgen. Ebenso ist in § 154 geregelt, wer befugt ist, die Landesjägermeisterin oder den Landesjägermeister anzugeloben.

Zu § 155 Nähere Bestimmungen über die Wahlen

§ 155 normiert eine Verordnungsermächtigung für die Landesregierung, nähere Bestimmungen über die Durchführung der Wahlen zu erlassen.

Zu § 156 Jagdbeiräte

Die Bestellung der Jagdbeiräte soll gewährleisten, dass zur fachlichen Beratung auch Personen herangezogen werden, die auf Grund ihrer jagdlichen oder landwirtschaftlichen Erfahrung der Behörde beratend zur Seite stehen.

Zu § 157 Behörde

Als Behörde für die Erledigung von Maßnahmen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014 S. 35, wird die Landesregierung festgelegt, damit allenfalls ein landesweiter Eingriff möglich ist.

Zu § 158 Jagdkataster und Jagdstatistik

Der digitale Jagdkataster soll einerseits den Behörden die Arbeit erleichtern und zu einer Verwaltungsvereinfachung führen. Andererseits wird dadurch auch die Auswertung bestimmter Daten erleichtert und die Behörde kann beispielsweise schneller auf die Abschussplanung eingreifen.

Zu § 159 Anwendungsbereich

Diese Bestimmung stellt klar, dass die Ausübung des Eigenjagdrechtes der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich erfolgt und daher kein Weisungsrecht gegenüber der Gemeinde besteht.

Zu § 160 Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften

Diese Bestimmung bringt abermals zum Ausdruck, dass insbesondere die Jagdschutzorgane Organe der Behörden sind und daher den Bezirksverwaltungsbehörden Übertretungen des Jagdgesetzes zur Kenntnis zu bringen haben.

Zu § 161 Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes

Insbesondere zur Umsetzung der in dieser Bestimmung angeführten Regelungen ist es immer wieder erforderlich, dass auch die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes herangezogen werden oder von sich aus tätig werden, zumal die Durchsetzung in der Realität durch uniformierte Organe oftmals leichter erfolgen kann.

Zu § 162 Strafbestimmungen

Soweit im Jagdgesetz keine Sonderregelungen für die Verwaltungsübertretungen getroffen werden, gelten die Bestimmungen des Verwaltungsstrafgesetzes. Gemäß Abs. 4 ist auch der Versuch strafbar.

Zu § 163 Verfall von Gegenständen

Trophäen verfallen nicht mehr, wenn gemäß § 82 Hirsche der falschen Klasse erlegt werden.

Zu § 164 Verwertung der als verfallen erklärten Gegenstände

Neben der Weitergabe an das Landesmuseum können nunmehr verfallen erklärte Gegenstände auch zu Lehrzwecken zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise an Schulen oder im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Jägerinnen und Jägern.

Zu § 165 Sondervorschriften über den Schadenersatz bei Verletzungen des Jagdrechtes

Diese Bestimmung stellt klar, wer Schadenersatzberechtigt ist und dass derartige Ansprüche nur im Rahmen des ordentlichen Rechtsweges verfolgt werden können.

Zu § 166 Abgabenschuldnerin, Abgabenschuldner

Diese Bestimmung regelt, wer zur Leistung der Jagdabgabe verpflichtet ist und in welcher Höhe diese zu entrichten ist. Vorgeschrieben wird die Jagdabgabe frühestens nach Bekanntwerden des Jahresdurchschnittsindex des Vorjahres, da viele Jagdpachtverträge eine Indexanpassung beinhalten.

Zu § 167 Jagdwert

Diese Bestimmung legt fest, dass der Jagdwert dem Jahrespachtbetrag einschließlich allfälliger Nebenleistungen umfasst wie zB die Stareverhütung.

Zu § 168 Auskunftspflicht

Diese Bestimmung stellt klar, dass die Abgabenschuldner dem Burgenländischen Landesjagdverband alle zur Berechnung erforderlichen Auskünfte zu geben haben, damit auch Nebenleistungen erfasst werden können.

Zu § 169 Verwendung der Jagdabgabe

Mit der Verordnungsermächtigung wird sichergestellt, dass die Landesregierung Voraussetzungen festlegen kann, unter denen die Mittel verwendet werden dürfen.

Zu § 170 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 170 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes sowie einzelner Bestimmungen desselben. Gemäß Abs. 3 werden umfriedete Eigenjagdgebiete mit dem 1. Februar 2023 aufgelassen. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die Jagd in umfriedeten Eigenjagdgebieten nicht nur kritisch gesehen wird, sondern auch aus tierschutzfachlicher und jagdethischer Sicht nicht vertretbar erscheint. Es wird dabei auf die Verbote sachlicher Art gemäß § 95 Abs. 1 Z 9 verwiesen.

Zu § 171 Funktionsperioden, Bescheide, Verfahren

Diese Bestimmung regelt, welche gesetzlichen Bestimmungen nach Inkrafttreten des Gesetzes weiterhin anzuwenden sind.